REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

# analyse & kritik

Nr. 402 · 7.5.1997

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 39 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

# Inhalt


1. Nun sammeln sie wieder. NPD-nahe Kräfte rufen zu einem Bündnis zur Bundestagswahl 1998 auf - Andreas P. Zaleshoff
2. BUKO 21 - "Gegenmacht von unten". Vom 29.5. bis 1.6. öffnet der BUKO in Paderborn seine Tore - Theo Bruns/BUKO
3. Stoppt die Hinrichtung! Freiheit für Mumia Abu-Jamal
4. Radikal-Verfolgung bis ins Internet. Kriminalisierung der Zeitschrift geht weiter - Justiz uneins - Wolf-Dieter Vogel
5. 1. Mai: Neonazis marschieren in Hannoversch- Münden auf. Nach Demoverbot verlegten sich Rechtsextreme auf dezentrale Aktionen - rei
6. Same Procedure... "Revolutionärer 1. Mai" in Berlin - Peter Nowak
7. Anklagekonstrukt vor dem Zusammenbruch. Lübeck: Werden die wirklichen Täter noch ermittelt? - j., Hamburg
8. Die besseren Konservativen. Tony Blairs New Labour Party - Hoffnung der europäischen Sozialdemokratie - Js.
9. New Labour - new Britain? Nach dem "Erdrutsch": Warten auf ein "neues Zeitalter" - Js.
10. Der Hoffnungsträger: Tony Blair - "Mister New Man" - Js.
11. MRTA-Sprecher soll mundtot gemacht werden - kuk
12. Heute Tirana - morgen Lima? Das Kommando Spezialkräfte der Bundeswehr - Vo
13. Festung Europa. Über die Dialektik von Abschottung und Neugestaltung staatlicher Sicherheitspolitik - Albrecht Maurer
14. Massentierhaltung - so natürlich wie der Kapitalismus - Kt.
15. Kampf dem Sozialabbau. Euromarsch gegen Arbeitslosigkeit und ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse - Phylax
16. "Wirtschaft von unten". Ein Ratschlag über Alternativen zur Erwerbslosigkeit - Werner Ruhoff
17. "Irgendwann arbeiten alle im informellen Sektor." Gespräch mit der südafrikanischen Frauengewerkschaft SEWU
18. Auch ein Kampf um Anerkennung der Persönlichkeit. Die Organisierung der brasilianischen Hausangestellten - Christiane Eitel
19. Spannend und spannungsgeladen. Die Diskussion nach dem Vortrag von Irmgard Pinn (Dokumentation) - Irmgard Pinn
20. Buchbesprechung: Widerstand schreiben! von A. Huntley. Indigene Frauen und westliche Indianerromantik - Stefanie Kron, Berlin
21. Krieg auf Bougainville - Krise in Papua-Neuguinea - Vo
22. Harte Urteile gegen indonesische GewerkschafterInnen - Watch Indonesia
23. Leichen im Keller. Die deutsch-iranischen Beziehungen - Thomas W. Klein, Michael Ecker
24. Zum Abschuß freigegeben. Der angekündigte Mord an Yitzhak Rabin - Amnon Kapeliuk
25. Die Lösung der Krise liegt beim israelischem Volk. Interview mit Marwan Barguti - Al-Fatah
26. Südlibanon: Guerilla-Krieg und Counter- Insurgency. Interview mit UNFIL-Sprecher Timur Göksel
27. Zaire: Bürgerkrieg und Flächenbrand - Christopher Steinmetz
28. "Ich kämpfe um meinen Freispruch." Interview mit Monika Haas
29. Rebellion der Habenichtse. Rezension des Buches von Kanzleiter/Pesara - kuk
30. Weltweit gegen den Neoliberalismus kämpfen. Praha: Ein Schritt auf dem Weg zum 2. Interkontinentalen Treffen - Tom Kucharz
31. "... ein anderes Leben konkret vorstellen". Ein Gespräch über Zapatismus, Neoliberalismus und Widerstand
32. Innenstadt-Aktionen. Kampagne gegen Privatisierung, Sicherheitswahn und Ausgrenzung - Innenstadt AG, Frankfurt
33. Von der Ausbeutung zur Ausgrenzung. Die Innenstadt als Ort neuer sozialer Konflikte - spaceLab

34. Subjektiv ehrenhaft und tapfer. Bundestag gegen "Pauschalverurteilung" der Wehrmacht - Js.
35. Volkstumspolitik mit Tradition. Alfred Toepfer und die deutsch-französische Freundschaft - Peter Nowak
36. Krise an der Grenze. Die "Grenzland-Filmtage" zeigen Probleme Osteuropas und haben selber welche - Angela Martin
37. Quelldatei 15.htm
38. Quelldatei 27.htm
39. Quelldatei 33.htm

# 1. Nun sammeln sie wieder. NPD-nahe Kräfte rufen zu einem Bündnis zur Bundestagswahl 1998 auf

Autor: Andreas P. Zaleshoff · Rubrik: Wahlen; Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak402/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:402:32

Mit Anzeigen in Rechtsblättern (u.a. "Junge Freiheit", "Ostpreußenblatt") rufen Personen aus dem Spektrum der extremen Rechten zu einem Treffen am 8. Mai im Raum Kassel auf, wo unter dem Motto "Das Maß ist voll! Wir sind das Volk!" ein "Bündnis für Deutschland" gegründet werden soll, das als seine Aufgabe eine "Kräftebündelung für die Bundestagswahl 1998" bezeichnet. Das Treffen soll als geschlossene Veranstaltung durchgeführt werden, der Zutritt ist nur mit Einladung und Personalausweis möglich. Obwohl die Initiatoren schreiben, daß "unbelastete Kräfte" gebraucht würden, kann man bei einem großen Teil der Einlader keineswegs von unbelasteter Vergangenheit sprechen.

Das trifft schon auf eine der Kontaktadressen, den Bauingenieur Helmut Fleck (Siegburg), zu, der 1990 als Bundestagskandidat der Republikaner antrat und später zum erfolglosen Aufbruch '94 wechselte. Am 2. September 1995 nahm er an dem durch die Kölner Deutsche Liga initiierten Treffen in Pulheim teil, das zu der Serie "Runder Tische" zur Sammlung des Lagers der extremen Rechten gehörte. Dort wurde er in den neu gebildeten Koordinationskreis berufen. Solche Ansätze sollen heute offenbar mit anderen Mitteln und bundesweit aufgegriffen werden. Im Gegensatz zum letzten Anlauf halten sich die etablierten und bekannteren Gruppierungen zurück. Unter dem Aufruf finden sich lediglich Mini-Organisationen wie die Deutsche Volksversammlung oder die Sammlungsbewegung Deutscher Patrioten, einige revanchistische Vereine wie die Initiative Vereintes Schlesien oder der Arbeitskreis Verfassung Land Schlesien sowie die Kleinpartei Bund für Gesamtdeutschland.

Schon die Namensgebung erinnert jedoch an das "Bündnis rechts für Deutschland", das im Herbst 1996 unter Federführung der NPD in Schleswig-Holstein ins Leben gerufen wurde (vgl. blick nach rechts 21/96, S.11). Auch aus der Biografie der unterstützenden Personen wird die NPD-Nähe der Unternehmung deutlich. So engagierte sich Unterzeichner Heinz König (Heinbockel), der noch 1994 als Bundestagskandidat der Republikaner im Wahlkreis Stade-Rotenburg I antrat, zwei Jahre später als Kommunalwahlkandidat des NPD-dominierten Bündnis Rechte im Kreis Stade, das einen Sitz im Kreistag erringen konnte. Aushängeschild der Gruppe war der heutige Mitaufrufer, der parteilose Professor Nikolaus Marx, ein Fachgebietsleiter an der TU Hamburg-Harburg, der auch den revisionistischen "Appell der 100" unterzeichnete. Ebenfalls aus Niedersachsen stammt Johannes Raddatz (Wilhelmshaven), aktuell stellvertretender Landesvorsitzender des Bundes der Vertriebenen. Raddatz trat 1987 der frisch gegründeten DVU - Liste D bei und bei der Landtagswahl als Direktkandidat für die NPD an. Ebenso kann Walter Schwalbach (Blickweiler), der Landesvorsitzende des Stahlhelm im Saarland, auf Aktivitäten im Umfeld von NPD und DVU verweisen. 1990 kandidierte er als Mitglied der DVU auf Platz 3 der Liste der NPD zur Landtagswahl.

Auch Horst Zaborowski (Duisburg), Vorsitzender des Bund für Gesamtdeutschland, einer Partei, die wenig Berührungsängste sogar gegenüber offen neonazistischen Kräften kennt, ist mit von der Partei. Daß diese Partei inzwischen offenbar sogar in engen Schulterschluß besonders mit der NPD geht, wurde zuletzt am 16. März im schleswig-holsteinischen Nortorf deutlich. Dorthin hatte der Student Andreas Rothmann (Kronshagen), Landesvorsitzender des Bund für Gesamtdeutschland, zum "1. Landeskongreß des Nationalen Widerstandes" eingeladen. Vor ca. 150 Anwesenden sprachen der langjährige NPD-Landesvorsitzende Uwe Schäfer (Plön) und sein Kollege Ingo Stawitz von der Deutschen Liga. Anschließend betrat Pierre Krebs, Leiter des Ein-Mann-Unternehmens "Thule-Seminar" in Kassel die Bühne. Er war mit seiner Rede "Kampf um das Wesen" der Hauptact des Abends. Ungefähr weitere 150 Menschen verstanden unter Metapolitik und Kampf um kulturelle Hegemonie offenbar etwas anderes. Sie schenkten sich die Rederei und warteten vor der Tür auf den Auftritt des neofaschistischen Barden Sleipnir. Keine berauschenden Zahlen, aber für das mit neofaschistischen Aktivisten nicht gerade überfüllte Schleswig-Holstein doch überraschend. Die NPD erntet jetzt wohl die ersten Früchte ihrer Mobilisierung zur Demonstration gegen die Wehrmachtsausstellung in München und andere Aktionen. Grund genug, um neben der Fortsetzung solcher politischen Aktionsformen, z.B. am 1. Mai in Leipzig, auch wieder das Eingreifen in Wahlkämpfe ins Auge zu fassen.

Die Vorgehensweise bei der Vorbereitung des Treffens im Raum Kassel läßt darauf schließen, daß Deutsche Liga und NPD aus dem faktischen Scheitern der Bewegung der "Runden Tische" gelernt haben. Diese mögen zwar auf lokaler oder regionaler Ebene weiterhin ihren Zweck erfüllen, sind jedoch kaum für ein bundesweites koordiniertes Vorgehen geeignet. Die Deutsche Liga hat ihren Parteistatus beim Parteitag 1996 in Pfofeld aufgegeben. Sie hatte ohnehin stets für ein konzertiertes Vorgehen plädiert. Sollte sie bei diesem Ansatz mit ziehen, dann dürften sich auch die ihr nahestehenden Gruppierung wie die "Franz-Schönhuber-Freundeskreise" beteiligen.

Die NPD wiederum wird in ihrer momentanen Verfassung kaum zu einer flächendeckenden eigenständigen Kandidatur in der Lage sein. Schon 1994 hatte die Partei wegen personeller und finanzieller Schwäche, zum ersten mal in der Parteigeschichte, auf eine Beteiligung an der Bundestagswahl verzichten müssen. Deutsche Liga und NPD sind also auf Bündnisse angewiesen. Beide wissen auch, daß nicht erneut der Fehler begangen werden darf, Sammlungsbemühungen als von ihnen initiiert und dominiert erscheinen zu lassen. Die kleinen Eitelkeiten der Möchtegern-Führer des rechtsextremen Lagers werden auf diese Weise ebenfalls befriedigt. Scheitert der Ansatz jedoch, dann hat man sich den Makel eines weiteren Mißerfolgs erspart und kann noch immer rechtzeitig auf eine andere Taktik, z.B. offene Listen, umsteigen. Die erste Runde zum Wahlkampf für den nächsten Bundestag ist jedenfalls geläutet. Es dürfen noch etliche bis zum k.o. am Wahltag erwartet werden.

Andreas P. Zaleshoff

# 2. BUKO 21 - "Gegenmacht von unten". Vom 29.5. bis 1.6. öffnet der BUKO in Paderborn seine Tore

Autor: Theo Bruns/BUKO · Rubrik: Internationale Solidarität · CD-Datei: daten/aksuche/ak402/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:402:34

Die mexikanischen Historiker Antonio und Liza García Leon haben vor einiger Zeit festgestellt, daß mit dem zapatistischen Aufstand in Chiapas (1.1.1994) eine ganze Epoche zu Ende gegangen sei. Dieser Einsicht mochte sich der BUKO (Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen), der Zusammenschluß von knapp zweihundert unabhängigen Internationalismusgruppen, nicht verschließen und erklärte in seiner jüngsten Presseerklärung "das 20. Jahrhundert für beendet".

Dem mag der Wunsch zugrunde liegen, sich vorzeitig aus der Tristesse der 90er Jahre zu verabschieden. In der Tat war auch der BUKO mit den welthistorischen Umbrüchen der letzten Jahre in die Krise geraten und gezwungen, seine politischen Koordinaten zu überdenken. Daß die letzten Kongresse - zu "Patriarchaler Dominanzkultur" und zu "Nachhaltiger Herrschaft" - mehr der Selbstreflexion dienten, ist vor diesem Hintergrund nicht unbedingt eine Untugend. Zumal es dem BUKO mit seiner kritischen Stellungnahme zur Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" des Wuppertalinstituts gelang, öffentlichkeitswirksam in die entwicklungs- und umweltpolitische Debatte einzugreifen. Während auf den Laufstegen des neuen Mainstreamdiskurses - "Sustainable Development" lautet die Zauberformel - niemand auf die ökologische Garderobe verzichten mochte, spielte der BUKO die Rolle des spielverderbenden Zwischenrufers, den des Kaisers neue Kleider nicht zu überzeugen vermochten.

Das gewagte Thema des diesjährigen Kongresses ist nun "Gegenmacht von unten". Diese in Zeiten eines allgemeinen Bewegungsabschwungs zu proklamieren, gleicht einem "Appell an die Verrücktheit" (Marcos) und könnte sich für den BUKO als eine unfreiwillige Nagelprobe auf seine Fähigkeit, wieder stärker praktische Perspektiven zu entwerfen, erweisen.

Inhaltlich soll in fünf Foren und ca. zwanzig Arbeitsgruppen versucht werden, sowohl die patriarchats- und entwicklungskritischen Diskussionen der letzten Jahre zu konkretisieren als auch das unsichere Terrain der sozialen Frage zu betreten. Das Forum 1 "Internationale Solidarität" deckt scheinbar die klassischen Themen der Internationalismusbewegung ab. An den Beispielen der Projektepolitik in Kurdistan sowie des alternativen Handels werden traditionelle Formen der Solidarität hinterfragt. In einer Arbeitsgruppe zur Vorbereitung des 2. Intergalaktischen Kongresses soll versucht werden, der in letzter Zeit inhaltlich verflachenden Chiapassolidarität neue Impulse zu geben und das vielzitierte neue Politikverständnis der Zapatistas auf hiesige Verhältnisse zu übersetzen. Weitere Arbeitsgruppen werden sich mit Nigeria (und der Situation der nigerianischen Flüchtlinge in der BRD) sowie mit den Euromärschen gegen Erwerbslosigkeit beschäftigen.

In den Foren 2 "Den Norden abwickeln" und 5 "Emanzipation neu denken" soll im wesentlichen der Politikansatz, der in den letzten beiden Jahren von der FORUM-Redaktion in Bremen sowie dem Arbeitsschwerpunkt "Nachhaltigkeit und Herrschaft" vorgeschlagen wurde, weiter profiliert werden. Der nicht unumstrittene Terminus der "Abwicklung" bezieht sich darauf, daß es mit dem Ende der klassischen Entwicklungsstrategien nicht genüge, für den Süden eine Subsistenzperspektive zu formulieren, sondern daß auch das Akkumulationsmodell des Nordens entwickelt, das herrschende Naturverständnis hinterfragt und die Gesamtheit der herrschaftsförmigen Sozialbeziehungen demontiert werden müsse (s. ak 392, S. 31). Da auch die traditionellen Vorstellungen von Befreiung mit dem Entwicklungsdiskurs verknüpft waren, gelte es "Emanzipation neu zu denken". Die Subversion des bestehenden Geschlechterverhältnisses spielt dabei eine zentrale Rolle.

Die Foren 3 "Rechtlos auf Arbeit" und 4 "Existenzrecht und solidarische Netze" werden sich der sozialen Frage im engeren Sinne zuwenden. Das Forum 3 will Alternativen zum Standortpatriotismus erarbeiten und Möglichkeiten der Solidarisierung zwischen ArbeiterInnen in einem zersplitterten Universum unterschiedlicher Beschäftigungsverhältnisse aufzeigen. Daß dabei primär von der Situation prekär Beschäftigter und in illegale Arbeitsverhältnisse gezwängter MigrantInnen aus gedacht wird, ist als deutliche Kritik gewerkschaftlicher Interessensvertretungspolitik zu verstehen, die sich auf die Verteidigung des Normalarbeitsverhältnisses konzentriert.

Forum 4 geht dagegen stärker von den sozialen Realitäten außerhalb des Bereichs der Lohnarbeit aus und fordert ein egalitäres Existenzrecht, d.h. einen gleichberechtigten Zugang zu den gesellschaftlichen Ressourcen unabhängig von Nationalität, Geschlecht und Erwerbsbiographie. Dem liegt eine Kritik des herrschenden Arbeitsbegriffs zugrunde, wie sie bisher vor allem von feministischer Seite entwickelt wurde. Gleichzeitig soll über alternative Formen der Ökonomie sowie den Aufbau selbstbestimmter solidarischer Netze nachgedacht werden. Eine weitere Arbeitsgruppe soll im Vorfeld der "Innenstadt-Aktionswoche" Anfang Juni einen Austausch über Widerstandsformen gegen Ausgrenzungs- und Vertreibungspolitik in verschiedenen Städten ermöglichen.

Auf dem Kongreß werden also die Lebensverhältnisse in den Metropolen einen breiteren Raum als gewöhnlich einnehmen. Das ist kein Abschied vom Internationalismus, sondern reflektiert die Tatsache, daß zu einem gleichberechtigten Dialog mit den Emanzipationsbewegungen des Südens gehört, hier eigene Widerstandslinien und Alternativen zum Neoliberalismus zu entwickeln.

Theo Bruns / BUKO-Geschäftsstelle

Weitere Informationen und Anmeldung (unbedingt notwendig) zum Kongreß bei: BUKO-Geschäftsstelle

Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, Tel.: 040-393156, Fax: 040-3907520.

# 3. Stoppt die Hinrichtung! Freiheit für Mumia Abu-Jamal

Rubrik: USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak402/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:402:20

Stoppt die Hinrichtung! Freiheit für Mumia Abu-Jamal! Vor dem obersten Gerichtshof von Pennsylvania steht die Entscheidung über eine erneute Aufnahme des Prozesses gegen Abu-Jamal an. Sein mutiger Journalismus hat ihm die Bezeichnung "Stimme der Stimmlosen" eingebracht. Das und seine Mitgliedschaft in der Black Panther Party machte ihn zur Zielscheibe der Staatsgewalt. 1981 wurde er nach einem Zusammenstoß mit der Polizei festgenommen und wird seitdem des Mordes an einem Polizisten beschuldigt. Obwohl immer wieder Beweise auf den Tisch kommen, die das abgekartete Spiel zwischen Polizei und den "ZeugInnen" ans Licht bringen, sitzt Abu-Jamal seit Jahren in der Todeszelle. Foto: C. v. Polentz

# 4. Radikal-Verfolgung bis ins Internet. Kriminalisierung der Zeitschrift geht weiter - Justiz uneins

Autor: Wolf-Dieter Vogel · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak402/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:402:18

121 Ermittlungsverfahren, rund 100 Durchsuchungen, neun Anklageschriften. Die Bundesanwaltschaft (BAW) konnte mit dem Ergebnis ihrer Arbeit zunächst zufrieden sein. Schließlich wollte man im Kampf gegen die verdeckt organisierte Zeitschrift radikal keine kleinen Brötchen mehr backen - und glaubte sich seiner Sache recht sicher.

In über 150 Aktenordnern hatten die Karlsruher Ermittler zusammengesammelt, was eine richtige terroristische Zeitschrift nach dem Gusto der Bundesanwälte auszumachen hat: Aufzeichnungen über Vertriebssysteme, Protokolle von Redaktionstreffen und Artikel mit linksradikalen Inhalten. "Hochkonspirativ" soll sie sein, diese Organisation, die eine Zeitschrift herstellt, in der militante und bewaffnete Politik dokumentiert und diskutiert, manchmal gar zu Straftaten aufgerufen wird. Wer diesem Verein Hilfe leistet oder aktiv in ihm mitarbeitet, sollte nach dem Willen der Karlsruher Bundesanwälte zum Unterstützer, zur Unterstützerin, schlimmstenfalls gar zum "Mitglied einer kriminellen Vereinigung" werden.

Die Vorgaben waren also eindeutig, mit denen Deutschlands oberste Strafverfolger das Ermittlungsverfahren gegen die ersten vier Beschuldigten im radikal-Verfahren vergangenen Jahres zur Bearbeitung an das Oberlandesgericht (OLG) Koblenz abgegeben hatten: "Mitgliedschaft in der kriminellen Vereinigung radikal" nach Paragraph 129. Dort allerdings will man nun der BAW nicht so recht folgen. Mitte März hat der Koblenzer Staatsschutzsenat beschlossen, die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen die Männer aus Berlin, Hamburg, Lübeck und Münster abzulehnen. Es bestehe kein hinreichender Tatverdacht, daß sich die Beschuldigten durch ihre Mitarbeit an der radikal dem vorgeworfenem Tatbestand schuldig gemacht hätten.

Gegen den Beschluß hat die Generalstaatsanwaltschaft in Koblenz Beschwerde eingelegt. Sollte nun der Bundesgerichtshof (BGH) diese Beschwerde ablehnen, müßte die BAW nach dreieinhalb Jahren Ermittlungen gegen mutmaßliche radikal-RedakteurInnen eine schwere Schlappe hinnehmen. Das aber ist nicht unbedingt zu erwarten, schließlich hat der zuständige 3. Strafsenat des BGH bereits jenen Lauschangriff nachträglich legitimiert, der die wohl heftigste Attacke in der Geschichte der radikal erst ins Rollen brachte.

Lauschangriff in der Eifel

Ein kurzer Rückblick. In Erwartung eines "Gipfelgespräches der RAF", wie der Spiegel (42/95) die Fahnder zitiert, hatten Beamte des rheinland-pfälzischen Landeskriminalamtes (LKA) ein Wochenendhaus in der Eifel-Gemeinde Baar-Wanderath im Sommer 1993 mit zahlreichen Wanzen bestückt. Auf die RAF wartete man vergeblich. Gekommen waren andere: Sechs Männer und eine Frau trafen sich an einem September-Wochenende, um die "Dezemberausgabe" der radikal zu planen. So zumindest interpretierten die Ermittler die später auf über 700 Schreibmaschinenseiten dokumentierten abgehörten Gespräche, die an jenen Herbsttagen in der Eifel-Hütte geführt wurden. Nun nahm die Sache ihren bundesanwaltschaftlichen Lauf: Ermittlungsverfahren wurden eingeleitet, zahlreiche Personen observiert, Telefone abgehört.

Am 13.6.1995 dann der große Schlag: 55 Wohnungen und linke Projekte in zehn Städten wurden durchsucht, zahlreiches Material, mit Vorliebe Computer und Disketten, beschlagnahmt. Vorwurf: Mitgliedschaft in oder Unterstützung der kriminellen Vereinigung radikal, wahlweise auch der "terroristischen Antiimperialistischen Zellen (AIZ) sowie des K.O.M.I.T.E.E." Während die "Aktion Wasserschlag" mit Blick auf die beiden militanten Gruppen offenbar ihrem Namen gerecht wurde, gab man sich in Sachen radikal erfolgreich. Vier der Mitarbeit an der Zeitung Beschuldigte wurden die folgenden sechs Monate in Untersuchungshaft genommen, vier weitere konnten sich ihrer Verhaftung durch Abtauchen entziehen, stellten sich aber 1996 den Behörden. Frank G. aus Köln mußte daraufhin über drei Monate in Untersuchungshaft verbringen, weil er auch als Abgetauchter an der radikal-Struktur beteiligt gewesen sein soll. Weitere Durchsuchungen folgten: In Dresden, Oldenburg, Bremen, Kiel, Berlin ... . Sogar in den Niederlanden vermutet die BAW vermeintliche MitarbeiterInnen des kriminalisierten Blattes.

Null-Bock-Richter und ...

Ob in allen diesen Fällen Anklage erhoben wird, steht nach der Koblenzer Ablehnung zunächst in den Sternen. Wegen "minderer Bedeutung" hatte die BAW das Verfahren gegen die vier Männer an das rheinland-pfälzische OLG abgegeben. Nun scheint die Sache den dortigen Staatsschutzrichtern gar so unangenehm, daß sie das Hauptverfahren nicht einmal eröffnen wollen. Die Aufforderung anderer zu Straftaten bzw. die Billigung von anderen begangener Taten sei für die Strafbarkeit nach Paragraph 129 der Strafprozeßordnung nicht ausreichend, begründen die Juristen ihre Ablehnung.

Auch an anderer Stelle ihres Beschlusses machen die Koblenzer Richter deutlich, daß sie die von der BAW so wortgewaltig formulierten Vorwürfe doch eher auf kleiner Flamme gekocht sehen wollen. So sei die Veröffentlichung einer Erklärung der RAF zum Anschlag auf den Neubau des Gefängnisses Weiterstadt in der radikal-Ausgabe 148 vom November 1993 strafrechtlich nicht mehr von Interesse. Dieses "Presseinhaltsdelikt", auf dem unter anderem der Vorwurf mitgliedschaftlicher Betätigung in der kriminellen Vereinigung basiert, sei schlichtweg verjährt. Und letzlich fühlt sich die Koblenzer Behörde für die Sache im hessischen Weiterstadt ohnehin "örtlich nicht zuständig", heißt es in dem Schreiben vom 13.3.1997.

Auch beim Düsseldorfer OLG ist man noch nicht so richtig von den Vorwürfen der Karlsruher Ermittler überzeugt. Nachdem von den dortigen Staatsanwälten im März die Anklageschrift gegen fünf weitere angebliche radikal-MitarbeiterInnen verschickt wurde, prüft der 4. Strafsenat derzeit, ob die Hauptverhandlung stattfinden soll. Im Laufe des Jahres könnte dann der Prozeß beginnen - "wenn überhaupt eröffnet wird", wie ein Pressesprecher der Behörde erläutert. Zunächst müsse man sich durch die rund 180 Aktenordner kämpfen, die aus Karlsruhe geliefert worden seien. Vermutlich werden die Düsseldorfer Richter abwarten, wie der zuständige 3. Strafsenat beim BGH über die Beschwerde der Koblenzer Oberstaatsanwaltschaft entscheiden wird.

... hochmotivierte BAW

Betrachtet man die Aggressivität, mit der die BAW jeden Anlaß zu nutzen weiß, um unter dem Stichwort radikal in ganz verschiedenen Bereichen zu intervenieren, wird deutlich, wie sie mittels des "Ermittlungsparagraphen 129" faktisch ihren Kompetenzbereich ausweitet. Auch hier dürfte ein Grund dafür liegen, warum die Karlsruher Ermittler ihre Angriffe weiterhin zuspitzen, während das konkrete Strafverfahren zunehmend niedriger gehängt wird.

So ließ die BAW am 30. Januar dieses Jahres erstmals einen kompletten Computer aus den Redaktionsräumen einer Zeitung - der jungen Welt - beschlagnahmen. Begründung: "Der Redakteur Vogel steht im Verdacht, sich als Mitverantwortlicher der linksextremistischen/linksterroristischen Untergrunddruckschrift radikal nach Paragraph 129 wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung strafbar gemacht zu haben." Der Tatverdacht beruhe auf der Auswertung von Unterlagen, die bei weiteren Durchsuchungen gefunden worden seien, so die lapidare Begründung. Genaueres wollen die Strafverfolger nicht erläutern. Informantenschutz? Zeugnisverweigerungsrecht? Nein, "man ermittelt eben mal", wie BAW-Sprecherin Eva Schübel erklärt, sprich man beschlagnahmt auch sonst, was gerade opportun erscheint: Recherchematerial, Telefonnummern, Aufzeichnungen.

Zwei Monate später, kaum hatten die Koblenzer Richter die Aufnahe des Hauptverfahrens abgelehnt, der nächste Schlag: Wieder wurden zwei Männer festgenommen. Grund: Die beiden hatten 680 Exemplare einer "radikal - Dokumentation kriminalisierter Texte" transportiert, die, mutmaßt die BAW, zur Verteilung für den Raum Münster und Köln bestimmt gewesen seien. Schnelle Folgerung der Fahnder: Die zwei Berliner gehören zur radikal-Gemeinde. Einmütig spricht man bei der BAW von einer "Frühjahrsausgabe" des ungeliebten Blattes, obwohl die 60 HerausgeberInnen der Zeitschrift keinen Zweifel gelassen hatten: "Wir geben diese Dokumentation bereits veröffentlichter und nun verfolgter radikal-Beiträge heraus, um damit eine kritische Auseinandersetzung jenseits von Polizeirazzien und Anklageschriften zu fördern und gleichzeitig zu dokumentieren, wie in diesem Staat mittels des Staatsschutzes Politik betrieben wird". Nun sei man gespannt, ob die BAW auch gegen diesen Kreis der Herausgebenden - unter ihnen der Bundesvorstand der Fachgruppe Journalismus in den IG Medien, die Berliner Politologen Wolf-Dieter Narr und Elmar Altvater sowie der Kulturschaffende Jürgen Kuttner - vorgehen werde.

Bisher nicht, informierte BAW-Sprecherin Schübel zwei Wochen nach der Festnahme. Man wisse ja nicht, ob der Personenkreis tatsächlich an der Veröffentlichung mitgewirkt hätte. Die beiden kurzzeitig

Festgenommenen allerdings schon, denn die Dokumentation stehe, stellte Bundesanwalt Hofmann Mitte April klar, "erkennbar in enger Kontinuität und Verbindung mit bisherigen radikal-Ausgaben". Aus Sicht des angesprochenen linksextremistischen Leserkreises diene sie der propagandistischen Förderung von radikal. Hier werde unter dem Deckmantel einer angeblichen Dokumentation für terroristische Vereinigungen geworben.

Zugriff in den Niederlanden

Da sich die Kontaktadresse der kriminalisierten Zeitung derzeit in Amsterdam befindet, ist die BAW auf juristisch heikler Grundlage auch im Nachbarland Niederlande aktiv geworden. So ist bis heute nicht endgültig geklärt, ob eine von den Bundesanwälten initiierte Durchsuchung im niederländischen Vaals den rechtlichen Abmachungen mit dem Nachbarland entsprach. Auch hier war man auf der Jagd nach radikalen. 15 Polizisten, unter ihnen vier deutsche Beamte von BKA und LKA-Nordrhein-Westfalen, durchwühlten am 11.12.1996 die Wohnung des in der grenznahen Gemeinde lebenden Spaniers Miquel D. Er soll unter dem Tarnnamen Hans wichtige Aufgaben in der radikal-Organisation übernommen haben und zudem Kontaktperson zweier in den Niederlanden abgetauchten Beschuldigten gewesen sein.

Ob die Aktion tatsächlich, wie die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage des grünen Bundestagsabgeordneten Manfred Such vom 7.4.1997 vorgibt, "mit Zustimmung der zuständigen Stellen des ersuchten Staates" stattgefunden hat, darf bezweifelt werden. So erfuhr die niederländische Justizministerin Winnie Sorgdrager entgegen dem Schengener Abkommen erst nachträglich von der Sache. Zwar billigte die Ministerin später die Amtshilfe der Maastrichter Rechtbank (hier arbeitet der zuständige Ermittlungsrichter des Regionalgerichtes) für die BAW; in der niederländischen Öffentlichkeit bleibt die bilaterale Polizeiaktion jedoch bis heute umstritten, zumal man dort seit den faschistischen Besatzern keine "duitse autoriteiten" mag.

Skepsis auch beim zuständigen Ermittlungsrichter Hoekstra. Weil es sich möglicherweise um politische Verfolgung handeln könne, hatte sich der Jurist zunächst geweigert, die bei der Durchsuchung beschlagnahmten Gegenstände an seine Kollegen nach Karlsruhe weiterzugeben. Ob die mitgenommenen Disketten, Rechner, Aufkleber, Flugblätter und Fotos jemals bei der BAW landen werden, ist bis heute noch unklar. Zuvor wird am 24.6. das Maastrichter Amtsgericht darüber entscheiden müssen, ob die Aktion tatsächlich auf legaler Grundlage stattgefunden hat.

Zensur im Internet

Bereits im Herbst 1996 begann die BAW, gegen den Amsterdamer Internet-Anbieter xs4all ("Access for all - Zugang für alle") vorzugehen, über den die "Solidariteitsgroep Politieke Gevangenen" (SPG) die radikal ins elektronische Netz einspeist. Alle deutschen Internet-Anbieter wurden unmißverständlich "darauf hingewiesen, daß sie sich möglicherweise einer Beihilfe von Straftaten" schuldig machten, sollten sie weiterhin den Zugang zu xs4all ermöglichen. Zahlreiche Provider reagierten mit dem erwarteten Gehorsam und versperrten ihrer Kundschaft den Zutritt zu den ungeliebten Web-Seiten. Andere müssen nun mit einem Verfahren rechnen. Stilblüte der Angelegenheit: Nun muß die BAW gegen den Bertelsmann-Konzern, den Anbieter des American Online (AOL), wegen der "Beihilfe zur Werbung für eine terroristische Vereinigung" ermitteln.

Das Vorgehen der Internet-Fahnder hat auch zahlreiche Computerfreaks auf den Plan gerufen. Kaum ein einschlägiges Magazin, kaum eine Fachtagung, in der nicht der Name radikal fällt. Zwar haben die Netz-Surfer nichts mit dem linksradikalen Lesestoff gemein, dennoch begreifen sie den Angriff als Exempel staatlicher Zensur. So löste die "Electronic Frontiers Foundation" (EFF), amerikanische Pioniere des Internet, den "Worldwide Urgent Censorship Alert", den weltweiten dringenden Zensuralarm aus. Der Erfolg ließ nicht lange auf sich warten: Zahlreiche Provider "spiegelten", also kopierten die kriminalisierten Seiten. Auf rund 8.000 digitalen Archiven weltweit sind die Ausgaben der radikal seither zu lesen. "An jeder Straßenecke der Datenautobahn ist das radikale Blättchen zu haben", schreibt das Internet-Lifestyle-Magazin Webguide und moniert: "Das halbe Internet diskutiert mal wieder über ‚German Censorship` und ‚German Staatsanwalts`".

Doch die "German Staatsanwalts" aus Karlsruhe können trotzdem ganz zufrieden sein. Im Juni soll gegen die ehemalige PDS-Vorsitzende Angela Marquardt in Berlin verhandelt werden, weil sie auf ihrer Homepage einen Link - einen Verweis - auf die kriminalisierten Seiten gelegt hat. Vor allem aber trägt die "Selbstdisziplinierung der Anbieter", auf die man nach den Worten des Ex-BAW-Sprechers Rolf Hannich gesetzt hat, weitere Früchte. So hatte der Verein Deutsches Forschungsnetz (DFN), der die Internet-Anbindung aller deutschen

Universitäten zur Verfügung stellt, im April vorübergehend den Zugriff auf xs4all gesperrt. Mittels einer sogenannten IP-Filterung wurde schlichtweg verhindert, daß Anfragen an den niederländischen Anbieter weitergeleitet werden. Nebenbei erhielten die User auch Tausende von anderen Seiten nicht mehr, die über xs4all verbreitet werden.

Die gesetzliche Grundlage für dieses Vorgehen wird derzeit allerdings erst im Bundestag debattiert. Ein sogenanntes Informations- und Kommunikationsdienstegesetz soll regeln, wer künftig für im Internet verbreitete Informationen zuständig ist. Das Gesetz werde deutlich machen, so Bundesforschungsminister Jürgen Rüttgers (CDU), daß das Internet kein rechtsfreier Raum ist. Und: "Wir sind das erste Land der Welt, das sich aufmacht, solche Rahmenbedingungen zu formulieren."

Wolf-Dieter Vogel

Am 24.5. findet in Vaals, Niederlande, eine Demonstration statt. Anlaß sind die grenzübergreifende Zusammenarbeit in Sachen radikal und die Flüchtlingsverfolgung in der EU. Die Demo wird von einem breiten Spektrum unterstützt und soll vom niederländischen Vaals nach Aachen gehen. Treffpunkt 12 Uhr, Vaals, Clermont Plein.

# 5. 1. Mai: Neonazis marschieren in Hannoversch-Münden auf. Nach Demoverbot verlegten sich Rechtsextreme auf dezentrale Aktionen

*Nach Demoverbot verlegten sich Rechtsextremisten auf dezentrale Aktionen*

Autor: rei · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak402/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:402:41

Nach tagelangem juristischen Hin und Her wurde die geplante zentrale 1. Maidemonstration von NPD und Jungen Nationaldemokraten (JN) endgültig verboten. Das Oberverwaltungsgericht Bautzen blies den geplanten Aufmarsch der Neonazis ab. Diese verlegten sich daraufhin kurzfristig auf dezentrale Aktionen. So marschierten am Donnerstag im sächsischen Grimma kurzfristig 200 Rechtsextremisten auf, bevor sie von aus Leipzig herbeigerufenen Polizisten aus der Stadt gedrängt wurden. In Dortmund nahm die Polizei Zeitungsberichten zufolge 46 NPD-Anhänger vorübergehend in Gewahrsam, im hessischen Alsfeld (Vogelsbergkreis) verhinderte sie einen Aufmarsch von etwa 80 Faschisten. In Cottbus, Halle und Bad Hersfeld wurden die Fahrzeuge anreisender Nazis bereits vor den Stadttoren gestoppt.

Die zahlenmäßig größte Zusammenrottung von Neonazis gab es in Hannoversch-Münden (Landkreis Göttingen). Mit Fahnen, Trommeln und Gegröle fielen rund dreihundert Rechte bereits morgens um zehn Uhr in das Fachwerkstädtchen ein, wo Werra und Fulda zusammenfließen und die Weser bilden. Zunächst unbehelligt von der offenbar völlig überraschten Polizei zogen sie ins Stadtzentrum und zum historischen Marktplatz, wo örtliche DGB-HelferInnen gerade mit dem letzten Soundcheck der Lautsprecheranlage für die Gewerkschaftskundgebung beschäftigt waren. Neben dem Redepult pflanzten sich die Rechtsextremisten auf und starteten ihre eigene Kundgebung. Teilweise angetrunken, pöbelten sie PassantInnen an, warfen mit Bierflaschen auf Schaufensterscheiben und rupften Zaunlatten aus Vorgärten.

Während die GewerkschafterInnen ihre Veranstaltung in ein Lokal verlegten, fuhren gegen elf Uhr erste Streifenwagen der Polizei auf. Gleichzeitig trafen auch achtzig bis neunzig AntifaschistInnen, die zum Teil durch die Radionachrichten, zum Teil auf der Göttinger DGB-Demo von dem Naziaufmarsch erfahren hatten, in Hannoversch-Münden ein. Die Beamten verlegten sich aufs Beobachten der Szenerie. Erst als nach einer weiteren halben Stunde Mannschaftswagen der hessischen und niedersächsischen Polizei anrollten, wähnte sich die Einsatzleitung stark genug zum Einschreiten. Auf dem Marktplatz gingen die Polizisten zum Teil mit Schlagstöcken gegen die dort verbliebenen Neonazis vor. Gleichzeitig versuchten sie, einen Keil zwischen eine andere Gruppe Rechtsextremisten und linke GegendemonstrantInnen zu treiben, die in einer Seitenstraße aneinandergeraten waren.

Rangeleien und Prügeleien zwischen der Polizei und Neonazis sowie zwischen Linken und Rechtsextremisten flammten über eine Stunde hinweg an verschiedenen Stellen immer wieder auf. Antifas konnten eine Attacke von mit Knüppeln bewaffneten Skins abwehren und ihrerseits eine andere Gruppe Faschisten in die Flucht schlagen. Ein Polizeisprecher sprach von einer "unübersichtlichen Situation" und hatte wohl Recht damit. Mehrere Neonazis und Polizisten wurden verletzt, ein Beamter soll einen Nasenbeinbruch erlitten haben, als ihn eine Bierflasche am Kopf traf. Die Polizei beschlagnahmte Fahnen, Trommeln und Transparente und nahm 119 Neonazis und fünf GegendemonstrantInnen vorübergehend in Gewahrsam. Sie alle wurden bis auf einen Faschisten aus Quedlinburg allerdings noch am Nachmittag wieder auf freien Fuß gesetzt. Die übrigen Rechtsextremisten hatten unter Polizeigeleit die Stadt schon vorher mit unbekanntem Ziel wieder verlassen. Während in Hannoversch-Münden längst wieder Ruhe herrschte und BesucherInnen eisschleckend die Spuren der Auseinandersetzungen begutachteten, schlugen Unbekannte auf der Autobahnraststätte Göttingen die Scheiben eines Autos ein, das Neonazis dort abgestellt hatten.

Nicht bestätigen konnten Polizei oder Antifas Gerüchte, daß der Aufmarsch vom ehemaligen niedersächsischen und sachsen-anhaltinischen Landesvorsitzenden der verbotenen Freiheitlichen Arbeiterpartei (FAP), Thorsten Heise, geplant und organisiert wurde. Der mehrfach vorbestrafte Nazi-Funktionär war erst vor wenigen Wochen aus dem Knast entlassen worden, wo er eine Verurteilung wegen Körperverletzung absaß: Er hatte bei einer Abiturfeier in Northeim mit einer Gaspistole geschossen und

mehrere Schüler verletzt. In der Vergangenheit hat Heise bereits mehrfach eine wichtige Rolle bei der Organisation auch von überregionalen Nazi-Demonstrationen gespielt.

Die Autonome Antifa (M) aus Göttingen wertete den 1. Mai in Hannoversch-Müden "aus antifaschistischer Sicht als Erfolg". Die Nazis hätten ihren Aufmarsch nicht durchsetzen können und "deutlich zu spüren (bekommen), was antifaschistische Selbsthilfe bedeutet". Wieder einmal habe sich gezeigt "daß Antifaschismus militant sein muß, um erfolgreich zu sein".

Abgesehen davon, daß die Faschisten sehr wohl durch die Stadt marschieren konnten und ihr Auftritt letztlich nur durch das - sicher unfreiwillige - Zusammenwirken von Polizei und Linken verkürzt werden konnte, bleibt festzustellen, daß die ansonsten gut recherchierende und informierte antifaschistische Szene dieses Mal offenbar keinen Schimmer hatte, was die Nazis nach der geplatzten Demo in Leipzig vorhatten. Auf der anderen Seite war der Maifeiertag für die Faschisten unter dem Strich sicher ein totaler Reinfall: Die geplante und großmäulig angekündigte Großaktion wurde verboten, keiner der kleineren Alternativ-Aufmärsche blieb ungestört. Gezeigt hat sich auch, daß viele NPD- und JN-Anhänger zumindest vorerst doch lieber zu Hause bleiben, wenn ihre Kundgebungen verboten werden und Ärger mit der Staatsmacht droht. Von den für Leipzig angekündigten "mehreren tausend Kameraden" waren am Donnerstag jedenfalls nur sehr wenige auf der Straße.

rei

# 6. Same Procedure... "Revolutionärer 1. Mai" in Berlin

Autor: Peter Nowak · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak402/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:402:40

Wer die Debatten um die (Revolutionären) 1. Mai-Demonstrationen in Berlin verfolgt hat, gewann den Eindruck, alle Argumente und Positionen schon einmal gehört oder gelesen zu haben. Auch zum 10. Jahrestag der wahlweise als "Maiaufstand" oder "Kiezrandale" bezeichneten Vorgänge in Kreuzberg am 1. Mai 1987 gab es zwei Demonstrationen, die sich in diese Tradition stellten. Während ca. 3.500 Menschen dem Aufruf kommunistischer, autonom-kommunistischer und maoistischer Gruppen gefolgt waren und auf historischem Kreuzberger Terrain demonstrierten, kamen ca. 6.000 Menschen zu der von autonomen Gruppen und der Antifaschistischen Aktion Berlin (AAB) organisierten Demo durch den Prenzlauer Berg und Mitte.

Was tun am 1. Mai?

Eigentlich sollte letztere Demo vom Rosa-Luxemburg-Platz zum Kollwitzplatz führen. Doch diese Route löste Unmut bei vielen im Prenzlauer Berg aktiven Stadtteilgruppen aus, die die Auseinandersetzungen auf dem Platz in den vergangen Jahren als Behinderung ihrer Arbeit im Bezirk empfanden. So luden diese Anfang April zum Kiezpalaver. Statt verhaltenem Grummeln im Szeneblatt "Interim" wurde der Streit nun öffentlich ausgetragen.

Dem Vertreter des Revolutionären O.S.T.B.L.O.C.K. war es vorbehalten, die Bedenken der verschiedenen im Prenzlauer Berg aktiven Gruppen gegenüber der Demonstration vorzutragen. Irgendwie konnten dann selbst die VertreterInnen des Demobündnis keine guten Gründe mehr finden, warum die Demo ausgerechnet dort langgehen sollte. So wurde die ursprüngliche Route geändert. Statt zum Kollwitzplatz führte die Demo jetzt zum Rosenthaler-Platz in Mitte.

Der Entscheidung ist ein Machtkampf innerhalb des Demovorbereitungsbündnis vorausgegangen. Während die Antifaschistische Aktion Berlin (AAB) am ursprünglichen Demoziel festhalten wollte, waren die im Anti-Olympia-Komitee (AOK) organisierten Restautonomen kategorisch dagegen. Unterstützt wurden sie von der Redaktion der "Interim", die gar mit einem Boykott der Demo drohte, wenn die Route nicht aus Respekt vor den Gruppen aus dem Prenzlauer Berg verlegt werde. Der schließlich fehlgeschlagene Versuch vom letzten Jahr, eine gemeinsame Abschlußkundgebung beider Demos zu organisieren, wurde dieses Jahr erst gar nicht geplant. Nie war die Spaltung zwischen beiden Demogruppen größer.

Mit einem Rückgang der TeilnehmerInnenzahl auf beiden Demos war gerechnet worden. Zur geringeren TeilnehmerInnenzahl trug schließlich auch ein Aufruf verschiedener antifaschistischer Gruppen und linker GewerkschafterInnen bei, sich am 1. Mai an der Verhinderung des NPD-Aufmarsches in Leipzig oder an einem eventuellen Ausweichort zu beteiligen. Die beiden Berliner Gewerkschafterinnen Elke Breitenbach und Irene Schulz fragten in einem Gastkommentar in der jW vom 28.04.97: "Können wir uns an revolutionären Demonstrationen beteiligen, die von Anfang bis Ende von einem Polizeikessel eingeschlossen sind und uns kein flexibles Reagieren auf Nazi-Aufmärsche erlauben? Was ist daran revolutionär, Transparente mit der Aufschrift ‚Kein Fußbreit den Faschisten` durch die Stadt zu tragen, während die Nazis unbehelligt marschieren können?"

Die bürgerliche Presse meldete am Tag danach erstaunlicherweise, daß das l0 jährige Jubiläum des revolutionären 1. Mai ohne große Zwischenfälle verlief - es sei nur zu den üblichen Scharmützeln in den Bezirken Prenzlauer Berg, Friedrichshain und Kreuzberg gekommen. Dabei hatte Innensenator Schönbohm schon im Vorfeld des 1. Mai eine harte Linie angekündigt. Die Demos fanden unter massiver Polizeipräsenz statt, und es war offensichtlich, daß die Bullen auf Eskalation aus waren. Die heftigsten Auseinandersetzungen fanden im Anschluß an ein Straßenfest auf dem Mariannenplatz statt, das von der PDS Kreuzberg, den Grünen und verschiedenen linken Gruppen organisiert worden war. Kurz vor Ende des Festes löste die Polizei es auf und trieb die zahlreichen BesucherInnen unter Einsatz von Wasserwerfern und Polizeiknüppeln durch Kreuzberg. Dort kam es später auch zu Übergriffen auf ein ARD-Team durch Vermummte. Über die Hintergründe ist nichts bekannt. 325 Festnahmen im Zusammenhang mit dem 1. Mai meldete ein Polizeisprecher. 12 Personen sollen dem Haftrichter vorgeführt werden.

Im 10. Jahrestag sind die sich auf den Revolutionären 1. Mai beziehenden Gruppen zerstrittener denn je. Die Versuche, über das runde Datum mehr Leute zu mobilisieren, sind gescheitert. Der Aufruf der Gruppe Venceremos in der Interim 316, in Zukunft wieder einen einheitlichen 1. Mai zu organisieren, blieb bisher ohne Antwort. Es ist eher zu erwarten, daß sich auch hier das Spiel der letzten Jahre wiederholt. Nach einigen Nachbereitungspapieren geht die Szene in die Sommerpause und erst im nächsten Februar tauchen wieder die ersten Vorbereitungspapiere auf.

Peter Nowak

# 7. Anklagekonstrukt vor dem Zusammenbruch. Lübeck: Werden die wirklichen Täter noch ermittelt?

Autor: j., Hamburg · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak402/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:402:30

Der 53. Verhandlungstag um den Brand in der Lübecker Hafenstraße begann mit einem weiteren schweren Schlag für die Staatsanwaltschaft: In einer vorläufigen Bewertung des Prozesses erklärte Richter Wilcken, daß er "keine hinreichende Belastung" des Angeklagten Safwan Eid erkennen könne. Damit ist ein Freispruch so gut wie angekündigt.

Vor zwei Wochen hatte das Gericht bereits die Hoffnung der Staatsanwaltschaft zunichte gemacht, Safwan Eid durch heimlich aufgenommene Gespräche mit seinen Angehörigen in der Besucherzelle der U-Haftanstalt belasten zu können. Die ganze Abhöraktion, obschon richterlich genehmigt, war von vornherein unzulässig, wie das Gericht feststellte. Auch ein Untersuchungsgefangener habe Grundrechte, insbesondere Anspruch auf eine "räumliche Privatsphäre". Diese sei durch die "gesetzeswidrige Ermittlungstätigkeit" verletzt worden.

Die Anklage bröckelt

Zum Ort des Brandausbruchs schloß Richter Wilcken sich in seiner Zwischenbilanz einerseits der Theorie der amtlich bestellten Gutachter an, die einen primären Brandherd im ersten Stock nachzuweisen versucht hatten. Andererseits betonte er, daß diese Theorie keine schlüssige Erklärung für die Brandspuren im hölzernen Vorbau des Gebäudes liefern könne. Möglicherweise habe es auch zwei Brandherde gegeben.

Mit dem angeblichen Geständnis Eids gegenüber dem Rettungssanitäter Jens Leonhardt sei die Version der staatlichen Ermittler jedenfalls "nicht zusammenzubringen". Eid soll gestanden haben, eine brennbare Flüssigkeit gegen eine Tür gekippt zu haben. Der von den staatsanwaltschaftlichen Gutachtern ermittelte Brandherd lag jedoch zwischen zwei Türen. Und von Brandbeschleuniger fehlte jede Spur.

Die Brandverletzungen Safwan Eids seien eindeutig nicht Spuren, wie sie bei einer Brandstiftung entstehen (im Gegensatz, wie Wilcken hinzufügte, zu den bei den Grevesmühlener Nazis gefundenen Versengungen).

Nach mehr als 100 Zeugenaussagen ist es für den Richter schließlich "sehr, sehr fragwürdig", daß Streitigkeiten im Haus das Motiv für eine Brandstiftung gewesen sein könnten.

Für immer im dunkeln?

Bei aller Freude über den Stand des Verfahrens, der eindeutig auf Freispruch für Safwan Eid weist: Ungeklärt ist nach wie vor, wer die Verantwortung für den Tod von zehn Menschen und zahlreiche Schwerverletzte trägt. Richter Wilcken hat mit seiner Aufforderung, gestellte Beweisanträge zu überdenken (und zurückzuziehen), eine Möglichkeit für ein rasches Ende des Prozesses nach der Prozeßpause im Mai eröffnet. Doch der Freispruch für Safwan Eid wäre mit hoher Wahrscheinlichkeit auch der endgültige Freispruch für die Rechten aus Grevesmühlen. Diese wurden bisher im Prozeß nicht einmal als Zeugen vernommen. Immer wieder werden unterdessen neue Einzelheiten bekannt, die sie schwer belasten:

Nach Aussage des gerichtsmedizinischen Gutachters Prof. Oemichen, der die Verdächtigen untersucht hatte, entsprechen die Sengspuren an Haaren, Augenbrauen und Wimpern von drein von ihnen "dem, was wir immer wieder antreffen, wenn wir es mit Brandstiftern zu tun haben" (Hamburger Abendblatt, 15.4.). Bei allen dreien seien die angesengten Haarspitzen bereits bei leichter Berührung abgefallen. Dies wäre bereits dann der Fall gewesen, wenn sie sich seit dem Zeitpunkt der Verbrennung gewaschen, gekämmt oder durchs Haar gestrichen hätten. Damit wurde noch einmal unterstrichen, wie frisch diese Verbrennungen wenige Stunden nach dem Brand waren. Staatsanwaltschaft und Polizei allerdings hielten es nicht für erforderlich, die offenkundig und unglaublich dreist erlogenen Schutzbehauptungen der drei ernsthaft in Frage zu stellen. Statt dessen verschwanden - wie andere wichtige Beweismittel in diesem obskuren Verfahren - auch die Haarproben, die Oehmichens Kollegin Gerling sichergestellt hatte, im Bermudadreieck von Staatsanwaltschaft, Polizei und Kieler LKA. Und um dem ganzen die Krone aufzusetzen, beauftragte die Staatsanwaltschaft das bayerische LKA, anhand von Fotos ein weiteres Gutachten zu erstellen - offenbar in der Hoffnung auf einen Persilschein für die Verdächtigen.

Bemerkenswert war auch die Regie in einem parallel geführten Prozeß gegen drei Grevesmühlener Autoknacker - zwei von ihnen, Heiko Patynowski und Dirk Techentin, gehörten zu den als Brandstifter Verdächtigen. Das zweifelhafte Alibi, das Polizisten dreien der Verdächtigen ausstellten, erstreckte sich nicht auf Techentin, der nach dem Brand ebenfalls mit frischen Sengspuren festgenommen worden war. Gegenstand der Anklage war nun u.a. ein Autodiebstahl in der Brandnacht. Vertreten wurde diese Anklage durch den leitenden Lübecker Oberstaatsanwalt Günter Möller, Dezernent für Kapitaldelikte, eine absolut ungewöhnliche Besetzung in einem Bagatellverfahren. Fragen hatte dieser Staatsanwalt jedoch keine. Die Angeklagten waren geständig und "belasteten sich nach Kräften" (taz, 11.4.). Das Gericht sprach sein Urteil ohne jeden Versuch herauszufinden, was die Angeklagten in der Brandnacht noch (oder wirklich?) getan haben. "Die Chronologie der bewußten Nacht", wundert sich selbst das Hamburger Abendblatt (11.4.), "bleibt außen vor. Wer sich wann wo aufhielt, wird ausgeblendet. Der Oberstaatsanwalt weist in seinem Plädoyer darauf hin, daß diese Fragen in diesem Prozeß ‚nichts zu suchen haben`."

"Die Polizei kann mir gar nichts"

Solche Erfahrungen im Umgang mit der geballten Staatsmacht müssen ja übermütig machen: Schon im Februar letzten Jahres soll Heiko Patynowski einem ehemaligen Arbeitskollegen gegenüber den Brandanschlag gestanden haben. Patynowski (der einzige ohne Sengspuren) sei gefahren, während die drei anderen das Feuer gelegt hätten. Doch bei der polizeilichen Vernehmung will sich der Zeuge an nichts mehr erinnern, und Oberstaatsanwalt Wille sieht weiterhin "keine konkreten Verdachtsmomente gegen die jungen Leute, die weitere Ermittlungen rechtfertigen würden". (Focus, 9.9.96)

Im Dezember prahlte ein anderer der Grevesmühlener, Maik Wotenow, einschlägig bekannt wegen Gewalttätigkeit, Diebstählen und einer Friedhofsschändung, vor Zeugen mit seiner Beteiligung an dem "Brandanschlag in Lübeck". "Polizei? Die kann mir gar nichts", verhöhnte er einen Verkäufer, der ihn nach einem Ladendiebstahl vor seinem Laden am Güstrower Bahnhof zu stellen versuchte. Bevor Wotenow und seine Kumpane ihn zusammenschlugen, habe dieser sich noch mit seiner Freundschaft zu einem der Anführer der rechtsradikalen Szene in Güstrow gebrüstet, erinnert sich der Verkäufer.

Trotz der Drohung geht er am Folgetag zur Polizei und gibt das Ganze minutiös zu Protokoll. Doch seine Anzeige gegen den Skinhead verläuft im Sande. Weitere Ermittlungen werden nicht angestellt, die Presse erfährt kein Wort. Als die Berliner Zeitung Monate später dennoch von der Sache Wind bekommt, kann/will/darf der Güstrower Polizeichef zu dem Ereignis "gar nichts sagen". Die Lübecker Staatsanwaltschaft weiß auf Nachfrage ebenfalls nichts von einem Geständnis in Güstrow. Seltsam nur: Der Verteidigung von Safwan Eid liege ein Papier vor, in dem die Einstellung der Ermittlungen gegen Wotenow mitgeteilt wird: "kein hinreichender Tatverdacht". Unterschrieben sei dieses Papier von Staatsanwalt Bökenhauer - dem Hauptexponenten der Anklage gegen Eid. (Berliner Zeitung, 25.3.)

Als Beleg für die Unglaubwürdigkeit des Geständnisses führt die Staatsanwaltschaft an, das von Wotenow angeblich genannte Datum liege mehr als sieben Monate nach dem Brand - und praktischerweise an einem Zeitpunkt, als der Skin in Haft war. Kalkulierte Dreistigkeit mit Hintertür? Der Zeuge ist sich überdies genau in diesem Punkt unsicher. Doch die Lübecker Staatsanwälte lassen es nicht einmal zu einer Gegenüberstellung mit Wotenow kommen. Mittlerweile hat sich dieser abgesetzt - nach Bayern, wie die Ermittler immerhin wissen.

Drogengeschäfte und V-Mann-Führer

Im Zusammenhang mit dem Streit um den Ort des Brandausbruchs stellt die Frankfurter Allgemeine eine hochinteressante Spekulation an: "Nicht außer acht zu lassen ist die Möglichkeit, daß es voneinander unabhängige Brandherde an beiden Orten gab. Das allerdings würde auf professionelle Täter und vermutlich auf eine mit der Brandstiftung verbundene Absicht verweisen, Fluchtwege zu versperren oder zumindest einen katastrophalen Brandverlauf zu bewirken. In der Vergangenheit hat es verschiedenerlei Spuren gegeben, die auf Verbindungen zwischen dem Asylbewerberheim und dem Lübecker Rotlichtmilieu hindeuteten, doch hat sich davon nichts erhärten lassen." (FAZ, 22.3., Hervorhebung ak)

Erhärten ließ sich durch zwei Wochen danach veröffentlichte Recherchen des Spiegels bzw. von Spiegel-TV immerhin folgendes: Einer der Toten, Sylvio Amoussou, war liiert mit einer Frau aus dem Milieu. Annegret G. hatte zeitweise als Prostituierte und seit Ende 1993 als Verbindungsfrau der Lübecker Polizei in der Mädchen- und Rauschgifthändlerszene gearbeitet. Nach dem Scheitern eines von ihren V-Mann-Führern eingefädelten

Drogendeals fliegt sie im Frühjahr 1994 auf. Sie wird mehrfach vergewaltigt und bedroht. Ihre Anstifter im Polizeipräsidium lassen sie im Stich. Als sie dennoch einen Prozeß gegen ihre Peiniger anstrengt, fliegen Molotowcocktails in ihre Wohnung, ein toter Goldhamster wird an ihre Tür genagelt. Zufällig nimmt Amoussou den Hörer ab, als anonyme Anrufer ihr drohen: "Wir verbrennen dich". - "Möglicherweise", sagt sie, "haben sich die Leute, die etwas gegen mich hatten, an ihn gehalten." (Spiegel 15/97)

Die Todesumstände Amoussous, dessen verkohlte Leiche in dem Vorbau des Flüchtlingsheims gefunden wurde, sind weiterhin völlig mysteriös. Die gerichtsmedizinischen Gutachten kommen zu dem eindeutigen Schluß, daß er weder durch Verbrennen noch durch Ersticken zu Tode kam. Gewalteinwirkung konnte aber auch nicht nachgewiesen werden. Wo der Draht herkam, der "locker um die Leiche herumgewunden" war, ist ebenfalls ungeklärt - im Brandhaus wurden keine vergleichbaren Drahtstücke gefunden. Zudem hatten zwei Zeugen bestätigt, Amoussou nach Ausbruch des Brandes noch lebend im Flur zum Treppenhaus gesehen zu haben.

Kein Zusammenhang?

Schon zwei Tage nach dem Brand meldete sich Annegret G. bei der Sonderkommission der Lübecker Kripo. Doch die interessiert sich nicht weiter für ihre Aussagen. In den Ermittlungsakten spielt die Bedrohung der ehemaligen V-Frau und ihre Verbindung zu Amoussou nirgends eine Rolle. Als Zeugin im Prozeß wird sie nicht geladen. Die Staatsanwaltschaft sieht bis heute "nach gesicherten Erkenntnissen keinen Zusammenhang".

In der Soko, die Annegret G.s Anzeige so souverän ignorierte, sitzen zwei Beamte, die früher schon mit ihrem Fall befaßt waren: Detfred D. und Immanuel D. Kriminaloberkommissar Detfred D. war ihr Führungsbeamter gewesen. Eben dieser Detfred D. verhörte am 18.1.96 mit einem Kollegen die Grevesmühlener Nazis. Kurz darauf werden diese freigelassen, "dem Vernehmen nach nicht zuletzt deshalb, weil der Generalstaatsanwalt darauf drang". (FAZ, 22.3.97)

Am nächsten Tag war es wieder Detfred D., der - allein - den zentralen Zeugen der Staatsanwaltschaft, den Rettungssanitäter Jens Leonhardt befragte. Wenige Stunden danach, nachdem dieser die ominöse Aussage "Wir warn's" zu Protokoll gegeben hatte, vernahmen Detfred D. und Immanuel D. Safwan Eid erstmals als Beschuldigten. Immer nur Zufälle?

Die Soko hat im Verein mit der Staatsanwaltschaft alles, aber auch wirklich alles versucht, um Safwan Eid den Brand in die Schuhe zu schieben: dreiste Lügen über angebliches "Täterwissen", öffentliche rassistisch gefärbte Spekulationen über mögliche Motive, stundenlange Verhöre von traumatisierten Kindern, miese Tiefschläge gegen Hausbewohner, die als Zeugen der Anklageversion widersprachen. Zugleich frühzeitig eine Nachrichtensperre, immer wieder das Zurückhalten von Akten und Aussagen, immer wieder das "unerklärliche" Verschwinden von Beweismaterial, immer wieder unglaubliche "Schlampereien" bei den Ermittlungen. Unterstellte man hier Zielgerichtetheit, dann war das Motiv für soviel Eifer nicht so recht ersichtlich (außer natürlich für die harte antideutsche Fraktion ...). Nun drängt sich die Frage auf: Gibt es irgendwo ein "missing link" zwischen dem Haus an der Hafenstraße, der Drogendealer- und Mädchenhändlerszene in Lübeck, den Nazi-Kriminellen aus Grevesmühlen und den Ermittlungsbehörden der Hansestadt? Oder, anders gefragt: Welche V-Leute führt die Lübecker Kripo denn eigentlich noch?

j., Hamburg

Das "Lübecker Bündnis gegen Rassismus" ruft zu einem Aktionstag mit Kundgebung und Demonstration für den Tag der Urteilsverkündung auf. Gefordert wird ein Bleiberecht für die Überlebenden, Ermittlungen gegen die verdächtigen Nazis, eine unabhängige Untersuchung der Vorgänge in den Lübecker Ermittlungsbehörden und die Amtsenthebung der Staatsanwälte Böckenhauer, Schulz und Bieler.

# 8. Die besseren Konservativen. Tony Blairs New Labour Party - Hoffnung der europäischen Sozialdemokratie

Autor: Js. · Rubrik: Großbritannien · CD-Datei: daten/aksuche/ak402/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:402:06

Daß die Sozialdemokratie nur der Arzt am Krankenbett des Kapitalismus sei, ist heute allenfalls noch für unbelehrbare Linke ein Vorwurf. Nicht nur die deutschen Sozialdemokraten verkünden stolz, die Geschäfte besser führen zu können als die durch lange Jahre an der Regierung träge gewordenen Konservativen. Die britische Labour Party hat sich mit besonderem Eifer an die seit 18 Jahren regierenden Tories angepaßt. Deutsche Industrielle empfehlen der SPD: "Lernt von Tony Blair!"

"Wir haben Labour modernisiert, wir werden auch Britannien modernisieren!" Die Wandlung der Partei zu "New Labour", die Tony Blair ungeniert als Empfehlung für höhere Aufgaben anführt, begann allerdings nicht erst mit dem Aufstieg des neuen Hoffnungsträgers, sondern schon Mitte der 80er Jahre. Auf die Wahlniederlage von 1979 folgte vier Jahre später, im Juni 1983, ein katastrophaler Einbruch: 27,6% der Stimmen bedeuteten Labours schlechtestes Ergebnis seit 1945, während Margaret Thatcher nach dem Falkland-/Malwinen-Krieg auf dem Gipfel ihrer Popularität stand. Daß auch Labour im Krieg mit Argentinien in Patriotismus gemacht hatte, nützte nichts. Im Bewußtsein der WählerInnen waren die Konservativen die "Partei der Nation"; Thatchers Kriegspolitik wurde von 84% der Briten befürwortet.

Unter Neil Kinnock, Parteivorsitzender seit Oktober 1983, wurde Labours Anpassung an die konservative Regierung fortgesetzt. Die Forderung einseitiger atomarer Abrüstung wurde fallengelassen, in der Wirtschafts- und Sozialpolitik allerdings bestimmten nach wie vor die Gewerkschaften den Kurs. So wurde programmatisch weiter an Verstaatlichungsforderungen festgehalten (auch wenn diese realpolitisch keine Rolle spielten). Nach zwei weiteren Wahlniederlagen (1987: 30,8%; 1992: 34,2%) unternahmen die "Modernisierer" den entscheidenden Vorstoß. Noch unter John Smith, der 1992 den Parteivorsitz von Kinnock übernahm, gingen sie daran, den Einfluß der Gewerkschaften zurückzudrängen. Seit 1981 wurde der Parteivorsitzende von einem Electoral College gewählt, in dem die Gewerkschaften 40%, die Wahlkreisgliederungen 30% und die Parlamentsabgeordneten ebenfalls 30% der Mandate hielten. Smith setzte ein formal betrachtet demokratischeres Prinzip durch: Nun können alle Parteimitglieder über den Leader abstimmen; auch die WahlkreiskandidatInnen werden nach diesem Modell gewählt.

Auch bei programmatischen Entscheidungen wird die Mitgliedschaft inzwischen konsultiert. Was wie "Demokratisierung" aussieht, führt de facto zu einer Stärkung der Parteiführung, wie Paul Byrne kritisch anmerkt: "Der große Vorteil eines solchen Verfahrens besteht für die Parteiführung darin, daß die einzelnen Mitglieder keine Änderung einbringen können - sie können lediglich das Gesamtpaket ihres Vorsitzenden billigen oder ablehnen." (1) Insgesamt führten die Reformen der Parteistrukturen zu einer Stärkung der engeren Führung und der Parlamentsfraktion zu Lasten des Vorstands, der Parteitage und der Gewerkschaften. Das stärkt die "Regierungsfähigkeit"; linke Kritiker sprechen - in maßloser Übertreibung - von "Stalinisierung".

Wie sehr sich in der Partei Grundpositionen verschoben haben, zeigte sich 1995 bei der Abstimmung über "Clause Four" des Statuts. Die bisherigen Vergesellschaftungsforderungen wurden ersetzt durch ein Bekenntnis zum harmonischen Miteinander von Kapital und Arbeit in einer "dynamischen Wirtschaft, die dem öffentlichen Interesse dient, wo der Unternehmergeist des Marktes und die Schärfe des Wettbewerbs sich mit den Kräften der Partnerschaft und Zusammenarbeit verbünden". Diese Formulierung erhielt bei der Mitgliederbefragung 90% Zustimmung und wurde auf dem anschließenden Sonderparteitag mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

Das abweichende Votum der wichtigsten Gewerkschaften konnte das britische "Godesberg" nicht verhindern. Ihre statuarisch abgesicherte starke Position in der Partei wird zum Anachronismus. Denn eine Arbeiterpartei ist Labour immer weniger. Die meisten der neu gewonnenen 100.000 Mitglieder gehören den Mittelschichten an. Daß sie eher "rechts", die gewerkschaftlich organisierten ArbeiterInnen dagegen eher "links" denken, stimmt sicher nach wie vor. Ebenso richtig ist, daß die Gewerkschaftsführer Labours neuem Kurs kein

alternatives Konzept entgegensetzen wollen und können. Gegen das Zugeständnis, auch weiterhin die Hälfte der Parteitagsdelegierten stellen zu dürfen, verhalfen sie Tony Blair auf dem Labour Parteitag im Oktober vergangenen Jahres zu einem Triumph, wie ihn selbst Maggie Thatcher nur selten erlebte.

Viele Linke hatten der Partei schon vorher den Rücken gekehrt, unter ihnen Arthur Scargill, der legendäre Führer der Bergarbeitergewerkschaft. Seine neugegründete Socialist Labour Party erreichte allerdings bei einer Nachwahl in einer Bergarbeiterregion nur 5% der Stimmen, während Labour dort über 70% holte.

"Everyone can be a winner"

Eines muß man Tony Blair und seinem Beraterstab lassen: Seine Parteitagsrede am 1. Oktober 1996 in Blackpool war ein Meisterwerk. (2) Blair versprach allen etwas, ohne sich auf konkrete Schritte festzulegen. New Labour will er als eine Art Aktion Gemeinsinn verstanden wissen: "Vergeßt die Vergangenheit. Nicht mehr Bosse gegen Arbeiter. Ihr seid auf der gleichen Seite. Die gleiche Mannschaft, ‚Britain United`. Und wir werden gewinnen." Mit sehr viel gutem Willen ließe sich das als kluge Taktik entschuldigen. In der Tat gehören die wahlentscheidenden "floating voters" ("Wechselwähler") vor allem den Mittelschichten an; sie zu beruhigen, daß keinerlei sozialistische Experimente geplant sind, wäre also durchaus zweckmäßig für den Wahlerfolg.

Daß die "Besserverdienenden" besonders gehätschelt werden sollen, sprach Blair offen aus. Wenn nicht wahr, dann zumindest gut erfunden war seine Geschichte aus dem Wahlkampf 1992: "Ich kann mich deutlich an den Moment erinnern, an dem ich wußte, daß die letzte Wahl verloren war" - als er nämlich einen Elektriker traf, der sich gerade selbständig gemacht hatte und nun - trotz Prägung durch ein Labour-Elternhaus - erstmals konservativ wählen wollte: "Er war nicht reich, aber ihm ging es besser als vorher, und was ihn betraf, hieß das auch, für die Tories zu stimmen." Dieser Mann war - wie viele ähnlich gestellte - offensichtlich der Ansicht, Labour sei die Partei der "kleinen Leute", während die Aufsteiger sich besser an die Konservativen halten sollten. Das, so Blair emphatisch, sei ein ganz falsches Bild, dem Labour entgegenarbeiten müsse: "Die wirkliche radikale Aufgabe der Labour Party, der alten und der neuen, besteht nicht darin, Menschen zurückzuhalten, sondern ihnen zu helfen weiterzukommen." Labour soll sich also als Partei der Besserverdienenden profilieren; Blair wörtlich: "Labour ist heute die Partei der kleinen Unternehmer in Großbritannien." Diese Schicht ist vor allem daran interessiert, möglichst wenig Steuern zu zahlen; also verspricht Blair ein "Steuersystem, das fair ist und Arbeit und Geschäfte ermutigt".

Auch der traditionellen Labour-Klientel widmete Blair warme Worte. Er versprach zwar keinen Wohlstand, aber immerhin einen gesetzlichen Mindestlohn "wie in jedem anderen Industrieland der Welt" - dieser Zusatz nimmt das Versprechen gleich wieder zurück. Eine Höhe dieses Mindestlohns nannte er nicht, eingeführt werden soll er "gemäß den wirtschaftlichen Gegebenheiten zum entsprechenden Zeitpunkt".

Die Sozialcharta der EU will Blair als Premierminister unterzeichnen, dagegen sollen die von den Konservativen eingeführten Arbeitsgesetze unverändert bleiben; dazu gehören u.a. die Einschränkung des Rechtsschutzes und des Streikrechts sowie die Abschaffung des Closed-Shop-Systems (gewerkschaftspflichtige Unternehmen), die Haftung der Gewerkschaften für "illegale" Aktionen ihrer Mitglieder und vieles mehr. Tony Blair versprach in seiner Parteitagsrede, die "Streitigkeiten über das Arbeitsrecht ein für allemal bei(zu)legen". Mit einer Labour-Regierung werde es "keine Rückkehr in die 70er Jahre geben" - gewerkschaftliche Rechte und Kampfmaßnahmen, suggeriert der Leader, sind überholt und hoffnungslos altmodisch.

Labour als "politischer Arm" des ganzen "britischen Volks" will das "neue Zeitalter des Erfolgs" im breitestmöglichen Konsens erreichen. Die einigende Ideologie für dieses Projekt ist ein aggressiver Standortnationalismus, verbunden mit Stolz auf Britanniens glorreiche Vergangenheit.

Blairs Vision von Britanniens Größe

Die Tradition, in die New Labour sich stellt, ist "größer als die europäische Sozialdemokratie, größer als jeder ‚Ismus`." Sie umfaßt, da ist Blair nicht kleinlich, "eintausend Jahre britischer Geschichte: Das erste Parlament der Welt. Die industrielle Revolution, ihrer Zeit voraus. Das größte Imperium (!), das die Welt jemals gekannt hat. Die Erfindung von praktisch jeder wissenschaftlichen Errungenschaft der modernen Welt." Zwar will Blair kein neues Britisches Weltreich schaffen, wohl aber machtpolitisch auftrumpfen: als "ein führender Akeur in Europa" und Brücke zu den USA, auch militärisch in einer "starken Position".

In seinen Appellen an den britischen Nationalstolz ist Blair hemmungslos: Großbritannien, das "in Europa führend sein muß", könne es unter einer Labour-Regierung "mit der Welt aufnehmen und gewinnen"; "die Größe unserer Nation wird auf der Größe ihres Volkes aufbauen"; "die ruhmreichen Tage Großbritanniens sind nicht vorbei, aber die Tage der Tories sind es: Laßt uns unsere Nation zu ihrer Bestimmung rufen." Blairs Nationalismus ist zwar aufgeblasen und floskelhaft, aber auch erschreckend - vor allem weil er Rückschlüsse auf das Massenbewußtsein nahelegt: Offenbar sind Blair und seine Berater überzeugt, mit solchen Tiraden beim "britischen Volk" Punkte machen zu können. (Diese Gefahr sahen auch die Konservativen. Ihr international Aufsehen erregendes Wahlkampfplakat mit Tony Blair als Kleinkind auf Helmut Kohls Schoß - "Labours Position on Europe" - sollte signalisieren: Blairs Sprüche sind heiße Luft, nur die Tories könnten den Deutschen Paroli bieten.)

Labours wesentlicher Hebel für internationale Konkurrenzfähigkeit und weltpolitischen Einfluß soll eine Bildungsoffensive sein, um das Land vom beschämenden "35. Platz in der Weltliga der Bildungsstandards" ganz nach oben zu führen. Die drei wichtigsten Prioritäten der neuen Regierung seien "Bildung, Bildung, Bildung" - nicht um ihrer selbst willen, sondern um die neuen Technologien zu beherrschen und zu verbessern. Jede Schule müsse einen Zugang zur Datenautobahn haben, Erwachsene sollen sich auf "Gewerbehochschulen" fortbilden. Ausgerüstet mit einem solchen "nationalen Bildungsnetzwerk" könne Britannien "die Qualifikations-Supermacht dieser Welt" werden.

Der Kampfbegriff trifft: Es geht um weltweite Konkurrenz, Gewinner und Verlierer; nur britische Interessen zählen, auch innerhalb Europas. Britannien - "unser ganzes Volk" - soll "gewinnen", und wenn alle daran irgendwie teilhaben, darf, wer möchte, das auch Sozialismus nennen. Selbst Blair will an diesem Begriff einstweilen festhalten, definiert ihn allerdings als Bekenntnis zu sehr allgemeinen Grundwerten wie der "Entfaltung des Individuums in einer solidarischen Gesellschaft".

Entschieden weist er Vorwürfe zurück, er habe die alten Ideale verraten. Vielmehr habe er sie erneuert und in eine zukunftsträchtige "Vision" überführt, für die Labours Brain-Trust den einprägsamen Begriff "Stakeholder Society" (Teilhaber-Gesellschaft) geprägt hat: "Ziel sollte die Errichtung einer freien, gesitteten und integrativen, auf sozialen Zusammenhalt orientierten Gesellschaft sein, in der jeder Mitglied werden kann und die, marktwirtschaftlich organisiert, auf soziale Inklusion gründet. Dies verstehen wir unter dem Begriff der stakeholder-Wirtschaft und -Gesellschaft." (3)

Die Politik der Konservativen und die Dominanz der "Shareholders" (der Aktienbesitzer) sei nicht nur ungerecht, sondern gefährde auch das Gesamtsystem, warnen die Experten: "Indem sie darauf bestand, daß Individualismus und Privateigentum das A und O des Kapitalismus seien, hat die Neue Rechte Spannungen und Kräfte freigesetzt, die paradoxerweise eben jenes System bedrohen, dem sie angeblich anhängt. Der Kapitalismus ist zu empfindlich und komplex, als daß man ihn diesen Leuten anvertrauen könnte."

"Nicht links, nicht rechts..."

Anfang April stellte Labour ein Zehn-Punkte-Programm vor, das mit den zentralen Aussagen von Blairs Parteitagsrede weitgehend deckungsgleich ist. Dieser "Vertrag mit dem britischen Volk" solle einen politischen Neuanfang ermöglichen. Sein Programm "sei weder links noch rechts", versicherte Blair, "sondern steht in der politischen Mitte". Während die Konservativen die Gesellschaft gespalten hätten, wolle Labour sie wieder zusammenfügen - Erinnerungen werden wach an den Slogan "Versöhnen statt spalten" des SPD-Kanzlerkandidaten Rau.

Oberstes finanzpolitisches Ziel ist "Haushaltsdisziplin"; die Inflation soll auf 2,5% begrenzt bleiben. Basis- und Spitzensteuersatz will man unverändert lassen; mit einer Sondersteuer für die von den Tories privatisierten Unternehmen soll ein Programm gegen Jugendarbeitslosigkeit finanziert werden. Woher das Geld für die angekündigten Reformen im Bildungs- und im Gesundheitswesen und im Umweltschutz kommen soll, ist unklar. Die Höhe des versprochenen Mindestlohns wird im Wahlmanifest ebenfalls nicht genannt.

Unterschiede zur Politik der Konservativen sind vor allem im Umgang mit den schottischen und walisischen Autonomiebestrebungen sichtbar. Beide Regionen sollen eigene Parlamente erhalten - für die Konservativen ein verhängnisvoller Schritt zum "Auseinanderbrechen der britischen Union". In der Nordirland-Frage vermeidet Blair jeglichen Anschein, er könne eine andere Politik verfolgen als Major. An ein allgemeines und nichtssagendes Bekenntnis zum "Friedensprozeß" schloß Blair auf dem Parteitag den Satz an: "Das wird für

mich genau die gleiche Priorität haben wie für John Major" - der seit dem einseitigen Waffenstillstand der IRA im August 1994 eine Politik des Aussitzens und Hinhaltens verfolgte und immer noch meint, Sinn Féin aus den "Friedensverhandlungen" heraushalten zu können.

Js.

Anmerkungen:

1) Paul Byrne: New Labour: Blairs Weg in die Mitte; in: Blätter für deutsche und internationale Politik 8/1996

2) Die Rede ist in deutscher Übersetzung dokumentiert in den Blättern für deutsche und internationale Politik 12/1996. Alle Zitate aus Blairs Rede wurden dieser Übersetzung entnommen.

3) Will Hutton, Frank Field, John Kay, David Marquand und John Gray: Tony and the Tories: This is what we mean; The Observer, 7.7.1996. Die deutsche Übersetzung dieses Artikels der "Gurus" hinter Tony Blair erschien in den Blättern für deutsche und internationale Politik 8/1996. Dieser Übersetzung wurden die beiden Zitate entnommen.

weitere Quellen:

The Guardian, The Economist, Sozialismus 4/97, Munzinger-Archiv (Ravensburg) und diverse deutschsprachige Tages- und Wochenzeitungen

# 9. New Labour - new Britain? Nach dem "Erdrutsch": Warten auf ein "neues Zeitalter"

Autor: Js. · Rubrik: Großbritannien · CD-Datei: daten/aksuche/ak402/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:402:42

Um starke Worte ist die Sun, das auflagenstärkste und widerlichste britische Blatt, selten verlegen: "Blairs Triumph" sei gleichzeitig "Majors Massaker" gewesen. Einen Tag später, in der "Souvenir-Ausgabe über eine historische Wahlnacht" (3.5.), wurde Volkes Stimme zitiert: "Tony wird ein großer Führer sein. Er wird dafür sorgen, daß diese Nation wieder stolz sein kann." Die Erwartungen sind zu Recht groß. Die Labour Party hat bei den Wahlen die größte Parlamentsmehrheit des Jahrhunderts errungen.

Immerhin ein Anhänger der Labour Party erschien in der Wahlnacht mit einer roten Fahne vor der Parteizentrale. Die übrigen Tausenden, die den Sieg feierten, schwenkten den Union Jack: Gewonnen, so hoffen sie, haben beide - "New Labour" und "New Britain". Daß unter letzterem nicht nur der Staat zu verstehen sei, sondern "die ganze Nation, alle Bürger", versicherte Tony Blair in seiner Antrittsrede - der strahlende Sieger darf sich großzügig geben.

Das Mehrheitswahlrecht verhalf seiner Partei fast zu einer Zwei-Drittel-Mehrheit der Sitze (419 von 659); die Konservativen verloren von ihren 340 Mandaten mehr als die Hälfte und haben jetzt noch 166 Sitze. Die Liberaldemokraten steigerten sich von 18 auf 45 Mandate; die schottischen Nationalisten errangen sechs Sitze, die walisische Nationalpartei Plaid Cymru vier und die nordirische Sinn Féin zwei. In Nordirland, Schottland und Wales gewannen die Konservativen kein einziges Abgeordnetenmandat; Kommentatoren bezeichneten sie deshalb flugs als "englische Regionalpartei" - eine Übertreibung.

Auch nach Stimmanteilen fiel Labours Sieg eindeutig aus. Mit 45% legte die Partei gegenüber der Wahl vor fünf Jahren mehr um als 10% zu, während die Konservativen von 41,9% auf 31% absackten - "a landslide", ein "Erdrutsch". Die Liberaldemokraten blieben mit 17% der abgegebenen Stimmen in etwa konstant. Auch nach reinem Verhältniswahlrecht wie in der BRD wäre es zu einem Regierungswechsel gekommen.

Ursachenforschung

Die Redakteure des Spiegel konnten den "Undank des Souveräns" nicht fassen. Lange vor dem Wahltermin zeichnete sich die Niederlage der regierenden Konservativen ab, die doch dem Land hervorragend gedient hatten: "Dabei stehen die 59 Millionen Untertanen Ihrer Majestät im EU-Vergleich blendend da: nur 6,2 Prozent Arbeitslosigkeit, Inflationsrate bei 3 Prozent, Wachstumsrate fast 4 Prozent - und rechtzeitig vor dem Wahltermin steigt das Pfund auf lichte Höhen, boomt der Immobilienmarkt." (Der Spiegel 14/97)

Bei näherem Hinsehen erweist sich das britische "Job-Wunder" als gigantischer Schwindel. Um die Erwerbslosenzahlen zu drücken, haben die Tories immer wieder das Statistikgesetz geändert. Jetzt gilt schon eine Wochenarbeitszeit von einer Stunde als Teilzeitjob, sein Besitzer nicht als erwerbslos. Ohne solche Tricks müßten annähernd 4 Mio. Briten als erwerbslos geführt werden (statt der offiziell registrierten 1,7 Mio.); die Arbeitslosenquote wäre mit 14% höher als in der BRD.

Hinzu kommt, daß Großbritannien das Land mit den niedrigsten Lohnersatzleistungen in Europa ist. Die Bezugsdauer der Arbeitslosenunterstützung wurde von zwölf auf sechs Monate verkürzt. 1995 lag die Unterstützung für einen erwerbslosen Arbeiter ohne Kinder bei 35% des letzten Netto-Einkommens. Erst nach zwei Jahren Beschäftigungsdauer gibt es Kündigungsschutz.

Allein die Lage auf dem Arbeitsmarkt und die vage Hoffnung auf etwas mehr "soziale Gerechtigkeit" unter einer Labour-Regierung wären also Grund genug gewesen, die seit 18 Jahren regierenden Konservativen zum Teufel zu schicken. Hinzu kommen sichtbare Abnutzungserscheinungen, die in bürgerlichen Demokratien noch jede langjährig regierende Partei befallen haben: Korruption, Fraktions- und Strömungsgezänk, Rivalitäten innerhalb der Führungsriege. Nicht immer reicht das zu einem Regierungswechsel - siehe BRD -, auch wenn der im Interesse des "Systems" geboten wäre, weil nicht nur das "Vertrauen der Bürger" leidet, sondern auch die Geschäfte Schaden nehmen. Das Handelsblatt schrieb drei Monate vor der Wahl: "Die konservative Regierung ist nach 18 Jahren an der Macht verbraucht. Ihr steht eine Alternative gegenüber, der zuzutrauen ist, Großbritannien mit neuem Schwung wirtschaftlich nach vorne zu bringen." (5.2.) Wenn Major im Wahlkampf tönte, Britannien, "der kranke Mann von 1979" sei heute "für den Kontinent das wirtschaftliche

Modell", dann charakterisierte er damit zwar die Ambitionen der europäischen Kapitalisten - die Leidtragenden dieses extrem unsozialen Modells konnte diese spezielle britische Führungsrolle - bei allem Patriotismus - denn doch nicht für eine erneute Stimmabgabe zugunsten der Regierung motivieren.

Daß das britische Wahlvolk sich nun für die zum Verwechseln ähnliche Politik der Labour Party entschieden hat, ist gleichwohl ein minimaler Fortschritt. In der BRD, wo die Dinge ähnlich liegen - fast 15 Jahre Kohl-Regierung, 5 Mio. Erwerbslose, eine immer rechtere sozialdemokratische "Opposition" - ist selbst ein solcher Wechsel eher unwahrscheinlich.

Wahlkampf als "Synchronschwimmen"

Um aus der Abwendung der WählerInnen von den Tories eine Hinwendung zu Labour zu machen, präsentierten sich die Sozialdemokraten als die besseren Konservativen (vgl. nebenstehenden Artikel). Alles, was die "Mitte", die Kleinunternehmer und selbständigen Techniker, hätte beunruhigen können, wurde vermieden. Die Labour Party zeigte sich als Musterbeispiel an Disziplin; verglichen mit ihr erschien die Konservative Partei als chaotischer Haufen. Es war Tony Blair, der im vollen Bewußtsein der Sachzwänge für die entscheidenden Wochen die Losung ausgab, nun gelte es, das Land wochenlang in Grund und Boden zu langweilen. Die FAZ (19.4.), die diese selbstverständlich nicht autorisierte Äußerung kolportierte, charakterisierte den Wahlkampf treffend als "politisches Synchronschwimmen" von Regierung und Opposition - erstaunlich für eine Zeitung, die ansonsten jedes Zucken des Sozialismus aufzuspüren und als globale Bedrohung anzuprangern versteht.

In der Tat waren die Slogans weitgehend austauschbar. Während die Tories eine Verdoppelung des Lebensstandards bis zum Jahr 2020 versprachen, verhieß Labour - etwas weniger konkret - ein "neues Zeitalter des Erfolgs", an dem jedeR teilhaben könne. Kaum zu unterscheiden sind die Positionen zu den Institutionen Ehe und Familie, die bei Konservativen und Sozialdemokraten in höchstem Ansehen stehen: "Wir werden die Familie fördern, weil sie die sicherste Einrichtung ist, um unsere Kinder großzuziehen", heißt es im Labour-Wahlmanifest, in dem die Familie zusätzlich als "Kern unserer Gesellschaft" gefeiert wird. Die Tories formulieren schlichter: "Wir sind für die Ehe, und wir sind für die Familie." Einen ähnlichen Wettstreit um die entschiedenste Verteidigung konservativer Werte gab es in der Frage der "Kriminalitätsbekämpfung". Schon früher hatte Tony Blair "law and order" als Labour-Thema reklamiert; von ihm stammt auch die Idee, eine Ausgangssperre für straffällig gewordene Jugendliche einzuführen. Augenscheinlich kopierten beide großen Parteien die Politik Margaret Thatchers, die sich in Wahlkämpfen erfolgreich als Tugendwächterin präsentiert und Begriffe wie "persönliche Verantwortung, Eigeninitiative, Nationalstolz, eine intakte Ehe und Familie gepriesen und als Allheilmittel zur Bekämpfung von Aufruhr, Demoralisation und Verbrechen angeboten" hatte. (1)

Einen paradoxen Rollentausch gab es bei der Selbstdarstellung der Kandidaten. In Abgrenzung zu dem wohlhabenden Eliteschüler Blair spielte Major den "Mann des Volkes", der mit 16 aus Geldmangel die Schule verlassen mußte. Das brachte Mitleidspunkte - mehr nicht.

Sympathy for the Devil

Das nationalistische, Sozialisten fressende Massenblatt The Sun durfte sich am Tag danach mit gutem Recht ebenfalls als Sieger fühlen: "Die Sun hat es herumgerissen", lautete die Schlagzeile auf Seite 2 (die Titelseite war für Mr. und Mrs. Blair reserviert). Möglicherweise hat die britische Variante der Bild-Zeitung Millionen Unschlüssiger für Labour gewonnen, seitdem das Blatt im März mit der sensationellen Schlagzeile "The Sun backs Blair" erschienen war. Vorausgegangen waren ein persönliches Gespräch Blairs mit Medienzar Rupert Murdoch, dem Besitzer des Blattes, und ein nationalistischer Gastbeitrag des Kandidaten, der sich nicht nur als "britischer Patriot" bekannte, sondern dem Land auch eine Rückkehr zu alter Größe prophezeite: "Britannien ist zum Führen geboren, nicht zum Folgen."

Vermutlich hätte Labour diesmal auch ohne Unterstützung durch die Murdoch-Presse (neben der Sun gehören ihm Times und Sunday Times) gewonnen - anders als 1992, als die hemmungslose Agitation der Sun vermutlich entscheidend zum Sieg der angeschlagenen Konservativen beigetragen hatte. Damals hatte die Zeitung am Wahltag noch einmal Britanniens Untergang im Falle eines Labour-Sieges vorausgesagt. "Die letzte Person, die Großbritannien verläßt, soll bitte das Licht ausmachen", lautete die Schlagzeile. Ob wahlentscheidend oder nicht - das Bündnis mit Murdoch verpflichtet Blair zur Rücksichtnahme auf die

Interessen des Pressegiganten. Mediendiktatur droht nicht erst, wenn der Eigentümer - wie Silvio Berlusconi - höchstpersönlich die politische Arena betritt.

Das neue Zeitalter

des Erfolgs

Das leichte Absacken des britischen Pfundes am Tag nach der Wahl erklären Experten weniger mit dem Sieg Labours als mit der Tatsache, daß dieser Sieg so überwältigend ausgefallen ist. Die satte Mehrheit deute auf mindestens zehn Jahre Labour-Regierung hin und könne die neuen Herren zu geschäftsschädigenden Steuererhöhungen verführen. Unmöglich ist das nicht, zumal die Finanzierung auch unscheinbarer Reformen, vor allem im Bildungs- und im Gesundheitswesen, bisher nicht gesichert ist.

Die Gewerkschaften werden es mit "ihrer" Regierung nicht leichter haben als mit der konservativen. "Gesunde" Staatsfinanzen sind Labours erklärtes Ziel; der Beitritt zur Währungsunion, spätestens 2002, macht strenge "Haushaltsdisziplin" unumgänglich - anders gesagt: Sparpolitik.

Tony Blairs "neues Zeitalter des Erfolgs" soll "den Tüchtigen" sozialen Aufstieg ermöglichen; der Rest wird wie bisher auf der Strecke bleiben. "Chancengleichheit" hieß das zu Zeiten der sozialliberalen Koalition in der BRD: Die Klassengesellschaft wird durchlässiger und damit scheinbar "gerechter", die Konkurrenz jeder gegen jeden bleibt.

In seinem Dankesbrief an die LeserInnen der Sun fand Tony Blair die stärksten Worte bezeichnenderweise dort, wo es um Britanniens Größe geht. Seine Regierung werde "für britischen Interessen in Europa aufstehen", "immer Britannien an die erste Stelle setzen" usw. Wenn die erhofften sozialen Reformen ausbleiben, wird er mit derlei Beschwörungen allein die WählerInnen nicht halten können.

Js.

Anmerkung:

1. Siegfried Bünger/Hella Kaeselitz: Geschichte Großbritanniens von 1918 bis zur Gegenwart, Berlin (DDR) 1989; S. 302.

# 10. Der Hoffnungsträger: Tony Blair - "Mister New Man"

Autor: Js. · Rubrik: Großbritannien · CD-Datei: daten/aksuche/ak402/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:402:07

Selbst die hanseatisch zurückhaltende Zeit (29.9.95) geriet ins Schwärmen: "Britannia, du hast es besser: Tony Blair ist ein Sozialdemokrat mit Phantasie und Führungskraft". Die "intensive Liebesaffäre der britischen Öffentlichkeit mit dem jugendlichen Labour-Parteichef" (ebd.) ist auch in den Gazetten der anderen westeuropäischen Metropolen Thema. Die ausstrahlungsarmen sozialdemokratischen Parteiführer in Deutschland, Österreich, Frankreich, Italien und anderswo fragen neidisch: Was hat er, das wir nicht haben? Wer ist überhaupt dieser Tony Blair, der die potentiellen Kanzlerkandidaten der SPD noch farbloser aussehen läßt, als sie ohnehin schon sind?

Anthony (Tony) Charles Lynton Blair, Sohn eines angesehenen, der Konservativen Partei angehörenden Rechtsanwalts, wurde am 6. Mai 1953 in Edinburgh (Schottland) geboren. Er wuchs in Glasgow und später in der nordenglischen Industriestadt Durham auf. Von 1966 bis 1971 besuchte er eine der exklusivsten Privatschulen Schottlands und studierte anschließend Rechtswissenschaften. Als Student links von Labour, soll er auch Marx und Trotzki gelesen haben. Sein Showtalent schulte er in der Rockband "Ugly Rumours" ("häßliche Gerüchte"), als deren Sänger er Mick Jagger zu kopieren versuchte. 1976 erwarb er die Zulassung als Anwalt, 1980 heiratete er die vermögende "Topanwältin" Cherie Booth, mit der er drei Kinder hat.

Mitglied der Labour Party seit 1975, wurde er im Juni 1983 im Bergarbeiterdistrikt Sedgefield (Grafschaft Durham) ins Unterhaus gewählt. Unter Parteichef Neil Kinnock, der ihn persönlich förderte, stieg Blair innerhalb von sieben Monaten in die Führungsriege der Partei auf. Er übernahm verschiedene Funktionen in den Labour-Schattenkabinetten und wurde unter dem Vorsitz von John Smith 1992 Schatteninnenminister. In dieser Funktion forderte er schärfere Maßnahmen gegen die Kriminalität und machte damit den Tories auf ihrem ureigenen Terrain Konkurrenz. Nachdem Smith im Mai 1994 unerwartet gestorben war, wurde Tony Blair am 21. Juli 1994 mit 57% der Stimmen zum neuen Parteichef gewählt.

Die Medien rühmen an ihm die "klare Sprache" und die "telegene Erscheinung". In den Schlagzeilen erscheint er als "Star", "Reformator", "Modernisierer" und "Hoffnungsträger", als "Mister New Man", "Mann mit Charme und Charisma" und "Dauerlächler" mit "Bubengrinsen". Bei Labour-Wählerinnen verschiedener Altersstufen gilt er als attraktiver Mann bzw. als optimaler Schwiegersohn. KritikerInnen bemängeln die inhaltliche Armut seiner Reden und verhöhnen ihn als "Tony Blur", "Tory Blair" oder "Bambi". Seitdem er im Oktober 1994 die Losung "New Labour, New Britain" ausgab, setzt Blair immer wieder seine Lieblingsvokabel "new" ein. Der erklärte Bewunderer von Margaret Thatcher nutzt auch sein Privatleben zur Wahlwerbung, indem er sich als praktizierender Christ und treusorgender Familienvater inszeniert.

Einen spektakulären Erfolg konnte Blair bei einem Deutschland-Besuch im Juni vergangenen Jahres feiern. Als Gastredner auf der Jahrestagung des Unternehmerverbandes BDI riß er die Kapitalisten zu Beifallsstürmen hin. Sie lobten vor allem, daß er mehr von "Wettbewerbsfähigkeit" als von "sozialer Ausgewogenheit" gesprochen habe, und empfahlen der SPD, doch bei Blair "Nachhilfeunterricht" zu nehmen.

Js.

# 11. MRTA-Sprecher soll mundtot gemacht werden

*Fujimoris Mordbefehl gegen MRTA-Kommando beendet Botschaftsbesetzung*

Autor: kuk · Rubrik: Peru · CD-Datei: daten/aksuche/ak402/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:402:05

Am 22. April endete mit dem Sturm peruanischer Soldaten auf die japanische Botschaft die mit 126 Tagen längste Geiselnahme in der Geschichte Lateinamerikas. Innerhalb von 15 Minuten eroberten Spezialeinheiten aller drei Streitkräfte das Gebäude, befreiten alle Geiseln und töteten die 14 Mitglieder des MRTA-Kommandos "Ed-gar Sanchez", das unter der Führung von Nestor Cerpa Cartolini stand. Präsident Fujimori ließ sich als strahlender Triumphator feiern und erntete weltweites Lob für seine kompromißlose Haltung gegenüber dem "Terror".

Monatelang war in den Medien der Eindruck erweckt worden, daß eine Stürmung der Botschaft nur unter Inkaufnahme einer hohen Opferzahl auf Seiten der Geiseln und des Militärs möglich wäre. Angesichts der wenig risikobereiten japanischen Regierung, angesichts der wiederholten Ankündigung Fujimoris, nur für den Fall zu stürmen, daß den Geiseln ein Leid zugefügt werde, und angesichts der fortgesetzten Bemühungen der Vermittler, einen Kompromiß auszuhandeln, rechnete kaum jemand mit einer gewaltsamen Lösung zu diesem Zeitpunkt. Entgegengesetzte Vorzeichen (Fujimoris Präferenz für kriminelle, gewaltsame Methoden, wiederholte Polizeiprovokationen vor der Botschaft, das Bekanntwerden eines Befreiungsplans, des Tunnelbaus sowie des Trainings von Spezialeinheiten an einem Botschaftsmodell in der Wüste vor Lima) waren zwar bemerkt, doch letztlich nicht ernst genommen worden.

Fujimori hat die Öffentlichkeit skrupellos belogen. Alle Beteuerungen von Verhandlungsbereitschaft waren Schein, alle Vermittler und gutwilligen Helfer (u.a. Kubas Regierung) sind blamiert. Fujimori hat die Verhandlungen mit seinem Nullangebot (freie Ausreise der Geiselnehmer bei Nichterfüllung ihrer Hauptforderung) absichtsvoll in die Sackgasse geführt. Seit Januar ließ er die Sicherheitskräfte Vorbereitungen für den Angriff treffen. Er war überzeugt davon, einen militärischen Schlag führen zu können, der mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit kaum Opfer unter den Geiseln fordern würde. Zu dieser Überzeugung konnte er gelangen, weil die speziellen Bedingungen dieser Geiselnahme es den Militärs erlaubten, sich ein genaues Bild von den Vorgängen in der Botschaft zu machen und weil modernste Technologien und Methoden zur Verfügung standen, um den Angriff vorzubereiten. (1)

Die gläserne Botschaft

Die monatelange Dauer der Geiselnahme hatte dazu geführt, daß sich bei dem MRTA-Kommando eine gewisse Routine und Sorglosigkeit (2) eingeschlichen hatte, die von außen aufmerksam beobachtet wurde. Mikrophone, zwischen Lebensmitteln versteckt sowie in Gitarre und Heiligenbild eingebaut, wurden durch das Rote Kreuz (dies wurde später von Vermittler Michel Minnig heftig dementiert), nach anderen Angaben durch Ärzte und Hilfspersonal, in die Botschaft befördert. Infrarotsensoren waren auf das Gebäude gerichtet, um Personenkonzentrationen zu entdecken. Magnetdetektoren erkannten die Lage der im Gebäude und auf dem Gelände verlegten Minen. Technische Beratung und Equipment sollen von den USA zur Verfügung gestellt worden sein.

Für den Fall eines Sturmes mußte Klarheit über den Aufenthaltsort der Rebellen bestehen. Die Militärs stellten fest, daß das Kommando regelmäßig in der geräumigen Empfangshalle der Botschaft ein Kleinfußballturnier veranstaltete, an dem acht bis zehn Tupacamaristen teilnahmen. Neben deren Lokalisierung mußte ebenfalls Klarheit über den Aufenthaltsort der Geiseln herrschen. Seit einigen Wochen war ihr Aufenthaltsort auf Anweisung Cerpas in die Räume des ersten Stocks verlegt worden, da er ihre Befreiung mit Hilfe von Tunneln befürchtete.

Der für den Angriff günstigste Moment war also gegeben, wenn möglichst viele Tupacamaristen beim Fußballspielen, gleichzeitig möglichst viele Geiseln an bekannten Orten und ohne direkte Bewachung waren. Nach Angaben Fujimoris konnte diese Konstellation am Dienstag um 15.17 Uhr eindeutig bestimmt und dem Präsidenten gemeldet werden. Möglicherweise gab es jedoch auch eine direkte Beteiligung aus dem Botschaftsinneren. Die peruanische Zeitschrift Caretas veröffentlichte am 27.4. die Mitschrift eines Funkgespräches zwischen einer Geisel und den Sicherheitskräften. Demnach war eine geheime

Kommunikation zwischen drinnen und draußen möglich und die Lagebeschreibung (Ortung der Geiseln und der Rebellen) erfolgte durch eine Geisel. (3)

Der Schlüssel zum "Erfolg" der Aktion war ein offenbar perfekt angelegtes Tunnelsystem. Es war etwa 200 m lang (nach anderen Angaben 100 m), verlief in Tiefen zwischen drei und sieben Metern und war mit elektrischem Licht und Ventilation ausgestattet. Ein Stollen führte unter das Botschaftsgebäude und passierte Küche und Empfangshalle, vier andere endeten im Garten nahe dem Botschaftsgebäude. Minenarbeiter hatten sie seit Januar in Gruppen zu je vier Mann in Vier-Stunden-Schichten angelegt. Der Tunnel war mit Abhörvorrichtungen und Wärmesensoren ausgestattet, mit denen die Bewegungen der Rebellen verfolgt werden konnten. Genau unter der Empfangshalle wurde eine Ladung mit fünf Kilogramm Plastiksprengstoff angebracht.

Das Tunnelsystem ermöglichte nicht nur den direkten Angriff auf einen großen Teil der Rebellen, es erleichterte auch die unbemerkte Heranführung der angriffsbereiten Soldaten. Die Militäraktion erhielt den Namen "Operación Chavin de Huantar". So hieß die Hauptstadt eines peruanischen Volkes, das - noch vor der Herrschaft der Inkas - u.a. durch seine Tunnelbauten Berühmtheit erlangte.

Tod beim Fußballspiel

Ab Montag, dem 21.4., 6 Uhr morgens, hielten sich die Sicherheitskräfte für den Überfall bereit. Am 22.4. gegen 15.17 Uhr erhielt Fujimori den Anruf, daß jetzt optimale Bedingungen gegeben seien. Er gab den Befehl zum Angriff. Zeitgleich wurden die Geiseln gewarnt. Sie sollten sich auf den Boden werfen, sobald sie eine Explosion hörten. Außerdem sollten sie den Tisch, der vor der Tür stand, die zu einem Anbau führte, zur Seite schieben. Durch diese Tür erfolgte dann die von CNN übertragene Evakuierung der meisten Geiseln.

Um 15.20 Uhr Ortszeit begann der Sturm von 140 Soldaten des Heeres, der Marine und der Luftwaffe auf die Botschaft. Der Plastiksprengstoff unter der Empfangshalle wurde gezündet, als Cerpa, seine drei Offiziere (Rolly Rojas, Eduardo Cruz und ein Mann mit dem Vornamen Salvador) und sechs weitere Rebellen Fußball spielten. Bei der Explosion kamen wahrscheinlich fünf der zehn Anwesenden sofort ums Leben, darunter Cerpas Stellvertreter Rojas. Eine Gruppe von Soldaten drang durch das Haupttor der Botschaftsmauer auf das Grundstück vor und sprengte die Türen der Empfangshalle. Mittels weiterer Sprengungen verschafften die Angreifer sich Zugang in das Botschaftsinnere. Aus Löchern im Rasen unmittelbar neben dem Gebäude kletterten Soldaten. Blitzschnell besetzten sie den Vorbau und das Dach der Botschaft. Die fünf Überlebenden des Fußballspiels, darunter Nestor Cerpa, rannten - möglicherweise unbewaffnet - zur Treppe, die in den ersten Stock führt. Auf dem Weg hinauf wurden sie von Soldaten unter Feuer genommen und zusammengeschossen. Oben im Funkraum waren wahrscheinlich noch vier Tupacamaristen, von denen einige den ungleichen Kampf aufnahmen.

Nach Angaben des bolivianischen Botschafters Gumucio haben die wenigen kampfbereiten Tupacamaristen versucht, das Feuer zu eröffnen, und eine Handgranate geworfen. Dabei sei einer der beiden Soldaten getötet worden. Associated Press (AP) meldete, daß unmittelbar bei der Explosion und der nachfolgenden Schießerei elf Tupacamaristen getötet worden seien. Drei weitere habe man zunächst nicht gefunden und auf der Suche nach ihnen die Räume gesprengt, in denen man sie vermutete.

Die Geiseln befanden sich im Moment des Angriffes ausnahmslos im ersten Stock, verteilt auf sechs Räume. Als sie die Explosion hörten, warfen sie sich auf den Boden und schützten ihre Köpfe mit Büchern und Matratzen. Zwei Geiseln sagen aus, daß während der Aktion ein Tupacamarist in ihren Raum gekommen sei. Er schoß in Richtung der geöffneten Tür, durch die die Soldaten ins Gebäude eindrangen, unternahm aber keinen Versuch, auf die auf dem Boden liegenden Geiseln zu schießen. Bei der Evakuierung ist vermutlich der zweite Soldat ums Leben gekommen. Kurze Augenblicke nach dem Angriff verließen die ersten Geiseln das Gebäude. Die meisten unverletzt, andere dagegen auf Tragen. Nach etwa 40 Minuten war die Schießerei beendet. Gegen 16 Uhr entfernten Soldaten die MRTA-Fahne vom Dach.

Eine Geisel ist während des Angriffs ums Leben gekommen. Es handelt sich um den Richter Carlos Giusti Acuna. Die näheren Umstände seines Todes sind nach wie vor ungeklärt. Zunächst war gemeldet worden, daß Giusti bei der Schießerei durch einen Unterleibsschuß verwundet und anschließend an einem Herzinfarkt gestorben sei. Diese Behauptung entlastete die Planer der Militäraktion, denn für das schwache Herz einer Geisel ist sie schließlich selber verantwortlich. Am 25.4. meldete Internation Herald Tribune, Giusti sei

verblutet. Es gebe Gerüchte, wonach er durch Schüsse der Soldaten am Bein verwundet worden sei. Der Präsident der Anwaltskammer von Lima, Vladimir Paz de la Barra, forderte eine Untersuchung, um zu klären, warum keine Aderpresse um das blutende Bein gelegt worden sei. Sein eiliges Staatsbegräbnis am Tag nach der Erstürmung läßt darauf schließen, daß staatlicherseits kein Interesse an einer Aufklärung besteht. Zwei Soldaten, Juan Valer und Raul Jimenez Chavez, kamen ebenfalls ums Leben. Sieben wurden verwundet. 25 Geiseln erlitten Kratzer sowie leichte Schuß- oder Schnittverletzungen. Zwei trugen schwerere Verletzungen davon, darunter Außenminister Tudela mit einer Schußverletzung im Knöchel und Luis Serpa Segura, ein Richter des Obersten Gerichts.

Soldaten sind Mörder

Daß unter den Geiseln nur ein Toter zu beklagen ist, hat neben dem Überraschungseffekt einen weiteren Grund. Im Gegensatz zu Fujimori und seinen Soldaten waren die Mitglieder des Kommandos "Edgar Sanchez" keine Mörder. Sie hatten keineswegs die Absicht, die Geiseln im Ernstfall zu töten, auch wenn dies aus Abschreckungsgründen in den Monaten zuvor suggeriert wurde. Als Beweis hierfür kann die Aussage des Jesuitenpaters Juan Wicht gelten: "Die Wachen begannen nicht, auf uns zu schießen. Mehr noch, sie hätten einen Massenmord begehen können, wenn sie die Handgranaten geworfen hätten, die sie bei sich trugen. ... Es deutet alles darauf hin, daß sie nur den Befehl hatten, sich zu verteidigen." (4)

Anders hingegen sah es bei den Soldaten der peruanischen Armee aus. Schon bei der ersten Meldung, wonach alle 14 Tupacamaristen getötet worden seien, mußte sich der Verdacht aufdrängen, daß ihr Auftrag "Mord" lautete. Doch im Jubel der ersten Stunden verzichteten CNN, Reuter, AP und alle anderen auf jeden kritische Frage und transportierten statt dessen den Siegestaumel des Triumphators Fujimori. Die ersten konkreten Hinweise auf einen Tötungsbefehl gab es bereits am Tag nach der Erstürmung. Ein anonymes MRTA-Mitglied berichtete der Presse, es habe zum Zeitpunkt des Angriffes Funkkontakt mit den vier im Funkraum der Botschaft befindlichen GenossInnen gehabt. Er habe mithören können, daß die vier "aus Furcht" versucht hätten, sich zu ergeben.

Ein peruanischer Offizier bestätigte den Mordbefehl und nannte Fujimori als Befehlsgeber: "Der Auftrag lautete, einzudringen und zu töten." Gefangene hätten die gut geplante Operation gefährden können. Die japanische Zeitung Asahi Shimbun zitierte zwei Geiseln. Eine berichtete, daß ein Geiselnehmer erschossen wurde, obwohl er sich mit erhobenen Händen ergeben habe. Eine andere Geisel sah, wie ein weiterer MRTA-Kämpfer von Soldaten abgeführt wurde. Nach Angaben der ebenfalls japanischen Zeitung Mainichi Shimbun, die sich auf mehrere Geiseln beruft, handelte es sich dabei um "Tito" Cruz, der sich bei Beginn des Botschaftssturms selbst entwaffnet und zu den Geiseln auf den Boden gelegt habe. Nach Angaben dieser Zeitung sei auch eine der beiden jungen Frauen festgenommen und später erschossen worden. Gustavo Mohme, Chefredakteur der Zeitung La Republica (Lima), berichtet dem ARD-Weltspiegel (27.4.), daß anonyme Zeugen lebende, gefesselte Tupacamaristen in einem der Tunnel gesehen haben wollen.

Die in Buenos Aires erscheinende Zeitung Clarin meldete unter Berufung auf einen Soldaten, der das Kampfgeschehen über die Abhörgeräte akustisch verfolgen konnte, daß die beiden Frauen des Kommandos, Maria Hoyos und Giovanna Esmeralda Vila, verzweifelt geschrien hätten: "Wir stellen uns, wir geben auf, tötet uns nicht." In einer Ecke kauernd seien sie dennoch von Schüssen zersiebt worden. Dieselbe Zeitung gibt Berichte aus peruanischen Geheimdienstkreisen wieder, wonach Nestor Cerpa mit zwei Kopfschüssen hingerichtet worden sei, obwohl er unbewaffnet war und keinen Widerstand geleistet habe. Aus Militärkreisen verlautete, daß es einen Befehl gegeben habe, jedem Rebellen einen Schuß in die Stirn zu versetzen, um sicherzustellen, daß es keine Überlebenden gebe.

Der ebenfalls als Geisel gehaltene Landwirtschaftsminister Rodolfo Munante schilderte dem Nachrichtensender CBC/ Telenoticias: "Ein Rebell ergab sich in dem Raum, in dem die Richter festgehalten wurden. ... er sagte den Richtern, daß er sich ergebe, dann kam ein Soldat in den Raum und erschoß den Rebellen mit seinem Schnellfeuergewehr." Ein paar Tage später hatte ihm Fujimori dann wohl den Kopf gewaschen. Munante stritt seine frühere Aussage ab.

Verachtung für die Toten

Im Unterschied zu den Staatsbegräbnissen für Richter Giusti und die beiden Soldaten, die von Pomp, peinlichem Schwulst und verlogener militaristischer Rhetorik geprägt waren, zeigt der Umgang mit den

Leichnamen der ermordeten Tupacamaristen erneut den rücksichtslosen Umgang des Fujimori-Regimes mit seinen politischen Gegnern und deren Familien. Nach dem Sturm auf die Botschaft hatte Fujimori versprochen, daß die Leichname der getöteten Tupacamaristen an deren Familien übergeben werden würden. Wieder eine Lüge. Aus Furcht vor einer genaueren Untersuchung der Todesumstände beschloß die Regierung, die Toten sofort und möglichst unter Ausschluß der Angehörigen zu bestatten. Am 24.2. wurden 13 Leichname auf verschiedenen Friedhöfen Limas beerdigt, die meisten davon ohne vorherige Identifizierung. Den Familien wurde verboten, ihre Toten noch einmal zu sehen, es gab keine Totenfeier und kein christliches Begräbnis. Lediglich einer kleinen Anzahl Verwandter von Nestor Cerpa und Roli Rojas war es möglich, der hastigen Bestattung wenigstens beizuwohnen. Rojas liegt auf dem Friedhof "Heroes de Independencia" im Osten Limas. Nestor Cerpa wurde auf dem Friedhof der Armensiedlung Nueva Esperanza beerdigt.

Reaktionen auf

die Erstürmung

Zahlreiche Regierungschefs, vor allem aus Lateinamerika, beglückwünschten Fujimori zu seinem "Erfolg". Japans Ministerpräsident Ryutaro Hashimoto bedankte sich bei der peruanischen Regierung für die Befreiung der Geiseln. Er bedauerte, daß er vor der Erstürmung der Botschaft nicht informiert worden sei. Die Mitglieder der Vermittlungskommission äußerten sich in einer gemeinsamen Erklärung eher distanziert. Sie gratulierten den Behörden nicht für die Befreiungsaktion, sondern drückten den Angehörigen aller Gefallenen ihr Beileid aus.

Aus Guatemala City wurde eine Protestdemonstration von etwa 60 Studenten vor der peruanischen Botschaft gemeldet. An deren Wände wurden die Worte "Mörder" und "Fujimori, Mörder" gepinselt. Als Steine gegen das Botschaftsgebäude geworfen wurden, gaben Sicherheitskräfte Warnschüsse in die Luft ab. In Mexiko distanzierte sich die linke Opposition von Fujimoris Vorgehen. Die Mütter von der Plaza de Mayo in Buenos Aires, die in Lima zu vermitteln versucht hatten, protestierten ebenfalls gegen die gewaltsame Aktion. Hebe de Bonafini, Präsidentin der Organisation, bezeichnete das blutige Ende der Aktion als "niederträchtig und ungerecht". Die Rebellen "starben ohne zu töten; sie starben für andere." Scharfe Kritik äußerte auch Argentiniens Friedensnobelpreisträger Adolfo Perez Esquivel. Er sprach von einem Massaker: "Sie haben niemanden von der MRTA am Leben gelassen, um keine Zeugen zu haben, wie der Angriff ausgeführt wurde." Die Soldaten seien hineingegangen, um zu töten. Die Menschenrechtskommission Lateinamerika (Costa Rica) sieht in dem Militarismus und dem autoritären Führungsstil Fujimoris eine Bedrohung für die Menschenrechte in Peru. Carlos Andres Peres, Ex-Präsident von Venezuela, nannte den Tod der 14 Rebellen ein Verbrechen.

MRTA-Sprecher Isaac Velazco wiederholte die bereits vor Monaten geäußerte Drohung, seine Organisation werde mit Vergeltungsaktionen reagieren. Die MRTA sei immer von einer 50%igen Wahrscheinlichkeit einer gewaltsamen Lösung überzeugt gewesen. Doch am 22.4. sei sie überrascht worden. "Die Regierung hat zu kriminellen Mitteln gegriffen und mit dieser Aktion in einer kriminellen Weise gehandelt." Auf einer Solidaritätsdemonstration vor der peruanischen Botschaft in Hamburg sagte er: "Wir sind genug, um den revolutionären Krieg des Volkes für die Schaffung einer gerechten Gesellschaft fortzusetzen und um zu gewinnen."

Norma Velasco, Europa-Sprecherin der MRTA, äußerte sich in einem jW-Interview (24.4.) enttäuscht darüber, daß andere Länder der Welt keinen Druck auf Fujimori in Richtung einer Verhandlungslösung ausgeübt hätten. Sie gestand ein, daß die MRTA eine schwere Niederlage erlitten habe. Der Kampf gehe jedoch weiter. In Bezug auf die politischen Gefangenen sagte sie: "Zur Zeit sind keinerlei Verbesserungen und Zugeständnisse von seiten des Regimes denkbar. Wir müssen uns neue, bessere Methoden für ihre Befreiung ausdenken. Wichtig ist aber weiterhin, daß die internationale Öffentlichkeit weltweit die politischen Gefangenen und ihre unmenschliche Behandlung jetzt nicht aus den Augen verlieren darf." Nach dem Tod Cerpas wird Hugo Avellaneda als der ranghöchste, in Freiheit befindliche MRTA-Führer angesehen. Avellaneda gilt weniger als Kampfkommandant, sondern mehr als Planer von Aktionen. Beobachter gehen von noch etwa 150 bewaffneten Kämpfern im Urwald aus.

Umfrageergebnisse (die wie überall auf der Welt mit Vorsicht zu betrachten sind) zwei Tage nach dem Sturm zeigten, daß die Zustimmung für Fujimori von 38% auf 67% angestiegen ist. 84% der 420 (!) Befragten begrüßten die Befreiungsaktion. Allerdings wird die Freude über den Angriff auf die Botschaft nicht von allen

Bevölkerungsschichten in gleicher Weise geteilt. Das Meinungsforschungsunternehmen Apoyo stellte fest, daß eine Mehrheit der armen befragten PeruanerInnen zwar froh über das Ende der Geiselnahme und beeindruckt von Fujimoris Führungsstärke war; immerhin 55% drückten jedoch ihr Bedauern darüber aus, daß alle Rebellen getötet wurden. Einige ärgerten sich darüber, von Fujimori wieder einmal belogen worden zu sein, andere betonten, daß die meisten Geiselnehmer jung und arm gewesen seien. Unter den wohlhabenderen Befragten bedauerten nur 33% den Tod der Tupacamaristen.

Die Wochen vor

dem Angriff

Mitte April sorgte der Fall Leonar La Rosa in Peru für Aufsehen. Sie ist Sergeantin des militärischen Geheimdienstes SIN (Servicio de Intelligencia Nacional). La Rosa sagte aus, daß sie zwischen dem 17.1. und dem 21.2. zweimal von Kollegen mit Elektroschocks und Schlägen gefoltert und verhört worden sei. Man wollte ein Geständnis von ihr erzwingen, wonach sie für die Weitergabe von Informationen an die Presse verantwortlich sei. Aus ihnen geht hervor, daß der Geheimdienst hinter den Entführungs- und Einschüchterungsversuchen gegen oppositionelle Parlamentarier, einheimische und internationale JournalistInnen und Sendeanstalten steckt. Damit habe der Geheimdienst das Ziel verfolgt, Kritik an der Verhandlungsstrategie Fujimoris gegenüber der MRTA, an dessen Wirtschaftspolitik und an seinem Vorhaben, eine dritte Amtszeit zu regieren, zum Verstummen zu bringen.

La Rosa trug so schwere Verletzungen davon, daß sie in ein Militärkrankenhaus eingeliefert werden mußte. Der Direktor des Hospitals sorgte dafür, daß der Vorfall an die Öffentlichkeit gelangte. Gegenüber einer Parlamentsdelegation, die Frau La Rosa im Krankenhaus besuchte, bestätigte diese die Foltervorwürfe. Es gibt Spekulationen, wonach eine Kollegin von La Rosa, Mariella Bareto, aus ähnlichen Gründen am 22. oder 23.3. ermordet worden ist. Ihr Körper wurde ohne Kopf und Hände in einem Vorort Limas gefunden. Das höchste Militärgericht ermittelt jetzt gegen vier Offiziere, u.a. gegen den Chef des Militärgeheimdienstes, wegen Amtsmißbrauchs.

Am 19.4. wurde bekannt, daß Jean Pierre Schaerer, stellvertretender Leiter des Internationalen Roten Kreuzes in Peru, am 17.4. das Land verlassen hat. Dies habe er auf Wunsch der peruanischen Regierung getan. Regierungsvertreter hatten sich verschiedentlich darüber beschwert, daß das Rote Kreuz die Bemühungen der Regierung, die Geiselkrise zu lösen, behindert habe. Auf einer Pressekonferenz nach der Erstürmung der Botschaft erklärte Fujimori, Schaerer habe sich jeweils zu lange mit den Geiselnehmern in der Botschaft unterhalten. Der Vorwurf ist unverständlich, denn Schaerer war für die Organisation der humanitären Hilfe für die Geiseln verantwortlich und mußte täglich Kontakt mit Nestor Cerpa halten, um Nahrungsmittel, Medizin, Briefe und Ärzte in die Botschaft zu schleusen.

Ebenfalls am 19.4. traten Innenminister Juan Briones und Polizeichef Ketin Vidal von ihren Posten zurück. Sie übernahmen die Verantwortung für die Sicherheitsmängel, die es am 17.12. vergangenen Jahres möglich gemacht hatten, daß das MRTA-Kommando ohne größeren Widerstand die japanische Botschaft besetzen konnte. Präsident Fujimori hatte vor allem die Polizei für die entstandene Lage verantwortlich gemacht, da sie einen Geheimdienstbericht nicht ernst genommen habe, wonach MRTA-Rebellen Waffen nach Lima geschafft hätten. Nachfolger von Vidal wurde General Fernando Dianderas. Zum neuen Innenminister wurde General Cesar Saucedo ernannt. Beide gelten als Hardliner.

Doch diese Ereignisse hatten keinen Einfluß mehr auf die Erstürmung der Botschaft, auf die Fujimori von Anfang an systematisch hingearbeitet hat.

kuk

Anmerkungen:

1) An dem monatelangen Training der Soldaten sollen nach Agenturmeldungen US-Spezialisten, israelische und französische Experten sowie britische SAS- und Scotland-Yard-Mitglieder beteiligt gewesen sein. Die Amerikaner betonten, daß die Durchführung der Aktion allein in den Händen der Peruaner gelegen habe.

Peruanische Polizeieinheiten sind nach Angaben des pensionierten FBI-Agenten Robert K. Tauber nach Beginn der Botschaftsbesetzung in den USA für Geiselbefreiung und Terroristentötung ausgebildet worden.

Zwei Polizeiteams hätten im Dezember und Januar eine jeweils fünfwöchige Ausbildung erhalten. Nicholas Burns, Sprecher des State Departements, betonte, daß die in den USA ausgebildeten Polizeieinheiten nicht an dem Sturm auf die Botschaft beteiligt gewesen seien. Das Programm wird unter der Verantwortung des Außenministeriums durchgeführt. Ein nicht genanntes privates Wirtschaftsunternehmen unterstützt die Ausbildung finanziell.

Das Training, für das pro Jahr 18 Mio. Dollar zur Verfügung stehen, besteht aus 30 verschiedenen Kursen, unter anderem im Nahkampf mit Feuerwaffen. 1996 haben 1.200 Personen aus 32 Ländern eine entsprechende Ausbildung, zumeist in den USA, erhalten. Dieses Programm besteht seit 1984 und ist von insgesamt 18.000 Personen aus 90 Ländern absolviert worden. (AP, 23.4.)

2) Unerklärlich bleibt die tödliche Sorglosigkeit der Mitglieder des Kommandos "Edgar Sanchez". Daß nach vier Monaten die Wachsamkeit nachläßt und gefährliche Routine an die Stelle tritt, ist nur zum Teil nachvollziehbar. Durch eigenes Wahrnehmen (Baulärm der Tunnelarbeiter) und durch Information von draußen (es bestand offenbar Funkkontakt mit UnterstützerInnen) muß Kenntnis über Angriffspläne und -training bestanden haben. Doch offensichtlich reichte das Vorstellungsvermögen von Nestor Cerpa und seinen Offizieren nicht aus, sich darüber bewußt zu werden, in welch konkreter Bedrohung sie sich befanden und wie dem zu begegnen sei.

3) Die Zeitung El Sol (Lima) meldete, daß es dem pensionierten Admiral Luis Giampietri Rojas gelungen sei, unbemerkt sein Radio zu behalten und damit Botschaften entgegen nehmen zu können. Der Abgeordnete Rafael Rey erklärte, daß Informationen durch kodierte Briefe an die Geiseln weitergegeben worden seien. Eine Militärhymne, die von einem nahegelegenen Stützpunkt abgespielt wurde, sei beispielsweise als Signal für den Angriff vorgesehen worden. (Berliner Zeitung, 24.4.)

4) Das Ende der Geiselnahme in Lima macht die Neubewertung einer bestimmten Kampfform (Besetzung mit Geiselnahme) nötig. Angesichts der technischen Möglichkeiten eines modernen Repressionsapparats wirkt die Botschaft im nachhinein wie eine Falle. Es macht auch wenig Sinn, über Gegenmaßnahmen zu spekulieren. Der Rücksichtslosigkeit der Sicherheitskräfte darf nicht damit begegnet werden, daß beispielsweise die Bedrohungssituation für die Geiseln erhöht wird.

Quellen: Associated Press, Reuter, Frankfurter Rundschau, Süddeutsche Zeitung, Berliner Zeitung, Berliner Morgenpost, Welt, Neues Deutschland, junge Welt, taz, Washington Post, International Herald Tribune.

MRTA-Sprecher soll mundtot

gemacht werden

Gut eine Woche nach dem Sturm auf die japanische Botschaft unternahm die peruanische Regierung einen weiteren Versuch, die MRTA zum Schweigen zu bringen. Wie die regierungsnahe Tageszeitung expreso (Lima) meldete, ist die Bundesregierung aufgefordert worden, Isaac Velazco, dem in Hamburg lebenden, zur Zeit weltweit einzigen MRTA-Sprecher, den Status als politischer Flüchtling abzuerkennen. Zur Begründung hieß es aus dem Außenministerium in Lima, daß Velazco die Tribüne genommen werden solle, auf der er "öffentlich Rechtfertigungen, Drohungen und falsche Beschuldigungen in Umlauf" setze. Regierungssprecher Hausmann erklärte in Bonn, daß sich an dem Asylstatus Velazcos nichts ändern werde. Das Kabinett habe jedoch Innenminister Kanther aufgefordert, auf die Hamburger Behörden dahingehend einzuwirken, daß Velazco seine politische Betätigung untersagt werde.

Die peinliche Willfährigkeit der Bundesregierung, die sich immerhin monatelang überhaupt nicht an Velazcos Medienpräsenz gestört hat, kann böse Folgen für den erblindeten Peruaner haben. Zwar ist Nicht-Deutschen die politische Betätigung grundsätzlich gestattet; nach § 37 Abs. 2 Auslänndergesetz (AuslG.) ist sie aber u.a. dann zwingend zu untersagen, wenn sie den "kodifizierten Normen des Völkerrechts widerspricht" oder wenn sie "Gewaltanwendung als Mittel zur Durchsetzung politischer, religiöser oder sonstiger Belange öffentlich unterstützt, befürwortet oder hervorzurufen bezweckt oder geeignet ist." Diese Formulierungen sind hinreichend, um beispielsweise SprecherInnen von militanten Befreiungsbewegungen die politische Betätigung zu verbieten. Notwendig dafür ist eine Verbotsverfügung der Ausländerbehörde (§ 63 AuslG). Gegen diese ist Widerspruch und Klage mit aufschiebender Wirkung möglich. Bei wiederholtem Verstoß gegen eine solche

vollziehbare Anordnung kann eine Geldstrafe in Höhe von DM 10.000 oder eine Freiheitsstrafe von bis zu einem Jahr verhängt werden.

Daß § 37 bei entsprechender Interessenslage Anwendung findet, hat die Vergangenheit mehrfach gezeigt. Während des Golfkrieges erließ die Berliner Ausländerbehörde gegenüber mehreren Dutzend Arabern ein totales Verbot der politischen Betätigung. Sie durften das Land Berlin nicht verlassen und mußten sich zweimal in der Woche bei der Polizei melden. Bundesweit wurden rund 300 aufenthaltsbeschränkende Verfügungen erlassen. Die Begründung lautete damals, daß Saddam Hussein angekündigt habe, Terroranschläge im Ausland zu verüben. In der jüngeren Vergangenheit waren KurdInnen betroffen, denen die "Teilnahme an öffentlichen Kundgebungen mit kurdenpolitischem Inhalt" verboten wurde. Gegenüber anerkannten Flüchtlingen wurden Ausweisungsandrohungen ausgesprochen.

Probleme gab es für Velazco auch in Zürich. Dort war er eingeladen worden, bei der 1. Mai-Kundgebung auf dem Helvetiaplatz aus Sicht der MRTA über die Geiselbefreiung zu reden. Daraufhin erteilte die Zürcher Fremdenpolizei ihm Redeverbot. Aufgerufen zu der Kundgebung hatte ein breites, linkes Bündnis. Sozialdemokraten und Gewerkschaften waren in der Frage der Einladung Velazcos gespalten. Das Redeverbot wurde auf originelle Art und Weise umgangen. Velazco war nach Zürich gereist und stand auf der Rednertribüne - symbolisch geknebelt mit einem schwarzen Tuch. Dabei wurde seine Rede vor ca. 4.500 Menschen von einer Kassette abgespielt.

kuk

Stimmen zum Ende der Botschaftsbesetzung

Alberto Fujimori: "Wir wollten die Initiative ergreifen. Wir wollten nicht auf einen blutigen Vorfall reagieren müssen. ... Wir waren wegen der harten Haltung der MRTA zu Entscheidungen gezwungen. Ihre letzte Forderung lautete, daß wir 20 Terroristen freilassen sollten. ... Unsere Geheimdienste haben äußerst effizient gearbeitet. Sie informierten mich per Telephon. Die Information war so präzise und detailliert, daß ich keine Minute gezögert habe, den Befehl für die Befreiungsaktion zu erteilen." (AP, 22.4.)

Carlos Blanco Oropeza, Kongreßabgeordneter und Geisel: "Wir waren einem Psychopathen ausgeliefert, und ich glaube, daß es für Cerpa äußerst schwierig geworden wäre, eine ausgewogene Vereinbarung zu erzielen."

Jorge Gumucio, bolivianischer Botschafter und Geisel: "Es war der einzige Ausweg, denn ich bin unglücklicherweise davon überzeugt, daß friedliche Verhandlungen niemals zu einem Ende geführt hätten. ... Ich habe viel Mitgefühl für die Jüngeren. Sie waren einfache Menschen aus dem peruanischen Urwald, aber wir wußten von Anfang an, daß es nur eine Alternative gab: Sie oder wir."

Joaquin Navarro-Valls, Sprecher des Papstes, erklärte, daß das Ergebnis der Geiselnahme eine Lehrstunde für Terroristen sei: "Der Verlust von Menschenleben ist immer Anlaß zu tiefer Trauer." Doch das Prinzip bleibe gültig, wonach "gewaltsame Besetzungen von Botschaftsgebäuden und Geiselnahmen kein Lösungsweg für Probleme sind, die besser im Dialog und in verantwortungsbewußten Verhandlungen geklärt werden können."

Das Rote Kreuz, dessen Mitarbeiter versucht hatten, die Krise friedlich zu lösen, gab keinen Kommentar zum Sturmbefehl ab.

Felicita Cartolini, die in Nantes lebende Mutter des Anführers, erklärte im französischen Fernsehsender France 3, "daß die Geschichte ihr Urteil über das Geschehene abgeben werde." Der "Mut und die Generosität" ihres jüngsten Sohnes werde ein Beispiel für sein Land geben.

FR (24.5.): "Der Sturm auf die besetzte Botschaft ist mit einer Bilanz von 17 Toten (davon alle 14 Guerilleros) und 25 Verletzten glimpflicher abgelaufen, als die meisten befürchtet hatten. ... Die MRTA-Guerilla hat Rache geschworen. ... Mit Verzweiflungsschlägen, die für die regulären Truppen und womöglich auch für die zivile Bevölkerung äußerst schmerzhaft sein können, ist alleweil zu rechnen."

Lutz Herden, Freitag, 25.4.: "Es kann nicht ausgeschlossen werden - das MRTA-Kommando wollte eine Entscheidung erzwingen und konnte damit wohl nur jene meinen, die am 22. April kurz nach 16 Uhr Ortszeit in Lima fiel. Eine unwiderrufliche Entscheidung, weil alle anderen unerreichbar schienen. ... Bischof Cipriani mochte verhandeln, um einen Kompromiß zu finden, aber zwei wußten, den würde es nie geben: Cerpa Cartolini und Alberto Fujimori - der Besetzer und sein Präsident. Sie haben sich Zug um Zug an ihr Remis

herangetastet, bis es soweit war: Cerpa ist physisch tot, Fujimori politisch, auch wenn es nach außen nicht den Anschein hat. ... der Außenstehende könnte sich leichtfertig in das Urteil flüchten, zu einem revolutionären Bewußtsein gehöre eben auch der Märtyrertod. Möglicherweise glaubte der MRTA sogar, Märtyrer in Peru mehr zu brauchen als 450 Freigelassene auf Kuba.

Commandante Cerpas kompromißloser Verhandlungsstil läßt das nicht ausschließen. Die Geschichte der linken Guerilla in Lateinamerika bleibt ihre Gegenwart. Ein Anrennen gegen die Verzweiflung der politischen Ohnmacht - der Versuch, in ein Machtgeflecht einzudringen, indem es zerrissen wird. Zerstörung und Selbstmord, fast wie ein ritueller Vorgang."

# 12. Heute Tirana - morgen Lima? Das Kommando Spezialkräfte der Bundeswehr

Autor: Vo · Rubrik: Militärpolitik BRD - Bundeswehr · CD-Datei: daten/aksuche/ak402/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:402:10

"Die Operation ist in alleiniger Verantwortung der Bundeswehr durchgeführt worden... wir haben alles mit eigenen Kräften geplant und ausgeführt. Es hat keinerlei militärische Mitwirkung durch andere Staaten gegeben... Dies war der erste Fall einer Evakuierungsoperation durch die Bundeswehr unter feindlichen Bedingungen". Das verkündete voller Stolz der "Verteidigungs"minister Rühe nach dem Bundeswehr-Einsatz am 14. März in Tirana, bei dem erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg wieder deutsche Soldaten in einem fremden Land einen Kampfeinsatz durchgeführt und dabei gezielt scharf geschossen haben - ohne Einwilligung der dortigen Regierung, ohne Kooperation mit Bündnis"partnern", ohne Rückendeckung der Vereinten Nationen für eine "humanitäre Intervention", ohne vorherige Befassung des deutschen Bundestages.

Bei dem Einsatz wurden "116 Menschen aus 23 Nationen - darunter 21 deutsche Staatsbürger - unter schwierigen Umständen aus dem Notstandsgebiet evakuiert", erklärte Bundeskanzler Helmut Kohl der Öffentlichkeit Zweck und Ergebnis der Operation. Mit den "schwierigen Umständen" und dem "Notstandsgebiet" waren die damaligen unübersichtlichen Verhältnisse in der albanischen Hauptstadt Tirana gemeint, die von bundesdeutscher regierungsoffizieller Seite als so bedrohlich für die in der Stadt befindlichen Deutschen deklariert wurden, daß man meinte bzw. behauptete, deren Leben nur durch eine spektakuläre militärische Evakuierungsoperation aus der Luft retten zu können. Wegen der "anarchischen Zustände im Land" habe "Gefahr im Verzuge" bestanden; der "Einsatz deutscher Streitkräfte" sei "die einzig verbliebene Möglichkeit" zur Rettung der bedrohten deutschen Staatsbürger gewesen (aus dem Entschließungsantrag der Bundesregierung zum Einsatz am 14. März).

Kampfeinsatz in Tirana

Die Operation, an der 323 Soldaten teilnahmen und die im wesentlichen von fünf mittleren Transporthubschraubern CH-53 und einem Sanitätsrettungshubschrauber des Heeres durchgeführt wurde, war insofern ein Erfolg, als man alle zu Evakuierenden tatsächlich herausholte, keine eigenen Verluste hatte und beim Um-Sich-Schießen offensichtlich "nur" ein oder zwei Albaner verletzte. Die beteiligten Soldaten wurden zu Hause in Deutschland folglich als "Helden" gefeiert; die Minister Rühe und Kinkel konnten sich bei der Begrüßung der Evakuierten auf dem Kölner Flughafen mediengerecht in Szene setzen. Daß neben den 21 Deutschen auch noch jede Menge "gerettete" AusländerInnen vorgezeigt werden konnten, war selbstverständlich besonders gut für das internationale Image. Begründet wurde die ganze Aktion allerdings mit der Bedrohung des Lebens deutscher Staatsbürger und mit der Argumentation von der "Gefahr im Verzuge". Nur so nämlich ließ sich dem Vorgehen wenigstens ein Hauch von Rechtsstaatlichkeit und Verfassungskonformität geben. Denn das Bundesverfassungsgerichtsurteil vom 12. Juli 1994 zu Bundeswehreinsätzen im Ausland erklärte solche Einsätze zwar entgegen der bis dahin herrschenden Interpretation des Grundgesetzes für unter bestimmten Bedingungen verfassungsgemäß, nämlich wenn sie im Rahmen von "Systemen gegenseitiger kollektiver Sicherheit" (zu denen neben UNO und OSZE flugs auch noch NATO und WEU erklärt wurden) und nach vorherigem Bundestagsbeschluß - mit einfacher Mehrheit - erfolgen. Einzige Ausnahme: Die Bundesregierung ist "bei Gefahr im Verzug berechtigt, vorläufig den Einsatz von Streitkräften zu beschließen und an entsprechenden Beschlüssen in den Bündnissen oder internationalen Organisationen ohne vorherige Einzelermächtigung durch das Parlament mitzuwirken und diese vorläufig zu vollziehen" (aus der Urteilsbegründung zum 12.7.94, S.139f.). Erst nachträglich muß die Regierung in einem solchen Fall das Parlament befassen. Das hat sie dann auch am 20.3., sechs Tage nach der Aktion, getan und sich ohne Probleme die mehrheitliche Zustimmung zum Tirana-Abenteuer geholt.

Abgesichert hatten sich Rühe und Co. vorab parlamentarisch allerdings dadurch, daß sie die Vorsitzenden und Obleute im Auswärtigen Ausschuß und im Verteidigungsausschuß sowie die Fraktionsvorsitzenden aller Bundestags-Parteien "vertraulich in die Lage eingewiesen und über die beabsichtigte Operation unterrichtet" hatten (Statement Rühe). Und die gaben ihre Zustimmung, so daß der Kanzler aller Deutschen im Nachhinein auch der Opposition gute Zensuren erteilen konnte: "Es war eine gute Sache, daß die Fraktionsvorsitzenden der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien in dieser Notlage mit Gefahr im Verzuge vorab ihre

Zustimmung zu diesem Einsatz gegeben haben". Soviel als Kommentar zum Verhalten von SPD und GRÜNEN in dieser Angelegenheit.

Daß der nationale Schulterschluß bei "Gefahr im Verzuge" so gut geklappt hat, läßt befürchten, daß wir auch künftig mit Operationen a la Tirana werden rechnen müssen, zumal auch der große Aufschrei in Medien, Öffentlichkeit und Friedensbewegung ob dieses ersten deutschen Kampfeinsatzes im nationalen Alleingang in der Geschichte der BRD ausblieb. Es ist schon beklemmend zu beobachten, wie innerhalb von kürzester Frist die von herrschender Politik angestrebte neue "Normalität" in Sachen Einsatz des eigenen Militärs durchgesetzt werden konnte: Noch in der ersten Hälfte der 90er Jahre gab es große Debatten hin und her, ob denn deutsche Soldaten überhaupt im Ausland eingesetzt werden dürften, es wurden alle möglichen Restriktionen für solche Einsätze erörtert (nur als Blauhelme, nur im Rahmen der UNO, nur im internationalen Verbund, nur als Sanitäter, nur "humanitär", nur zur "Friedensstabilisierung" pipapo...) - und im März 1997 geht ein Kampfeinsatz im nationalen Alleingang, ohne vorherige Befassung des Parlaments, glatt über die Bühne! Und Herr Rühe kann sich hinstellen und diesen Verfassungs- und Völkerrechtsbruch (s.u.) als Heldentat hochjubeln, ohne daß es zu irgendwelchen nennenswerten Protesten kommt.

Daß es bei der Tirana-Aktion weniger um die angeblich an Leib und Leben bedrohten Deutschen (und noch viel weniger um die kurzerhand "mitbefreiten" Dänen, Peruaner, Tschechen usw.) ging (die allesamt aller Wahrscheinlichkeit nach auch ohne diesen spektakulären Einsatz wohlbehalten nach Hause gekommen wären) als vielmehr darum, mit dem "humanitären" Vorwand der Lebensrettung Legitimation für Militärinterventionen fern der Heimat auch künftig zu schaffen, wird deutlich, wenn man die Ereignisse in Tirana in Beziehung setzt zum Aufbau der neuen Elitetruppe der Bundeswehr, dem "Kommando Spezialkräfte". Denn zwar hat der Einsatz in Tirana gezeigt, daß die Bundeswehr auch heute schon in der Lage ist, derartige Operationen siegreich durchzustehen, doch wichtiger noch ist die von "Tirana" ausgehende Botschaft, daß "so etwas" überhaupt passieren kann, daß es "immer wieder" passieren kann und daß man für solche Fälle Kräfte bereithalten muß, die speziell hierfür ausgerüstet und ausgebildet sind. Wenn Rühe im Zusammenhang mit Tirana von einem "ersten Fall" (s.o.) spricht, so können wir getrost vermuten, daß er angefangen hat zu zählen: Nach eins kommt zwei, dann drei, dann vier - deswegen steht jetzt das "Kommando Spezialkräfte" vor der Tür.

Eine GSG 9 für die Bundeswehr

Nachdem der Feind im Osten abhanden gekommen ist, rüsten NATO und Bundeswehr um für neuartige "Bedrohungen", die aus allen Himmelsrichtungen kommen können bzw. die man präventiv in allen Himmelsrichtungen bekämpfen können muß. Orientierung auf militärische Interventionen out of area, außerhalb des NATO-Vertragsgebiets, ist mithin Leitlinie der Umrüstung und Umstrukturierung der NATO-Kräfte. Dem wird durch Aufbau von Rapid Reaction Forces und Einrichtung von Combined Joint Task Forces Rechnung getragen. Die Bundeswehr ist mit rund 50.000 Mann Krisenreaktionskräften (KRK) dabei.

Speerspitze der KRK soll das Kommando Spezialkräfte (KSK) werden. Im März 1995 kündigte Rühe den Aufbau einer solchen Elitetruppe an, im Juni 1995 wurde das zum Beschluß der Bundesregierung. Es wurde festgelegt: "Das Brigadekommando 25 Calw wird in ein Kommando Spezialkräfte umgewandelt. Mit der Aufstellung dieses Kommandos schafft das Heer einen Verband für rasch notwendige Einsätze, beispielsweise zur Evakuierung deutscher Staatsbürger" (zit. n. Kleine Anfrage der GRÜNEN "Kommando Spezialkräfte").

Am 20. September 1996 wurde das KSK offiziell aufgestellt und nahm mit ersten Einheiten (u.a. Fernspähkommandokompanie, Kommandokompanie 1 und 2) seinen Ausbildungsbetrieb auf. Seit 1. April 1997 sind die ersten 20 KSK-Soldaten einsatzbereit, nämlich der "Sondereinsatzzug Retten und Befreien". 1998 soll die Aufstellung der Kommandokompanien 3 und 4 erfolgen, bis zum Jahr 2001 soll das KSK mit rund 1000 Mann stehen und voll einsatzbereit sein.

Die Ausbildung der Elitekämpfer dauert insgesamt ca. drei Jahre. Sie orientiert sich an der Ausbildung der berühmt-berüchtigten US Special Operations Forces und des britischen UK Special Air Service (SAS) - "sowie im Bereich ‚Retten und Befreien von Personen` an den Erfahrungen der GSG 9" (Antwort auf die Kleine Anfrage der GRÜNEN). Angehörige dieser Verbände sind direkt in die Ausbildung des KSK einbezogen. Die Ausbildung ist äußerst hart, die Durchfallquote beträgt 80%.

"Kernaufgaben" des KSK werden sein: "Gewinnung von Schlüsselinformationen in Krisen- und Konfliktgebieten, Schutz eigener Kräfte auf Distanz und Schutz von Personen in besonderer Lage, Rettung aus terroristischer Bedrohung und Evakuierung (außerhalb Deutschlands), Abwehr terroristischer Bedrohung, Kampf gegen subversive Kräfte sowie verdeckte Operationen im Aufgabenbereich der Streitkräfte, Kampfeinsätze auch im gegnerischen Gebiet, einschließlich der Lähmung oder Zerstörung wichtiger Objekte" (Antwort auf die Kleine Anfrage der GRÜNEN). Mit anderen Worten: Spionage, Sabotage, (Gegen-)Terror, besonders gefährliche (und schmutzige) Einsätze weit entfernt von der Heimat. Mit klassischer "Landesverteidigung" hat das nicht mehr das geringste zu tun.

Von besonderem Interesse sind im Blick auf die Tirana-Aktion die Ausführungen zum Thema "Rettung und Evakuierung": "Teile der deutschen Streitkräfte können für Rettungs- und Evakuierungseinsätze im Ausland - ggf. auch unter ausschließlich nationaler Einsatzführung - eingesetzt werden, wenn dies im Rahmen der Schutzverpflichtung für deutsche Staatsbürger oder im Rahmen der Solidarität mit anderen Staaten zur gegenseitigen Nothilfe erforderlich ist. Die zu leistenden Aufgaben sind primär Rettung und Evakuierung bedrohter Bürger. Dies schließt die Befreiung von Gefangenen und Geiseln, nötigenfalls auch mit militärischer Gewaltanwendung, sowie die erforderliche sanitätsdienstliche und logistische Unterstützung ein" (ebd.). Hier wird also von vornherein der nationale Alleingang mit einkalkuliert ("ausschließlich nationale Einsatzführung"), eindeutig über das hinausgehend, was das Bundesverfassungsgericht in seinem ohnehin äußerst großzügigen Urteil vom 12. Juli 1994 für verfassungskonform erklärt hatte.

Und auch mit der Zustimmung des Parlaments zu KSK-Einsätzen ist das so eine Sache. Zwar hält das Verteidigungsministerium fest: "Das Grundgesetz verpflichtet die Bundesregierung, für einen Einsatz bewaffneter Streitkräfte die - grundsätzlich vorherige - konstitutive Zustimmung des Deutschen Bundestages einzuholen. Dies gilt auch für den Einsatz von KSK-Kräften" (ebd.). Doch schon im nächsten Absatz wird dann auf die Hintertür mit der Aufschrift "Gefahr im Verzuge" verwiesen. Bei Charakter und Aufgabenbestimmung der KSK liegt auf der Hand, daß diese i.d.R. bei ebensolcher "Gefahr im Verzuge" eingesetzt werden dürften. M.a.W.: Das Parlament kann bei Einsätzen des KSK mit der Argumentation von angeblicher "Gefahr im Verzuge" umgangen werden - wie es im Falle Tirana vorexerziert wurde.

Verfassung? Völkerrecht? Scheißegal!

Ebensowenig wie man Skrupel hinsichtlich der eigenen Verfassung und der eigenen parlamentarischen Regeln zeigt, ebensowenig scheint man sich um Völkerrecht und Rechte des von etwaigen "Befreiungsaktionen" betroffenen Staates scheren zu wollen. Von den GRÜNEN in ihrer Kleinen Anfrage darauf hingewiesen, daß gewaltsame Schutzmaßnahmen zugunsten eigener Staatsangehöriger im Ausland als völkerrechtswidrig zu qualifizieren seien (immerhin kann man eine Aktion wie diejenige in Tirana auch als bewaffnete Aggression gegen die Souveränität des albanischen Staates bewerten), antwortet das Verteidigungsministerium äußerst lau und ausweichend: "Einsätze zur Rettung eigener Staatsangehöriger ohne Einwilligung des betroffenen Territorialstaates betreffen komplexe Fragen des Gewaltverbotes. Eine generelle Antwort auf denkbare hypothetische Sachverhalte ist nicht möglich". Man scheint sich also auch den Einsatz "ohne Einwilligung des betroffenen Territorialstaates" vorbehalten zu wollen. Landesverteidigung?!? Noch entlarvender fällt die "Antwort" auf eine weitere Frage der GRÜNEN aus. Sie fragen: "Wie begründet die Bundesregierung ihre Auffassung, gewaltsame Aktionen gegen einzelne Staatsangehörige oder Gruppen von Staatsangehörigen auf fremdem Territorium seien ein "bewaffneter Angriff" gegen den "Heimatstaat", der zur Gewaltanwendung durch den "Heimatstaat" nach Artikel 51 der UN-Charta berechtige?" (ebd.). Die "Antwort": "Es wird auf die Antwort zu Frage 17 verwiesen". In dieser "Antwort zu Frage 17" aber hatte man sich gerade ausweichend zum Problem der "Einwilligung des betroffenen Territorialstaates" geäußert. Man kann diese "Antwort" so deuten: Überall dort, wo sich deutsche Staatsbürger aufhalten, ist gegebenenfalls auch ein Stück "Heimat" zu verteidigen. Wo immer ein deutscher Staatsbürger auf der weiten Welt angegriffen wird (oder auch nur bedroht erscheint - in Tirana lag noch nicht einmal ein Angriff auf deutsche Staatsbürger vor), wird die "deutsche Heimat" angegriffen, ist Deutschland mithin zur Selbstverteidigung berechtigt - etwa, indem man das KSK nach Liberia, Fiji oder Peru in Marsch setzt.

Sollten sich künftig also die eine oder der andere "deutsche StaatsbürgerIn" in ähnlicher Lage wie die Geiseln in der japanischen Botschaft während der letzten Wochen in Lima befinden - sie könnten getrost auf Rettung durch die "Helden" vom KSK hoffen. Und die wiederum könnten - die "Gefahr im Verzuge" wird sich schon irgendwie feststellen lassen - ohne vorherigen Beschluß des Bundestages losschlagen. Nachträglich wird sich

sicher auch die staatstragende rotgrüne Opposition zum Abnicken einer solchen "heldenhaften" Befreiungsaktion bereitfinden...

Ein kleiner Lichtblick am Schluß: Beim diesjährigen Ostermarsch demonstrierten in Calw 5000 Menschen gegen die Aufstellung des KSK. Aufgerufen hatten u.a. die lokalen Gliederungen von DGB, IG Metall, SPD, Jusos und GRÜNEN. Der DGB-Landesbezirksvorsitzende Pommerenke fand in seiner Rede starke Worte gegen das KSK. War das der Beginn einer wunderbaren machtvollen Bewegung gegen den deutschen Militärinterventionismus und seine Speerspitze, das KSK?!?

Vo

Quellen:

- Kleine Anfrage der Abgeordneten Angelika Beer... und der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN. Kommando Spezialkräfte (BT-DS 13/6639) vom 20.12.96 und ParlStS beim BMVG. Antwort auf die Kleine Anfrage... vom 4.2.97

- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Stichworte zur Sicherheitspolitik, Nr. 04, April 1997 (Konflikt im ehemaligen Jugoslawien)

- ami 4/97, Der Spiegel, 31.3.97, FAZ, 8.2.97, ND, 10.4.97

# 13. Festung Europa. Über die Dialektik von Abschottung und Neugestaltung staatlicher Sicherheitspolitik

Autor: Albrecht Maurer · Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak402/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:402:02

Wie die "Antiterrorismuspolitik" der 70er Jahre als Hebel herhalten mußte für den Abbau von Grund- und BürgerInnenrechte, so wird jetzt der Aufbau des "Grenzregimes" gegen "illegale EinwanderInnen", Flüchtlinge, Drogen und die sogenannte Organisierte Kriminalität zum Dreh- und Angelpunkt deutscher und europäischer "Sicherheitspolitik" gemacht.

Dr. Markus Hellenthal, Referatsleiter Bundesgrenzschutz (BGS) im Bundesinnenministerium zeigt in einem ausführlichen Beitrag in der Kriminalisstik 2/97, wie derzeit das Puzzelstück "Aufrüstung an den Grenzen" in das sogenannten "Sicherheitsmosaik" der Festung Europa eingefügt wird. In Hellenthals Beitrag wird mit der gängigen Vorstellung Schluß gemacht, der BGS habe, nur weil er die Grenze im Namen führt, seine Hauptaufgabe entlang dieser Linie.

Angestrebt wird die Verknüpfung der im Schengener Durchführungsabkommen vorgesehenen, grenzpolizeilichen Kompetenzen mit einem "integralen Grenzsicherheitsgefüge". Und weil das relevante Geschehen "an den Grenzen bzw. im Grenzraum ein dynamischer Prozeß mit räumlichen und zeitlichen Wellenbewegungen ist", die nicht abrupt links und rechts der Grenze abbrechen, muß man mit Hellenthal in größeren Räumen denken. Das geht weit über den eigenen Grenzraum hinaus. Diese Strategie verläßt "die starre Grenzlinie" und richtet ihr Augenmerk im Rahmen eines "nationalen und internationalen Sicherheitsverbundes" auf einen Grenzraum, der weit über das im BGS-Gesetz definierte Gebiet von 30 km Tiefe jenseits der Grenzlinie hinausgeht: Die Innere Sicherheit Deutschlands wie auch die Westeuropas "steht und fällt" nach Hellenthals Ansicht "mit einer intensiven polizeilichen Zusammenarbeit sowohl innerhalb der EU- und Schengener Partnerstaaten untereinander und mit den mittel- und osteuropäischen Staaten."

Es ist nicht mehr die Frage, ob der BGS "Filterfunktionen" und Aufgaben der allgemeinen Kriminalitätsbekämpfung wahrnehmen soll. Entscheidend ist, wie der Begriff "Grenzraum" zu diesem Zweck definiert werden muß. Es geht in erster Linie darum, wie der BGS seine "originären" Zuständigkeiten in "seinem Raum" erobern und ausfüllen kann.

Auswirkungen des "Domino-Effekts"

Die "Initiative gegen das Schengener Abkommen" hatte in der von ihr 1993 herausgegebenen Broschüre über den sogenannten Domino-Effekt die These aufgestellt, daß die EU-Staaten, die damals ihre Außengrenzen gegenüber den mittel- und osteuropäischen Staaten (MOE-Staaten) hochrüsteten, auch die MOE-Länder über kurz oder lang zwingen würden, ihre Ostgrenzen hermetisch abzusichern. Druckmittel der EU waren die laufenden Verhandlungen um eine Assoziierung der MOE-Staaten mit der EU. Wie Domino-Steine würden die Festungsmauern gegen unerwünschte EinwanderInnen und andere vermeintliche Bedrohungen immer weiter im Osten aufgerichtet.(1)

Der Rahmen hierfür wurde seit 1990 in 60 bilateralen Abkommen abgesteckt, welche die Bundesrepublik Deutschland mit sämtlichen MOE-Staaten in Sachen "Kriminalitätsbekämpfung", Beschäftigung von Arbeitnehmern, Visumpolitik und Rückübernahmeabkommen und "Durchbeförderungsabkommen" vereinbart hat.

Politisch in die Pflicht genommen wurden in den Jahren 1990-93 vor allem die unmittelbaren Nachbarstaaten der EU in einer Konferenzserie gegen "unkontrollierte Wanderungsbewegungen" (Berlin, Wien, Budapest). Der zaghafte Versuch einiger MOE-Staaten (Polen, Ungarn, Tschechische Republik und Slowakische Republik), sich im "Visegrader Verbund" ein leichtes Gegengewicht gegen die westeuropäische (d. h. vor allem deutsche) Anmaßung zu schaffen, scheiterte kläglich. Für die Bundesrepublik war es einfach, in bilateralen Verhandlungen diese Länder wieder auseinanderzudividieren und ihnen entsprechend schlechtere Bedingungen aufzudrücken.

Mit diesen etwa 60 deutsch-osteuropäischen Abkommen ist das Netz aber noch längst nicht umfassend beschrieben. Gerade bei Rückübernahmeabkommen spielen die jeweiligen Folgeabkommen eine ganz entscheidende Rolle.

Alleine die Tschechische Republik beispielsweise hat derartige Abkommen außer mit der Bundesrepublik noch mit sechs anderen Staaten abgeschlossen (2). Daß vor dem Abkommen mit der BRD von Prag aus alle anderen Rückübernahmeverträge unter Dach und Fach gebracht werden mußten, zeigt den Mechanismus auf: Die Tschechische Republik mußte - von finanziellen Verhandlungen mit der BRD abgesehen - erst sicherstellen, daß sie nicht auf "Zurückgeschobenen" sitzenbleibt, bevor sie die Rückübernahme gegenüber der BRD vertraglich garantiert. (3)

Der Einbau der - in diesem Falle tschechischen - in die westeuropäischen bzw. deutschen Strukturen sieht folgendermaßen aus:

Die BRD beteiligt sich an Kosten, die entstehen durch:

- den Ausbau des tschechischen Systems zur Sicherung der Staatsgrenze

- den Bau neuer und den Ausbau vorhandener Objekte zum Schutz der Grenze

- Datenübertragungssysteme

- Einführung von Beobachtungs-, Signal- und Monitoreinrichtungen

- Ausstattung mit technischen Mitteln für die Verbesserung der Kontrolle der Reisedokumente und der Personenidentifizierung etc.

Desweiteren beteiligt sie sich an den Kosten, die entstehen durch die Rückführung von aus der BRD "übernommenen Ausländern", z. B. "zur Erweiterung der Asylinfrastruktur:

- Organisation und Finanzierung von Maßnahmen der polizeilichen Durchbeförderung der Rücküberstellung, sowie der Rückführung in ihre Herkunfts- und Heimatländer und den Ausbau von Einrichtung für deren Aufnahme

- die Schaffung und Modernisierung eines zentralen Systems zur Erfassung von Ausländerdaten

- die Gewinnung und den Austausch von Informationen über die Herkunftsländer der Asylbewerber, der Flüchtlinge und der sonstigen schutzsuchenden Ausländer."

Bulgarien, das nun wirklich nicht an der deutschen Grenze liegt, hat Rückübernahmeverträge mit sieben europäischen Staaten abgeschlossen. (4) Das Rückübernahmeabkommen mit der BRD vom September 1994 wurde im November 1996 ergänzt durch ein "Durchbeförderungsabkommen für Drittstaatsangehörige". Seit September 1994 hat Bulgarien 8.051 seiner Staatsangehörigen zurückgenommen und "durchbeförderte" fünf sogenannte Drittstaatsangehörige.

Schließlich Rumänien: Seit 1992 wurden nach offiziellen Angaben 94.137 Menschen "zurückgenommen". Rückübernahmeabkommen hat Rumänien mit nicht weniger als 13 europäischen Regierungen unterzeichnet. (5)

Kurz: auf jeden MOE-Staat wird das komplette Abschottungs-System übertragen, vorfinanziert und notdürftig an nationale Gegebenheiten angepaßt. Selbst wenn ein MOE-Land wollte, könnte es aus diesem Netz nicht aussteigen. Dann nämlich hätte sie alle Folgen der deutschen, bzw. westeuropäischen Abschottung alleine zu tragen.

So funktioniert Domino!

Großraumverwaltung der Migrationspolitik

Man kann darüber lange streiten, ob die im BGS-Bericht 1995 genannte Zahl von 125.742 Zurückweisungen und die 29.673 Zurückschiebungen sowie die 36.455 Abschiebungen im Jahre 1995 an den und über die deutschen Grenzen viel oder wenig sind; oder ob die Zahl von jeweils 200.000 aus Europa abgeschobenen Personen für das gute oder schlechte Funktionieren der Abschottung spricht (vgl. de Stoop: "Hol' die Wäsche rein", Frankfurt/M. 1996. S.159f). Entscheidend ist,

- daß in Europa eine Abschiebeinfrastruktur geschaffen worden ist, die von der Grenzkontrolle und -sicherung im großzügig definierten Grenzraum diesseits und jenseits der Grenzen über Razzien (Baustellen!) und Abschiebeknäste bis zum Rausschmiß wie geschmiert funktioniert;

- daß eine polizeiliche Kooperation im Grenzraum und quer durch Europa installiert worden ist, die mehr und mehr nach einheitlichen, von den westeuropäischen Staaten diktierten Kriterien arbeitet,

- daß an den Knoten dieses polizeilichen Datennetzes unendlich viele Informationen über Personen, Wanderungswege und soziale Bezüge zusammenfließen, und schließlich

- daß den Erfordernissen dieser Abschottungspolitik sowohl die deutsche Innenpolitik wie die der EU (Polizei, Justiz, Strafvollzug, rechtliche Situation der Migrantinnen und Migranten) als auch die der Nachbarn untergeordnet wird.

Das System von Rückübernahmeabkommen geht weit über die Gefahr von Kettenabschiebungen in das jeweilige Verfolgerland hinaus. Welche Phantasien hier freigesetzt werden können, zeigt der Beschluß der deutschen Innenministerkonferenz aus dem Jahr 1995, wonach eine Arbeitsgruppe prüfen soll, "ob und inwieweit es möglich ist, in Fällen ungeklärter Staatsangehörigkeit durch Abschluß von Rückübernahmeabkommen eine Rückführung in einen der Gesamtregion zuzurechnenden Vertragsstaat zu ermöglichen." Gelöst wären damit auf "elegante" Weise die Probleme, die heute bei der Feststellung der Herkunft immer wieder auftauchen und die heute schon dazu führen, daß Ausgewiesene in die falschen "Heimatländer" geschickt werden. (6)

Mit diesem System der Rücknahme- und Zusammenarbeitsübereinkommen ist das Gerüst einer zentralisierten Großraumverwaltung im Bereich der Migrationspolitik und wesentlicher Teil der Innenpolitik (Kriminalitäts-, Innere Sicherheit und Bürgerrechtspolitik) installiert worden. In bislang nicht vorstellbarem Ausmaß wurden dadurch Fragen der staatlichen Souveränität der mittel- und osteuropäischen "Partnerstaaten" der EU im deutschen Interesse gelöst.

"Sicherheitsschleier" übers ganze Land gelegt

Wird der BGS an den Ostgrenzen um die gewünschten 1.500 "Mann" aufgestockt, so "stehen künftig mehr BGS-Frauen und Männer an den Grenzen zu Polen und Tschechien, als 1996 ‚geschleuste Ausländer` dort aufgegriffen wurden" (SZ 3.1.97) - etwa 6.500.

Es wird an den Grenzen aber nicht nur personell aufgerüstet: "Investitionen in die materiellen Ressourcen erreichen an den Ostgrenzen ein Höchstmaß":

- 105 mobile Wärmebildkameras (plus fünf auf BGS-Hubschraubern und 24 weitere des Zolls) sowie 160 Nachtsichtbrillen werden von den GrenzschutzbeamtInnen an der Ostgrenze eingesetzt.

- Sieben neue BGS-Boote (plus zwei des Zolls) patroullieren auf der Oder, (7)

- 650 BGS-Diensthunde und

- 88 sogenannte Kohlendioxid-Detektionsgeräte (zum Auffinden von Menschen in geschlossenen LKWs) sollen vorerst an der Ostgrenze eingesetzt werden. (8)

Bei dieser Aufrüstung gehe es, nach Ansicht des bereits erwähnten BMI-Referatsleiters Hellenthal, "nicht um eine unrealistische und politisch nicht akzeptable ‚elektronische Mauer`". Ihr Ziel besteht vielmehr "in einer sinnvolleren Personalsteuerung und einem rationelleren Mitteleinsatz, wodurch u.a. die Offenheit der Grenzen für rechtstreue Reisende verbessert wird, da sich die Tätigkeit der Grenzkontroll- und -überwachungskräfte auf die tatsächlichen Gefährdungspotentiale konzentrieren kann und nicht etwa sinnlos verschwendet wird."

Unrealistisch ist hier zu unterstreichen - bei aller Aufrüstung sind sich die Herren bewußt, daß sie nicht die letzten Lücken schließen können.

Offenkundig schwebt Hellenthal das vor, was Bayerns Innenminister Günther Beckstein bei der gesetzlichen Neuordnung der bayerischen Grenzpolizei so formuliert hat: "Aus Grenzern werden Fahnder".

Die bayerische Grenzpolizei darf schon seit längerem innerhalb eines 30 km breiten ‚Sicherheitsschleier` Personenkontrollen durchführen. Durch die erhöhte Kontroll- und Fahndungsdichte sollen vorgeblich "Sicherheitsdefizite" an den Grenzen ausgeglichen werden.

Nunmehr haben Bayern und (darauf weist auch Reinhard Hackl in seinem Artikel in dieser Broschüre hin) auch Baden-Württemberg sogenannte verdachtsunabhängige Kontrollen durch die Landespolizei im gesamten Gebiet ihres Bundeslandes legalisiert. "Nur durch einen gemeinsamen ‚Sicherheitsschleier` von Bundesgrenzschutz und Landespolizeien könne verhindert werden, daß Kriminelle ungestört von einem in den anderen Staat reisen könnten," meinte Innenminister Kanther zu Änderung des baden-württembergischen Polizeigesetzes.

In diesen Fahndungs- und Kontrollverbund gliedert sich der BGS als Begrüßungskomitee ein. Für alle Grenzen werden derzeit gemeinsame Kommissariate und Kontaktdienststellen aus BGS, Länderpolizei und Polizeien der Nachbarländer gebildet. (9)

Dieser "Sicherheitsschleier" legt sich langsam über das ganze Land, gerade weil eine "elektronische Mauer" im Sinne einer Totalabschottung unrealistisch ist. Dieser internationale "Sicherheitsverbund" führt dazu, daß Kontrollen und Fahndungsmaßnahmen diesseits und jenseits der Grenzen alltäglich werden. Und er endet natürlich nicht in 30 Kilometern Entfernung von der Grenze; er reicht in den letzten Winkel Europas.

Albrecht Maurer

Vorabdruck aus einer im Mai erscheinenden Broschüre der Initiative gegen das Schengener Abkommen: Tatort Europa. Asylpolitik und innere Sicherheit in der EU. Die Broschüre ist zu beziehen über: Bündins 90/Grüne Versand, Heerstr. 172, 53111 Bonn

Anmerkungen:

1) Initiative gegen das Schengener Abkommen, "Der Domino-Effekt - Materialien zum Export der Inneren Sicherheit und der Flüchtlingsabwehr nach Osteuropa", Bonn 1993.

2) Österreich (1991), Slowakische Republik (1992), Polen (1993), Rumänien (1994), Ungarn (1994), Kanada (1996)

3) Seit 1995 wurden von der Tschechischen Republik 16.524 Menschen "rückübernommen", 273 weitere wurden "durchbefördert". (BT-Drs.13/6838)

Die tschechische Seite hat sich demgegenüber vertraglich verpflichtet, die Hälfte der für Sachausgaben vorgesehenen Mittel aus der deutschen Finanzhilfe "für die Beschaffung von Erzeugnissen aus deutscher Produktion zu verwenden. Sind darüber hinaus Produkte nach Qualität und Preis vergleichbar, wird Erzeugnissen aus deutscher Produktion der Vorzug eingeräumt." (ebd).

4) Polen (1993), Schweiz (1994), Slowakische Republik (1995), Griechenland (1995), Litauen (1996), Frankreich (1996), Spanien (1996).

5) Österreich (1992), Ungarn (1992), Polen (1993), Slowakische Republik (1993), Schweden (1993), Frankreich (1994), Griechenland (1994), Tschechische Republik (1994), Slowenien (1995), Belgien, Niederlande, Luxemburg (1995) und Schweiz (1996)

6) Der BGS mußte zur Beschaffung von Heimreisedokumenten für abgelehnte AsylbewerberInnen in knapp zwei Jahren fast 18.000 Pässe oder Paßersatzpapiere besorgen. Alleine 1995 fielen dafür Kosten von 561.000 DM an (Antwort der Bundesregierung auf Fragen von Ulla Jelpke MdB zum Bundeshaushalt 1997).

7) Diese haben 1995 und 1996 insgesamt "4 Personen unmittelbar aufgegriffen ..., die offenkundig ‚illegale Einwanderer` waren", so die Antwort der Bundesregierung auf Fragen von Ulla Jelpke MdB zum Bundeshaushalt 1997.

8) Im Abkommen mit Tschechien ist die Anschaffung eines "unterirdischen Detektors zur Informationserhebung über Personen- oder Fahrzeugbewegungen" vorgesehen - "aus deutscher Finanzhilfe", versteht sich.

9) Am weitesten sind bislang die Bemühungen an der deutschen Westgrenze gediehen. Für diese integrierte Polizeikooperation entlang der an sich kontrollfreien Binnengrenzen, werden derzeit (parallel zum Schengener Vertrag) zusätzliche Polizeiabkommen mit den jeweiligen EU-Nachbarstaaten der BRD (bislang mit Frankreich, Niederlande, Belgien, Luxemburg, in absehbarer Zeit auch mit Österreich und Italien) abgeschlossen.

# 14. Massentierhaltung - so natürlich wie der Kapitalismus

Autor: Kt. · Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak402/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:402:25

Wenn ein Privatmensch auf die Idee kommt, auf seinem Balkon in einer verdreckten Apfelsinenkiste drei Kaninchen für den eigenen Verbrauch zu mästen, kann es ganz schnell passieren, daß ein Vertreter des örtlichen Tierschutzvereins mit einem Amtstierarzt und zwei Polizisten vor der Tür steht. Sicherstellung der Tiere wegen quälerischer Haltung, heißt es dann. Das Gleiche kann einem Bauern widerfahren, der seinen Hund an einer zu kurzen Kette und in einem zu kleinen Zwinger hält, oder der das Tier mit unbehandelten schorfigen Wunden herumlaufen läßt, weil er die Arztrechnung scheut.

Völlig anders sieht die Sache aus, sobald es sich um Massentierhaltung handelt, die nach dem kapitalistischen Prinzip der Kostenminimierung und des Maximalprofits betrieben wird. Von einer bestimmten Größe des Betriebs und des Profits ab scheint geradezu Narrenfreiheit für die Unternehmer zu herrschen. Im schlimmsten aller Fälle droht ein Strafgeld, das aus der Portokasse gezahlt werden kann.

Dabei ist das Tierschutzgesetz im Prinzip durchaus hinreichend eindeutig formuliert: Wer Tiere hält, muß sie " ihren Bedürfnissen entsprechend angemessen ernähren, pflegen und verhaltensgerecht unterbringen". Er "darf die Möglichkeit des Tieres zu artgemäßer Bewegung nicht so einschränken, daß ihm Schmerzen oder vermeidbare Leiden oder Schäden zugefügt werden".

Nun könnte man noch eine Weile spitzfindig herumphilosophieren, was "verhaltensgerecht" und "artgemäß" bedeutet - zumal bei den sogenannten Nutztieren, die in ihrem Verhalten ohnehin schon für den menschlichen Gebrauch zugerichtet und deformiert sind.

Aber ob man nun Hühner, Schweine oder Rinder auf dem Hof und auf der Weide beobachtet: Bewegen wollen sie sich offensichtlich alle, sofern man sie nur läßt. Ein Schwein beispielsweise ist in Freilandhaltung durchschnittlich neun Stunden am Tag auf den Beinen, um Nahrung aufzunehmen. In der modernen Intensivhaltung hingegen benötigt das gleiche Tier dafür nur eine Viertelstunde - und leidet den Rest der Zeit unter Bewegungsarmut und Langeweile.

Es gibt wohl einige "niedere" Tiere, in erster Linie unter Wasser, die den größten Teil ihres Leben angewachsen an einem Fleck verbringen, aber ganz gewiß kann sich kein Säugetier "artgemäß" entfalten, wenn ihm Zeit seines Lebens nur eine Fläche zur Verfügung steht, die kaum das eigene Körpervolumen übersteigt. Sich bewegen zu können, Nahrung zu suchen, mit Artgenossen zu kommunizieren, eine veränderliche Umwelt sinnlich zu erfahren - das sind Grundbedürfnisse aller tierischen Lebewesen.

Auf diese Seite passen zwei Hühner

Aber die Richtlinien im Rahmen der EU lassen es beispielsweise zu, Hühnermassenhaltung zu betreiben, bei der pro Huhn weniger als eine A-4-Seite zur Verfügung steht. Also vier bis fünf Hühner auf der Fläche eines aufgeschlagenen "ak", und das gleich in mehreren Stockwerken übereinander. Die Folgen sind Dauerstreß, Verblödung, heftige Aggressionen der Tiere gegeneinander, Verletzungen, Verkümmerungen von Muskeln und Organen, Immunschwäche und hohe Anfälligkeit für Seuchenerkrankungen.

Wie gesagt: Keinem Privatmenschen würde man etwas auch nur annähernd Ähnliches auf seinem eigenen Balkon durchgehen lassen. Der Sachverhalt ist im Grunde einfach und klar: Die EU-Richtlinien und die allgemeinen Praktiken der Massenhaltung sind nicht nur unmoralisch, sondern auch gesetzeswidrig. Aber außer einigen militanten Tierschützern mit teilweise recht fragwürdigen Ansichten und Parolen kümmert sich offenbar niemand darum. Tierquälerei, im großen Maßstab betrieben, ist ein Wirtschaftsfaktor und steht insofern unter der Schutzgarantie des bürgerlichen Rechtsstaats.

Die meisten sozialistischen Autoren und Organisationen haben zum Umgang der Menschen mit Tieren kaum Aussagen hervorgebracht, die Erwähnung verdienen. Nichts, wirklich absolut nichts davon könnte als "programmatisch" bezeichnet werden.

Wir haben gerade eben in dieser Zeitschrift auf ein 25jähriges Erscheinen zurückgeblickt. Hat es in diesen 25 Jahren überhaupt einen, auch nur einen einzigen Artikel gegeben, der sich mit einem "tierschützerischen" Thema - also nicht nur mit den Auswirkungen für die Menschen, wie bei den Gen-Manipulationen - beschäftigte? Ich kann mich nicht erinnern, aber mag sein, ich irre mich. Vielleicht hat es doch irgendwann einmal einen oder auch zwei Artikel gegeben - das würde, auf 25 Jahre betrachtet, an der Sache absolut nichts ändern. Es hat uns, als Redakteure und Autoren einer linken Zeitung, rundum nicht interessiert.

Wahrscheinlich ist das sogar noch zu positiv formuliert. Wir haben das Thema nicht nur in den privaten Bereich verwiesen, so wie es im AK ja beispielsweise auch keine Kochrezepte, Kreuzworträtsel und keine Urlaubstips für Bergwanderer gab und gibt. Wir haben dem Thema "Tierschutz" (und ebenso "Naturschutz" allgemein) auch zutiefst mißtraut: Das gehört zu den traditionellen Themen der Rechten, von den kleinbürgerlichen Sonderlingen bis hin zu den organisierten Faschisten. - Das könnte man allerdings für das breitere Spektrum der gesamten Ökologie-, einschließlich der Anti-AKW-Bewegung, ganz genau so sagen: Bis Linke sich dort einmischten, war der Bereich von Rechten besetzt und inhaltlich dominiert.

Das hat sich inzwischen geändert. Nur zum Thema "Tierschutz" haben die meisten Linken (übrigens auch bei den Grünen und in der PDS) nach wie vor nicht viel zu sagen. Und das wenige, was einige Spezialisten in den Parlamentsfraktionen produzieren, läuft neben der "großen Politik" her, ohne praktische Bedeutung zu gewinnen - und wird wahrscheinlich vom Rest der Partei nicht einmal zur Kenntnis genommen.

Dabei geht es um Kapitalismus pur. Nicht nur, daß die Massentierhaltung nach kapitalistischen Prinzipien betrieben wird und ein Spiegelbild der extremen Ausbeutungsmethoden ist. Sie ist beim Stand der Dinge auch eine wesentliche Voraussetzung für das Funktionieren der kapitalistischen Produktionsweise und des auf dieser beruhenden bürgerlichen Gesellschaftssystems.

Vom Schweinehirten zum Großbetrieb

Beispiel Schweine: Vom Wildschwein abstammend, handelt es sich eigentlich um bewegungsaktive, überdies auch sehr intelligente und sensible Tiere. In manchen alten Märchen kommt noch der Schweinehirt vor. Das erinnert daran, daß bis ins vorige Jahrhundert hinein Schweine überwiegend als Herden- und Weidetiere gehalten wurden. Sie wurden in die Randgebiete der Wälder getrieben und suchten sich dort selbst ihr Futter.

Erst mit dem Beginn und Voranschreiten der Industrialisierung im 19. Jahrhundert begann der allmähliche Übergang zur Massentierhaltung. Dafür waren unter anderem folgende Gründe und Entwicklungen ausschlaggebend:

1) Aufgrund verbesserter gesundheitlicher Verhältnisse und schnell wachsender Produktion nahm die Bevölkerung nach Jahrhunderten der relativen Stagnation sprunghaft zu. In Deutschland beispielsweise von ungefähr 23,5 Mio. Menschen im Jahr 1816 auf 35 Mio. zur Mitte des Jahrhunderts und auf 56 Mio. um 1900. Das hatte einen steigenden Bedarf an möglichst billigen Nahrungsmitteln zur Folge.

2) Der Bevölkerungsanteil, der sich ganz oder im wesentlichen selbst mit landwirtschaftlichen Produkten versorgen konnte, sank parallel zur Verstädterung und Industrialisierung ab. In Deutschland ging zwischen 1800 und 1900 der Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung von über 80 Prozent auf weniger als 30 Prozent zurück; heute sind es unter fünf Prozent.

3) Die Notwendigkeit einer immer intensiveren Bewirtschaftung der Agrarflächen sowie die Ausdehnung der Städte und sonstigen Wohngebiete führten zu einem Rückgang der beweidbaren Flächen.

4) Das Entstehen einer profitorientierten Konkurrenzwirtschaft rückte das Ziel in den Vordergrund, möglichst viel Fleisch in möglichst kurzer Zeit mit möglichst geringem Arbeitsaufwand zu produzieren. Hierfür lieferte der gleichzeitige Einzug wissenschaftlicher Methoden auch in die Landwirtschaft die notwendigen Instrumente. Das Entstehen eines Weltmarkts für Futtermittel, deren Preisverfall durch Revolutionierung der Anbaumethoden und die Entwicklung der Transportmittel ermöglichten die notwendigen billigen Getreideimporte als Voraussetzung einer Massentierhaltung. Vor dem 1. Weltkrieg war bereits ein rundes Drittel der in Deutschland verbrauchten Futtermittel Importware.

5) Auch für die schnelle Vermarktung der Schlachttiere und des Fleisches stellte der Fortschritt der Transportmittel, in erster Linie der Auf- und Ausbau landesweiter Eisenbahnnetze, sowie die Verbesserung der Kühlsysteme und der Konservierung eine entscheidende Voraussetzung dar.

6) Für die Fleischversorgung der Bevölkerung in den industriellen und kommerziellen Ballungszentren Deutschlands wurde die Schweinemassenhaltung zum Hauptfaktor. Auf Grund seiner hohen und schnellen Nachwuchsrate und seiner frühzeitigen "Schlachtreife" sowie der Effektivität der Mast ist das Schwein ein konkurrenzlos günstiger Fleischlieferant.

Heute kommen rund zwei Drittel des insgesamt in Deutschland verzehrten Fleisches (samt Fleischprodukten wie Wurst) vom Schwein. Das war jedoch nicht immer so. Erst seit etwa 1913 übersteigt in Deutschland die Zahl der Schweine die der Rinder. Das deutet, neben der Zähigkeit von Ernährungsgewohnheiten, auch darauf hin, daß erst von einem bestimmten Punkt der modernen Intensivhaltung ab die größere Rentabilität der Schweinezucht sich voll entfalten konnte.

Die Schweine-Explosion

Der Bestand an Schweinen wuchs in Deutschland von etwa 3,8 Millionen Tieren um 1800 auf 25 Millionen zu Anfang dieses Jahrhunderts an. Während die landwirtschaftliche Nutzfläche in diesem Zeitraum insgesamt ungefähr gleich groß blieb, versechsfachte sich die Zahl der darauf gehaltenen Schweine. Zugleich gab es lediglich eine Verdoppelung der Zahl der Rinder und seit 1900 einen starken Rückgang der Schafhaltung.

Pro Kopf der Bevölkerung wird heute etwa zehnmal soviel Schweinefleisch produziert und gegessen wie um 1800 und immerhin etwa doppelt soviel wie um 1900 oder um 1950, in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg.

Ende 1994 lag der Schweinebestand in Deutschland bei knapp unter 25 Millionen (also etwa so viele wie um 1900) und ein Jahr später bei nicht einmal 24 Millionen. Damit hat sich diese Zahl seit dem Anschluß der Ex-DDR um mehr als zehn Millionen verringert. Diese Veränderung geht fast ausschließlich auf Kosten der neuen Bundesländer, wo die Bestände seit der Wende drastisch "heruntergefahren" wurden, nämlich auf ungefähr ein Viertel der Zahl von Ende 1989.

Das ist einerseits im Zusammenhang der systematisch und im ganz großen Stil betriebenen Zertrümmerung der DDR-Wirtschaft durch die Bonner Politik zu sehen. Es war aber bis zu einem gewissen Grad auch ein notwendiger Schritt, da die Schweinehaltung in der DDR in hybrid überdehnten Größenordnungen ohne Rücksicht auf die ökologischen Folgen - flächendeckende Boden- und Wasserschädigung durch Riesenmengen an Mist und Jauche - betrieben worden war.

Der deutsche Pro-Kopf-Verbrauch an Schweinefleisch ist, auch wenn man die gestiegenen Importe vor allem aus den Niederlanden und Belgien berücksichtigt, in den letzten Jahren leicht rückläufig. Er ist jedoch mit rund 54 Kilo jährlich immer noch sehr hoch, vermutlich sogar Weltspitze. (Im Durchschnitt der Europäischen Union liegt er etwas über 41 Kilo. Andererseits wird in Deutschland weniger Rindfleisch gegessen als im EU-Durchschnitt.)

Die Schere zwischen dem relativ stabilen Pro-Kopf-Verbrauch einerseits und dem sehr starken Rückgang der Zahl der in Deutschland gehaltenen Schweine andererseits wird in der Hauptsache durch gestiegene Importe geschlossen. Daneben spielt auch die Intensivierung und Beschleunigung der Mast eine Rolle.

Der Pro-Kopf-Verbrauch von Schweinefleisch in Deutschland wird zur Zeit noch dadurch stabilisiert, daß Schwein auch als Ersatzstoff für Rindfleisch konsumiert wird. Von 1993 bis 1995 sank der deutsche Pro-Kopf-Verbrauch an Rindfleisch erheblich, von 19,7 auf 16,6 kg. Das entspricht wieder dem Niveau der 50er Jahre, während der Höchststand 1980 mit 24,7 kg erreicht war. Für die Abwärtsentwicklung gibt es mehrere Gründe, von den Kaufkraftproblemen vieler Menschen (Schwein ist nach wie vor deutlich billiger als Rind) bis zur BSE-Furcht.

In der Gesamtrechnung ist festzustellen, daß der deutsche Fleischkonsum (einschließlich Geflügel), der seit den 50er Jahren kontinuierlich angestiegen war, seit Ende der 80er Jahre sinkende Tendenz zeigt. Allerdings vollzieht sich das bisher in Relationen, die nicht als grundsätzliche Veränderung des Ernährungsverhaltens auf Massenebene zu interpretieren sind. Fleischskandale auf allen Gebieten spielen bei dieser Abwärtsbewegung

eine Rolle, sodann die stagnierenden Verbrauchereinkommen, und schließlich wohl auch ein leichter Trend zu einer rein vegetarischen oder jedenfalls stärker aufs Vegetarische orientierten Ernährung.

Raum ist in der

kleinsten Hütte

Eine Begleiterscheinung und zugleich Voraussetzung der Massentierhaltung ist die ständige Konzentration der Halterbetriebe. Die Zahl der schweinehaltenden Betriebe ist allein von 1984 bis heute um etwa 50 Prozent gesunken. Zugleich hat sich der durchschnittliche Bestand pro Betrieb auf 98 Schweine erhöht. Ende der 70er Jahre waren es nur 35 Tiere gewesen.

Privathaltung und Kleinstbetriebe drük-ken den Durchschnitt nach unten und verfälschen das Bild. Der Trend geht unverkennbar zum Mega-Betrieb mit mehreren hundert Schweinen. In einigen anderen EU-Ländern (beispielsweise Dänemark) ist diese Entwicklung bereits sehr viel weiter fortgeschritten. Ein weiteres Kennzeichen der Entwicklung ist die Spezialisierung: Stetig wächst der Anteil der Betriebe, die ausschließlich Mastschweine halten, die also keine Nebenwirtschaft und noch nicht einmal Schweinezucht ("Ferkelfroduktion") betreiben.

Zur Massentierhaltung gehört in der Regel die Unterbringung auf engstem Raum und unter völlig künstlichen Lebensbedingungen. Die Tiere werden zu apathischen Fleischautomaten degradiert, die niemals das Tageslicht zu sehen bekommen und in ihren Bewegungsmöglichkeiten darauf reduziert sind, sich gerade mal um die eigene Achse drehen zu können. Das führt zu einer hohen Anfälligkeit für körperliche und seelische Erkrankungen, die mit allen möglichen Medikamenten kompensiert wird, von Antibiotika bis Psychopharmaka.

Seit 1994 gilt in Deutschland eine neue "Verordnung zum Schutz von Schweinen bei Stallhaltung". Sie könnte mittelfristig vielleicht einige der allerschlimmsten Mißstände abmildern, ist aber insgesamt unter Tierschutz-Gesichtspunkten weiterhin unzureichend. Immerhin, die sogenannte Anbindehaltung, bei der die Tiere in ihren viel zu engen Boxen nahezu bis zur Unbeweglichkeit fixiert werden und besonders schwere körperliche Schädigungen erleiden, soll künftig verboten sein. Allerdings gilt das für alle derzeit schon bestehenden Ställe erst ab dem Jahr 2005. Als "Übergangsregelung" für die nächsten zehn Jahre darf also selbst die extreme Form der Quälerei noch weiter praktiziert werden.

Erwachsenen Zuchtebern wird jetzt eine Bucht von mindestens sechs Quadratmetern zugebilligt - aber vielleicht eher aus dem Interesse der Besitzer und Züchter an diesen wertvollen Tieren. Für die übrigen Tiere gelten sehr viel kleinere Vorgaben: Beispielsweise für Schweine bis 85 Kilo jeweils ein halber Quadratmeter, bis 150 Kilo ein ganzer, und für Schweine mit noch höherem Gewicht anderthalb Quadratmeter. Gegenüber den alten Werten (Schweinehaltungsverordnung von 1988) sind das nur geringfügige Verbesserungen.

Außerdem ist es nach wie vor erlaubt, Schweine einzeln in enge Kästen zu sperren. Diese Käfige müssen nur gerade so groß sein, daß ein Schwein sich darin aufrichten oder hinlegen kann. Neu ist lediglich die Vorschrift, daß einzeln gehaltene Schweine "Sichtkontakt" zu ihren Artgenossen haben sollen.

Fleisch ist ein

Stück Lebenskraft

Fleisch ist in der Menschheitsgeschichte stets sehr viel mehr als nur ein Nahrungsmittel gewesen. Als solches wäre es wahrscheinlich durch rein pflanzliche Ernährung ohne Schäden und Einbußen ersetzbar. Außerdem ist diese sehr viel billiger und mit weniger Umweltbelastungen herzustellen. Aber Fleisch enthält außer Eiweiß, Mineralien usw. immer auch eine ganze Menge Ideologie: Die Überlegenheit des Menschen über den Rest der Natur, der uns, auch wenn es sich um biologisch nahe verwandte Lebewesen handelt, wie bloßer materieller Rohstoff zur Verfügung steht. Sich möglichst oft oder sogar regelmäßig Fleisch "leisten" zu können, drückte wohl zu allen Zeiten einen gewissen Wohlstand aus - und trägt dadurch auch zur größeren Zufriedenheit und Angepaßtheit der Unterdrückten und Ausgebeuteten bei.

Vermutlich hätte man, rein theoretisch, die Massen des Industrieproletariats auch ausschließlich mit Kartoffeln, Getreide, Gemüse und Obst ernähren können. Politisch-propagandistisch wurde aber der steigende Fleischkonsum zu einem wesentlichen Indikator, der die Teilhabe der Arbeiterklasse am wachsenden gesellschaftlichen Wohlstand sichtbar und geradezu meßbar anzeigte.

Von einer bestimmten Grenze der Sattheit an kann das Sozialprestige sich nicht mehr darin ausdrücken, daß man immer noch mehr ißt, sondern daß man besser ißt. Gradmesser dafür ist auf Massenebene in erster Linie weder die Gesundheit der verzehrten Nahrung noch deren Wohlgeschmack, sondern ein gesellschaftlicher Konsens darüber, welche Nahrungsmittel als besonders hochwertig gelten. Die Nachkriegsgeneration erinnert sich noch an Mutters gutgemeinten Spruch: Kind, laß doch die Kartoffeln liegen und iß das gute Fleisch auf!

"Fleisch ist ein Stück Lebenskraft", warb die deutsche Fleischindustrie noch vor wenigen Jahren und traf damit genau ins Schwarze. Hier hat ein Lebewesen existiert, das zu Nutz und Freude des Menschen ausgelöscht wurde. Im Verzehr von Tierfleisch sind, in zivilisierten und gesellschaftlich allgemein akzeptierten Formen, einige der Urinstinkte bewahrt, die auf einer früheren Stufe der Menschheitsentwicklung den Kannibalismus zu einem kollektiven Lusterlebnis machten.

Die Massentierhaltung ist in diesem Zusammenhang die dem Kapitalismus adäquate Form der Fleischproduktion. Daher wird "Bio-Fleisch" und "artgerechte Haltung" vermutlich unter kapitalistischen Bedingungen nie wesentlich mehr werden können als ein zusätzliches Geschäft, mit dem eine bestimmte Zielgruppe abkassiert wird.

Kt.

# 15. Kampf dem Sozialabbau. Euromarsch gegen Arbeitslosigkeit und ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse

Autor: Phylax · Rubrik: Sozialbewegung; DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak402/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:402:21

20 Millionen Menschen sind heute in der Europäischen Union als arbeitslos registriert. 50 Millionen leben in Armut, davon acht Millionen in der Bundesrepublik, Tendenz steigend. Eine Trendwende zugunsten von mehr Arbeitsplätzen und Hebung des Lebensstandards in allen Ländern Europas scheint auf lange Sicht von den Herrschenden nicht gewollt. Im Gegenteil, die Beschäftigungsverhältnisse werden immer prekärer. In der BRD sind bereits 12 Millionen von 38,5 Millionen Beschäftigten in ungeschützten Arbeitsverhältnissen tätig.

Auf Regierungsebene wird nur über den Euro und die Konvergenzkriterien von Maastricht, über Geld und Staatsverschuldung verhandelt - mit erheblichen negativen Auswirkungen auf die soziale Entwicklung in Europa. Dies ist das Resultat der weltweiten, asozialen, neoliberalen Politik, die durch die Verträge von Maastricht für alle Mitglieder der Europäischen Union verbindlich gemacht wurde. Die staatliche Polemik gegen "die Wohlfahrtsgesellschaft" hört nicht auf, und die Politik gegen den "übertriebenen Lebensstandard" Lohnabhängiger scheint eine unendliche Geschichte zu werden. Das Europa von Maastricht bietet den Lohnabhängigen eine düstere Perspektive: Lohnklau, ungeschützte Arbeitsverhältnisse, weniger Rechte im Betrieb.

Angesichts dieser unerträglichen Situation ruft die französische Initiative "Agir contre le chomage" (AC) für den 14. Juni 1997 zum Abschluß der Aktionen zu einer Demonstration zum Regierungsgipfel der EU-Staaten in Amsterdam vor. Dort wollen die Regierungschefs aller EU-Staaten vom 16.-17.6. den Maastricht-II-Vertrag beschließen, der festlegt , wer in den Club der neuen Währung "Euro" aufgenommen werden darf. Obwohl allerorten von den Regierenden betont wird, daß die Senkung der Arbeitslosigkeit höchste Priorität genießen soll, bleibt dies bloße Rhetorik, und alles deutet daraufhin, daß diese soziale Frage, die wichtigste für die Menschen in Europa, auf dem Regierungsgipfel im Juni 1997 nicht behandelt wird.

Mit dem Marsch soll - im Gegensatz zum Vorhaben der Regierungen - die Massenerwerbslosigkeit in Europa von Erwerbsloseninitiativen, Initiativen von Obdachlosen, Wohnungslosen, Frauenprojekten, Flüchtlingsgruppen, Gewerkschaften etc. mit Nachdruck auf die Straße und damit ins Gespräch gebracht werden.

Die französische Initiative AC, die im Mai 1994 bereits in Frankreich einen Marsch der Arbeitslosen organisiert hatte, versucht die betroffenen Arbeitslosen und ihre UnterstützerInnen zu einen und ihren Protest den unsozialen Europabestrebungen der Maastrichtverträge entgegenzusetzen.

Dies scheint mir ein lohendes und unterstützenswertes Ziel zu sein: ein länderübergreifender und grenzüberschreitender Protest in der EU als ein Ansatz für ein "Europa von unten", für ein "sozialeres Europa".

Die Vorbereitungen

Ein erstes europäisches Koordinationstreffen in Paris am 21. und 22. September 1996 hat erbracht, daß die Initiative in Frankreich, Belgien, Großbritannien und Irland von einem großen Kreis von Gruppen unterstützt wird. Die Beteiligung aus anderen europäischen Ländern war zu diesem Zeitpunkt noch schwach.

Am 22. und 23 Februar 1997 fand eine europäische Konferenz in Brüssel statt. Es wurde ein Manifest mit Forderungen an den Regierungsgipfel in Amsterdam verabschiedet, das acht Vorschläge für den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit und Ausgrenzung enthält: das Recht auf bezahlte Arbeit; das Recht auf Grundsicherung für alle, die keine Arbeit haben; Arbeitszeitverkürzung in allen Ländern Europas; Schaffung von sozial, kulturell und ökologisch nützlichen Arbeitsplätzen; ein Ende der neoliberalen Politik; das Recht auf menschenwürdige Wohnung; Gleichberechtigung von Frau und Mann; ein offenes und freies Europa ohne Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.

Bisher haben in Deutschland drei Koordinationssitzungen in Hannover stattgefunden. Vom 5.-6.4.1997 fand in Mannheim eine bundesweite Diskussionskonferenz zu den Euromärschen statt.

Zwischen dem 15. April und dem 14. Juni soll(t)en in den verschiedenen Regionen Aktionen, Veranstaltungen und Märsche organisiert und unterstützt werden, die dann in Amsterdam münden sollen. Diese Märsche sind nicht als lineare Märsche konzipiert, es gibt keinen Zwang, ständig zu Fuß zu gehen. Verschiedene Transportmittel können benutzt werden - unter der Bedingung, daß mensch sich kontinuierlich auf Amsterdam zubewegt. Auf ihrem Weg sollen die Marschierenden in den Etappenorten öffentlichwirksam empfangen werden. Diese Methode hat sich bei den Märschen des AC im Mai 1994 in Frankreich bewährt. Diese Aktionsart benötigt Zeit, deshalb werden die Märsche über zwei Monate hinweg organisiert. So haben sich einige MarschteilnehmerInnen schon am 14.4. in Tanger/Marokko und Griechenland auf den Weg gemacht.

In der Bundesrepublik wird es drei Marschsäulen geben:

- Marsch Nord als Fahrradkorso durch Mecklenburg-Vorpommern beginnt am 31.5. in Demin (Vorpommern) dann weiter über Stralsund, Rostock, Wismar, Schwerin, Hamburg, Bremen, Oldenburg und Leer nach Gronigen in Holland bis Amsterdam. Unterwegs werden Skandinavier, Schleswig-Holsteiner und Bremerhavener dazustoßen.

- Marsch Ost-West beginnt am 1.5. in Frankfurt/Oder über Berlin, Hannover durchs Ruhrgebiet nach Amsterdam.

- Marsch am Rhein unter Beteiligung aus Frankreich und der Schweiz beginnt am 10.5. in Basel. Dazu stoßen wird ein Marschzug aus Italien, Österreich über München.

Die Gewerkschaften

Die offizielle gewerkschaftliche Unterstützung durch die Vorstände der DGB-Gewerkschaften sieht bisher eher mau aus. Nur die Lehrergewerkschaft, die GEW, hat bisher auf Vorstandsebene eine Unterstützung der Euromärsche beschlossen. Dagegen konnte sich der Bundesvorstand des DGB nicht zu einer Unterstützung durchringen. Von dieser Seite wird die Planung und Durchführung mit Skepsis beobachtet, angesichts einer "unübersichtlichen Reihe von TeilnehmerInnen, UnterstützerInnen und UnterzeichnerInnen", deren Haltung zum Teil auch antieuropäisch gegen den Euro und Maastricht eingestellt zu sein scheint. Einige Einzelgewerkschaften wie IG-Metall und IG-Bergbau geben dem europaweiten Aktionstag des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) am 28.5.97 den Vorrang, obwohl das eine das andere nicht ausschließt. Der Kern der zögerlichen bis ablehnenden Haltung des Gewerkschaftsestablishments scheint zu sein, daß viele Gewerkschaftsbosse und die SPD glauben, sie können lobbymäßig noch Einfluß auf den Regierungsgipfel in Amsterdam nehmen und den dort versammelten Regierungshäuptern noch ein paar Worte/Absichtserklärungen zur Verbesserung der sozialen Lage oder gar eine Beschäftigungsinitiative abringen. Ein weiterer Grund der zögerlichen Haltung scheint auch große Unklarheit über die Einführung des Euros und dessen Auswirkung auf die Beschäftigung zu sein. Viele Vorstände des DGB geben sich der Illusion hin, daß eine gemeinsame Währungsunion mehr Arbeitsplätze, ja Vollbeschäftigung schafft, so daß die Gewerkschaften die Währungsunion in alter sozialpartnerschaftlichen Manie und die Einführung des Euros sozial abfedern können.

Der DGB hat die Zeichen der Zeit und den harten Wind der vorherrschenden neoliberalen Politik noch nicht richtig wahrgenommen. Eine weitere Angst der Gewerkschaftsführer, für den Euromarsch zu mobilisieren, scheint darin zu liegen, antieuropäische Gefühle, ja deutschnationale Gefühle in der Bevölkerung zu schüren, die dem Europagedanken schaden und den Rechtsradikalen nützen. So wird in Gewerkschaftskreisen das Gerücht verbreitet, daß sich Le Pens "Nationale Front" an dem Marsch beteiligen wird. Die UnterstützerInnen des Euromarsches in Frankreich weisen diese Unterstellung zurück und machen darauf aufmerksam, daß der Florentiner Aufruf des Bündnisses für den Euromarsch extra so abgefaßt ist, daß in diesem Aufruf die Ablehnung der Währungsunion/des Euros nicht gefordert wird. Auch im Forderungskatalog der europäischen Konferenz des Euromarsches in Brüssel am 22./23.2.97 findet sich keine explizite Ablehnung der Währungsunion. Eine Position, die unter den VeranstalterInnen umstritten ist. Der Versuch, die Gewerkschaft mit ins Boot zu ziehen, war Anlaß genug, nicht allzu ablehnend gegenüber der EU aufzutreten. Eine Position, die von diesen nicht unbedingt belohnt wurde.

Eine weitere Schwäche ist die bisherige Arbeitslosenarbeit der Gewerkschaften, die seit dem 20. September 1986, seit nunmehr 10 Jahren, durch den Förderverein "Gewerkschaftliche Arbeitslosenarbeit e.V." und die seit 1984 bestehende "Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen" (KOS) geleistet wird. Dieser Schritt der Auslagerung der Arbeitslosenarbeit aus den Einzelgewerkschaften in die KOS und in Vereine wurde gewählt, um dadurch öffentliche Mittel und ABM-Stellen zur Betreuung und Beratung der Arbeitslosen sowie Arbeitslosentreffs einzuwerben. Damit sollten die Gewerkschaftskassen entlastet werden. So wird die Arbeitslosenarbeit des DGB mit öffentlichen Mitteln und den Zuwendungen der Einzelgewerkschaften finanziert. Leider ist es dem KOS nicht gelungen, alle Einzelgewerkschaften davon zu überzeugen, die KOS zu unterstützen, damit die Arbeit ohne Finanzierungsängste weitergeführt werden kann. Mit anderen Worten, die Arbeitslosenarbeit der gewerkschaftlichen Vereine vor Ort führt ein Schattendasein mit häufiger finanzieller Gefährdung durch Mittelstreichung und Entlassung der ABM-MitarbeiterInnen. Außerdem beschränkt sich diese Arbeit oft nur auf Beratungen und Arbeitslosenfrühstücke. Schulungen, Mobilisierung der Straße/Arbeitslosen für ihre Interessen ist nicht vorgesehen. Immerhin haben sich - neben dem Arbeitslosen-Verband (ALV) in Berlin, der besonders stark in Ostdeutschland verankert ist - viele gewerkschaftlichen Arbeitsloseninitiativen für den Euromarsch entschieden und unterstützen ihn nach Kräften.

Aufgrund dieser Gemengelage ergibt sich, daß viele gewerkschaftliche Gremien in den Regionen, so sie denn vom Euromarsch erfahren haben, die Euromärsche nach Kräften unterstützen. Bis aber in der Bundesrepublik eine mächtige Arbeitslosenbewegung mit gewerkschaftlicher Unterstützung entstanden ist, die ihren Protest auf die Straße trägt und die Politik mit Forderungen konfrontiert und ein sozialeres Europa von unten gegen die neoliberale Politik durchsetzt, scheint noch ein weiter Weg vor uns zu liegen. Vor allem die Illusion von in absehbarer Zeit wiederkehrender Vollbeschäftigung muß überwunden werden.

Die Euromärsche sind ein Anfang auf dem Weg dahin, den Protest und den Widerstand gegen die Politik der Herrschenden in Europa auf die Straße und damit in die Öffentlichkeit zu tragen.

In diesem Sinne, beteiligt Euch am Marsch, an Veranstaltungen, öffentlichkeitswirksamen Aktionen in Euren Städten an den Strecken des Euromarsches für ein anderes Europa. Auf dann nach Amsterdam zur Abschlußkundgebung am 14.6. und zum Gegengipfel in Amsterdam, der vom 12. bis zum 17.6. stattfindet.

Phylax

Adressen, Kontakte und Infos:

Bundesbüro Euromarsch, DGB-Jugend- u. Kulturzentrum, Brunnenstraße 125-127, 13355 Berlin. Tel. und Fax 030-464 58 43.

Marsch Süd: Christian Boissevain, Guldeinstr. 35, 80339 München. Tel. 089-540 72 283 (16-18.30).

Marsch Rhein: Euromarschkoordination, DGB-Haus, Zimmer 017-019, Wilhelm-Leuschner-Str. 69, 60329 Frankfurt am Main.. Tel.: 069-27 30 05-28 Fax 069-27 30 05-55.

Nord-Marsch: Mecklenburg-Vorpommern, ALV M.-V., z.H. Christian Köpke, Am Ausfall 32, 182246 Bützo. Tel.: 038461- 2461 Fax 038461 65314

Niedersachsen: Also Oldenburg, z.H. Willy Lüpke, Kaiserstr.19, 26122 Oldenburg. Tel.: 0441-163 13, Fax 0441-163 94.

Spenden auf das Konto "Euromarsch BRD", Angela Klein, Postbank Berlin, Kto. Nr.629 105- 106 BLZ 10010010.

# 16. "Wirtschaft von unten". Ein Ratschlag über Alternativen zur Erwerbslosigkeit

Autor: Werner Ruhoff · Rubrik: Sozialbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak402/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:402:08

Vom 21. Februar bis 23. Februar veranstalteten das "Europäische Bürgerforum" und die am 14. Juli 1989 zum zweihundertsten Jahrestag der Französischen Revolution gegründete "Bürgerinitiative für Sozialismus" in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Potsdam einen Ratschlag zum Thema "Wirtschaft von unten". (1) Zirka dreihundert TeilnehmerInnen aus Initiativen, selbstverwalteten Projekten und Gewerkschaften diskutierten über praktische Erfahrungen und theoretische Auswege aus der dramatisch zunehmenden Erwerbslosigkeit und Armut.

Was können Menschen tun, die von der profitorientierten Wirtschaft ausgegrenzt werden und denen der Staat im Zuge sogenannter Sparmaßnahmen Sozialleistungen aufkündigt, ohne daß eine Besserung der Lage in Sicht ist, wie uns dies die ProtagonistInnen einer marktliberalen Politik glauben machen wollen? Wie können Menschen, die das Schicksal der Erwerbslosigkeit als individuelles Versagen empfinden, ihre Kreativität und ihr Selbstwertgefühl neu entdecken und entwickeln? Wie können Menschen durch Selbstorganisation und Solidarität ihr Leben bestimmen, ohne auf die Lösung von PolitikerInnen und Chefs zu warten, die diese sowieso nicht anzubieten hätten?

Oskar Negt, der wegen Krankheit absagen mußte, hatte in seinem Eingangsreferat die Frage formuliert, ob Menschen überhaupt gleichberechtigt, ohne Chefs zusammenarbeiten können. Hans See, der Sprecher der Organisation " Business Crime Control", konnte zu dieser Frage aus der praktischen Anschauung eines gescheiterten aber nichtsdestoweniger interessanten Lernprozesses bei der Glashütte Süßmuth (nicht verwandt mit der gleichnamigen Bundestagspräsidentin) berichten. Somit wurde gleich zu Beginn klar, wie eng der Ausweg aus der Not mit der Frage nach der Emanzipation verknüpft ist. Hans See hatte den Selbsterhaltungsversuch der Belegschaft durch die Aneignung des bankrotten Betriebes Anfang der siebziger Jahre begleitet. Doch der Versuch, aus dem Selbsterhaltungswillen eine dauerhafte Selbstverwaltung aufzubauen, schlug fehl.

Woran scheiterte er? Nach Hans See lägen die Hindernisse zweifellos auch am Widerstand der Chefs gegen ihre Abschaffung. Die etablierte Wirtschaft unternehme alles, die selbstverwaltete Wirtschaft durch Boykott zu bekämpfen, sie wegzukonkurrieren oder zu unterlaufen. Andererseits habe sich aber auch deutlich gezeigt, daß unterschiedliches Wissen und Engagement innerhalb der Belegschaft die traditionellen Rollen mit den entsprechenden Kompetenzen und Hierarchien im selbstverwalteten Unternehmen reproduziere. Während die einen immer mehr in eine Erwartungshaltung an "ihre" gewählte Geschäftsleitung zurückfielen, verselbständigten sich in der Hierarchie die KompetenzträgerInnen. Über das Wissen etablierte sich eine neue Macht.

Die IG Chemie stand dem Experiment von vornherein skeptisch gegenüber. Sie konnte sich mit ihrem traditionellen Verständnis von Gewerkschaft und Betriebsrat in einem selbstverwalteten Betrieb nicht so recht einordnen. Bald stellte sich aber heraus, daß Betriebsrat und Gewerkschaft ihre Rolle durch die Wiederbelebung alter Verhaltensmuster von "oben" und "unten" nicht sonderlich einbüßten. Das Ende der Geschichte war die Aufgabe der Selbstverwaltung durch die Belegschaft. Inzwischen ist der Betrieb vom Markt verschwunden.

Aus dem Experiment ergeben sich - so See - wichtige Erfahrungen und Schlußfolgerungen:

Die ProduzentInnen hätten nie gelernt, was ein Betrieb ist. Die Frage des Eigentums selbst enthalte zwar den aktuellen Gedanken des Selbstbestimmen-Wollens, der Autonomie. Aber diese Autonomie könne in der Zusammenarbeit schnell zum Absolutismus derjenigen führen, die über ihr Wissen Macht konstituierten. Deshalb plädierte er für die Demokratisierung der Wirtschaft im Sinne eines permanenten Dynamisierungsprozesses durch einen ständigen Informationsaustausch aller Beteiligten sowie einer Rotation in den Leitungstätigkeiten über lange Zeiträume. Dabei muß die Veränderung des Bewußtseins durch Bildung und Praxis aller Betriebszugehörigen mitentwickelt werden.

Lösung Genossenschaft

Ist die Genossenschaft die Unternehmensform, die den größten Spielraum an Demokratisierungsmöglichkeiten bietet? Diese Frage zog sich wie ein roter Faden durch den Ratschlag. Doris Meißner von der Europäischen Föderation der Bergbau- und Chemiegewerkschaften in Brüssel hat an einem Projekt des sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD über Genossenschaften und selbstverwaltete Betriebe mitgewirkt. Sie versuchte die Frage zu beantworten, ob die steigende Arbeitslosigkeit durch die Gründung von Produktivgenossenschaften aufgefangen werden kann.

Seit den siebziger Jahren gebe es in Europa eine Gründungsrenaissance von Genossenschaften. In Deutschland wird die Genossenschaft von der kodifizierten Rechtsform abgeleitet, während in anderen Ländern die Art des Wirtschaftens das Charakteristikum ist. So seien in Frankreich wie Italien die Genossenschaften in verschiedenen Rechtsformen möglich, hier aber seien die Prinzipien im GesellschafterInnen-Vertrag ausschlaggebend. Diese Gesetzeskonstruktion sei hinderlich, neue Arbeitsplätze ohne hemmungsloses Profitstreben und mit dem Anspruch von umfassender Partizipation zu schaffen. Denn kleine selbstverwaltete Betriebe, Betriebe ohne Hierarchien und vorrangigem Profitziel, wählten in Deutschland oft eine andere Rechtsform als die der Genossenschaft. Der Grund liege u.a. an der relativ hohen, gesetztlich vorgeschriebenen Anzahl von sieben Gründungsmitgliedern sowie dem gesetzlichen Zwang, einen Vorstand und einen Aufsichtsrat zu konstituieren. Hier sei eine Änderung notwendig, da in der jetzigen Krise der wachsende Bedarf an solchen Betrieben dadurch auf eklatante Hindernisse stoße.

Außerdem würden in Deutschland vorrangig sogenannte Ergänzungsgenossenschaften gefördert. Das sind Genossenschaften, deren GesellschafterInnen bzw. Mitglieder mehrheitlich nicht im eigenen Unternehmen arbeiten (Volks- und Raiffeisenbanken, Raiffeisenhandel, Winzer,- Molkerei- und Fleischverarbeitungsgenossenschaften, Wohnungsbaugenossenschaften ).

Genossenschaften könnten - so Meißner abschließend- sowohl für die Demokratisierung der übrigen Wirtschaft als auch für die Politik eine vorbildliche Organisationsform liefern, nämlich den Abbau hierarchischer Verwaltungsstrukturen, die Dezentralisierung und die Regionalisierung bei weitestgehender Partizipation der ProduzentInnen und BürgerInnen.

Beispiel Italien

Dietrich Haensch, Politologe an der Universität Hannover, erforscht seit fünfzehn Jahren die italienischen Kooperativen. Seit Mitte der siebziger Jahre ist die Zahl der Neugründungen dort um den Faktor sechs gestiegen. Dagegen stagniert in Deutschland, einschließlich der verbliebenen und umgegründeten Agrargenossenschaften in den neuen Bundesländern, die Anzahl der Genossenschaften bei ca. 10.000 bzw. droht durch Fusionen weiter zurückzugehen. In Italien beträgt ihre Anzahl mittlerweile über 160 000. In den letzten Jahren wurden immer mehr sogenannte Dienstleistungs-Kooperativen gegründet, u.a. Arztpraxen, Rechtsanwaltsbüros, Software-Produktion, Reinigungskooperativen, Musikgruppen, Touristikbüros, Seniorenkooperativen.

Seit 1995 können fünf Personen eine Kooperative gründen, und es besteht die Möglichkeit einer gleichberechtigten Betriebsführung ohne Chef. Der Zweck der Genossenschaft darf dabei nicht der Kapitalverwertung dienen, d.h. die Verzinsung der Einlagen darf 3 % nicht übersteigen. Bei der Auflösung eines genossenschaftlichen Betriebes müssen die Anteilseinlagen anderen Genossenschaften zur Verfügung gestellt werden. Jedes Mitglied der Genossenschaft hat eine Stimme auf der EigentümerInnen-Versammlung.

Die beachtlich hohe Zahl der Gründungen läßt sich laut Dietrich Haensch darauf zurückführen, daß es in Italien keine staatliche Arbeitslosenunterstützung wie in Deutschland gibt. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit seit Mitte der siebziger Jahre habe so einen Gründungsboom ausgelöst, der mit den Vorstellungen von einer solidarisch organisierten Wirtschaft und dem Selbstverwaltungsgedanken aus der achtundsechziger Bewegung korrespondierte. Es gab Kämpfe um die rechtlichen und finanziellen Rahmensetzungen, die dem Staat abverlangt wurden. Die Losung "Piu occupazione con la cooperazione" , also mehr Arbeit durch Kooperation, war das Gründungsmotto vieler Kooperativen.

Viele Dienstleistungskooperativen arbeiten als "soziale Kooperativen" auf der Basis gesetzlicher Bestimmungen über die Anforderungen und Rechte "sozialer Betriebe". Es gibt zwei Grundtypen solcher Betriebe. Einmal sind dies Betriebe, die, teilweise auf der Basis freiwilliger und unentgeltlicher Sozialarbeit, zum Zwecke der Solidarität soziale Hilfe leisten, also zielgruppenorientiert arbeiten. Der Anteil der freiwilligen

MitarbeiterInnen darf allerdings nicht mehr als fünfzig Prozent betragen. Der italienische Staat begleicht die Beiträge für die Unfallversicherung. Dort, wo der öffentliche Sektor privatisiert wird, können auch Kooperativen gebildet werden, die soziale Dienste des Staates übernehmen und dafür eine dauerhafte staatliche Subvention erhalten.

Der andere Typ des sozialen Betriebes dient der Einstellung sogenannter Problemgruppen zum Zwecke der Beschäftigung und Einkommenssicherung. Bei diesen Kooperativen sind Behinderte, psychisch Kranke, Obdachlose oder Straffällige selbst Mitglieder und MitarbeiterInnen der Genossenschaften. Behinderten-Kooperativen müssen mindestens 30% Behinderte einstellen. Der zweite Typ von Kooperativen kann sich unternehmerisch in allen Bereichen engagieren, sofern eine entsprechende Nachfrage oder Resonanz vorhanden ist.

Im Gegensatz zu Deutschland, wo sich die soziale Schicht der Genossenschaften überwiegend aus dem sog. Mittelstand rekrutiert und sich die Genossenschaften selbst eher dem konservativen politischen Lager zuordnen, gebe es in Italien rote, schwarze, grüne und farblose Genossenschaften aus allen ideologischen Richtungen.

Jenseits staatlicher Förderung?

Die Frage, ob es für staatliche Programme und Zuwendungen nicht ohnehin zu spät ist, entwickelte sich bei der Vorstellung eines Selbsthilfeprojekts aus Köln-Mülheim. Ein Verein, der sich Sozialistische Selbsthilfe Mülheim - SSM - nennt, arbeitet seit über zwanzig Jahren mit Obdachlosen und Behinderten ohne "Staatsknete". Die Initiative organisiert Umzüge und Entrümpelungen und erwirtschaftet damit einen bescheidenen Ertrag für die 12 bis 15 Erwachsenen und Kinder, die dort ständig leben und arbeiten.

Die Mitglieder leben in einer ausgedienten Schnapsfabrik, die sie besetzten und für ihre Zwecke in Wohn- Arbeits- und Gemeinschaftsräume umgebaut haben. Mittlerweile haben sie mit der Stadt einen für sie günstigen Mietvertrag abschließen können. Die Arbeit wird für alle gemeinsam im Rotationsverfahren verteilt und alle erhalten denselben spärlichen "Lohn" aus dem, was eingenommen wird und nach Abzug der notwendigen Ausgaben übrig bleibt. Der Selbstversorgungsgrad mit Gebrauchsgegenständen für das tägliche Leben resultiert aus dem, was an Verwertbarem genutzt und repariert werden kann.

Die SSM unterstützt eine Reihe weiterer Initiativen, die einem integrierten Wohn- und Arbeitskonzept möglichst ohne staatliche Subvention positiv gegenüberstehen. Allerdings heißt das nicht, daß keine Forderungen an den Staat oder die Stadt gerichtet werden. Statt finanzieller Subventionen verlangt die Initiative in erster Linie Grund und Boden mit nichtgenutzten Immobilien oder Anschubfinanzierungen für neue soziale Wohnprojekte unter dem Motto der Integration von Wohnen, Arbeiten und Leben. Ein solches Projekt unterstützt die Initiative mit anderen auf einem leerstehenden Kasernengelände im Nordwesten der Stadt.

Ein weiteres Projekt ist der Kulturbunker in Mülheim (ein Bunker aus dem zweiten Weltkrieg), den sich lokale Initiativen und Künstler angeeignet haben. Dieser fünfgeschossige Betonklotz soll zu einem kulturellen Begegnungszentrum ausgebaut werden, wofür die Stadt eine finanzielle Unterstützung leisten soll. In der Auseinandersetzung mit dem Staat um's Geld gehe es immer um die Reibungspunkte mit mächtigeren Interessensgruppen und um den Grad der Autonomie selbstverwalteter Gruppen. Und dabei habe mensch die bittere Erfahrung gemacht, daß kommunale und staatliche Institutionen meistens auf der Gegenseite stehen oder nur durch langwierige und zähe Auseinandersetzungen zu Zugeständnissen zu bewegen seien. Eine ständige Abhängigkeit vom staatlichen Geld untergrabe die Integrität der Selbstverwaltung.

Demgegenüber wurde der Einwand geltend gemacht, daß der Staat nicht aus der sozialen Verantwortung entlassen werden könne und die Auseinandersetzung um öffentliche Mittel auch der Ansatzpunkt sei, gemeinsame Interessen der Initiativen gegenüber dem Staat zur Geltung zu bringen. Ansonsten müßte jede Insel für sich den gleichen schmerzhaften Prozeß durchstehen.

Oder: öffentlich geförderter Sektor

Auf dem Abschlußplenum ging es dann auch um das Verhalten der Gewerkschaften gegenüber den Erwerbslosen und ihr Verhältnis zum Problem der Erwerbslosigkeit. Horst Schmitthenner, Vorstandsmitglied der IG Metall, räumte ein, daß ein Umdenken in den Gewerkschaften nur sehr langsam vor sich gehe. Lange Zeit hätten sich die Gewerkschaften kaum als Interessenvertreterinnen für Arbeitslose verstanden. Die

Erwerbslosen seien aus dem traditionellen gewerkschaftlichen Interessenvertretungs-Begriff herausgefallen. Allmählich sei aber ein Bewußtseinswandel spürbar, da der Druck der Arbeitslosigkeit mittlerweile so stark auf die Gewerkschaften zurückwirke, daß die Auswirkungen auf die Tarifpolitik ihre Wirkungen nicht mehr verfehlten.

In seinen Thesen geht Horst Schmitthenner davon aus, daß die traditionelle Erwerbsarbeit zwar die Grundlage des Wirtschaftssystems bleibe, daß aber die klassische Arbeitsmarktpolitik in Anbetracht des Rationalisierungspotentials nicht mehr ausreiche. Zudem sei die Förderung eines billigen Dienstleistungsbereichs unsinnig, da dies den Druck auf den sogenannten ersten Arbeitsmarkt verstärke und die Kaufkraft für Konsumgüter weiter beeinträchtige. Außerdem werde der notwendige Strukturwandel in Richtung einer innovativen, sozial-ökologisch ausgerichteten Produktion behindert. Folglich sehe auch er die Notwendigkeit eines öffentlich geförderten Sektors, der eingeschränkt den Bedingungen des Marktes unterworfen ist. Auch die Brückenfunktion zum ersten Arbeitsmarkt siedle er in diesem Sektor nicht mehr so hoch an. Es sollte jedoch kein Arbeitssektor zweiter Klasse sein.

Die Aufgaben eines solchen Sektors sieht er in der Bereitstellung nicht marktfähiger Produkte, die aber gesellschaftlich notwendig sind. Dieser Sektor sei in eine regionale Strukturpolitik mit einer institutionalisierten Zusammenarbeit der verschiedenen AkteurInnen einzubinden. Das Ganze müsse von einer Stabilisierung der Sozialstandards begleitet werden, wobei der Gefahr der Selbstausbeutung im gemeinwirtschaftlichen Sektor durch seine Einbindung in die Arbeitsmarkt- und Tarifpolitik zu begegnen sei.

Die Strategie einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung müsse ebenso weiter verfolgt werden. Die unglaublich hohe Zahl der Überstunden sei abzubauen und in allen Tarifbereichen müsse die 35-Stunden-Woche möglichst schnell umgesetzt werden. Seien diese Voraussetzungen gegeben, so halte er eine Halbierung der Arbeitslosenzahlen bis zum Jahr 2000 für realisierbar. Dafür müsse aber auch die Politik ihren Schwerpunkt wieder am gesellschaftspolitischen Ziel der Vollbeschäftigung ausrichten.

Oder: dritter Sektor

Karl Birkhölzer, Sprecher der Interdisziplinären Forschungsgruppe "Lokale Ökonomie" an der TU Berlin, betonte zum Schluß noch einmal die Notwendigkeit der Ausdehnung der Selbstverwaltungs-Bewegung. Mit Markt und Staat kämen wir nicht mehr aus. Zudem seien die Global Players staatlicherseits nur noch sehr begrenzt erreichbar. Die Ausdehnung der Selbstverwaltungsbewegung zeige sich insbesondere in den Ländern, die über keine oder spärliche sozialstaatliche Einrichtungen und Instrumente verfügen oder diese wie iGroßbritannien zerstört hätten.

Es gelte, mit den grundsätzlichen Irrtümern über die Arbeitslosigkeit aufzuräumen, welche durch die gängigen Schlagwörter ständig reproduziert würden. Die Arbeit gehe nicht aus, entgegen allen Behauptungen. Es gebe unendlich viel notwendige Arbeit, die getan werden müsse. In den Krisenregionen herrsche kein Mangel an Arbeit aber ein eklatanter Mangel in der Versorgung der Bevölkerung mit Gütern und Dienstleistungen für die Reproduktion. Neben dem profitorientierten Privatsektor und dem öffentlichen Sektor habe sich längst ein dritter Sektor herausgebildet, sowohl in Form einer kriminellen Schattenwirtschaft mit ihren mafiotischen Strukturen als auch gemeinwirtschaftlich mit selbstverwalteten Betrieben und teilweise öffentlicher Förderung.

Im öffentlichen Sektor mangele es nicht an Arbeit, aber ihre Realisierung scheitere an der Finanzierung. Er sehe zur Zeit auch keine relevante Umverteilungskraft. Der aktuelle Ausweg bestehe darin, auf lokaler Ebene Bündnisse zwischen Staat/Kommunen, BürgerInnen und den selbstverwalteten Initiativen zu suchen. Das funktioniere aber nur in Krisenregionen, wo die Bereitschaft der Kommunen mangels finanzieller Möglichkeiten am größten ist und eine aus der Not geborene Selbstverwaltungs-Wirtschaft sich ausbreite. Und es sei notwendig, eine neue Unternehmensphilosophie aufzubauen. Die Arbeit im dritten Sektor werde in dem Maße zunehmen, wie sie in den anderen Sektoren abgebaut werde. Und damit werde der dritte Sektor gerade in Krisengebieten zum eigentlichen Schlüsselsektor der Entwicklung.

Fehlstellen

Fazit: Nicht alle Vorstellungen und praktischen Ausrichtungen aus der "Wirtschaft von unten" sind auf alternative "Modelle" ausgerichtet. Insbesondere nicht dann, wenn sie aus der Not geboren ausschließlich auf die Hilfe staatlicher Alimentierung und/oder die Reintegration in den "normalen Markt" setzen. Aber immer

mehr Projekte verstehen sich von vornherein als Alternative zum herrschenden Wirtschaftssystem. Noch steckt die Begrenzung ihrer Ausstrahlung in der Isoliertheit der Projekte mit ihren einzelnen Geschichten. Ihre ökonomische wie politische Vernetzung ist auf Dauer für die Verbreitung und Nachahmung solcher Experimente eine unabdingbare Voraussetzung und überlebenswichtig.

Ein großes Manko bestand in den fehlenden Themenschwerpunkten Feminismus und Ökologie, was offensichtlich darauf hindeutet, daß aus diesen Zusammenhängen kaum jemand am Kongreß beteiligt war. Aber gerade in diesen Bereichen ist die Idee einer alternativen Ökonomie viel länger verbreitet als in der traditionellen Linken von der SPD über die PDS bis zu den ehemaligen AnhängerInnen von K-Gruppen. Und die traditionelle Linke stellte nach meinem Eindruck den größten Anteil der TeilnehmerInnen am Kongreß.

Last but not least wären zwei wichtige Fragen zu erörtern: erstens, wo gibt es politische und ökonomische Berührungspunkte zwischen einer Alternativbewegung "lokaler Ökonomien und selbstverwalteter Betriebe" und der Orientierung gewerkschaftlicher Kämpfe? Zweitens: Welche parlamentarischen Kräfte lassen sich für die Ansprüche einer "Wirtschaft von unten" gewinnen?

Die erste Frage wurde im Referat von Schmitthenner aus der Sicht eines IG-Metall-Funktionärs behandelt. Die zweite Frage blieb als Streitfrage offen. Es existiert weder eine politische Bewegung der "Wirtschaft von unten", noch herrscht Einigkeit über das (Abhängigkeits-)Verhältnis zum Staat.

Ein Teil der parteigebundenen und gewerkschaftsorientierten Reformlinken (aber eine deutliche Parteienminderheit) diskutiert über den staatlich regulierten "Dritten Sektor", in dem gesellschaftlich notwendige Arbeiten, die aber nicht profitabel verwertet werden können, geleistet werden. Ein anderer Teil möchte sich weder finanziell noch politisch vom Staat regulieren lassen. Daran werden sich in der "Wirtschaft von unten" allem Anschein nach die Geister scheiden: Autonomie jenseits von Staat und Markt oder "sozialer Sektor" im Rahmen einer linken Reformpolitik des sozial-ökologischen Umbaus. Aber die steht aller Voraussicht nach auch bei einem "rot-grünen" Regierungswechsel kaum in Aussicht.

Werner Ruhoff

Anmerkung:

1) Das "Europäische Bürgerforum" wurde ebenfalls 1989, während der Umwälzungen in Osteuropa von AktivistInnen der Landkooperative "Longo mai" (provencalischer Gruß; zu deutsch: lang möge es dauern) in der Haute Provence sowie anderen Projektinitiativen als Netzwerk von BürgerInnen aus Ost- und Westeuropa gegründet. Auch hier stand bei der Gründung die Erfahrung Pate, daß immer mehr Menschen von den wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen ausgegrenzt werden und die Schaffung einer grenzüberschreitenden Solidarität nur darin besteht, daß die Menschen aus Ost und West in direktem Kontakt miteinander alternative Lösungen finden können. Daß der Kongreß an der Fachhochschule Potsdam stattfinden konnte, hatte sicherlich auch mit dem Interesse der Hochschul- und sozialwissenschaftlichen Fakultätsleitung zu tun, sich in einem Umfeld mit hoher Erwerbslosigkeit an der Suche nach neuen Wegen zu beteiligen.

# 17. "Irgendwann arbeiten alle im informellen Sektor." Gespräch mit der südafrikanischen Frauengewerkschaft SEWU

*Gespräch mit Vertreterinnen der südafrikanischen Frauengewerkschaft SEWU*

Rubrik: Frauen; Südafrikanische Republik · CD-Datei: daten/aksuche/ak402/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:402:24

Die Self-Employed Womens Union (SEWU) ist eine südafrikanische Frauengewerkschaft. Zur Zeit sind zwei Vertreterinnen der SEWU, Patience Magadla und Thenjiwe Zuma, auf einer Veranstaltungsreise in der BRD unterwegs.

Die SEWU wurde 1994 in Durban von Frauen, die im informellen Sektor arbeiten gegründet. Sie will Frauen zur Selbsthilfe und zur Stärkung des Selbstbewußtseins verhelfen.

Patience Magadla arbeitet als Organisatorin bei der SEWU, Thenjiwe Zumu ist seit 1985 Straßenhändlerin. Beide Frauen leben in Durban.

Am 28. April waren sie im Kölibri in St.Pauli. Wir hatten zuvor die Gelegenheit mit ihnen zu sprechen. Das Gespräch fand in englischer Sprache statt, es wurde gekürzt und überarbeitet von ch.

In welchen wirtschaftlichen Bereichen arbeiten Frauen des informellen Sektors in Südafrika, welche Arbeiten verrichten sie dort?

Die meisten Frauen arbeiten in vier verschiedenen Bereichen. Sie sind Straßenhändlerinnen, Heimarbeiterinnen, es gibt Frauen die Kartons sammeln und zum recyclen weiterverkaufen, und andere Frauen arbeiten im landwirtschaftlichen Bereich. Sie sammeln Kräuter, die sie verkaufen. Diese werden dann verwandt, um traditionelle Medikamente herzustellen. Viele der Produkte, die verkauft werden, sind in Heimarbeit entstanden.

Wie hat sich der informelle Sektor in den letzten Jahren entwickelt?

Wir können beobachten, daß der informelle Sektor immer bedeutender wird. Man kann sagen, daß die meisten ArbeiterInnen schon in diesem Bereich arbeiten Das hängt mit der hohen und steigenden Arbeitslosenrate in Südafrika zusammen. Es gibt im Moment keine neuen Jobs mehr. Wenn das so weiter geht, werden irgendwann alle im informellen Sektor arbeiten. Die wirtschaftliche Situation Südafrikas ist durch die Verschuldung gekennzeichnet, die noch aus der Zeit der Apartheid stammt.

Wie sieht die Situation für Frauen auf dem Arbeitsmarkt in Südafrika aus?

Man kann sagen, daß sich nach den Wahlen von 1994 einiges geändert hat, aber es gibt noch viele Herausforderungen für Frauen. Ich habe den Eindruck, daß die Frauen in Südafrika immer noch nicht ernst genommen werden, auch nicht in der Arbeiterbewegung. Wir würden uns wünschen, daß sich mehr Frauen in Entscheidungspositionen befinden würden. Ich denke, wir sollten eine Quotierung der Stimmen einführen für die Angelegenheiten der Frauen. Wir wissen, daß es viele Herausforderungen gibt, die einer Leitung von Frauen bedürfen. Gerade in höheren Positionen, die sind meist von Männern besetzt.

Gibt es Programme seitens der Regierung, um die Situation von Frauen zu verbessern?

Die Verhandlungen zwischen der Regierung und dem Kongreß südafrikanischer Gewerkschaften - COSATU (1) - sind am Laufen. In den Verhandlungen fordern die Frauen die Einführung des bezahlten Mutterschaftsurlaubes für sechs Monate. Das gibt es bislang nicht in Südafrika.

Welche politischen Forderungen hat die SEWU?

Die politischen Forderungen der SEWU orientieren sich an den Bedingungen, unter den die Frauen im informellen Sektor leben und arbeiten müssen. Viele Frauen kommen z.B. aus ländlichen Regionen nach Durban, um ihre Waren auf dem Markt zu verkaufen. In Durban haben sie keine Übernachtungsmöglichkeiten und schlafen auf der Straße. Für diese Frauen fordern wir die Bereitstellung von Wohnmöglichkeiten. Auch fehlt es an Unterstellmöglichkeiten für Verkaufsstände. Die Händlerinnen stehen oft im freien und sind den

Wetterbedingungen ausgeliefert. Im weiteren fehlt häufig ein Zugang zu Toiletten und zu fließendem Wasser. Es gibt auch keine Möglichkeiten für die Frauen, ihre Kinder versorgen zu lassen.

Ist es ein Ziel der SEWU, den Frauen die Möglichkeit zu geben, vom informellen Sektor zum formellen Sektor wechseln zu können?

Ich glaube nicht, daß wir das erreichen können. Wir wollen die Lebensbedingungen der Händlerinnen verbessern. Unsere Absicht ist, die Frauen zu unterstützen, kleine Unternehmen oder gar auch mittlere Unternehmen aufzubauen. Dafür müssen sie die Möglichkeit haben, an workshops teilnehmen zu können, z.B. zum Thema Marketing. In diesem Zusammenhang möchte ich auch noch sagen, daß wir in der Regel nicht von Arbeiterinnen sprechen, sonden von survivalists (Überlebenskämpferinnen). Wir müssen erst die Regierenden auf die Probleme der survivalists aufmerksam machen und Lobby-Politik betreiben. Finanzielle Mittel werden für mittlere Unternehmen vergeben, aber survivalists haben keine Möglichkeiten an Förderungen heranzukommen.

Ein Ziel ist aber doch, die sozialen Standards des formellen Sektors zu erreichen?

Ja, deshalb haben wir die Beratungsbüros, um über die sozialen Bedürfnisse der survivalists zu erfahren und sie entsprechend zu beraten.

Wieviele Mitglieder hat die SEWU?

Zur Zeit hat die SEWU rund 2.200 Mitglieder. Wir starteten 1994 in der Provinz KwaZulu/Natal. Mittlerweile werden wir zu einer landesweiten Gewerkschaft. Wir expandieren in die östliche und westliche Provinz. Im Juli dieses Jahres werden wir unsere erste landesweite Konferenz haben.

Wie wurden Mitglieder gewonnen?

Als ich damit angefangen habe, war ich alleine. Der ganze informelle Sektor fand damals keine Beachtung, auch nicht seitens der Regierung. Mittlerweile haben wir ein Büro und Frauen, die Beratungsarbeit machen. Wir haben einiges getan, um die SEWU bekannt zu machen, auch über die Medien.

So haben wir es geschafft, Vertreterinnen in den unterschiedlichen Regionen des Landes zu finden. In diesem Jahr hat die SEWU damit begonnen, sich in einige ländliche Gebiete auszuweiten. Es war nicht einfach, diese Gebiete zu erreichen. Aber wir haben jetzt zwei Organisatorinnen, die in ländlichen Regionen arbeiten.

Unser Ziel ist es, noch in diesem Jahr 3.000 bis 4.000 Mitglieder zu haben. Das können wir durch die zusätzlich Beschäftigten erreichen und darüber, daß alle ihre Beiträge bezahlen. So können wiederum mehr Frauen als Organisatorinnen bezahlt werden. Als ich im Büro zu arbeiten begann, waren wir zu zweit, jetzt sind wir zu viert. Deshalb können wir jetzt mehr Frauen ansprechen und organisieren.

Wie ist die SEWU organisiert?

Die SEWU ist eine basisorientierte Organisation. Sie wird von ihren Mitgliedern kontrolliert. Die Entscheidungen werden von ihnen selbst getroffen. Es gibt auch keinen Unterschied zwischen Arbeiterinnen und den Funktionärinnen. Unser Ziel ist es, daß die Mitglieder untereinander ihre Ideen austauschen, z.B. wie sie ihre Unternehmen vergrößern und verbessern können.

Gibt es seitens der SEWU Kritik an den traditionellen Gewerkschaften, daß sie den informellen Sektor nicht beachtet haben?

Ich kann nicht sagen, daß ich die traditionellen Gewerkschaften kritisieren kann. Aber ich merke, daß wir mit diesen Gewerkschaften aus dem formellen Sektor ins Gespräch kommen müssen. Aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit in Südafrika müssen wir uns mit den Gewerkschaften an einen Tisch setzen, um zu überlegen, was wir gemeinsam tun können. Wir wissen, daß die ArbeiterInnen im formellen Sektor zu den wenigen zählen, die Jobs haben. Was wird passieren, wenn sie ihre Jobs verlieren. Wir sind gerade dabei, das Problem mit den großen Gewerkschaftsverbänden zu diskutieren.

Bei uns stellt sich die Frage, ob wir uns einem großen Verband anschließen, bzw. enger zusammenarbeiten wollen. Wenn unsere Mitglieder das wollen, werden wir dies machen. Aber es ist ihre Entscheidung.

Habt ihr Kontakte zu Frauen und Gewerkschaften in anderen afrikanischen Ländern?

Ja, wir haben Kontakte nach Sambia, Namibia, Ghana und anderen afrikanischen Ländern. Letztes Jahr im November haben wir eine Konferenz organisiert, um unsere Ideen auszutauschen. Wir konnten festellen, daß es die gleichen Gedanken auch in anderen afrikanischen Staaten gibt. Nun hoffen wir, daß dort bald begonnen werden kann, Gewerkschaften zu gründen. Wir haben aber auch Kontakte in westliche Länder und nach Indien zu unserer Schwesterorganisation SEWA, mit der wir in regelmäßigem Austausch stehen.

Vielen Dank für das Gespräch.

Anmerkung:

(1) Der COSATU (Congress of South African Trade Unions) wurde 1985 gegründet von der Industriegewerkschaftsbund FOSATU und einer Reihe kleinerer Gewerkschaften. Heute sind dort 1,3 Millionen ArbeiterInnen organisiert. Die größten Einzelgewerkschaften im COSATU sind die Bergarbeitergewerkschaft NUM mit 310.000 Mitgliedern und die Metallarbeitergewerkschaft NUMSA mit 170.000 Mitgliedern.

Literatur: AAB (Hrsg.), Die südafrikanische Frauengewerkschaft SEWU, Bonn 1996.

Weitere Informationen, u.a. eine Fotoausstellung, zu der Arbeit der SEWU gibt es bei: Afrika Süd Aktions-Bündnis e.V., Blücherstr. 14, 53115 Bonn.

Spendenkonto: Afrika Süd Aktions-Bündnis e.V.

Kto 12979 - 501 Postbank Köln (BLZ 370 100 50)

Stichwort: SEWU-Kampagne.

# 18. Auch ein Kampf um Anerkennung der Persönlichkeit. Die Organisierung der brasilianischen Hausangestellten

*Die gewerkschaftliche Organisierung der brasilianischen Hausangestellten*

Autor: Christiane Eitel · Rubrik: Frauen; Brasilien · CD-Datei: daten/aksuche/ak402/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:402:29

"Rasse", Klasse und Geschlecht bestimmen in vielschichtiger und komplexer Weise das Leben in Brasilien, insbesondere die Lebenssituation schwarzer Frauen. Ihnen bietet der geschlechtsspezifisch und rassistisch segregierte Arbeitsmarkt meist nur die Möglichkeit, als Hausangestellte zu arbeiten. Hausarbeiterinnen stellen ein Fünftel der weiblichen Erwerbstätigen in den brasilianischen Städten und bilden damit die größte weibliche Berufsgruppe. Diese Frauen sind zu 80% schwarz und befinden sich auf einer der untersten Stufen der Klassenhierarchie, die sich an ihrem verschwindend geringen Einkommen, den die bezahlte Hausarbeit kennzeichnenden Ausbeutungsmechanismen sowie dem niedrigen Berufsprestige zeigt. Eine gewerkschaftliche Organisierung der Hausangestellten ist auf Grund der spezifischen Arbeitssituation oft schwierig, doch konnte die brasilianische Hausangestelltenbewegung schon einige Ziele erreichen. Entscheidend ist es, das Selbstbewußtsein der Frauen zu stärken.

Der bezahlte Haushaltsdienst unterscheidet sich vor allem hinsichtlich seines privaten Charakters und semi-feudaler Arbeitsstrukturen wesentlich von anderen Lohnarbeitsverhältnissen. Die Ambivalenz von gleichzeitiger Einbeziehung und Ausgrenzung in das private Familienleben der ArbeitgeberInnen kennzeichnet die Arbeitssituation der Hausangestellten. Zwar leben viele Hausarbeiterinnen an ihrem Arbeitsplatz scheinbar in die Familie integriert, jedoch bestimmt die patroa, die Haus- und Dienstherrin, ob bzw. in welchem Maße "ihre" Hausangestellte freien Zugang zum privaten Wohnbereich der Familie hat. Das sogenannte Dienstbotenzimmer, oft fensterlos und gleichzeitig als Rumpelkammer benutzt, liegt zumeist abseits der anderen Wohnräume, als solle die Hausangestellte versteckt, ihre Arbeit unsichtbar gemacht und damit auch ihre Existenz negiert werden.

Immer zur Verfügung stehen

Die Entwicklung einer Privatsphäre ist Hausangestellten in diesem Rahmen nicht möglich. Da es für sie bis heute keine gesetzliche Regelung der Wochenarbeitszeit bzw. des Arbeitstages gibt, kann ihre Arbeit zeitlich unbegrenzt in Anspruch genommen werden. Sie sind im Prinzip jederzeit verfügbar und können sich nur schwerlich gegen Arbeitsanforderungen abgrenzen. Überstunden werden nicht gezahlt, und die Freizeit von Hausarbeiterinnen reduziert sich auf ein Minimum.

Das Tätigkeitsfeld von Hausangestellten umfaßt Kochen, Waschen, Bügeln, Putzen, Aufräumen, Servieren, die Versorgung der Kinder und unter Umständen auch das Erledigen von Einkäufen. Für diese Dienste erhalten die Frauen ein extrem niedriges Einkommen. Obwohl ihr gesetzlich garantierter Monatslohn einem festgelegten Mindestlohn entspricht (1), verdienen sie in der Regel sehr viel weniger, da ihnen für Kost und Logis Beträge in beliebiger Höhe abgezogen werden können. Der semi-feudale sowie insbesondere der bevormundende Charakter des Arbeitsverhältnisses wird noch sehr viel deutlicher, beachtet man die nicht monetäre Arbeitsvergütung: Sach- und Versorgungsleistungen, wie beispielsweise abgelegte Kleider, Hygieneartikel und Medikamente werden von der patroa zwar einerseits als Geschenke, aber andererseits als Bezahlung deklariert.

Die patroa bestimmt in vielen Fällen die Art und Häufigkeit der Kontakte der Hausangestellten zur Außenwelt und hält diese somit in Abhängigkeit. Hausangestellten, die zumeist als Jugendliche bzw. bereits als Kinder ein Arbeitsverhältnis begonnen haben, wird oft nicht einmal ein Schulbesuch ermöglicht. Wenn die ArbeitgeberInnen es ihnen darüber hinaus verwehren, private Besuche zu empfangen, und z.B. auch sämtliche Einkäufe selbst erledigen, bedeutet dies für Hausangestellte ein Abgeschnittensein von der Außenwelt und führt zu Isolation und Einsamkeit.

Eine persönliche Lebensführung ist einer Hausarbeiterin also kaum möglich, vielmehr erweist sich die patroa als Kontrollinstanz des gesamten Lebensbereiches, einschließlich der Sexualität. Den am Arbeitsplatz

wohnenden Hausangestellten wird durch das Verbot, Besuche zu bekommen, jede Möglichkeit verwehrt, ihre eigene Sexualität auszuleben. Andererseits sind sie den sexuellen Projektionen und Übergriffen der männlichen Familienmitglieder ausgesetzt. In den arbeitgebenden Familien ist die sexuelle Gewalt gegenüber Hausangestellten ein offenes Geheimnis. In einer 1990 von einem brasilianischen Forschungsinstitut durchgeführten Fallstudie in Recife findet sich sogar ein Hinweis darauf, daß eine Arbeitgeberin bei der Auswahl der Angestellten das Kriterium anlegte, inwieweit diese sich für die ersten sexuellen Erfahrungen ihrer Söhne eigneten. Die sexuellen Übergriffe, die nach wie vor als Kavaliersdelikte verharmlost werden, und die Tabuisierung der Problematik führen zu einem unerträglichen Arbeitsklima, das schwerwiegende psychische Folgen haben kann. Darüberhinaus werden die Opfer der Übergriffe als ehrlos gesellschaftlich geächtet. Kommt es infolge der Vergewaltigung zu einer Schwangerschaft, ist für die ledigen Mütter die weitere Ausübung ihres Berufes, zumindest als in der Familie wohnende Hausangestellte, kaum mehr möglich.

Das Verhältnis zwischen patroa und Hausangestellter ist einerseits durch Herrschaftsmechanismen gekennzeichnet, andererseits durch die - kaum in einem anderen Beruf übliche - enge und private Beziehung emotional geprägt. Die Bindung an die Arbeitgeberin, die oft gleichzeitig die Rollen als Patentante, Mutterersatz und "Freundin" verkörpert, führt zumeist dazu, daß die Hausarbeiterin einem guten Verhältnis zur patroa einen größeren Stellenwert beimißt als der Einhaltung der arbeits- und sozialrechtlich festgelegten Regelungen der bezahlten Hausarbeit. Arbeitgeberinnen stoßen oft kaum auf Widerstand, wenn sie sich weigern, die erbrachten Arbeitsleistungen in dem Arbeitsbuch zu quittieren, um Sozialversicherungsbeiträge zu sparen bzw. eine Kontrolle nicht gezahlter Löhne zu verhindern. (2) Ein nicht korrekt geführtes Arbeitsbuch bringt Hausangestellte in weitere Abhängigkeit. Denn dadurch, daß sie keinerlei Nachweis über ihre Anstellung besitzen, verlieren sie nicht nur ihren Anspruch auf Sozialleistungen und Rente, sondern auch die Möglichkeit, rechtliche Schritte gegen ihre Arbeitgeberin, wie z.B. Prozesse vor dem Arbeitsgericht, einzuleiten. Durch Verquickung einer persönlichen Beziehung mit einem Arbeitsverhältnis ergibt sich also für Hausangestellte eine doppelte Abhängigkeit, aus der sie sich nur schwer befreien können.

Hausangestellte erfahren sich - aufgrund des ihnen innerhalb ihrer spezifischen Arbeits- und Lebenssituation zugewiesenen Objektstatus - häufig nicht als autonome Subjekte. Sie empfinden ihre Arbeit als etwas Erniedrigendes, Wertloses und Schamhaftes, als eine Tätigkeit, die immer auch die Möglichkeit beinhaltet, wie eine Sklavin, nicht wie ein Mensch, sondern wie ein Ding, ein Tier behandelt zu werden. Aufgrund dieser Scham melden sich viele Hausangestellte am Telefon als Sekretärin des Hauses und lehnen es ab, Arbeitspapiere zu führen, um der Bezeichnung Hausangestellte zu entgehen. Verstärkt wird dieses negative Selbstbild und die oft stark ausgeprägten Minderwertigkeitskomplexe durch gesellschaftliche Stereotypen, die mit Hausangestellten Prostitution, Diebstahl, Dummheit, Faulheit etc. assoziieren, sowie die permanente Stigmatisierung aufgrund ihrer Hautfarbe. Eine Folge des mangelnden Selbstbewußtseins ist auch, daß Hausangestellte versuchen, sich zunehmend an das Milieu der Mittelschicht anzupassen und Kleidung und Sprechweise der patroas zu imitieren. Unter solchen Arbeits- und Lebensbedingungen ist Hausangestellten die Entwicklung einer eigenständigen Persönlichkeit nur schwer bzw. nicht möglich.

Die Entwicklung eines Klassenbewußtseins und eine Organisierung wird aber vor allem durch ihre spezifische Arbeitssituation erschwert: Dadurch, daß sie - im Gegensatz zu anderen ArbeiterInnen oder Angestellten - nicht an einem gemeinsamen, zentralen Arbeitsplatz, sondern in der Regel alleine in einem privaten Haushalt arbeiten, selten zur gleichen Zeit arbeitsfrei haben und nicht zuletzt die patroa oft ihre sämtlichen Außenkontakte kontrolliert, scheint ein Zusammenkommen untereinander unmöglich zu sein. Um so erstaunlicher, daß es Hausangestellten gelang, sich zu organisieren und schrittweise Verbesserungen ihrer Arbeits- und Lebenssituation durchzusetzen.

Die brasilianische Hausangestelltenbewegung

In den 50er Jahren gingen in Brasilien von der linken kirchlichen Bewegung die entscheidenden Impulse zur Organisierung der Hausangestellten aus. In Rio de Janeiro machte es sich eine Gruppe der JOC, der Katholischen Arbeiterjugend zur Aufgabe, den Betroffenen ihre Situation der Vereinzelung und Ausbeutung durch Diskussionen und Erfahrungsaustausch bewußt zu machen. In Auseinandersetzungen mit den anderen, meist männlichen Arbeitern, stießen jedoch die Anliegen der Hausangestellten auf wenig Gehör. Die Frauen begannen bald, sich separat zu treffen, und faßten die Gründung einer Berufsvereinigung ins Auge. Wiederum mit Unterstützung der JOC griff diese Bewegung schnell auf andere Städte über, so daß u.a. in Sao Paulo und Recife die ersten Hausangestelltengruppen entstanden. Bereits Anfang der 60er Jahre gelang die Gründung

von Berufsvereinigungen und Zusammenschlüsse auf nationaler Ebene. Im Zentrum der Forderungen der Hausarbeiterinnenorganisationen standen von da an die Achtung der Menschenwürde von Hausangestellten, ihre Anerkennung als Berufsgruppe, an die die Möglichkeit der Gründung von Gewerkschaften gekoppelt ist, arbeitsrechtliche Garantien und ihre gesetzliche Gleichstellung mit anderen Berufsgruppen, da bis dahin Hausangestellte von der Arbeitsgesetzgebung ausgeschlossen waren. Eine landesweite Kampagne zur Übertragung der Sozialversicherungs- und Altersversorgungsregelungen auf Hausangestellte bestimmte die 60er Jahre. Jedoch erst 1977 wurde das Arbeitsverhältnis von Hausangestellten erstmals gesetzlich verbindlich geregelt. Durch die Festlegung einiger Arbeits- und Sozialrechte wurde ihnen ein Minimum an Sicherheit gewährt, sowie der Status von Berufstätigen (Angestellten) zuerkannt.

Im Zuge der breiten gesellschaftlichen Mobilisierung zur Kampagne "Für Mitbeteiligung am verfassungsgebenden Prozeß" organisierten in den Jahren 1987/1988 auch die Hausangestellten drei Märsche nach Brasília, um der verfassungsgebenden Nationalversammlung ein Dokument mit Gesetzesvorschlägen zu unterbreiten. Unterstützt wurden sie hierbei sowohl von der Gewerkschaftsbewegung als auch von den Frauenbewegungen, vor allem dem Nationalen Rat für Frauenrechte CNDM. Auch wenn in der Verfassung von 1988 schließlich nur neun der 34 für alle ArbeiterInnen geltenden Arbeits- und Sozialrechten auch auf Hausangestellte übertragen wurden, verbuchte die Hausangestelltenbewegung die Durchsetzung einiger zentraler Forderungen als einen ihrer bisher größten Erfolge. Die hart erkämpften Rechte umfassen: den national einheitlichen, an die Inflation angepaßten Mindestlohn, ein 13. Monatsgehalt, das Verbot von Lohnsenkungen, einen bezahlten freien Tag pro Woche, bezahlten Jahresurlaub (30 Tage), Schwangerschaftsurlaub (120 Tage), Vaterschaftsurlaub, Altersversorgung und Kündigungsfristen, die sich nach der Dauer der Beschäftigung richten, mindestens aber 30 Tage betragen. Vor allem die durch die gesetzliche Anerkennung der Hausangestellten als Berufsgruppe in der Verfassung erst mögliche Gründung von Gewerkschaften, ist ein Sieg der Bewegung und für lateinamerikanische Gesellschaften durchaus keine Selbstverständlichkeit. In diesem so entscheidenden Jahr 1988 fand auf Initiative zahlreicher meist feministischer Wissenschaftlerinnen mit dem ersten Kongreß Lateinamerikanischer und Karibischer Hausangestellter in Kolumbien auch ein erster und bedeutender Schritt zur internationalen Vernetzung nationaler Hausangestelltenorganisationen statt. Die Hausangestellten thematisierten dort u.a. auch das schwierige Verhältnis zu den sie unterstützenden Wissenschaftlerinnen. Einerseits sei deren praktische Solidarität wichtig, andererseits drohe die Gefahr, daß ihnen die Akademikerinnen "ihre Sache" aus der Hand nähmen.

Veränderung der Ansatzpunkte

Die zunehmende Verquickung der Hausangestelltenbewegung mit Teilen der Frauenbewegung ist die Folge einer Entwicklung, die sich bereits seit Anfang der 80er Jahre abzeichnete. Verstanden sich Hausangestelltenorganisationen zunächst ausschließlich als Klassenorganisationen und zur Arbeiterbewegung zugehörig, wurde - zumindest bei Teilen der Bewegung - nun auch die Kategorie Geschlecht thematisiert. Die Frauen begannen, die Doppelbelastung der Hausangestellten als Hausfrau und Erwerbstätige und die damit zusammenhängende Schwierigkeit, eines Engagements in der Bewegung, zu diskutieren; und darauf hinzuweisen, daß nicht nur die unbezahlte, sondern auch die entlohnte Hausarbeit gesellschaftlich als Frauen- und damit als Nichtarbeit angesehen wird. Ende der 80er Jahre wurde die Hausangestelltenproblematik bereits selbstverständlich in den Kontext der Frauenfrage gestellt. In Anbetracht dessen, daß die meisten Hausangestellten aufgrund ihrer Hautfarbe täglich dem Rassismus ausgesetzt sind, ist es auffallend, daß die organisierten Hausangestellten ihre Unterdrückung als schwarze Frauen erst Anfang der 90er Jahre problematisierten. Ein Grund dafür mag sein, daß die Schwarzenbewegung in vielen Regionen und Städten Brasiliens nur schwach bzw. gar nicht vertreten ist. Doch auch die Hausangestelltengewerkschaft von Bahia, die seit ihrer Gründung eng mit der Schwarzenorganisation MNU (3) zusammenarbeitet, brachte dieses Thema lange nicht ein. Es zeigt sich jedoch, daß entlang der drei Kategorien "Rasse", Klasse, Geschlecht, die die Arbeits- und Lebensbedingungen von brasilianischen Hausangestellten strukturieren, auch die Solidarisierungslinien der Bewegung verlaufen. Unterstützung erhalten Hausangestelltenorganisationen in geringem Umfang und regional unterschiedlich von der Schwarzenbewegung, vor allem aber von der Gewerkschaftsbewegung und von den Frauenbewegungen. Doch die Solidarisierung von organisierten Hausangestellten mit Frauen der Mittelschicht, von denen die feministische Bewegung hauptsächlich getragen wird, ist aufgrund der Klassen- und "Rassen"Hierarchie nicht konfliktfrei. Zentrales Anliegen sowohl dieser Bewegungen als auch der Kirche war und ist eine autonome und von Hausangestellten selbst getragene

Initiative. Wie sich in der zunehmenden nationalen Vernetzung, wie z.B. dem 1990 gegründeten Nationalen Hausarbeiterrat, zeigt, liegt darin auch - die im Vergleich zu anderen Ländern Lateinamerikas - besondere Stärke der brasilianischen Hausangestelltenbewegung.

Hausangestellten- gewerkschaft von Recife

Hausangestelltengewerkschaften können keine klassische Gewerkschaftspolitik betreiben. Zum einen können sie angesichts der im Privaten angesiedelten Arbeitsverhältnisse und der isolierten Lebensbedingungen von Hausarbeiterinnen keinen Streik als Druckmittel zur Durchsetzung ihrer Forderungen organisieren. Zum anderen sind keine Tariflohnverhandlungen möglich, da den Hausangestelltengewerkschaften kein Unternehmerverband gegenübersteht. Aufgrund dieser spezifischen Problematik verfolgen Hausangestelltengewerkschaften nicht nur das Ziel der Interessenvertretung der Berufsgruppe, sondern bieten den partizipierenden Frauen auch Raum und Gelegenheit, soziale Beziehungen zu knüpfen und ihre spezifischen Arbeits- und Lebenserfahrungen auszutauschen und zu verarbeiten. Dabei nimmt die sogenannte bewußtseinsbildende Arbeit, die die Gewerkschafterinnen bei nahezu allen Aktivitäten einsetzen, einen großen Stellenwert ein: Denn erst wenn Hausangestellte eine eigenständige Persönlichkeit als Frau, als Berufstätige, als Schwarze entwickeln, sind sie in der Lage, sich und ihre Interessen selbstbewußt zu vertreten, sowohl gegenüber der arbeitgebenden Familie wie auch in der Gesellschaft.

Die Hausangestelltengewerkschaft "Sindicato dos Trabalhadores Domésticos na Area Metropolitana da Cidade do Recife" war zusammen mit den Hausangestelltengewerkschaften der Metropolen Rio de Janeiro und Sao Paulo eine der Haupttriebfedern der Bewegung. Sie steht exemplarisch für viele andere der heute schätzungsweise 60 Hausangestelltenorganisationen in Brasilien. Mit 1.500 Mitgliedern kann sie lediglich 1,4% der ca. 105.000 in der 3-Millionen-Stadt Recife arbeitenden Hausangestellten mobilisieren. Schwierigkeiten der Organisierung von Hausangestellten sind vor allen Dingen auf ihre isolierten und abhängigen Arbeits- und Lebensbedingungen zurückzuführen, die ein Zusammenkommen mit Kolleginnen und die Ausbildung eines kollektiven Bewußtseins kaum ermöglichen. Demzufolge nimmt in der Hausangestelltengewerkschaft die Öffentlichkeitsarbeit einen großen Stellenwert ein. Das Spektrum weiterer Gewerkschaftsaktivitäten umfaßt Beratungs- und Informationsdienste, Rechtshilfe, Mitgliederversammlungen, berufliche Qualifizierungskurse (Kochkurse), Projekte zur Schaffung eigenen Wohnraums, Freizeitangebote (Picknicks, Ausflüge, Feste), Körperarbeit sowie Theater und Musik.

Ein großes Problem stellt bis heute die Finanzierung der Organisation dar: Im Gegensatz zu anderen Interessenorganisationen kann sie sich nicht selbst tragen, da die Mitgliedsbeiträge (zur Zeit 2% des Mindestlohns) in Anbetracht der geringen Einkommen sehr niedrig ausfallen. Die Suche nach GeldgeberInnen bedeutet für die Gewerkschafterinnen einen zusätzlichen und hohen Arbeitsaufwand. Ausländische Nichtregierungsorganisationen, der brasilianische Gewerkschaftsdachverband CUT, Frauenorganisationen und engagierte Feministinnen tragen sowohl durch finanzielle als auch durch personelle Unterstützung dazu bei, daß die Hausangestelltengewerkschaft bestehen kann.

Gewerkschaftliche Beratung und Rechtshilfe

In ihren täglichen Beratungs- und Informationsgesprächen erfahren die Gewerkschafterinnen immer wieder, daß die ArbeitgeberInnen die Unwissenheit über die rechtliche Lage und die Unsicherheit der Angestellten ausnutzen und bestehnde Gesetze umgehen. Nicht einmal der im Vergleich zu anderen ArbeiterInnen minimale Arbeitsschutz wird respektiert. Darüberhinaus besteht für die patroas weiterhin großer Handlungsspielraum: Es gibt weder eine gesetzliche Festlegung der täglichen Arbeitszeit für Hausangestellte, noch wird definiert, wieviel Prozent des Mindestlohnes für Kost und Logis abgezogen werden dürfen. Dies bedeutet in der Praxis, daß Hausangestellte nach wie vor ohne den Anspruch auf Bezahlung ihrer Überstunden beliebig lange zur Arbeit herangezogen werden können und sich ihr ohnehin geringer Mindestlohn aufgrund der meist zu hoch angesetzten Abzüge für Essen und Unterkunft noch einmal drastisch reduziert.

Häufig kommt es vor, daß die patroa sich weigert, das Arbeitsbuch auszufüllen, oder aber einen höheren Lohn als den tatsächlich ausgezahlten einträgt. Da viele Hausangestellte Analphabetinnen sind und deshalb Eintragungen im Arbeitsnachweis nicht überprüfen können oder es nicht wagen, Einspruch zu erheben, wissen die patroas dies auszunutzen und zahlen ihnen oftmals nur einen Bruchteil des gesetzlich garantierten

Mindestlohns. Die beratenden Gewerkschaftsfrauen warnen ihre Klientinnen auch immer wieder eindringlich davor, etwas zu unterschreiben, ohne es vorher kopiert und - falls notwendig - einer des Lesens kundigen Freundin oder einer Gewerkschaftsfrau gezeigt zu haben. In vielen Fällen sollen die Hausangestellten auch ein weißes Blatt Papier unterschreiben, auf das die patroas dann anschließend einen beliebigen Text setzen.

Auch als Frauen werden Hausarbeiterinnen diskriminiert. Wenn sie schwanger werden, bekommen sie häufig Schwierigkeiten und werden gekündigt, obwohl Schwangerschaft laut Gesetz kein Entlassungsgrund ist, wenn die Angestellte schon eine bestimmte Zeit in einem Haushalt gearbeitet hat. In der Realität wird dieses Gesetz von den patroas jedoch oft mißachtet.

Hausangestellte werden immer wieder auch in ihren persönlichen Rechten bzw. der Gestaltung eines Privatlebens eingeschränkt, so z.B. im Hinblick auf ein eigenständiges Wohnen. Denn viele ArbeitgeberInnen verlangen, daß "ihre" Hausangestellte auch bei ihnen wohnt. In einem Fall bekam eine Hausangestellte Schwierigkeiten, als sie heiratete und mit ihrem Ehemann zusammenleben wollte. Der Kompromiß sah dann so aus, daß diese Frau eine Woche mit ihrem Mann lebte und eine Woche im Haus der patroa.

In den Beratungsgesprächen weisen die Frauen der Gewerkschaft die Hausangestellten darauf hin, wie wichtig die direkte Auseinandersetzung mit der patroa ist. Denn da der bezahlte Haushaltsdienst in einem privaten Umfeld angesiedelt ist, die ArbeitgeberInnen demnach kaum kontrollierbar sind, hängt es einzig und allein vom Selbstbewußtsein der Hausangestellten ab, ob Gesetzesübertretungen von Seiten der ArbeitgeberInnen gerichtlich geahndet werden. Da aber Hausangestellte der patroa in der Regel ängstlich und scheu gegenübertreten, muß ihnen von den Gewerkschafterinnen immer wieder bewußt gemacht werden, daß sie Rechte haben, zu deren Einhaltung die ArbeitgeberInnen verpflichtet sind. Oft kommen die Frauen in dem Gespräch zu dem Ergebnis, daß zur Lösung des jeweiligen Problemfalls juristische Schritte eingeleitet werden müssen. Die Gewerkschaftsfrauen berichten, daß Hausangestellte häufig große Angst davor haben, selbst mit der Justiz zu tun zu bekommen, aber auch davor, infolge juristischer Maßnahmen gegen die ArbeitgeberInnen entlassen zu werden.

In vielen Fällen, meistens geht es um ausstehende Zahlungen der patroas, ist es den Hausangestellten nur mit einer Klage vor dem Arbeitsgericht möglich, zu ihrem Recht zu kommen. Denn wenn eine patroa z.B. drei Jahre lang das Arbeitsbuch nicht ausgefüllt und nicht den angemessenen Lohn gezahlt habe, so die ehemalige Gewerkschaftsvorsitzende Lenira, würde sie das mit Sicherheit erst nach einem Prozeß tun, da sie bei einer Nachzahlung auch Zinsen zahlen müsse.

Ein juristisches Verfahren ist langwierig: Erst nach mindestens drei Monaten kommt es zur Beweisaufnahme und nach mindestens weiteren drei Monaten zur eigentlichen Verhandlung. Günstig für die Hausangestellten ist es, wenn die ArbeitgeberInnen zur Beweisaufnahme gar nicht erst erscheinen, denn bei Abwesenheit der angeklagten Partei ist der Prozeß so gut wie gewonnen. Unter anderem aufgrund dessen werden nach Angaben der Hausangestelltengewerkschaft fast alle Prozesse der Berufsgruppe vor dem Arbeitsgericht gewonnen. 1991 wies ein Richter darauf hin, welches quantitative Ausmaß Prozesse von Hausangestellten mittlerweile angenommen haben. In sechs von zehn Fällen, die vor dem Arbeitsgericht geklärt werden müssen, klagen Hausangestellte gegen ihre ArbeitgeberInnen.

Auch wenn Brasiliens Hausangestelltenorganisationen selbst die formal garantierten Rechte in der Praxis immer wieder mühsam einfordern oder einklagen müssen, fordern sie weiterhin die Gleichstellung mit anderen Berufsgruppen. Im August letzten Jahres gelang es ihnen endlich mit Unterstützung der Abgeordneten Benedita da Silva (Arbeiterpartei PT), einst selbst Hausangestellte und heute die einzige schwarze Frau im brasilianischen Parlament, daß das Parlament eine Gesetzesvorlage verabschiedete, die ihnen weitere Arbeits- und Sozialrechte garantieren soll: Hausangestellte sollen nun wie andere ArbeiterInnen auch Anspruch auf den FGTS ("Fundo de Garantia por Tempo ao Serviço") (4) und Zugang zur Arbeitslosenversicherung haben. Darüber hinaus sollen bei am Arbeitsplatz wohnenden Hausangestellten die Lohnabzüge für Kost (mit 3%) und Logis (mit 8%) festgelegt werden. Auch wenn eine der Hauptforderungen der Hausangestellten, nämlich eine gesetzliche Regelung ihrer täglichen Arbeitszeit, noch nicht erfüllt ist, ist diese Gesetzesvorlage ein wichtiger Erfolg der Hausangestelltenbewegung. Doch der Kampf geht weiter! Denn, so der Refrain eines Liedes der Hausangestelltengewerkschaft von Recife: Nosso dever é sindicalizar. Lutando no sindicato é que vai fazer mudar - Es ist unsere Pflicht, uns gewerkschaftlich zu organisieren, denn nur wenn wir in der Gewerkschaft kämpfen, wird sich etwas ändern!

Christiane Eitel

Anmerkungen:

1) Der von Seiten des Staates festgelegte Mindestlohn soll den Mindestbedarf einer vierköpfigen Familie decken. Die Berechnungsgrundlage entspricht dem tatsächlichen Mindestbedarf allerdings bei weitem nicht. Diese Mindestlohnnorm wird bei Lohnverhandlungen als stehende Bezugsgröße verwandt: Es werden halbe Mindestlöhne, drei Mindestlöhne etc. gezahlt.

2) Seit 1977 sind auch Hausangestellte wie alle anderen ArbeiterInnen verpflichtet, einen Arbeitsnachweis zu führen. In das sog. Arbeitsbuch müssen die Arbeitgeberinnen die Dauer des Arbeitsverhältnisses, Urlaubstage, Lohnzahlungen sowie die Sozialversicherungsbeiträge eintragen.

3) Die brasilianische Schwarzenbewegung ist mit mehr als 600 lose miteinander verbundenen Organisationen durch eine große Heterogenität gekennzeichnet. Der 1978 gegründete MNU (Vereinte Schwarzenbewegung), die größte und älteste Gruppe innerhalb der Schwarzenbewegung, macht auf die spezifische Unterdrückung und Ausbeutung von Schwarzen aufmerksam, kämpft gegen Rassismus und für eine gleichberechtigte wirtschaftliche, politische und kulturelle Teilhabe von Schwarzen an der Gesellschaft.

4) Der FGTS ist eine Art Sozialversicherung zwischen ArbeitgeberIn und ArbeitnehmerIn: Die ArbeitgeberInnen sind verpflichtet, 8% des Lohnes der Hausangestellten anzulegen und dieser bei Berufsunfähigkeit, Heirat, Beginn des Rentenalters oder nach Kündigung auf Antrag den angesammelten Betrag auszuzahlen.

Die Autorin hat eine Diplomarbeit mit dem Titel: "Die Hausangestelltengewerkschaft von Recife. Sem o sindicato eu nao sei viver mais nao." verfaßt, die bei ihr bestellt werden kann. C. Eitel, Lausitzer Str. 23, 10999 Berlin

# 19. Spannend und spannungsgeladen. Die Diskussion nach dem Vortrag von Irmgard Pinn (Dokumentation)

Autor: Irmgard Pinn · Rubrik: Medien; Frauen · CD-Datei: daten/aksuche/ak402/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:402:28

Haremsschönheit,

Opfer des islamischen Patriarchats oder Fundamentalistin?

In der BRD leben etwa sieben Millionen MigrantInnen. Mit ca. zwei Millionen bilden diejenigen türkischer Herkunft die größte Gruppe. Von ihnen sind mehr als neunzig Prozent MuslimInnen. Hinzu kommen insgesamt etwa fünfhunderttausend MuslimInnen aus arabischen Ländern, aus dem Iran, aus Bosnien usw. Allein diese Zahlen mögen verdeutlichen, daß die Auseinandersetzung mit dem Islam für das interkulturelle Zusammenleben in der Bundesrepublik von zentraler Bedeutung ist.

Ich werde mich im folgenden allerdings weder mit dem Islam in seiner Selbstdarstellung als Religion beschäftigen noch mit der Situation muslimischer Frauen in den islamischen Ländern (1) oder in der Migration. Es geht vielmehr um die Bilder, die man sich im Westen von der islamischen Frau macht, um die Herkunft dieser Bilder sowie ihre sozialen und politischen Funktionen. Diese Bilder, so meine Ausgangsthese, trüben das Wahrnehmungsvermögen. Sie blockieren die Kommunikation und bilden ein gravierendes Hindernis bei allen Bemühungen, das Zusammenleben von einheimischen Deutschen und eingewanderten MuslimInnen nach demokratischen und egalitären Prinzipien zu gestalten. (...)

Bilder der muslimischen Frau, wie sie im Spiegel in der Zeit oder in der Bildzeitung, in der Emma, Brigitte oder Bravo vermittelt werden, unterscheiden sich in ihren Grundmustern kaum voneinander. Nach wie vor finden wir Phantasien über Frauen, die ihr Leben in einer von der Öffentlichkeit abgeschiedenen und insbesondere Europäern kaum zugänglichen Welt des Müßiggangs, des Luxus und der Intrigen verbringen. In den letzten Jahren werden diese Klischees allerdings durch schwarz verschleierte Gestalten überlagert, d.h. durch das Bild der religiösen Fanatikerin oder das des bemitleidenswerten Opfers des islamischen Patriarchats. Moderne Orientalinnen, überwiegend aus den oberen Schichten, also gebildet und relativ wohlhabend, oft berufstätig, einem westlichen Lebensstil zugeneigt, werden zwar nicht völlig übersehen, spielen aber für das dominierende Vorstellungsbild von "der islamischen Frau" eine so geringe Rolle, daß ich darauf nicht weiter eingehen werde. Schließlich sind die muslimischen Migrantinnen als eigene Kategorie zu nennen. Sie werden überwiegend als abhängige, unterdrückte, schlecht integrierte "Kopftuchtürkinnen" wahrgenommen, ein Image, das ihnen übrigens tendenziell auch dann anhaftet, wenn sie sich modern kleiden und kein Tuch tragen. (...)

Opfer des Patriarchats und "Fundamentalistinnen"

An die Stelle des früher dominierenden Bildes der exotisch-verführerischen Haremsdame ist in den letzten Jahren zunehmend das der verschleierten Muslima getreten. Es geht zurück auf die Zeit der Revolution im Iran 1978/79. Damals zeigten die Fernsehnachrichten allabendlich, wie Frauen im schwarzen Tschador zu Tausenden demonstrierend durch die Straßen Teherans zogen. Ihr Anblick erschütterte das herkömmliche Vorstellungsbild von der passiven, aus der öffentlichen Sphäre verbannten Orientalin. "Was steckt hinter dem Schleier?" fragte angesichts der vielen Frauen, die sich aktiv in das politische Geschehen einmischten, nicht nur der Stern. (2)

Verwundert entdeckte man Studentinnen und berufstätige Frauen auf Seiten der Revolution. Doch rasch wurde dafür eine beruhigende Interpretation gefunden: Entweder, hieß es, hätten sich diese Frauen von den Manipulationsstrategien machtgieriger Mullahs hereinlegen lassen und würden schon bald aus ihren Illusionen erwachen oder aber sie seien selbst einem religiösen Fanatismus verfallen. Während erstere seitdem zum Inbegriff der entrechteten, unterdrückten Muslima geworden sind, symbolisieren die Bilder von schwarz verschleierten Demonstrantinnen, womöglich bewaffnet, mit Spruchbändern und Khomeini-Postern, den Fanatismus und die Militanz ("Heiliger Krieg") des Islam.

Wohl kaum ein anderes Buch hat in jüngster Zeit das Vorstellungsbild vom Islam und von den Lebensbedingungen für Frauen in islamischen Ländern stärker geprägt als "Nicht ohne meine Tochter" von Betty Mahmoody. Von 1988 bis 1992 wurden davon weltweit zwölf Millionen Exemplare verkauft (allein in der BRD vier Millionen) .... In der Folgezeit sind unzählige weitere Romane und Sachbücher erschienen, in denen

das Elend von Frauen in islamischen Ländern ausgebreitet wird. (...) Der Islam kommt darin durchgängig schlecht weg, zumindest sofern er über die private bzw. spirituelle Ebene hinaus wirksam wird, also die Regeln des sozialen Zusammenlebens bestimmt oder Leitlinie politischen Handelns ist. In diesen Zusammenhängen wird er verantwortlich gemacht für undemokratische, Frauen benachteiligende Verhältnisse, für geistige Stagnation, moralischen Rigorismus, Heuchelei und Gewalttätigkeit. Diese Überzeugung schlägt sich unter anderem auch in der Charakterisierung von Personen nieder: Sofern sie dem politischen Islam nahestehen, sind sie ungebildet, unattraktiv, reaktionär, ungehobelt und humorlos. Frauen, die mit einer islamistischen Bewegung sympathisieren oder gar Mitglied einer islamistischen Organisation sind, werden als Fanatikerinnen, denen mit westlicher Rationalität nicht beizukommen ist, oder als irregeleitete Dummchen porträtiert. Etwas besser kommen in der Regel diejenigen weg, von denen man annimmt, sie seien zu schwach, um gegen das "islamische Patriarchat" aufzubegehren. Als ihr Leben lang unterdrückte, abhängige Geschöpfe werden sie bedauert, doch in das Mitgefühl mischt sich meistens auch eine gehörige Portion Verachtung. Einen scharfen Kontrast dazu bilden die Frauen, die sich einer Islamisierung von Gesellschaft und Politik widersetzen. Sie sind schön und intelligent, mutig und stark. Mein Thema ist nicht die Frage, ob diese Beschreibungen der Wahrheit entsprechen. Vielmehr geht es hier um die durch Medien und Literatur vermittelten Bilder. Wie also auch immer die Realität ansehen mag - durch Schwarz-Weiß-Klischees, wie ich sie skizziert habe, wird sie mit Sicherheit nicht angemessen wiedergegeben. Wie ich an einigen Beispielen noch im Detail erläutern werde, verhindern sie sogar eine differenzierte Wahrnehmung und Auseinandersetzung.

Muslimische Migrantinnen

Beim Blättern in alten Zeitungen und Büchern zum Thema "Gastarbeiter" stellt man überrascht fest, daß die MigrantInnen aus der Türkei und Nordafrika zunächst kaum als Menschen mit einer eigenen Religion und Kultur gesehen wurden. Was an ihnen als "fremd" auffiel - Kleidung, Essensgewohnheiten, Verhaltensweisen - wurde als Ausdrucksform einer rückständigen Tradition interpretiert, die sie nach einigen Lehrjahren in der hiesigen Industriegesellschaft schon von selbst aufgeben würden. Erst als sich herausstellte, daß diese Annahme nicht zutraf und seit sich die MigrantInnen ab Ende der siebziger Jahre wieder verstärkt dem Islam zuwandten, begann man zu realisieren, daß der Islam in der BRD zur drittgrößten Religionsgemeinschaft geworden war. Dabei entstand allerdings ein Bild vom Islam, welches die Denk- und Lebensweise der "Gastarbeiter" mit der Religion gleichsetzte, vor allem patriarchalisch strukturierte Sozialbeziehungen (bes. in der Ehe und Familie) in Verbindung mit rigiden Moralvorstellungen und einer Neigung zu gewaltsamen Konfliktlösungen. So gesehen, scheint der Islam Frauen auf Haushalt und Kindergebären, auf Dienen und Schweigen festzulegen.

"Knüppel im Kreuz - Kind im Bauch" war ein Bericht überschrieben, mit dem Der Spiegel vor einiger Zeit über die Situation türkischer Migrantinnen in der BRD informieren wollte (44/1990). Der Artikel breitet vor der Leserschaft des führenden deutschen Wochenblattes, die mehrheitlich wenig Einblick in die Binnenwelt der türkischen community haben dürfte, wahre Schreckensszenarien von Unterdrückung und Gewalt aus, bis hin zur Ermordung junger Mädchen, die die "Familienehre" beschmutzt haben. Zustände sind das wie "im hintersten Anatolien oder im wilden Kurdistan: Mittelalter mitten in Deutschland!" Zwar werden auch die von der hiesigen Gesellschaft ausgehenden Benachteiligungen und Diskriminierungen angesprochen, aber im großen und ganzen wird das türkisch-islamische Patriarchat für die Misere verantwortlich gemacht.

Auch hier geht es mir nicht um den Wahrheitsgehalt und es liegt mir fern, Unterdrückung und Gewalt gegen Frauen als etwas darzustellen, das nun einmal Bestandteil der "türkisch-islamischen Kultur" sei. Dieser Artikel ist jedoch m.E. weder dazu angetan, die Lebenssituation türkischer Migrantinnen zu erhellen und z.B. die in der Tat verbreitete Inkompetenz zur Konfliktregulierung durch Miteinanderreden zu erklären (wobei schichtspezifische Faktoren, Migrationserfahrungen aber auch die für eine eigene islamische Lebensweise kaum Raum lassende Dominanz deutscher Werte und Verhaltensnormen eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen dürften), noch zeigt er andere Wege zur Überwindung der Misere auf als Anpassung an die hiesige Gesellschaft. Wenn sie den geschilderten "mittelalterlichen" Lebensbedingungen entkommen wollen, müssen Türkinnen mit ihrem Herkunftsmilieu brechen und sich vom Islam distanzieren. Daß aus dem Islam heraus Bewältigungsstrategien und eine lobenswerte Alternative als Muslima in dieser Gesellschaft entwickelt werden könnten, wird dagegen nicht einmal als Denkmodell in Erwägung gezogen.

Die Überzeugung, daß das Aufwachsen in einem türkisch-islamischen Milieu für Jugendliche, besonders für junge Frauen, einer Tortur gleich kommt, bildet den Grundtenor vieler Medienberichte. Fortschrittliche

JournalistInnen, PolitikerInnen und PädagogInnen bieten ihnen Hilfe an, sich von ihrer Familie, den Traditionen und dem Islam abzulösen. Zu den in diesen Bemühungen federführenden Zeitschriften gehört Emma, beispielsweise mit dem Artikel "Ich will frei sein" (12/1988). In Form des (redaktionell stark bearbeiteten) Tagebuches einer siebzehnjährigen Türkin wird hier der Bruch mit dem reaktionären Elternhaus hin zu einer (sexuell) befreiten Persönlichkeitsentwicklung geschildert. Aber auch Bravo engagiert sich für die armen Kopftuchmädchen, etwa im Herbst 1995 mit der Fotoromanserie "Aylin, Schrei des Herzens". Deren Hauptfiguren sind Aylin, eine junge Türkin, Thommy, ihr deutscher Freund, und Katja, ihre Schulfreundin. Aylin sehnt sich danach, "normal" zu leben, d.h. sich modisch kleiden und einen Freund haben zu dürfen, was ihr aber von den Eltern verweigert wird. Statt dessen verprügelt ihr Vater sie, als sie eines Tages ohne Kopftuch nach Hause kommt. Um sie mit einem viel älteren Landsmann zu verheiraten, wird Aylin in die Türkei verschleppt. Auf der Flughafentoilette kann sie einer netten deutschen Frau gerade noch eine Nachricht an Thommy zustecken, der sich sofort nach Istanbul aufmacht. Es gelingt ihm, Aylin nach Deutschland zurückzubringen, wo die Dumme es dann aber doch nicht lassen kann, wieder zu ihrer Familie Kontakt aufzunehmen. Noch einmal muß Thommy sie mit Hilfe der guten deutschen Polizei aus den Klauen ihrer reaktionären Eltern befreien. Nette deutsche Sozialarbeiter kümmern sich um Aylin. Die Geschichte endet damit, daß Katjas Eltern sich bereit erklären, Aylin bei sich aufzunehmen. Aylin, jetzt in Jeans, T-Shirt und mit wallender Lockenmähne und Thommy umarmen sich: "Endlich frei!"

Wie in diesem Fotoroman, werden der Islam oder die islamische Lebensweise in den meisten Artikeln und Sendungen nicht offen angegriffen oder herabgesetzt. Es wird vielmehr als Konsens vorausgesetzt, daß "Islam" das Gegenteil bedeutet von Freiheit, von Emanzipation, von beruflicher Karriere und einem glücklichen, erfüllten Leben. ... Einerseits liefert der Fotoroman Interpretationsangebote für die den meisten Deutschen nach wie vor sehr fremde Welt der muslimischen community, indem er z.B. deutsche Klischeevorstellungen von türkischen Familien bestätigt und verstärkt. Zugleich zeigt er, daß die jungen Frauen mit Kopftuch durchaus gewillt sind, sich aus ihrer Misere zu befreien, wenn man ihnen nur ein bißchen Hilfestellung leistet. Andererseits macht er jungen Türkinnen Identifikationsangebote: Auch sie können frei und schön sein wie Aylin, einen Freund und viel Spaß haben, wenn sie den Mut aufbringen, sich von ihrer Familie zu trennen.

Auf einer anderen Ebene greift auch die taz dieses Thema in einem Artikel auf, in dem es um die Berufsausbildungschancen von Mädchen mit Kopftuch geht. (3) Wie Lehrerinnen und Beraterinnen vom Arbeitsamt übereinstimmend zitiert werden, bleiben "Kopftuchmädchen" praktisch alle Tore zu einer qualifizierten Ausbildung verschlossen. Doch nicht etwa die Unternehmen und Behörden geraten wegen dieser Ausgrenzungspraxis ins Kreuzfeuer der Kritik, auch nicht die Gewerkschaften und Frauenbeauftragten, die solche Diskriminierungen offenbar mittragen oder ignorieren, sondern die türkischen Eltern werden ermahnt, doch endlich ihren Starrsinn aufzugeben. Unisono wird ihnen von den Pädagoginnen, den Berufsberaterinnen und der Verfasserin des Artikels "Kompromißbereitschaft" nahegelegt. Diese sollte darin bestehen, ihren Töchtern das Ablegen des Tuches zu erlauben. Daß es sich dabei um Nachgeben und nicht um einen Kompromiß handelt, bei dem ja üblicherweise beide Seiten Konzessionen machen, fällt offenbar niemand auf. (...) Daß es junge Musliminnen gibt, die mit Kopftuch etwas lernen und Spaß haben wollen und sich daran nicht zuletzt durch Restriktionen der hiesigen Gesellschaft gehindert sehen, liegt für die multikulturelle taz ebenso jenseits des Vorstellungshorizontes wie für Emma und Bravo.

Bilder und Zerrbilder

In den erwähnten Beispielen entstehen die Bilder zum Teil im Kopf der LeserInnen. Teilweise werden aber auch Fotos, Karikaturen usw. eingesetzt, um Aussagen im Text zu belegen oder zu verstärken. Bei der Analyse der Abbildungen fällt auf, daß diese oft nur in einem indirekten Zusammenhang zum Geschriebenen stehen. Viele Bilder sprechen in erster Linie oder ausschließlich die emotionale Sphäre an. So wird der erwähnte Spiegel-Artikel "Knüppel im Kreuz ..." (44/1990) mit einem relativ großen Foto eingeleitet, das türkische Koranschülerinnen in München zeigt. In der Unterzeile heißt es dazu: "Ein stilles Martyrium im Verborgenen". Martyrium? Über die Mädchen bzw. die Koranschule wird in dem Artikel nichts Näheres berichtet. Das Foto dient offenbar nur dazu, für die Botschaft des Textes ein bestimmtes emotionales Klima zu schaffen (...)

Die Überzeugung, Frauen würden nur unter Zwang ihr Haar bedecken und sich - vor allem in islamischen Ländern - sämtlich durch "Fundamentalisten" bedroht sehen, setzt sich manchmal sogar gegen den Augenschein durch, so wenn Das Parlament einen Artikel über Algerien mit einem Foto illustriert, das zwei

Frauen zeigt, die eingehakt auf einer belebten Straße gehen. Die eine ist westlich gekleidet, die andere verschleiert. Sie scheinen gut befreundet, vielleicht sogar Schwestern zu sein. Der Text dazu lautet: "Zwei Algerierinnen Arm in Arm - Frauen befürchten, durch den Vormarsch der Muslim-Fundamentalisten besonders gegen sie gerichtete einschneidende Maßnahmen." Zumindest was die verschleierte Frau betrifft, möchte ich diese Aussage doch sehr bezweifeln. (...) Damit will ich natürlich weder sagen, daß alle Frauen den Tschador mit Begeisterung tragen, noch bestreite ich, daß es in den islamischen Gesellschaften vieles zu kritisieren gibt. Die von mir beispielhaft gezeigten Bilder versperren jedoch gerade mit ihren Projektionen und pauschalen Unterstellungen die eigentlich erforderliche differenzierte Auseinandersetzung.

Frauen und Islam

Mehr zur Desinformation und Klischeebildung als zur Aufklärung dürfte vieles führen, was Medien, Sachbücher und Publikationen mit wissenschaftlichem Anspruch über die Stellung der Frau im Islam sagen. Generell fällt auf, wie sehr der Islam nach wie vor als "fremde" Religion gilt. So heißt es in dem Einführungstext zu dem erwähnten Brigitte-Dossier: "Im Namen des Islam demonstrieren schwarzverhüllte Frauen gegen westliche Dekadenz - im Namen des Islam werden Frauen getötet. Was ist das für eine Religion, die Frauen dazu zwingt, sich hinter Schleiern und Mauern zu verstecken? Die von ihnen verlangt, ihren Mann mit anderen Frauen zu teilen? Weltweit sind schon eine Milliarde Menschen Muslime. Der Islam rückt uns näher - kaum eine deutsche Stadt ohne Moschee und Koranschule. Unser Dossier gibt Einblick in die Regeln einer fremden Welt." Dieses Zitat datiert von 1992. Islamische Länder sind in wenigen Flugstunden erreichbar; zigtausende Bundesbürger verbringen ihren Urlaub in der Türkei, in Nordafrika und Ägypten. Deutsche und muslimische MigrantInnen arbeiten und wohnen seit Jahrzehnten nebeneinander, ihre Kinder besuchen dieselben Schulen. An einem Mangel an Informationsmöglichkeiten und Gelegenheiten, sich kennenzulernen, kann die Fremdheit ja wohl kaum liegen. Doch danach, was sonst die Ursachen sind, wird nicht gefragt.

Wenn es um "Frauen und Islam" geht, wird in der Regel auf einige wenige Koran-Suren Bezug genommen, und nach meinem Eindruck ist das oft auch alles, was die Expertinnen und Experten vom Koran wissen. Vielleicht kennen sie noch das eine oder andere Hadith (wobei die frauenfreundlichen Hadithe so gut wie nie zitiert werden), aber weder sind ihnen die Quellentexte im umfassenderen Sinne noch die Auslegungen geläufig, von den aktuellen Positionen innerhalb der islamistischen Bewegungen ganz zu schweigen. So mutet manche "Erklärung" für die benachteiligte Situation der Frauen in islamischen Ländern aus dem Koran etwa so an, als würde eine arabische oder iranische Europaexpertin den niedrigen Frauenanteil im gehobenen Management hiesiger Unternehmen aus einigen Bibelversen zu erklären versuchen. Für verhängnisvoll halte ich des weiteren die gängige Vermischung von Islam als Religion und den Sitten/Traditionen islamischer Länder. (...)

Aus der Abgrenzung vom Islam und dem Leben von Frauen in islamischen Ländern entstehen oft richtige "Gegenwelten", gekennzeichnet durch Unterdrückung und Verschleierung, Mißachtung von Demokratie und Menschenrechten. Je islamischer sich dieses "Dort" präsentiert (oder von hier aus wahrgenommen wird), um so strahlender leuchtet dagegen die hiesige Gesellschaft als Reich der Freiheit, der Frauenemanzipation, der Demokratie und Menschenrechte. So geht es denn meines Erachtens in der gesamten populären "Fundamentalismus"-Debatte, in der die Frauenfrage ja eine zentrale Rolle spielt, keineswegs nur um die Ächtung von Fanatismus, Extremismus und Terror. Als "fundamentalistisch" etikettiert wird vielmehr in den Medien ebenso wie in wissenschaftlichen Publikationen durchgängig bereits der ganz normale Islam, soweit er irgendwie öffentlich in Erscheinung tritt, sei es in der Kleidung von Frauen, sei es in Erziehungsnormen, sei es als Interessenvertretung in der sozialen und politischen Sphäre. Der Begriff "Fundamentalismus" dient dazu, scheinbar neutral und rassismusfrei zwischen einem "guten Islam", der privat, unpolitisch und anpassungsbereit ist, und einem "schlechten Islam", der politisch ist und sich dem Überlegenheitsanspruch des Westens widersetzt, zu differenzieren und auf dieser Basis dann Politik zu betreiben - einerseits international, wo es nach Zusammenbruch des Ostblocks um die Neuverteilung von Macht, z.B. um die Macht über Rohstoffreserven, geht (sollen vielleicht "Fundamentalisten" die Herrschaft über unsere Erdölquellen haben?), andererseits auf nationaler Ebene, wo muslimische "Gastarbeiter" nicht länger still und bescheiden die Straßen kehren wollen, sondern in der zweiten und dritten Generation zunehmend zur Konkurrenz auf dem Markt qualifizierter Arbeit werden und mit ihren Werten und ihrem Lebensstil die ihnen eigentlich nach dem Grundgesetz garantierten Rechte und Partizipationsmöglichkeiten einfordern. Zur Abwehr solcher Ansprüche eignet sich die Strategie vorzüglich, alles was nicht hierher gehört (gehören soll), was stört, was Ansprüche

stellt, was die etablierten Spielregeln in Frage stellt, als "fundamentalistisch" abzuqualifizieren. In diesem Zusammenhang dienen Bilder von der unterdrückten muslimischen Frau zur Rechtfertigung und Legitimation der bestehenden internationalen und nationalen Machthierarchien.

Schlußfolgerungen

1. Obwohl es an MuslimInnen in der BRD nicht mangelt und ungeachtet zahlloser Medienberichte, Bücher, Seminare, Diskussionsveranstaltungen usw., ist unter Deutschen das durchschnittliche Informationsniveau über den Islam und das Leben muslimischer MigrantInnen sehr niedrig. (...)

2. Tatsächlich findet die Auseinandersetzung mit dem Islam zum großen Teil in Form von Tribunalen gegen den Islam statt. Das gilt oft selbst für solche Veranstaltungen und Publikationen, die ausdrücklich dem Dialog gewidmet sind. Der Islam bzw. seine VertreterInnen haben sich zu erklären und zu rechtfertigen, die "deutsche" Seite stellt Fragen, examiniert, verhört, urteilt.

3. Nach wie vor ist das Bild von MuslimInnen und dem Islam geprägt durch die Gleichsetzung von Islam und "Gastarbeiter"-Religion, also einer Religion von Fließbandarbeitern, Müllmännern und Putzfrauen. Lange hat man geglaubt, muslimische "Gastarbeiter" würden nach einer gewissen Lehrzeit schon von selbst mit dem Beten und Fasten und dem ganzen "islamischen Quatsch" aufhören. Nun ist man ziemlich irritiert, daß das offensichtlich nicht der Fall ist. Erwartung und Enttäuschung sind wesentlich daraus zu erklären, daß diejenigen, die in einer Gesellschaft (oder im weltweiten Vergleich) zur Schicht der Wohlhabenden, Gebildeten, "Fortschrittlichen" und "Entwickelten" gehören, von jeher ganz selbstverständlich erwarten, daß "die da unten" ihnen nacheifern, sei es in der Kleidung, im Lebensstil oder in der Weltanschauung. (...) Selbst wo der Islam von deutscher Seite akzeptiert und für ein friedliches Zusammenleben mit MuslimInnen plädiert wird, geschieht dies oft mit einer herablassenden Geste: Die Armen in ihren Türkenghettos sind nun einmal durch das Leben in einer modernen Industriegesellschaft überfordert und brauchen die Religion als Trost und Halt. Solange diese Haltung beibehalten wird, kann ich mir ein Zustandekommen des immer wieder geforderten Dialogs nicht vorstellen.

4. Der Islam wird von Jahr zu Jahr "deutscher", d.h. mehr und mehr Teil der hiesigen Gesellschaft. Deshalb sollte endlich verstärkt über eine rechtliche und soziale Gleichstellung und auch über den Abbau des Machtgefälles innerhalb der Zivilgesellschaft nachgedacht werden. Ich halte es beispielsweise für ein Unding, daß die gesamte Bildungs- und soziale Beratungsarbeit - sogar in Regionen mit sehr hohem Ausländeranteil - weitgehend für eine homogene "deutsche" Bevölkerung konzipiert und organisiert ist. So wird in den Schulen unbeirrt nach "deutschen" Lehrplänen unterrichtet, deutsch ist auch die außerschulische Bildungsarbeit, sind die Vereine, die Jugendfreizeitstätten, die Beratungseinrichtungen usw. (...)

5. Islamische Vereine und Gruppen leisten umfangreiche Beratungs- und Bildungsarbeit, was aber von der deutschen Öffentlichkeit bzw. von den deutschen Institutionen kaum wahrgenommen, geschweige denn (finanziell) gefördert wird. Statt dessen reagiert man überwiegend mit Mißtrauen und Abwehr. (...)

Damit will ich nicht sagen, daß Mißtrauen und Ablehnung immer ungerechtfertigt sind. Mir ist nationalistisches, rassistisches oder sonstwie rechtes Gedankengut, wie es von einigen Organisationen propagiert wird, in jeder Form zuwider - sei es mit türkisch-islamischem Vorzeichen, mit christlichem oder mit germanisch-heidnischem. Gruppen und einzelne, die solche Weltanschauungen vertreten, sollten m.E. ausgegrenzt und ggf. strafrechtlich verfolgt werden. Der Bewertung und den daraus für die Praxis zu ziehenden Konsequenzen sollte allerdings jeweils eine fundierte Analyse und die Trennung zwischen Ideologie und Sympathie vorausgehen. Die pauschale Diskriminierung islamischer Vereinigungen oder Gruppen einzig wegen ihrer religiös geprägten Denk- und Lebensweise und ihres Eintretens für eine islamisch geprägte Staats- und Gesellschaftsordnung in Ländern mit überwiegend muslimischer Bevölkerung halte ich jedenfalls für völlig unangemessen und ein friedliches Zusammenleben blockierend. Die Auseinandersetzung mit den unvoreingenommene Analysen und gegenseitigem Kennenlernen verstellenden Bildern, wie ich sie (...) erörtert habe, könnte solche Blockaden zu überwinden helfen.

Irmgard Pinn

Anmerkungen:

1) "Islamisch" nenne ich Länder, die überwiegend von MuslimInnen bewohnt werden und deren Kultur und Sozialstruktur stark durch den Islam geprägt sind. Politik und Gesellschaftsorganisation dieser Länder sollten allerdings nicht als praktizierter Islam mißverstanden werden, wie es oft geschieht. In einigen Ländern orientieren sich das soziale Leben und die Regierungspolitik mehr oder weniger stark am Islam, in vielen anderen haben sich die herrschenden "Eliten" dagegen vom Islam abgewandt und/oder eine ihren Interessen dienliche Staatsreligion etabliert. Bewegungen und Parteien, die eine islamisch fundierte Staats- und Gesellschaftsordnung anstreben, sind dort (weitgehend) von der politischen Partizipation ausgeschlossen und werden oft sogar brutal verfolgt

2) Susanne von Paczensky, Frauen im Iran: Was steckt hinter dem Schleier? Stern Nr. 12/1979.

3) Vera Gaserow, Das Kopftuch wird zum Fallstrick, taz, 8.3.1995.

4) ZEIT-Punkte Nr. 1/1993: Der Islam - Feind des Westens?

Diesen Beitrag hat Irmgard Pinn auf der Frauentagung "Im Labyrinth der Bilder" gehalten, die von der Ökologie-Stiftung NRW, dem "Modellprojekt Sensibilisierung gegen Fremdenfeindlichkeit bei Deutschen und Nichtdeutschen in Essen und Duisburg" und der Werkstatt Bildungswerk e.V. veranstaltet wurde. Die Beiträge und Diskussionen sind kurzlich als Buch erschienen. Der Beitrag wurde von uns gekürzt. Wir bedanken uns beim Verlag für die Nachdruckgenehmigung.

Anne Dietrich, Hildegard Krautwald, Antje Recksiek und die Ökologiestiftung NRW (Hg.)

Im Labyrinth der Bilder. Eingewanderte und deutsche Frauen im interkulturellen Dialog. Klartext-Verlag, Essen, ISBN 3-88474-531-X

Spannend und spannungsgeladen

Die Diskussion nach dem Vortrag von Irmgard Pinn

Wir dokumentieren im weiteren Auszüge aus der Diskussion, die sich an den Vortrag von Irmgard Pinn anschloß. In dem Buch heißt es in einem einleitenden Abschnitt zu der Diskussion, die im wesentlichen von Migrantinnen geführt wurde: "Irmgard Pinn zerstörte eingefahrene Bilder hauptsächlich weißer, westlicher, deutscher Frauen und schuf dabei wiederum andere Bilder, die die Proteste von Migrantinnen hervorriefen. In der Diskussion sprachen die Kritikerinnen vor allem von einer Überbetonung der identitätstiftenden Rolle der Religion. ... Ihre Deutungen seien auch Bilder, die hinterfragt werden müßten." Wir haben nur einige Aussagen aus den Beiträgen ausgewählt, die die Kritikpunkte verdeutlichen sollen. Irmgard Pinn wies in einem Diskussionsbeitrag noch einmal daraufhin, daß es ihr "ja gerade nicht um eine Analyse der Lebensrealität von Türkinnen, Ägypterinnen, Iranerinnen oder muslimischen Frauen in der BRD, sondern um die Bilder von muslimischen Frauen in deutschen/westeuropäischen Köpfen, um die Herkunft dieser Bilder, ihre soziale Funktion etc." gehe.

"Ich bin sehr verärgert über die Bilder, die Du mit Deinem Vortrag hervorrufst. Du sprichst die ganze Zeit von der Muslima. So wie Du den Begriff der Muslima benutzt, konstruierst Du eine Wichtigkeit der Religion für Migrantinnen aus islamischen Ländern, die ich nicht für haltbar halte. Junge Frauen, ob es nun junge deutsche Frauen sind, die konvertieren, oder halt junge Migrantinnen aus islamischen Ländern, die sich dem Islam zuwenden, für die hat die Religion nicht so eine Relevanz in der eigenen Lebenswelt. Ich würde mich nicht als Muslima bezeichnen. Aus den gleichen Gründen werden sich hier die Frauen nicht als junge Christinnen bezeichnen. Auch für sie hat die Religion nicht diese prägende Relevanz. (...)

Eine weitere Frage. Welche Perspektive bietest Du an? Heißt das, laßt die Leute ihre Religion leben. Religiösität ist ihre Sache und es ist auch o.k., wenn Frauen berufstätig und emanzipiert sind, das ist ebenso ihre Sache? Und wenn sie dabei den Schleier tragen ebenso? Ich höre zwischen den Zeilen immer heraus, daß Du Religiösität mit bestimmten Gesellschaftsstrukturen gleichsetzt. Wenn dann die Religion verteidigt wird, verteidigst Du bestimmte gesellschaftliche Strukturen ebenfalls. Ich würde das nicht verteidigen. Ich sehe mich als Linke, und ich habe weder auf eine christliche noch auf eine islamische Gesellschaftsstruktur Lust."

***

"Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß der Islam in Ihrem Vortrag sehr gut weggekommen ist. Ich sehe in Ihren Ausführungen eine massive Verharmlosung der Zustände in bestimmten Ländern, deren Bevölkerung islamisch ist. Meines Wissens gibt es zwei säkularistische Länder, das sind die Türkei und Ägypten. Auch dort gibt es Entwicklungen politischer und gesellschaftlicher Art, die ich als Fundamentalismus bezeichnen würde. Was Entwicklungen in diese Richtung für Frauen bedeutet, das kann man ja z.B. an den Veränderungen in der Gesetzgebung am besten festmachen. In Ägypten z.B. können die Frauen die Scheidung nicht mehr einreichen. Das Sorgerecht wurde völlig verändert. Eine Frau hat nach der Scheidung überhaupt keine Aussichten mehr, das Sorgerecht für die Kinder zu bekommen. Auch in der Türkei gibt es politische Überlegungen, die in die eben beschriebene Richtung zielen. Viele in Deutschland lebende Türkinnen orientieren sich nach wie vor an den in der Türkei vorherrschenden Lebensformen. (...) In der Türkei gibt es jetzt eine intellektuelle Schicht, die Sie z.B. kritisieren, eine große Frauenbewegung die sich anti-fundamentalistisch definiert. Diese Frauen sind im ‚Verein für zeitgemäßes Leben` zusammengeschlossen. Universitätsprofessorinnen gehen in die Slums und versuchen, eine Alternative zu diesen Koran-Schulen zu bieten. Dies ist für mich die gesellschaftspolitische Ebene. (...) Dies heißt für mich nicht, den Islam zu diskriminieren, sondern ich kritisiere dem Islam immanente Strukturen."

***

"Die Vorsprecherinnen haben mir aus dem Herzen gesprochen. Ich habe die ganze Zeit versucht zu verstehen, was dies Referat bewirken möchte. Obwohl mir der Gesichtspunkt der Sensibilisierung einsichtig und notwendig erscheint, ist es trotzdem nicht einfacher für mich, ein derartiges Referat zu ertragen. Ich gehe von meinem persönlichem Leben aus. In meiner Nachbarschaft wurde ein türkisches Mädchen von ihrem Vater getötet. Ihr Vater war stolz darauf, daß er es getan hat und lebenslänglich ins Gefängnis gebracht wurde. Mein eigener Vater hat mir immer dieses Mädchen und ihren Tod vor Augen gehalten; so mußte ich groß werden. Ich bin bestimmt nicht die einzige, sondern eine unter vielen, denen die Eltern immer vor Augen gehalten haben ‚besser tot als in Schande leben`. Und Schande bedeutete immer, einen eigenen Weg gehen zu wollen. Dies spüre ich noch immer in mir. Wenn ich derartige Referate höre, dann bitte ich doch nicht um Sensibilisierung gegenüber dem Islam, sondern um Sensibilisierung gegenüber den Frauen. Was bedeutet dies alles für die Frauen. Die Bilder, die Sie beschreiben, müssen kritisch besprochen werden, wenn man sie unter dem Gesichtspunkt des Kommerziellen und unter dem Gesichtspunkt von Schaffung von Vorurteilen sieht. Aber sie dürfen in ihrer Interpretation nicht simplifiziert werden. Diese Bilder haben für mich auch die reale Qual von Frauen gezeigt, Qual in den Augen der Frauen, und darüber kann man nicht einfach hinweggehen."

***

"Ich bewerte den Vortrag positiv, denn er hat meine persönlichen Bilder gut durcheinandergerüttelt. Die Verärgerung der Kolleginnen kann ich verstehen, doch persönlich nicht nachvollziehen. Mir ist deutlich geworden, wie sehr die Medien mit ihren kommerziellen Bildern auch meine eigenen Bilder formen, obwohl ich in meiner Arbeit tagtäglich interkulturelle Begegnungen habe. Die Realität ist anders als die Bilder in unseren Köpfen, dies hat für mich der Beitrag verdeutlicht. Die Realität selbst ist wahrscheinlich ziemlich schwer in Bilder zu fassen."

# 20. Buchbesprechung: Widerstand schreiben! von A. Huntley. Indigene Frauen und westliche Indianerromantik

Autor: Stefanie Kron, Berlin · Rubrik: Frauen; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak402/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:402:12

"Die Mystifizierung von ‚IndianerInnen`_ oder die Schaffung des ‚Imaginary Indians` dient in erster Linie der Befriedigung eigener Bedürfnisse ... Ein ähnliches Phänomen existiert in einigen Teilen der Linken, deren internationalistische Praxis eine Romantisierung nationaler Befreiungskämpfe enthielt. So waren die Befreiung Nicaraguas und Cubas, die Kämpfe um Palästina und Kurdistan auch immer Projektionsfläche eigener Sehnsüchte ... Wie bei der Stereotypisierung des herrschenden rassistischen Blicks findet auch in einem unkritischen Solidaritätsbegriff eine Homogenisierung in der Wahrnehmung der geographisch weit entfernt Widerstand leistenden Männer und Frauen statt."

Mit dieser Kritik leitet Audrey Huntley ihr Buch "Widerstand schreiben!" über die Literaturproduktion indigener kanadischer Frauen ein. Zwei Tatsachen sind somit schon im Vorwort angesprochen, die auch den europäischen sozio-kulturellen Zusammenhang betreffen. Erstens: Der bisherige Solidaritätsbegriff im politischen Selbstverständnis "klassischer" linksradikaler Zusammenhänge hat einen strukturell eurozentristischen und damit kolonialisierenden Charakter. Zweitens: in dem Buch geht es nicht um die Darstellung "exotischer" Literatur von "exotischen" Frauen, sondern um ein Beispiel für neokoloniale Herrschaftsverhältnisse und die Möglichkeit zu diskursivem Widerstand.

Schon vor dem Erscheinen des Buches warfen einige deutsche InternationalistInnen der Autorin vor, sie greife die hiesige Solidaritätsarbeit für Befreiungsbewegungen im Trikont destruktiv an. Dabei könnte eine konstruktive inhaltliche Auseinandersetzung mit Huntleys Kritik die immer weiter um sich greifende "Sinnkrise" und Ratlosigkeit der westlich-weißen internationalistischen Linken, angesichts der Monster "Neoliberalismus" und "Globalisierung", zu neuen politischen Einsichten führen. Die Autorin schreibt dazu in ihrem Vorwort: "Wenn in den Metropolen die Aussichten auf emanzipatorische Veränderungen gering sind, bieten sich AkteurInnen, die dem Ziel scheinbar näher sind, eher als revolutionsromantische Vorbilder an."

Die aktuellen Helden sind die indigenen KämpferInnen der EZLN in Chiapas. Es soll hier nicht darum gehen, der Solidarität mit der EZLN eine Absage zu erteilen, sondern um eine Reflexion der Gefahr, wieder in die Eurozentrismusfalle zu tappen. Die EZLN dient häufig "als Passepartout, um bestimmte Vorstellungen von dem, was denn linke Politik sei, zu propagieren. Seien es Definitionsversuche, wann und wo eine Guerillabewegung ‚sozial gerechtfertigt sei`, Beschwörungen der ‚guten Wilden`, die mit ihrer ‚lokalen Gemeinschaft` den Kapitalismus in die Knie zwingen, oder gar krude Einheitsphantasien à la ‚unterdrückte Völker aller Länder vereinigt euch` usw." (links, Nov./Dez. 96, S. 55).

Huntley weist darauf hin, daß auch in Europa stereotypisierende Vorstellungen von indigenen Menschen existieren (z.B. Karl-May-Bücher und deren Verfilmungen, in denen indigene Menschen lediglich als "gute Wilde" oder "barbarische Krieger" dargestellt sind), und zwar nicht nur im hegemonial-bürgerlichen, sondern auch im linken und im feministischen Diskurs. So nimmt im (weißen) feministischen Diskurs die indigene Frau häufig einen Platz ein, der sie ausschließlich im Verhältnis zur Kolonisierung betrachtet. "Sie tritt zwar als Subjekt auf, aber nur als kolonialisiertes Subjekt", als leidendes, unterdrücktes Opfer. Dem steht "strahlend" die "moderne" und "emanzipierte" weiße Frau gegenüber.

In einer anderen Variante werden indigene Frauen in der feministischen Spiritualität und Esoterik als "mit sich selbst und der Erde in Einklang befindliche Wilde" dargestellt. Gerne bedienen sich weiße Frauen dabei bestimmter indigener Symbolik und Riten (wie Amulette, Steine, Schmuck, Federn oder das Geschäft mit dem Schamaninnentum), von denen sie sich Heilung und Naturverbundenheit erhoffen (frau nimmt sich, was sie braucht). Huntley spricht in diesem Zusammenhang von kultureller Enteignung als einem kolonialisierenden Moment.

Gegengeschichte

Am Anfang des Buches zeichnet Huntley die kanadische Kolonialgeschichte nach. Dazu gehören der (sichtbare) Genozid durch militärische Vernichtung und Epidemien, die ökonomische Ausbeutung durch die Pelzhändler und die europäische Siedlergesellschaft (ideologisch unterstützt durch Missionierung), weiter Vertreibung, Landenteignung und Apartheidspolitik (Reservate).

Schon in den ersten historischen und diskurstheoretischen Kapiteln geht es nicht nur um den Kolonialisierungsprozeß mit dem "Täter-Opfer-Blick", sondern auch um die Darstellung einer verdrängten Geschichte, einer Gegengeschichte, der Geschichte der indigenen Bevölkerung Kanadas: Die Autorin, selbst euro-kanadisch/indigener Herkunft, beschreibt differenziert die verschiedenen vorkolonialen Gesellschaftsformen und die Position der Frau darin. Sie weist für viele Gesellschaften egalitäre Geschlechterverhältnisse nach. Dabei gaben in ökonomischer Hinsicht die Kontrolle der Frauen über die eigene Arbeit, die Arbeitsbedingungen und die Verteilung ihrer Produkte innerhalb der community den Ausschlag. Daneben waren aber auch matrilineare (mit weiblicher Erbfolge) und matrilokale (die Männer werden in die Familien der Frauen eingegliedert) Organisationen vieler indigener Gesellschaften für einen höheren Machtanteil der Frauen von Bedeutung - sowie eine frauenzentrierte Schöpfungsgeschichte und die Kontrolle über die eigene Sexualität.

Mit dieser komplexen Zeichnung indigener Gesellschaften hebt sich die Autorin angenehm von den sonst häufig zu lesenden Aussagen ab, nach denen die indigene Frau in der vorkolonialen Gesellschaftsform per se eine bessere Position hatte. Diese bessere Position wird auf die Existenz eines historischen Matriarchats (Frauenherrschaft) zurückgeführt. Diese Lesart der Geschichte homogenisiert ein weiteres Mal die verschiedenen vorkolonialen Gesellschaftsformen. So entsteht eine zweigeteilte Weltsicht, die als Alternative zum Patriarchat nur die Vorstellung eines umgekehrten Machtverhältnisses, das des Matriarchats, zuläßt. Matriarchatstheorien haben gleichfalls im europäischen Raum Hochkonjunktur. Damit ist diffus häufig auch die Vorstellung von einer niedrigeren gesellschaftlichen Entwicklungsstufe längst vergangener Zeiten verbunden. Das Buch gibt jedoch nicht nur eine Vorstellung von vorkolonialen indigenen Gesellschaften, sondern stellt auch die Kämpfe und den Widerstand (der Frauen) gegen die Kolonialgesellschaft heraus.

Schreiben gegen die Dominanzgesellschaft

Den größten Raum nimmt das Kapitel zur "(Ent)Kolonialisierung des Subjekts - Widerstand schreiben!" ein. Hier läßt Huntley die schreibenden Frauen selbst sprechen. Die Gesprächsauszüge basieren auf Interviews, die sie im Frühjahr '96 bei ihrem Besuch in dem Informations- und Bildungszentrum En'Owkin mit kulturschaffenden (heterosexuellen und lesbischen) Frauen führte. En'Owkin ist gleichzeitig Sitz der En'Owkin International School of Writing (EISW) und des Verlagshauses für indigene Literatur, Theytus Books. Die genannten Einrichtungen gehören zu einer in den letzten Jahren entstandenen indigenen Struktur, mit der versucht wird, auf verschiedenen Ebenen dem kulturellen, politischen und sozialen Ausschluß indigener Menschen aus der euro-kanadischen Dominanzgesellschaft zu begegnen. Die Gesprächsauszüge vermitteln das Gefühl, vielfältige (Lebens-) Geschichten erzählt zu bekommen und nicht einen theoretischen Text über eine bestimmte Gruppe von Menschen zu lesen.

Die Frauen berichten, welche Funktion das Schreiben für sie als Überlebensstrategie hat: Schreiben als ein Medium, das die herrschende Geschichtsschreibung und den Kolonialismus dekonstruiert, als widerständiges Moment und als "einen Schritt zur Selbstbestimmung und Kontrolle über das eigene Leben". Das "Erheben einer lange unterdrückten Stimme" kann für sich schon widerständigen Charakter haben. Daneben erfährt man auch, daß gerade das Schreiben für die Frauen eine besondere Form der kulturellen Produktion ist: "In mündlichen Kulturen wird dem Wort eine große Macht zugesprochen. Das Sprechen ist eine mächtige Handlung, die Bedeutung schafft. Aus diesem Grund muß das Gesagte sehr bedacht sein." Eine der bekanntesten indigenen Autorinnen, Jeannette Armstrong, sagt dazu: "Es wird gesagt, daß du deine Worte nicht mehr zurückrufen kannst, wenn sie einmal ausgesprochen wurden, und du bist für all das verantwortlich, was aus deinen Worten resultiert".

Viele Schreibende sehen ihre Schriften in der Tradition des Storytelling, als eine Modifizierung dieser Form der mündlichen Wissensweitergabe. Die Romane, Geschichten und Gedichte der Frauen unterscheiden sich stilistisch sehr stark, einige Merkmale tauchen jedoch häufig auf. Dazu gehört das Schreiben mit mündlichem, fließendem Charakter, wie Lee Maracles "Sundogs", eine Geschichte voller Abschweifungen und ohne Unterbrechungen durch Kapitel. "Slash" von Jeannette Armstrong ist in Umgangssprache geschrieben. Der

Roman setzt sich kritisch mit den indigenen politischen Aktivitäten der sechziger Jahre, dem American Indian Movement (AIM) in den USA und der späteren Red-Power-Bewegung in Kanada auseinander.

Ein weiteres Kennzeichen der Literatur indigener Frauen ist das Einbauen von Geschichten, die (scheinbar) vom Handlungsstrang abweichen. Ein Beispiel dafür ist Maria Campbells "Halfbreed", ein Buch, das die Geschichte der Métis (Menschen mit gemischt indigener-euro-kanadischer Herkunft, die per Gesetz von bestimmten Rechten der "richtigen" Indians ausgeschlossen wurden) und deren Kampf um ihre Landrechte thematisiert.

Das gleichberechtigte Nebeneinander mehrerer Stimmen; mythische Gestalten, Tiere, Bäume und reale Personen sowie die Aufhebung der Linearität von Zeit, d.h. Sprünge zwischen vorkolonialen Zeiten, Gegenwart und Zukunft, charakterisieren viele Texte indigener Frauen. Exemplarisch dafür steht "Ravensong" von Lee Maracle. "Ravensong" ist die Geschichte einer abgeschlossen lebenden community in den 50er Jahren. In dem Buch spielt die indigene mythische Schlüsselfigur Trickster eine wichtige Rolle. Trickster steht für Stärke und Überlebenskraft. Die Figur hat männliche und weibliche Anteile, ist gut und böse, kann Gestalt und Stimme wechseln. Trickster ist auch ein ein Symbol für die nicht-essentialistische Auffassung von Identität und Kultur.

"Den Schreibenden geht es nicht um die Vermittlung eines festgelegten, selbst-kulturalisierendenden Verständnisses oder das Aufspüren immanent indigener Eigenschaften, die losgelöst von der erfahrenen Lebensgeschichte existieren. Wichtig ist, die fremdbestimmte Definition des Selbst abzulegen und die eigene Erfahrung zum Maßstab zu machen .... In der Schaffung ihrer Romanfiguren verzichten die Schreibenden auf eine erneute Kategorisierung oder Homogenisierung indigener Frauen. Eine Multiplizität von Diskursen bestimmt die Handlung."

Homosexualität als befreiendes Element

Auch der Sexismus indigener Männer gehört zu den zentralen Themen der schreibenden Frauen. Die Verinnerlichung des herrschenden Rassismus wird als eine wichtige Komponente für sexistisches Verhalten indigener Männer analysiert. Die Romanfigur Marianne in "Sundogs" sagt zu ihrem indigenen Liebhaber Mark: "Jedesmal, wenn irgendein weißer Mann oder eine weiße Frau Häßlichkeit in euch sieht, kommt ihr nach Hause und wartet, daß wir was vermasseln, und gebt diese Häßlichkeit an uns weiter."

In diesem Zusammenhang ist Huntleys Auseinandersetzung mit erotischer Literatur besonders interessant und einer der spannendsten Abschnitte in ihrem Buch. Erotik bzw. weibliche Homosexualität waren lange ein Tabuthema in indigenen Zusammenhängen und wurden selten in den Kontext eines antikolonialen Diskurses gestellt. Gemeint sind die Auswirkungen von Kolonialisierung auf Körperlichkeit und Sexualität. Lee Maracle: "Für indigene Frauen ist Kolonialisierung die Abwesenheit von Schönheit - die Negation der eigenen Sexualität". Ihrer Auffassung nach zieht die Liebe zwischen Frauen den "Haß einer patriarchalen Gesellschaft" auf sich. Zum einen, weil sich "Liebe zwischen Frauen ... männlicher Kontrolle entzieht", zum anderen, "weil in der Liebe einer Frau zu einer anderen auch immer die Liebe zu sich selbst", zur eigenen Sexualität und zum eigenen Körper steckt: "Frauen, denen beigebracht wird, ihren Körper zu verabscheuen, liebkosen ihn, sprengen die Fesseln des Selbsthasses. Daraus schöpfen sie ungeheuer viel Kraft".

Maracle bezeichnet Homophobie - häufig in indigenen communities anzutreffen - als "organisierte Vergewaltigung". Das Leben von selbstbestimmter Sexualität, der Einbezug von Erotik in alle Lebensbereiche, ist ein "Lebensmittel", eine Möglichkeit Stärke und Überlebensstrategien zu entwickeln. Huntley sieht erotische Literatur deshalb als ein widerständiges Element. Sie kann einen Weg zur Findung eines selbstbestimmten und selbstbewußten Lebenskonzeptes öffnen.

"Widerstand schreiben!" macht auch deutlich, daß die kulturelle Produktion indigener Frauen nicht abgetrennt von "klassischen" politischen Aktions- und Widerstandsformen zu sehen ist. Viele Bücher arbeiten die Kämpfe indigener communities gegen Vertreibung, Landenteignung, Ausbeutung und Diskriminierung auf. Neben den schon erwähnten Romanen "Slash" und "Halfbreed" gehört dazu auch "Entering the Warzone" von Donna Goodleaf über den Widerstand der Mohawks. Die Ereignisse bei der Stadt Oka im Sommer 1990 und der Widerstand der Mohawks gegen die geplante Erweiterung eines Golfplatzes auf einem Mohawk-Friedhof, wurden für kurze Zeit auch in Europa von den Medien aufgegriffen. Goodleafs Buch beschreibt v.a. die Beteiligung indigener Frauen an der Auseinandersetzung.

Viele der schreibenden Frauen sind selbst aktiv. Schreiben wird als ein ein Teil des Kampfes gesehen. Die Frauenfiguren in den Werken indigener Frauen sind sehr verschieden und komplex dargestellt. Einige sind in Städten großgeworden, von anderen indigenen Menschen isoliert, andere in Reservaten auf dem Land. Einige sind lesbisch, andere leben Männerbeziehungen. Manche Frauen zerbrechen an ihrem Schmerz und an dem verinnerlichten Rassismus; andere schaffen es, sich von stereotypen Fremdzuschreibungen zu lösen, und entwickeln Stärke und Widerstand.

Huntley versucht, Funktionen und Formen der kulturellen Produktion indigener Frauen in ihrer Vielfältigkeit zu beschreiben und reflektiert die Widersprüche. Es geht ihr nicht darum, einen abgehobenen Diskurs um Differenz und Identität zu führen und dafür indigene Kämpfe als austauschbares Beispiel heranzuziehen, sondern darum, eine politische Praxis zu entwickeln und über Wege dahin nachzudenken.

Stefanie Kron, Berlin

Audrey Huntley: Widerstand schreiben! Entkolonialisierungsprozesse im Schreiben indigener kanadischer Frauen. Unrast Verlag, Münster 1996. 190 Seiten, 24,80 Mark.

# 21. Krieg auf Bougainville - Krise in Papua-Neuguinea

Autor: Vo · Rubrik: Papua-Neuguinea · CD-Datei: daten/aksuche/ak402/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:402:11

Für einige Tage im März 1997 geriet der ansonsten weit von den Zentren des Weltgeschehens abgelegene Südpazifik-Staat Papua-Neuguinea (PNG) in die Spalten der internationalen Presse und in die Hauptnachrichtensendungen von CNN, BBC etc. Dazu brauchte es die bisher schwerste politische Krise in der Geschichte dieses seit 1975 unabhängigen Staates. Demonstrationen, Plünderungen und Straßenschlachten erschütterten mehr als eine Woche die Hauptstadt Port Moresby und andere Städte des Landes. Höhepunkt der Krise war die Belagerung des Parlaments durch Tausende von DemonstrantInnen, die von Teilen der Armee unterstützt wurden. Mit der Belagerung sollte der Forderung nach Rücktritt des Premierministers Nachdruck verliehen werden. Nach hochdramatischen 24 Stunden stürzte die Regierung tatsächlich.

Ausgelöst worden war die Krise durch die sogenannte Sandline-Kontroverse. Die Regierung PNG's hatte mit der britischen Söldnerfirma Sandline International einen dubiosen Deal ausgehandelt: Für viel Geld wurden knapp einhundert Söldner aus Südafrika und Großbritannien angeheuert, um den nunmehr bereits gut acht Jahre andauernden Krieg auf der in Rebellion befindlichen Insel Bougainville endlich zugunsten der papuanischen Zentralregierung zu entscheiden. Dagegen erhob sich im Lande ein Sturm der Entrüstung, dem sich schließlich auch Teile der Armeeführung anschlossen. In den Krisentagen des März mußte die Söldnertruppe mit Schimpf und Schande das Land verlassen, ohne zum Einsatz gekommen zu sein. Dieser Ausgang der Krise stärkt letztlich auch die für die Unabhängigkeit Bougainvilles kämpfende sezessionistische Bougainville Revolutionary Army (BRA).

Der Hintergrund: Krieg auf Bougainville

In ak wurde bereits mehrfach über den Krieg auf Bougainville und seine Ursachen berichtet (vgl. 361, 365, 372). An dieser Stelle sei daher nur kurz das wesentliche zusammengefaßt, um dann auf die aktuellen Entwicklungen einzugehen.

Die Auseinandersetzungen auf der 8.800 Quadratkilometer großen, von rund 180.000 Menschen bewohnten Insel Bougainville hatten sich am Streit um eine der weltgrößten Tagebau-Minen, die Panguna-Kupfermine, die vom australischen Bergbaukonzern CRA (Conzinc Riotinto of Australia) betrieben wurde, entzündet. Diese Mine bildete in den siebziger und achtziger Jahren das Rückgrat der Volkswirtschaft Papua-Neuguineas. Der Minenbetrieb hatte im Lauf der Jahre zu erheblichen ökologischen Zerstörungen und damit zur Gefährdung der materiellen Existenzgrundlage sowie der traditionalen Lebensweise der einheimischen Bevölkerung geführt. Nachdem Forderungen der lokalen landbesitzenden Clans im Minengebiet nach Kompensationen für die Umweltzerstörungen und nach Umweltschutzauflagen für den Minenbetrieb von seiten des Bergbaukonzerns und der Zentralregierung abgelehnt worden waren, legten (zumeist junge) Einheimische den Minenbetrieb durch Sabotageaktionen seit dem November 1988 still. Die Zentralregierung reagierte im März 1989 mit der Entsendung ihrer Streitkräfte, der Papua New Guinea Defence Forces (PNGDF). Mitglieder der Clans aus dem Minengebiet konstituierten die BRA, der Konflikt eskalierte in die Kriegsdimension.

Der BRA gelang es in der ersten Phase des Krieges, große Teile der Bevölkerung Bougainvilles auf ihre Seite zu ziehen und mit ihrer Guerillakriegführung militärische Erfolge gegen die personell und materiell überlegenen Regierungstruppen zu erzielen. Im März 1990 mußten sich die PNGDF nach einem Waffenstillstand sogar gänzlich aus Bougainville zurückziehen. Über die Insel wurde eine totale Blockade verhängt, an deren Folgen Tausende von Menschen starben. Als Reaktion auf die Blockade proklamierte die BRA im Mai 1990 einseitig die Unabhängigkeit der "Republik Bougainville" und etablierte eine eigene Regierung, das "Bougainville Interim Government" (BIG). Seit 1992 eroberten die Regierungstruppen nach und nach den größten Teil der Insel und insbesondere die Städte zurück. Sie wurden dabei unterstützt von einheimischen Kräften, den sog. Resistance Forces, die sich von der BRA abgespalten hatten. Die Resistance Forces werden von der papuanischen Regierung finanziert und ausgerüstet. Die BRA wurde auf Gebiete im Zentrum der Insel um die Panguna-Mine herum und auf einige Regionen im Süden zurückgedrängt.

Die Kampfhandlungen wurden immer wieder von Versuchen zu einer friedlichen Lösung des Konflikts begleitet bzw. unterbrochen, so zuletzt im Dezember 1995, als sich Vertreter der Zentralregierung, des BIG und des "Bougainville Transitional Government" (= die mit der Zentralregierung zusammenarbeitende Provinzregierung

Bougainvilles, die die politische Verantwortung in den von den Regierungstruppen kontrollierten Inselteilen innehat) im australischen Cairns unter Leitung von Vertretern der Vereinten Nationen und des Commonwealth-Sekretariats zu Gesprächen trafen. Man einigte sich u.a. auf eine Agenda für künftige Friedensverhandlungen. Eine nächste Gesprächsrunde wurde für März/April 1996 vereinbart. Dazu kam es jedoch nicht.

Intensivierung des Krieges 1996

Einen ersten schweren Rückschlag erhielten die Friedensbemühungen, als die Verhandlungsdelegation des BIG auf ihrer Rückkehr von den Gesprächen in Cairns Anfang Januar 1996 von Regierungstruppen überfallen wurde und die Delegationsmitglieder nur knapp mit dem Leben davonkamen. Die Zentralregierung erklärte diesen Zwischenfall zwar zum "Mißverständnis", doch wurde ihre Glaubwürdigkeit empfindlich erschüttert. Wenig später wurde dann auch noch von "Unbekannten" auf das humanitäre Unterstützungsbüro des BIG in der Hauptstadt der Salomonen, Honiara, ein Brandanschlag verübt; der BIG-Vertreter Martin Miriori, seine Familie und Freunde entkamen nur knapp den Flammen, und weil die salomonische Regierung nicht mehr für die Sicherheit Mirioris und seiner Familie garantieren konnte, mußten sie ins Exil in die Niederlande gehen.

Als die BRA ihre Aktivitäten in den folgenden Wochen auf den Norden Bougainvilles und die Nachbarinsel Buka - Gebiete, die in den Vorjahren als "ruhig" und "befriedet" gegolten hatten - ausdehnte, nahm die Zentralregierung in Port Moresby dies zum Anlaß, einen im September 1994 erklärten (allerdings zu keiner Zeit strikt befolgten) Waffenstillstand am 27. März 1996 offiziell für beendet zu erklären und den PNGDF wieder freie Hand auf der Insel zu lassen. Die Führung der BRA und die Mitglieder des BIG wurden einmal mehr zu "Kriminellen" erklärt, auf deren Ergreifung ein Kopfgeld ausgesetzt wurde. Damit war der im Vorjahr in Cairns eingeleitete Friedensprozeß zusammengebrochen.

Am 30. Juni 1996 eröffnete die Regierungsseite eine Großoffensive ("Operation High Speed II"), deren erklärtes Ziel die endgültige Vernichtung der BRA und die Eliminierung der Rebellenführung war. Die Offensive endete für die Regierungstruppen mit einem Desaster. Die Absicht, mit einer großangelegten Zangenbewegung die BRA im Gebiet der Panguna-Mine einzukesseln, scheiterte bereits im Ansatz. Die BRA begab sich sogar aus ihren unzugänglichen Schlupfwinkeln im bergigen Inselinneren heraus und stellte die Regierungstruppen im Küstentiefland in der Nähe des Flughafens Aropa. Nach mehrtägigen Gefechten mußten sich die PNGDF geschlagen zurückziehen. "Operation High Speed II" wurde Mitte August 1996 erfolglos abgebrochen.

Eine weitere schwere Niederlage erlitten die PNGDF am 11. September 1996. Beim sog. "Kangu Beach Massaker" wurde eine Einheit der Regierungstruppen völlig aufgerieben. Eine regierungsoffizielle Untersuchung des Geschehens ergab, daß mit den Regierungstruppen verbündete Resistance Forces für das Massaker verantwortlich waren. Diese rächten sich damit für Übergriffe der Regierungstruppen auf die Zivilbevölkerung des an der Kangu Beach gelegenen "care centres" - vor allem Belästigung und Vergewaltigung von Frauen und Mädchen. Die an der Aktion beteiligten Resistance Forces gingen zur BRA über; fünf gefangen genommene Soldaten befinden sich seither in der Hand der BRA.

Terror gegen die Zivilbevölkerung

Das "Kangu Beach Massaker" lenkte die Aufmerksamkeit auf die Zustände in den sog. "Care centres" - das sind Lager unter Kontrolle der Regierungstruppen, in denen die Zivilbevölkerung konzentriert wird, angeblich, um sie vor Übergriffen der BRA zu schützen und ihre medizinische, schulische usw. Versorgung zu gewährleisten. Es ist aber offensichtlich, daß der größte Teil der zur Zeit etwa 63.000 Menschen in diesen Lagern sich dort nicht freiwillig aufhält. Die Versorgungslage in den "care centres" ist notorisch schlecht, und die Menschen sind schutzlos den Übergriffen ihrer "Beschützer" von den Regierungstruppen ausgeliefert. Die BewohnerInnen der "care centres" sind quasi Geiseln in den Händen der Armee, die nach der Logik des "pay back" immer wieder unschuldige ZivilistInnen aus den Lagern leiden läßt, wenn die BRA den Regierungssoldaten einmal wieder eine Niederlage beigebracht hat. Vergewaltigungen, Folter, willkürliche Inhaftierungen und Ermordungen sind an der Tagesordnung. Das hat ein im Februar 1997 veröffentlichter Bericht von amnesty international belegt (s. Quellenhinweise).

Jene ca. 60.000 Menschen, die in den von der BRA kontrollierten Gebieten leben, leiden unter den Auswirkungen einer von den Regierungstruppen verhängten Blockade. Lebensmittel und andere Güter des

täglichen Bedarfs werden nicht ins "Freie Bougainville" hineingelassen; die Menschen werden bei der Bebauung ihrer Gärten immer wieder von den Regierungstruppen überfallen und müssen ein unstetes Leben im "Busch" führen. Insbesondere die Unterbindung jeglicher medizinischer Versorgung fordert zahlreiche Opfer. Schutzimpfungen für die Kinder können nicht vorgenommen werden, Medikamente fehlen fast vollständig. Es muß versucht werden, Kranke zur Behandlung auf die benachbarten Salomon-Inseln zu bringen. Das ist stets ein gefährliches Unterfangen, weil die papuanischen Truppen die Seegrenze zu den Salomonen mit Patrouillenbooten scharf kontrollieren und auch nicht davor zurückschrecken, auf salomonisches Territorium vorzudringen - in Verfolgung von BRA-Rebellen, wie es dann von offizieller Seite heißt. Gerade 1996 haben PNGDF-Soldaten Salomon-Inseln in der unmittelbaren Nachbarschaft von Bougainville öfters heimgesucht, dort Dörfer zerstört, salomonische StaatsbürgerInnen beraubt und getötet. Mehrfach ist es zu Gefechten zwischen papuanischen Regierungstruppen und salomonischen Sicherheitskräften gekommen. Die Beziehungen zwischen PNG und dem Nachbarstaat Salomonen sind daher äußerst gespannt. Die papuanische Regierung wirft den Salomonen Unterstützung der BRA vor. Das ist - was die Regierung betrifft - sicher nicht richtig. Allerdings genießt die BRA bei den Bewohnern der Bougainville nächstgelegenen Salomon-Inseln durchaus große Sympathien; das liegt nicht zuletzt an den vielfältigen verwandtschaftlichen Bindungen zwischen der Bevölkerung Bougainvilles und der benachbarten Salomonen. Erinnert sei daran, daß die Grenze zwischen Salomonen und dem zu PNG geschlagenen Bougainville Produkt der Kolonialgeschichte ist (das britische Imperium und das deutsche Kaiserreich hatten sich seinerzeit darauf verständigt, Bougainville zum deutschen Kolonialreich, die Salomonen zum britischen zu schlagen).

Schwierig ist auch die Lage jener Bougainvilleans, die aus unterschiedlichen Gründen die Insel während der letzten Jahre verlassen haben und in der Hauptstadt PNG's, Port Moresby, oder anderen Teilen des Landes leben. Sie sind immer wieder Diskriminierungen, Anfeindungen und Übergriffen ausgesetzt (wegen ihrer schwarzen Hautfarbe sind sie relativ leicht als Bougainvilleans auszumachen; sie sind "blackskins", im Gegensatz zu den "redskins" von der Hauptinsel Neuguinea). Nach den Ereignissen an der Kangu Beach, die die papuanische Regierung zunächst der BRA in die Schuhe geschoben hatte, entlud sich über den Bougainvilleans in PNG eine Terrorwelle. In Regionen und Dörfern, in denen Familien den Tod von Verwandten, die bei den Regierungstruppen gedient hatten, zu beklagen hatten, wurde als Vergeltung Jagd auf Bougainvilleans gemacht. Frauen wurden vergewaltigt, Männer zusammengeschlagen - und die Polizei schaute zu.

Zerschlagung von Friedenshoffnungen

Am 8. Oktober wurde der Premierminister des BTG, Theodore Miriung, im Dorf seiner Frau im Süden Bougainvilles ermordet. Diese Tat löste in PNG und international große Empörung aus, galt Miriung doch als Hoffnungsträger für eine friedliche Lösung des Konflikts. Ihm war es seit seinem Amtsantritt im April 1995 gelungen, sich glaubwürdig als Vermittler zwischen BIG/BRA und Zentralregierung zu etablieren; seine Vorschläge für eine weitgehende Autonomie Bougainvilles im Rahmen des papuanischen Staatsverbands genossen unter der Bevölkerung Bougainvilles große Unterstützung. Der Zentralregierung und der Armeeführung war er jedoch suspekt; immer wieder wurde der Verdacht bzw. Vorwurf geäußert, er stecke mit der BRA unter einer Decke. Schließlich hatte er bis zum Herbst 1994 im BRA-Gebiet gelebt und der BRA-Führung auch als juristischer Berater gedient; dann hatte er sich zusammen mit anderen lokalen Führern aus dem nördlichen Nasioi-Gebiet von BIG/BRA getrennt, weil diese seiner Meinung nach Friedensanstrengungen nicht mit dem nötigen Nachdruck betreiben würden. Auf der anderen Seite warfen ihm die hardliner in BIG/BRA gerade deswegen einen Abfall von der gemeinsamen Sache vor und argwöhnten, er würde gegenüber der Zentralregierung PNG's viel zu weich und kompromißbereit sein.

Zunächst beschuldigten sich beide Seiten - BRA und PNGDF - der Ermordung Miriungs. Die Untersuchung des Falles durch eine von der papuanischen Zentralregierung beim Commonwealth-Sekretariat angeforderte unabhängige Persönlichkeit - einen ehemaligen Richter aus Sri Lanka - ergab im Dezember 1996 jedoch, daß die örtliche Einheit der Regierungstruppen im Verein mit lokalen Resistance Fighters für den Mord verantwortlich war. Dieses Untersuchungsergebnis war ein weiterer schwerer Schlag für die Zentralregierung und ihre Armee. Konsequenzen wurden allerdings nicht gezogen, im Gegenteil: Die für den Mord verantwortliche Armeeeinheit blieb noch wochenlang in der Region stationiert, obwohl die örtliche Bevölkerung entschieden ihren Abzug forderte, weil sie Einschüchterung und Verfolgung von Zeugen fürchtete. Und die Mörder Miriungs wurden bisher immer noch nicht zur Rechenschaft gezogen; eine von der Regierung

versprochene strafrechtliche Verfolgung des Falles nach Recht und Gesetz wurde massiv behindert, wochen- und monatelang verschleppt und bis heute nicht zu einem Abschluß gebracht.

Überdies kam es im November und Dezember 1996 zu besonders schwerwiegenden Massakern der Regierungstruppen an der Zivilbevölkerung. So wurden am 1. Dezember 1996 bei einem Feuerüberfall auf eine Kirche während eines Gottesdienstes zwölf Menschen, darunter auch Kleinkinder, ermordet.

Chans Flucht nach vorn

Der Überfall auf die BIG-Delegation im Januar, das militärische Desaster im Sommer, das Kangu Beach Massaker im September, der Mord an Miriung im Oktober und schließlich die Massaker an der Zivilbevölkerung im November/Dezember haben die Zentralregierung in große politische Schwierigkeiten gebracht und die Regierungstruppen gründlich diskreditiert. Auf der anderen Seite wuchs nicht zuletzt wegen des Verhaltens der PNGDF die Unterstützung für die BRA in der Bevölkerung wieder an. Die BRA-Forderung nach dem vollständigen und bedingungslosen Abzug der PNGDF von der Insel fand zusehends Unterstützung. Der Wunsch nach Intervention einer dritten neutralen Partei - seien es die Vereinten Nationen, das Südpazifik-Forum, das Commonwealth-Sekretariat o.ä. - wurde zu Ende des Jahres 1996 von zahlreichen NGOs, Kirchen und (Oppositions-)Politikern in PNG geäußert. Eine solche Drittpartei-Intervention soll den Abzug der PNGDF, die Entwaffnung der BRA und die Aufnahme von Verhandlungen über eine friedliche Lösung des Konflikts ermöglichen. Während sich die BRA bzw. das BIG einem solchen Verfahren gegenüber aufgeschlossen zeigte, sträubte sich die Zentralregierung.

So war die Lage auf Bougainville am Ende des Jahres 1996 völlig verfahren. Da im Juni 1997 in PNG Neuwahlen anstehen, mußte die amtierende Regierung des Premierministers Chan sich dringend etwas einfallen lassen, wenn sie ihre Chancen, wiedergewählt zu werden, wahren wollte; zumal sich Politiker aus dem Lager der Opposition mit eigenen Initiativen zur Lösung des Problems Bougainville zu profilieren begannen. So gingen die in PNG populären Politiker John Momis (er ist selbst Bougainvillean) und Michael Somare (er gehört zu den "Gründungsvätern" des unabhängigen PNG, war selbst schon Premierminister und strebt dieses Amt wieder an) auf eigene Faust ins BRA-Gebiet, um die Freilassung der im September an der Kangu Beach gefangen genommenen Soldaten auszuhandeln und die Möglichkeiten neuerlicher Verhandlungen über eine Friedenslösung zu erkunden.

Chan blieben im Prinzip zwei Optionen: selber die Initiative zu einem Durchbruch in Richtung friedliche Lösung zu ergreifen und als Friedensstifter in den Wahlkampf zu gehen oder doch noch einen entscheidenden militärischen Schlag gegen die BRA zu organisieren und den Wahlkampf als militärischer Sieger zu bestreiten. Chan entschied sich für die zweite Option - und scheiterte kläglich.

Chan traute augenscheinlich seinen eigenen Streitkräften nicht mehr zu, gegen die BRA militärisch zu bestehen. Disziplin und Moral der Truppe waren auf einem Tiefpunkt, Kriegsmüdigkeit machte sich in den Streitkräften breit, nach dem Desaster von "Operation High Speed II" hatten sich wiederholt Einheiten geweigert, nach Bougainville zu gehen, und aus diesem Grunde waren Dutzende von Soldaten aus dem Militär entlassen worden. Außerdem waren Soldaten immer mehr dazu übergegangen, ihre Waffen und anderes Gerät auf dem schwarzen Markt zu verscherbeln, um so ihren niedrigen und oft nur mit Verzögerung ausgezahlten Sold aufzubessern. Angesichts dieses desolaten Zustands der eigenen Truppe schaute Chan sich auf dem internationalen Markt für solche Fälle um und entdeckte mit den Söldnerfirmen Sandline International (England) und Executive Outcomes (Südafrika) zwei Killer-Gesellschaften, die schon in Angola, Sierra Leone und anderswo erfolgreich die Drecksarbeit für Regierungen in Bedrängnis erledigt hatten - und die sich das ziemlich gut hatten bezahlen lassen, unter anderem mit Anteilen an den jeweiligen Bergbauprojekten. Nun - "Drecksarbeit" war auch auf Bougainville zu tun, und eine lukrative Mine konnte man als Belohnung auch bieten. Also kamen die Regierung Chan und Sandline International (die Executive Outcomes als Sub-Unternehmer mit ins Boot nahm) ins Geschäft. Chan beauftragte in einem Vertrag vom 31.1.1997 Sandline International, Männer und Gerät bereitzustellen, um die BRA zu schlagen, die Führung der BRA zu killen und die Panguna-Mine freizukämpfen und auf Dauer zu sichern. Dafür wollte Chan zunächst einmal 38 Millionen Kina (36 Mio US-Dollar) springen lassen. Die Hälfte dieser Summe wurde im voraus bezahlt. Selbstverständlich sollte die ganze Geschichte geheim bleiben. Doch daraus wurde nichts.

Söldner-Deal am Pranger

Am 22. Februar enthüllten australische Zeitungen das Söldnergeschäft im Nachbarland und eröffneten der erstaunten australischen, papuanischen und internationalen Öffentlichkeit, daß schon seit Mitte Februar rund einhundert Söldner in PNG seien und sich in einem abgelegenen Dschungelgebiet in der Provinz East Sepik bei der Stadt Wewak auf ihren Einsatz in Bougainville vorbereiten würden. Seither geht das Gerücht, daß der australische Geheimdienst den Journalisten die Söldner-Story gesteckt hat. Denn die australische Regierung, die über ihren Nachrichtendienst Wind von der Sache bekommen hatte, war mit dem Vorgehen der Regierung Chan ganz und gar nicht einverstanden. Dazu muß man wissen, daß die ehemalige Kolonialmacht Australien noch heute großen Einfluß auf PNG hat, insbesondere wegen der enormen Zuschüsse zu den papuanischen Staatsfinanzen, und daß insbesondere die papuanische Armee hinsichtlich Ausrüstung, Ausbildung und Bewaffnung völlig von australischer Militärhilfe (jährlich rund 12 Millionen australische Dollar) abhängig ist, also auch den Krieg auf Bougainville ohne australische Unterstützung nie und nimmer hätte führen können. Nun ist aber Australien offensichtlich zu der Einschätzung gelangt, daß es eine (rein) "militärische Lösung" der Bougainville-Krise nicht geben kann und setzt daher (auch) auf Verhandlungen. Aus diesem Grunde hatte die australische Seite schon "Operation High Speed II" vom Sommer 1996 heftig kritisiert, was zu nachhaltigen Verstimmungen zwischen beiden Ländern geführt hatte. Chans Versuch nun, ohne die Australier und mit Hilfe einer Söldnertruppe doch noch eine "militärische Lösung" herbeizuzwingen, mußte daher auf Ablehnung seitens der australischen Regierung stoßen.

Nachdem der Söldner-Deal aufgeflogen war, geriet die Regierung Chan innenpolitisch und international unter großen Druck. Nicht nur die australische Regierung, sondern auch Neuseeland und Großbritannien äußerten Besorgnis und Unverständnis. In PNG selbst brach ein Sturm der Entrüstung los. Insbesondere wurde die Geheimniskrämerei um den Deal kritisiert, es wurde gefragt, woher das Geld für die Bezahlung der Söldner gekommen sei (im offiziellen Staatshaushalt war es selbstverständlich nicht aufgetaucht), es wurde beklagt, daß man angesichts der sozialen Notlage in PNG allgemein und auf Bougainville im besonderen dieses Geld sehr viel dringender für zivile Zwecke benötigen würde, es wurde die Schande beschworen, die es für einen souveränen Staat bedeute, eine Söldnertruppe zur Lösung interner Konflikte anwerben zu müssen, und es wurde die Befürchtung geäußert, daß diese Söldner bei Erledigung ihres Auftrags in Bougainville sicher nicht zimperlich vorgehen würden, daß ihnen mithin viele unschuldige Bougainvilleans - die ja schließlich auch StaatsbürgerInnen PNG's seien - zum Opfer fallen würden. In Kreisen des Militärs wurde insbesondere mit Bitterkeit registriert, daß zwar für ausländische Söldner "Unsummen" ausgegeben würden, daß aber an Ausrüstung, Versorgung und Besoldung der eigenen Truppen rigoros gespart werde.

Die Regierung Chan versuchte im wesentlichen mit zwei Taktiken aus dem Schlammasel herauszukommen. Zum einen durch Beschwichtigung. Chan wurde nicht müde, wieder und wieder zu erklären, daß es sich bei Sandline International ja gar nicht um eine Söldnerfirma handele, sondern um eine Beraterfirma mit besonderer Kompetenz in Sicherheitsfragen, daß die Sandline-Leute nicht zum Kämpfen auf Bougainville eingesetzt werden sollten, sondern daß sie lediglich als "Ausbilder" und "Berater" der PNGDF tätig werden sollten. Nach der Veröffentlichung des Vertrags mit Sandline (s. The Independent vom 21.3.1997, S.1ff) erwiesen sich alle diese Beschwichtigungen als glatte Lügen.

Zum zweiten versuchte Chan, eine nationalistische Welle gegen die Einmischung von außen loszutreten nach dem Motto: Die Australier und die anderen Ausländer haben uns gar nichts zu sagen, wir als souveräne Nation können selbst bestimmen, wie wir unsere internen Probleme lösen wollen, und dabei können wir zusammenarbeiten, mit wem wir wollen. Aber auch das verfing nicht, zumal nach und nach immer skandalösere Umstände des Deals ans Licht kamen. Nicht nur, daß sich Regierungsmitglieder im Zusammenhang des Deals wohl massiv persönlich bereicherten (das war angesichts der notorischen Korruptheit der politischen Klasse in PNG nicht weiter verwunderlich), sondern plötzlich wollte die Regierung auch von CRA die Anteile an der Panguna-Mine kaufen. Der Verdacht lag nahe, daß damit den Sandline-Killern die Möglichkeit gegeben werden sollte, selber an Anteile der Mine auf Bougainville heranzukommen.

Am Rande des Bürgerkriegs

Das alles löste in der papuanischen Bevölkerung, die ohnehin angesichts der ökonomischen und sozialen Krise im Lande und der Unfähigkeit der politischen Klasse die Schnauze gestrichen voll hatte, allerhöchsten Unmut aus. Zum Verhängnis wurde Chan dann allerdings, daß sich der Oberbefehlshaber der PNGDF, General Singirok, an die Spitze des Protestes setzte.

Am Montag, dem 17. März, erklärte er, daß der Sandline-Deal verfassungswidrig sei, daß die Streitkräfte nicht zu diesem Deal stünden und eine Kooperation mit den Söldnern ablehnen würden; er habe Anweisung an seine Soldaten erteilt, jegliche Zusammenarbeit mit den Söldnern einzustellen. Er forderte die Ausweisung der Söldner und eine Untersuchung der Sandline-Affäre sowie generell der Korruption in den Kreisen der politischen Klasse PNG's, und schließlich forderte er Chan und dessen engste Mitstreiter, Vizepremier Havieta und Verteidigungsminister Ijape, zum Rücktritt innerhalb von 48 Stunden auf.

Von nun an überstürzten sich die Ereignisse. Chan wies diese Einmischung der Militärführung in die Politik zurück, sprach von versuchtem Militärputsch, erklärte Singirok für abgesetzt und ernannte einen neuen Oberbefehlshaber. Singirok akzeptierte zwar die Absetzung, blieb aber in seinem Hauptquartier in den Kasernen von Port Moresby. Offiziere und Soldaten versicherten ihm ihre Loyalität und Unterstützung.

In der Hauptstadt gingen in den folgenden Tagen auf Aufforderung von Studentenorganisationen und Menschenrechts-NGOs Tausende von Menschen für Singirok und gegen Chan und die Söldner auf die Straße. Im Zusammenhang mit den Massendemonstrationen kam es seit Mittwoch, dem 19. März, auch zu Krawallen, Brandstiftungen und Plünderungen von Supermärkten; Schulen, Banken und Geschäfte schlossen, die Verkehrsbetriebe stellten den Betrieb ein. Eine bürgerkriegsähnliche Situation begann sich zu entwickeln, zumal sich Soldaten an den Demostrationen beteiligten, während die Polizei loyal auf Chans Seite zu stehen schien und hart gegen die DemonstrantInnen vorging, u.a. unter Einsatz von Tränengas und Abgabe von Warnschüssen.

Mittlerweile setzten in Wewak Singirok-treue Soldaten die Sandline-Söldner fest (jetzt war die Rede von 70 Mann, großteils Südafrikaner, einige Äthiopier und Briten). Sie wurden am Freitag, den 21. März, unter militärischer Bewachung zum Flughafen von Port Moresby gebracht ("Operation Rausim Kwik") und nach rund vierwöchigem Aufenthalt in PNG nach Südafrika ausgeflogen. Einzig ihr Chef, Tim Spicer, wurde wegen "illegalen Waffenbesitzes" der Polizei übergeben und in Untersuchungshaft genommen (nachdem er vor dem Untersuchungsausschuß zum Sandline-Deal (s.u.) ausgesagt hatte, durfte er das Land am 8.April verlassen).

Am Freitag, den 21. März, wiederholte Singirok seine Forderung nach Rücktritt Chans und setzte ihm dafür eine Frist von vier Tagen. Der Premierminister hatte zwar am Donnerstag den Sandline-Vertrag gekündigt und billigte die Ausweisung der Söldner, auch versprach er die Einsetzung einer Untersuchungskommission, einen Rücktritt aber lehnte er weiterhin ab.

In dieser angespannten Situation forderte auch die Opposition im Parlament den Rücktritt Chans. Auf einer Parlamentssitzung am Dienstag, den 25. März, wurde ein entsprechender Antrag jedoch von der Parlamentsmehrheit abgelehnt. Während dieser Sitzung hatte sich eine Menge von mehreren tausend Menschen - darunter wiederum sehr viele Soldaten - um das Parlamentsgebäude herum versammelt, die nach der Verkündung des Abstimmungsergebnisses ihre Wut und Enttäuschung massiv zum Ausdruck brachte. Die Polizei hielt sich diesmal auffallend zurück, und so konnten die DemonstrantInnen alle Ausgänge des Parlaments blockieren. Sie erklärten, daß sie erst weichen würden, wenn Chan zurückgetreten sei. In der Folge übernahmen schwer bewaffnete Soldaten die Kontrolle der Ausgänge und ließen alsbald niemanden mehr heraus. Abgeordnete und Regierung waren eingesperrt.

In der Nacht vom 25. auf den 26. März und am folgenden Morgen stand die Situation mehrfach auf des Messers Schneide. Es scheint, daß einige militärische Einheiten gewillt waren, ins Parlament einzudringen. Das hätte zu einem Blutbad führen können, zumal sich augenscheinlich Politiker der Regierungsmehrheit mit Waffen versehen hatten und sich im Parlament verteidigen wollten. Einige "unzuverlässige" Einheiten wurden von den Parlamentseingängen abgezogen und durch andere, "besonnenere" ersetzt. Eine Eskalation konnte vermieden werden. Aber im Verlaufe des Vormittags wurde deutlich, daß die Massen nicht von der Belagerung des Parlaments ablassen würden. DemonstrantInnen und Soldaten erfuhren eine herzliche und entschiedene Unterstützung von der Bevölkerung der umgebenden Viertel (Versorgung mit Wasser, Nahrungsmitteln usw.). Angesichts dieser Entschlossenheit blieb Chan am Nachmittag des 26. März nichts weiter übrig, als vor einer Versammlung völlig entnervter und erschöpfter Parlamentarier seinen Rücktritt zu erklären; Havieta und Ijape folgten. DemonstrantInnen und Soldaten zogen daraufhin jubelnd vom Parlament ab und im Triumphzug durch die Hauptstadt.

Wie weiter?

Nach dem Rücktritt Chans entspannte sich die Lage rasch. Für die Zeit bis zu den Neuwahlen wurde eine geschäftsführende Regierung unter dem Bergbauminister Giheno etabliert. Die Untersuchungskommission hat ihre Arbeit aufgenommen. Erste Ergebnisse lassen in einen Abgrund von politischer Niedertracht blicken. Offen ist, wie sich die Dinge bis zu den Wahlen weiter entwickeln werden, ob an dem angepeilten Wahltermin festgehalten werden wird und ob der Wahlkampf ohne größere gewaltsame Konfrontationen über die Bühne gehen wird. Fest scheint zu stehen, daß bis zu den Wahlen neue Impulse für eine Lösung des Bougainville-Konflikts nicht zu erwarten sind. BIG/BRA sind - obwohl an den Ereignissen in PNG nicht direkt beteiligt - gestärkt aus der Krise hervorgegangen. Denn die papuanische Öffentlichkeit ist es offensichtlich leid, Regierungen zu dulden, die dem Wahn einer "militärischen Lösung" des Problems anhängen. Und auch die Soldaten der PNGDF scheinen keine große Lust mehr zu verspüren, ihr Leben für eine durch und durch korrupte politische Klasse und für eine verlorene Sache zu riskieren.

Gleichwohl bleibt das Problem einer politischen Regelung des Konflikts. Noch stehen sich unvereinbare politische Positionen der Kontrahenten gegenüber:

- BRA und BIG bestehen auf dem "Recht auf Selbstbestimmung" für das "Volk" von Bougainville und auf der politischen Unabhängigkeit; sie fordern den Abzug der PNGDF als Vorbedingung für Friedensverhandlungen; die Panguna-Mine soll stillgelegt bleiben.

- Das BTG unter Miriung strebte ein Höchstmaß an Autonomie für Bougainville innerhalb PNGs an; die BRA sollte die Waffen niederlegen, dann könnten auch die PNGDF abgezogen werden; über die Mine sollte später entschieden werden. Das BTG ist durch die Ermordung Miriungs allerdings entscheidend geschwächt worden, seinem am 18.11.96 gewählten Nachfolger Sinato wird allgemein nicht zugetraut, Miriungs Rolle zu übernehmen.

- Die Zentralregierung lehnt sowohl Unabhängigkeit als auch Autonomie für Bougainville ab, sie besteht auf der "Souveränität und territorialen Integrität" PNGs und lehnt demgemäß auch die "Einmischung" Dritter in den Konflikt ab. Sie verlangt von der BRA die Kapitulation sowie die Wiederaufnahme des Betriebs der Panguna-Mine.

Kleiner Nachtrag

Vor der Untersuchungskommission hat General Singirok ausgesagt, er habe letztes Jahr mit bundesdeutschen Regierungsstellen über Militärhilfe in Höhe von rund 24 Mio US-Dollar verhandelt; die Sache sei so gut wie perfekt gewesen, dann aber sei der Sandline-Deal dazwischen gekommen. Bundesdeutsche Unterstützung bei der Bekämpfung der BRA? Das würde der ganzen Geschichte eine völlig neue Dimension geben. ak wird an der Sache dran bleiben. Fortsetzung folgt bestimmt.

Vo

Quellen:

amnesty international: Papua New Guinea. Bougainville: The Forgotten Human Rights Tragedy. Februar 1997

Regan, A.J.: The Bougainville Conflict. Port Moresby, October 1996.

Ferner die Ausgaben der letzten Monate und Wochen von Pacific News Bulletin, The Independent (Port Moresby) sowie massig Stoff aus dem Internet (Dank an nb, Braunschweig).

# 22. Harte Urteile gegen indonesische GewerkschafterInnen

Autor: Watch Indonesia · Rubrik: Indonesien · CD-Datei: daten/aksuche/ak402/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:402:31

Am Dienstag, den 22.4.1997, wurde die Gewerkschaftsführerin Dita Sari (25) in Surabaya, Ostjava zu sechs Jahren Haft verurteilt. Der Mitangeklage Coen Husein Pontoh (27) muß für vier Jahre hinter Gitter. In einem abgetrennten Verfahren fiel tags darauf das Urteil gegen einen weiteren Angeklagten, Mohamad Soleh (23). Er wurde ebenfalls mit einer vierjährigen Gefängnisstrafe belegt. Alle drei gehören der im Mai 1996 gegründeten Volksdemokratischen Partei (PRD) an, die seit Sommer vergangenen Jahres der massiven Verfolgung durch den indonesischen Repressionsapparat ausgesetzt ist.

Dita Sari ist Vorsitzende der von der Regierung als illegal eingestuften Gewerkschaft PPBI. Zusammen mit Coen Husein Pontoh, Mohamad Soleh und weiteren Gesinnungsgenossen hatte sie am 8.Juli 1996 einen friedlichen Streik von ca. 15.000 ArbeiterInnen aus zehn Fabriken in Surabaya angeführt. Militäreinheiten gingen mit äußerster Brutalität gegen die Streikenden vor. Mehrere Dutzend DemonstrantInnen wurden verletzt, zahlreiche weitere festgenommen.

Die Streikenden hatten bessere Arbeitsbedingungen und die Einführung eines nationalen Mindestlohnes in Höhe von 7.000 Rupiah täglich gefordert - umgerechnet etwa DM 4,70. Diese Forderung wurde von indonesischen Regierungsvertretern und Unternehmern wiederholt als "unmäßig und unverantwortlich" zurückgewiesen. Daneben hatten die Streikenden - größtenteils Arbeiterinnen - ein sofortiges Ende der Einmischung des Militärs in Arbeitskämpfe und das Recht auf Bildung freier Gewerkschaften gefordert. Seit Gründung der unabhängigen Gewerkschaft PPBI 1994 gehört dies bei einer Vielzahl von Streikaktionen in verschiedenen Städten Javas zu den festen Forderungen.

Vereinzelt beschuldigten die Streikenden in Surabaya Regierung und Militär auch des Massenmordes an 2 Millionen (angeblichen) KommunistInnen in der Zeit nach General Suhartos Machtübernahme 1965. Damit stellten sie die Grundfesten des seither herrschenden politischen Systems in Frage. Gleichwohl sollten die Festgenommenen zunächst "nur" nach dem Strafgesetzbuch wegen "Aufwiegelung" zur Verantwortung gezogen werden.

Nachdem regierungsnahe Kräfte allerdings drei Wochen nach dem Streik, am 27. Juli 1996, mit dem blutigen Überfall auf das Gebäude der oppositionellen Demokratischen Partei (PDI) in Jakarta die größten Massenproteste seit mehr als 20 Jahren ausgelöst hatten, war die Regierung schnell dabei, ausgerechnet die kleine und junge Partei PRD als Urheber der Unruhen zu beschuldigen. In den folgenden Wochen kam es zu einer wahren Hexenjagd auf Mitglieder und Sympathisanten der PRD, die weit über die PRD hinaus die gesamte Demokratiebewegung des Landes paralysierte. Führende Köpfe der PRD und andere Oppositionelle wurden festgenommen und der Subversion beschuldigt. Im Falle einer Verurteilung steht auf diese Anschuldigung als Höchstmaß die Todesstrafe.

Im Zuge dieser Entwicklung wurde nun auch gegen die zum Zeitpunkt der Unruhen in Jakarta längst im Gefängnis von Surabaya einsitzenden StreikführerInnen vom 8. Juli Anklage wegen Subversion erhoben. Im Dezember 1996 wurde schließlich der Prozeß eröffnet, dessen Verlauf alles andere als rechtsstaatlichen Prinzipien genügte. So wurde beispielsweise versucht, andere, inzwischen selbst angeklagte PRD-Mitglieder als Belastungszeugen im Prozeß gegen Dita Sari, Coen Pontoh und Mohamad Soleh zur Aussage zu zwingen. Als einer von ihnen, M. Sainal Abidin, vor Gericht seine Aussage machte, wurde er vom Richter barsch unterbrochen, nachdem er angefangen hatte zu beschreiben, wie er selbst festgenommen und von Militärs so heftig geschlagen worden war, daß sein Gehör aussetzte. Abidin konnte dennoch fortfahren zu erklären, er habe die Festnahme der Angeklagten Dita Sari nicht mehr mitbekommen, da er zu dem Zeitpunkt bereits bewußtlos geschlagen war.

Von solchen Schilderungen sichtlich unbeeindruckt, konzentrierte sich der Staatsanwalt darauf, die Schwere des Vergehens von Dita Sari und ihren Mitangeklagten zu unterstreichen. Nicht nur durch die verschiedenen Streikaktionen habe Dita Sari ihr umstürzlerisches Wesen unter Beweis gestellt, nein, auch beim Prozeß gegen den amtsenthobenen Parlamentarier Sri-Bintang Pamungkas, der angeklagt war, bei einer Rede in Berlin den indonesischen Präsidenten Suharto beleidigt zu haben, sei sie aufgetreten und habe dessen

Freispruch gefordert. Zudem habe sie an einer Versammlung von Studenten in Jakarta mitgewirkt, auf der darüber diskutiert worden war, wie die unabhängige Beobachtung der anstehenden Wahlen zum Erfolg geführt werden könne. Und nicht zuletzt habe sie bei anderer Gelegenheit eine Kerze entzündet, um der Opfer des Santa-Cruz-Massakers in Ost-Timor zu gedenken, und dabei ein Referendum über den Status der von Indonesien annektierten Inselhälfte gefordert.

Angesichts des frostigen politischen Klimas, das Indonesien seit den Geschehnissen vom 27. Juli 1996 kennzeichnet, bestand keine Hoffnung darauf, daß das Gericht gegen Dita Sari und ihre Mitangeklagten Milde walten lassen würde. Mit den nun gefällten Urteilen blieb das Gericht nur geringfügig unter der Forderung der Staatsanwaltschaft, die auf acht, sechs und fünf Jahre Haft plädiert hatte. Etwas mehr als einen Monat vor dem Ritual der (Pseudo-)Parlamentswahlen ist das verhängte Strafmaß als deutliche Warnung an alle zu verstehen, die mit demokratischen Mitteln versuchen könnten, die Wahlen zu "stören".

In einer vielbeachteten Rede erklärte Präsident Suharto Anfang März, er werde allen das "Genick brechen", die ihn mit "nicht-verfassungsgemäßen" Mitteln stürzen wollten.

Elf weitere Mitglieder der PRD sowie der Generalsekretär der unabhängigen Gewerkschaft SBSI und der Politiker Sri-Bintang Pamungkas sind zur Zeit ebenfalls wegen Subversion angeklagt.

Damit sitzt die Führungsspitze der beiden bekanntesten unabhängigen Gewerkschaften im Gefängnis. Zu den in den vergangenen Jahren unter ihrer Leitung bestreikten Unternehmen gehörte auch die Textilfirma PT Sritex. Diese Firma machte erst kürzlich wieder von sich reden, als es ihr gelang, einen Großauftrag aus Deutschland an Land zu ziehen: die Fertigung von Uniformen für die Bundeswehr.

Watch Indonesia

# 23. Leichen im Keller. Die deutsch-iranischen Beziehungen

Autor: Thomas W. Klein, Michael Ecker · Rubrik: Außenpolitik der BRD; Iran · CD-Datei: daten/aksuche/ak402/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:402:04

Nach Ansicht der US-amerikanischen Außenministerin Albright ist die Politik des "kritischen Dialogs" mit Teheran erfolglos, "weil sie nichts bringt". Einer solchen Darstellung widerspricht Außenminister Kinkel mit Recht: Zwar befinden sich die Beziehungen mit dem Iran z.Z. in einer schwierigen Phase, aber sowohl in wirtschafts- als auch in machtpolitischer Hinsicht ist die Zusammenarbeit mit dem Regime in Teheran für die Bundesregierung kein erfolgloses Kapitel deutscher Außenpolitik. Während die USA in der Nahost- und Golf-Region auf den sich säkular gebenden NATO-Partner Türkei setzt, versucht die Bundesregierung doppelgleisig zu fahren und läßt sich auch durch noch so herbe Rückschläge nicht von dieser Linie abbringen. Die Äußerungen Kinkels der letzten Tage zeigen klar, daß die Bundesregierung nicht gewillt ist, ihre Politik grundlegend zu ändern. Und daß diese gelegentlich als "Handel mit den Henkern" (Die Zeit) charakterisiert wird (1), scheint Kohl, Kinkel und andere Regierungsvertreter nicht sonderlich zu stören.

Deutschland ist als erfolgreiche Handels- und Exportnation weithin bekannt. Im Fall Iran jedoch schrieb sie - auch für ihre Verhältnisse - eine Erfolgsgeschichte besonderer Art. Bereits zu Schah-Zeiten ein wichtiger Handelspartner des Iran, der sich nicht zuletzt als Lieferant von Militär- und Polizeiausrüstung hervortat, gelang es der BRD nach der islamischen Revolution, die Konkurrenz weit hinter sich zu lassen. Im Gegensatz zu allen anderen "Partnern" des Schah-Regimes knüpfte die BRD, schon bald nach dem Umsturz, wieder an die alten Handelsbeziehungen an. Selbst während des von 1980 bis 1988 tobenden ersten Golfkriegs war die wirtschaftliche und auch die rüstungspolitische Zusammenarbeit außerordentlich gut. Devise: Ein Kriegsgebiet ist kein Spannungsgebiet - Waffenlieferungen sind möglich. 1983 erreichten die deutschen Exporte in den Iran den Rekordwert von über sieben Milliarden Mark, womit der Iran noch vor der Türkei vorübergehend zum wichtigsten Handelspartner Deutschlands in der Region wurde. Den guten wirtschaftlichen und politischen Beziehungen taten auch leichte Mißstimmungen keinen Abbruch, als z.B. fast zeitgleich mit den Lieferungen von Titan-Kässbohrer-Panzertransportern an den Iran ebensolche der Firmen Faun und Magirus-Deutz an den Irak gingen. Ähnliche Fälle gab es einige; so lieferte Mercedes-Benz zwischen 1976 und 1886 nahezu 6.800 militärtaugliche Fahrzeuge an den Irak und über 12.000 an den Iran, darunter neben unzähligen Unimogs verschiedener Typen auch Zugfahrzeuge für Raketentransporter. Die damals noch bundeseigene Firma Fritz Werner, vormals Hoflieferant des Schahs und seines Geheimdienstes Savak in Sachen Polizeiausrüstung und Waffenproduktionsanlagen, lieferte an beide kriegsführenden Länder Anlagen und Know-how zur Produktion von Panzerfäusten. Eine Reihe deutscher Firmen half beiden Ländern beim Aufbau der dringend benötigten, eigenen Rüstungsindustrie. Als folgenschwer erwiesen sich die Lieferungen von Anlagen zur Pestizidproduktion an den Irak. Da die Iraner etwas benachteiligt waren, erhielten sie zum Ausgleich eine größe Anzahl Gasmasken. Diese konnten sie in der Folgezeit gut gebrauchen, denn dank deutscher Hilfe verfügte Saddam Hussein am Ende des Golfkrieges über tödliches Giftgas. Während sich die iranischen Soldaten mehr schlecht als recht mit Gasmasken aus Deutschland vor den in deutsch-irakischer Zusammenarbeit entstandenen "neuen Waffen" schützten, bezahlten mehrere Tausend Kurden im Norden Iraks den "Giftgas-Deal" mit ihrem Leben.

Es überrascht nicht, daß deutsche Firmen nach Ende des ersten Golfkriegs in hohem Umfang von den Wiederaufbauanstrengungen des Iran profitierten, nachdem sich die gegenseitigen Beziehungen während des Krieges so bewährt hatten. Anfang der 90er Jahre stiegen die deutschen Exporte in den Iran sehr stark an, bis sie 1992 mit fast acht Milliarden Mark eine neue Rekordmarke erreichten. Damit war der Iran nach den USA und Japan und noch vor der Türkei und der VR China wieder zu einem der wichtigsten außereuropäischen Handelspartner der Bundesrepublik aufgestiegen. Seit 1992 aber geriet der Iran vor allem aufgrund sinkender Ölpreise und eines kostspieligen Aufrüstungsprogramms zunehmend in Zahlungsschwierigkeiten: 1991 investierte Teheran zwölf Milliarden Dollar in seine Rüstung (2). Das waren 70% seiner Öleinnahmen, was deutlich macht, daß im Kampf um die Vormachtstellung in der Region das Mullah-Regime auf die militärische Karte setzt. Nachdem die Steigerung von Finanzmitteln für die Rüstung (im Staatsbudget von 1992 waren 14,5 Milliarden Dollar und für die Zeit bis 1995 insgesamt etwa 50 Milliarden Dollar veranschlagt) ins Stocken geriet, mußte Teheran seine ehrgeizigen Pläne zeitlich strecken.

Daß die "bombigen Geschäfte mit Teheran" auch bis in die jüngste Zeit reichen, belegen aktuelle Recherchen: Der Stern berichtet dieser Tage, daß "120 deutsche Firmen" das Regime heimlich beliefern: "Schockiert waren deutsche Ermittlungsbehörden, als sie feststellen mußten, daß der Iran sein Horrorarsenal offenbar auch um biologische Waffen erweitern will. Dafür spricht der verstärkte Einkauf von Fermentier-Behältern und Nährflüssigkeiten für die Züchtung von Bakterien und Pilzen. Einkäufe werden von der Bundesrepublik finanziell gestützt. Seit 1993 hat Teheran aus Deutschland Kredite in Höhe von rund fünf Milliarden Mark erhalten, verbürgt durch die Hermes-Versicherung, an der auch der Bund beteiligt ist" (3). Bereits seit Ende der 80er Jahre gibt es bezüglich einer möglichen Giftgasproduktion im Iran alarmierende Anzeichen. Nach Angaben von Gutachtern kann die Lieferung einer sog. Formulierungsanlage für Pestizide für eine Chemieanlage in Ghaswin durch Bayer Leverkusen den Iran in die Lage versetzen, sowohl Pflanzenschutzmittel als auch Kampfgase zu produzieren (4). Diese Angaben befinden sich in Übereinstimmung mit der Ansicht eines Experten des Londoner Instituts für strategische Studien: "Jedes Land mit einer Produktion von Pestiziden hat Material in der Hand, das chemischen Waffen verwandt ist" (5). Was dazu aktuell publik wird, droht die Fortsetzung einer unrühmlichen deutschen Geschichte der letzten Jahre zu werden. Nach Saddam könnte nun auch der Iran seinen "Hauptfeind Israel" mit Giftgas bedrohen, zu dessen Produktion deutsche Firmen entscheidend beigetragen haben: "Die deutschen Ermittlungsbehörden verfügen über Informationen, daß in Karaj nordwestlich von Teheran bereits Kampfgas hergestellt wird" (6). Zu derartigen "Horrorarsenalen" hat die Bundesrepublik in der Vergangenheit einiges beigetragen. Kredite, verbürgt mit Hermes-Versicherungen, an denen der Bund beteiligt ist, sind dabei eine noch vergleichsweise harmlose Form des deutsch-iranischen Handels. Denn soviel steht fest: bei den Beziehungen Bonn-Teheran hat nicht nur das iranische Außenministerium einige Leichen im Keller.

Thomas W. Klein, Michael Ecker

Quellen:

(1) vgl.: Michael Stoessinger, Handel mit den Henkern; Die Zeit 7.1.94; (2) FR 4.5.92; (3) Stern 17.4.97; (4) Der Spiegel 21.11.89, SZ 22.1.91; (5) Taz 23.3.88; (6) Stern 17.4.97

Michael Ecker ist Vorstandsvorsitzender der Kampagne gegen Rüstungsexport/Wiesbaden (vorm.: Idstein);

Thomas W. Klein ist Soziologe und in der Friedensforschung tätig

Kontakt über: Kampagne gegen Rüstungsexport,Tel.: 0611/910 23 50

# 24. Zum Abschuß freigegeben. Der angekündigte Mord an Yitzhak Rabin

*Der angekündigte Mord an Yitzhak Rabin - von Amnon Kapeliuk*

Autor: Amnon Kapeliuk · Rubrik: Israel / Palästina; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak402/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:402:09

Am 4. November 1995 wurde der israelische Ministerpräsident Yitzhak Rabin von dem jüdischen Rechtsextremisten Yigal Amir ermordet. In dem folgenden Artikel beschreibt Amnon Kapeliuk die Vorgeschichte der Tat, insbesondere die Mordhetze der israelischen Rechten. Der Beitrag ist ein Vorabdruck aus Kapeliuks Buch "Rabin. Ein politischer Mord", das der Heidelberger Palmyra Verlag demnächst ausliefern wird. Wir danken für die Genehmigung zum Abdruck.

Mehr als alles andere erinnert der Mord an Rabin an die Ermordung von Haim Arlosoroff, dem Leiter der politischen Abteilung der Jewish Agency in Palästina zur britischen Mandatszeit im Jahre 1933. Dies war der damals bedeutsamste politische Mord, auch er begangen aufgrund einer Gewaltkampagne, in der unter anderem zur "Liquidierung des Verräters", das heißt zum Mord an Haim Arlosoroff aufgerufen worden war; die jüdische extreme Rechte in Palästina kritisierte fortdauernd seine liberale Haltung. Arlosoroff wurde am 16. Juni 1933 von einem Juden ebenfalls mit Dum-Dum-Geschossen getötet, als er mit seiner Frau am Strand von Tel Aviv einen Spaziergang machte. Man braucht nur die Veröffentlichungen der extremen Rechten aus jener Zeit zu lesen, um eine erstaunliche Ähnlichkeit mit den Ereignissen von 1995 festzustellen. Es empfiehlt sich die Lektüre der Wochenzeitung Die Volksfront des Bundes der Gewalttätigen (Brit Habirionim) - er trägt den Namen der Zeloten, die in der Antike gegen die Römer kämpften -, um zu verstehen, was sich im Anschluß daran ereignete. Die extreme Rechte führte eine scharfe Kampagne gegen Arlosoroff und stellte ihn gern als Verräter dar, weil er sowohl mit Hitler als auch mit Stalin einen Pakt geschlossen hatte. Er wurde einmal als proenglisch, dann wieder als proarabisch bezeichnet. Am Morgen nach dem Mord erschien ein beispiellos brutaler Artikel in dieser Wochenzeitung, in dem Arlosoroff vorgeworfen wurde, das Land gegen Geld an Hitler verkauft zu haben: "Wer die Ehre des jüdischen Volkes verkauft, für den gibt es kein Pardon. Das Volk wird auf diese Schandtat schon die richtige Antwort finden." Arlosoroffs Frau identifizierte die beiden Attentäter; sie waren Mitglieder des Bundes der Gewalttätigen. Einer wurde zum Tode verurteilt, aber nach dem damals im Land gültigen türkischen Recht benötigte man zwei Zeugen, und es gab nur einen, die Frau des Opfers.

Yitzhak Ben-Aharon, ein prominentes Mitglied der Arbeitspartei, schrieb, er habe im Jahr vor Rabins Ermordung das gleiche Trauma durchlebt wie 50 Jahre davor. "Das Szenario vor dem Mord an Arlosoroff glich aufs Haar dem vor dem 4. November 1995." Vor Rabins Ermordung hatte Ben-Aharon in einem Artikel an die Ereignisse von 1933 erinnert. Damit wollte er seine Mitbürger auf die Möglichkeit eines neuerlichen politischen Mordes aufmerksam machen.

Gleich nach dem Mord sagte Lea Rabin: "Sobald ich begriff, daß hier ein Attentat stattgefunden hat, kam mir der Gedanke: Hier wiederholt sich das gleiche Szenario wie bei Haim Arlosoroffs Ermordung. Damals wurde eine ungezügelte Kampagne gegen ihn geführt, und jemand war bereit, den Mord auszuführen. Wer auf meinen Mann schoß, tat es, weil er wußte, daß die Extremisten geschlossen hinter ihm standen."

Aber im Gegensatz zum Mordfall Arlosoroff wurde der Mörder diesmal gefaßt. Man kann sich mühelos die Reaktionen und Kommentare vorstellen, wenn es ihm gelungen wäre, zu entkommen. In Arlosoroffs Fall behauptete die Rechte, die Araber seien die Schuldigen.

Rechte Schmutzkampagne gegen Rabin

Die nationalistische Rechte begann mit dem Druck von Anti-Rabin-Aufklebern. Man fand sie an Wänden und Autos, Schaufenstern und Studententaschen. Es gab außerdem Graffiti, Spruchbänder und Parolen auf den Demonstrationen, auf denen die Propaganda der Rechten entfesselt wurde. Hier einige Beispiele unzähliger Parolen, an denen man den giftigen Ton erkennen kann und die fast alle aus dem Jahr 1995 stammen:

"Das Volk gegen den Verrat", "Das Volk gegen Rabin", "Rabin, Verräter!", "Rabin wegen Verrats vor Gericht!", "Rabin, Mörder!" (...) "Die Tage des Tyrannen sind gezählt", "Rabin, scher Dich zum Teufel!", "Mit Blut und Feuer verjagen wir Dich, Rabin" (von der Menschenmenge auf Demonstrationen skandiert), (...) "Rabin

kollaboriert mit dem Kriegsverbrecher Yassir Arafat" (unter einer Karikatur Rabins, auf der er Arafat die Hand gibt und sich danach seine blutige Hand wäscht) und "Rabin verkauft unser Vaterland". Die Regierung wird meistens als "die Bande an der Macht", "die Verbrecherbande" oder auch als "die blutige Regierung" bezeichnet. Rabin heißt auch "Ceausescu" oder "Rabin, der ‚Ingenieur`" (der Yahya Ayasch gegebene Beiname; als Bombenbauer der Hamas verursachte er den Tod von Dutzenden von Israelis bei Anschlägen in Israel; das stand über einem Bild, auf dem Rabin eine Kuffiye trägt).

Viele Parolen spielten auf die Nazizeit an: "Der Vertrag mit Arafat ist der Vertrag von München", "Der Vertrag mit Arafat ist der Ribbentrop-Molotow-Pakt, aber Stalin hat Hitler nicht die Hand gereicht", "Rabin - Quisling", "Rabin - Pétain", "Rabin geht auf Hitlers Weg", "Rabin, der Vorsitzende des Judenrates", "Rabin, der Kapo", "Rabin, der Judenrat, hilft uns in die Züge" (die die Juden in die Todeslager brachten), "Mündet Oslo in den Gaskammern?", "Rabin führt das Land in einen neuen Holocaust", "Rabin schiebt uns nach Auschwitz ab". Und auch das: "Rabin ist Aschmodai" (in der jüdischen Mythologie der König der Dämonen).

Zehn Tage vor der Ermordung wurden in den Siedlungen im Westjordanland Flugblätter mit einer gefälschten Todesanzeige (Rabin habe Selbstmord begangen) verteilt. Das Datum war noch offen, darunter stand: "Rabin! Trag selbst schnellstens das Datum ein. Wir werden Deiner als des ersten Friedensopfers gedenken." Auch Broschüren waren im Umlauf, so die des "Generalstabs im Kampf gegen das Projekt palästinensische Autonomie", in der es unter anderem hieß: "Rabin, ein ruhmreicher Generalstabschef? Marschall Pétain, der Held von Verdun, war glorreicher als er. Ist Rabin mit demokratischen Mitteln an die Macht gekommen? Genau wie Marschall Pétain 1940 nach der Niederlage von Frankreich durch Nazi-Deutschland: Er wurde durch ein juristisches Procedere zum Präsidenten ernannt. Aber nach der Befreiung von Frankreich im Jahre 1945 wurde Pétain der Prozeß gemacht, und er wurde zum Tode verurteilt, aber aus Altersgründen hat man das Urteil in ein milderes umgewandelt. Warum wurde er verurteilt? Weil er mit Hitler kollaborierte, einem für die ganze Welt gefährlichen Terroristen im Gewand eines Staatsmannes. Auch Arafat, mit dem Peres und Rabin einen Kollaborationspakt unterzeichneten, ist ein als Staatsmann verkleideter Terrorist. Wenn es einen Unterschied gibt, dann nicht zugunsten Rabins."

In Frankreich wird man wegen solcher Reden gerichtlich verfolgt. In den Vereinigten Staaten ist es zum Beispiel unmöglich, vor dem Weißen Haus mit einem Spruchband «Clinton, Mörder« zu demonstrieren. In Deutschland wird jeder mit einem Plakat, auf dem ein Politiker in Gestapo-Uniform zu sehen ist, wie man es in Israel mit Rabin tat, unverzüglich verhaftet. In Israel drückten die Behörden beide Augen zu. Diese Parolen tauchten auch in Yigal Amirs Erklärungen bei seiner Vernehmung immer wieder auf, ebenso gegenüber Journalisten während des Gerichtsverfahrens sowie in seinen öffentlichen Reden vor der Ermordung Rabins.

Am Tag nach dem Mord erzählte Lea Rabin: "Eines Tages vor dem Anschlag auf Yitzhak kamen wir nachmittags nach Hause. Das war am Freitag, und wie jeden Freitag demonstrierten dort 49 Personen. Wir haben sie gezählt. Bei 50 wäre es eine unerlaubte Versammlung gewesen, die von der Polizei hätte genehmigt werden müssen. Fast alle Demonstranten gehörten dem Likud-Block an. Sie riefen: ‚Verräter! Mörder!` Und plötzlich wandten sie sich an mich: ‚Noch lächeln Sie, aber warten Sie nur, in einem Jahr (das heißt, nach den Wahlen) machen wir Ihnen den Prozeß für Verrat. Sie werden aufgehängt, wie Mussolini und seine Geliebte, auf dem Platz der Könige Israels.`" (...)

Einen Monat vor der Ermordung, am Vorabend des Versöhnungstages, versammelte sich eine Gruppe von zehn Personen, darunter drei Kabbalisten, mit Gebetsschal um die Schultern, vor Rabins Residenz in Jerusalem und stimmte laut eine Verfluchung an, in der die Engel des Bösen aufgefordert wurden, "den verfluchten Yitzhak, Sohn der Rosa, möglichst schnell zu holen wegen seiner bösen Pläne für das auserwählte Volk". Das ist der schrecklichste Fluch in der ganzen jüdischen Magie, die sogenannte Pulsa Denura (Pulsa: griechisch "Geißelung", Denura: aramäisch "durch das Feuer").

Trotz mehrerer Anzeigen gegen diese neue Form von Aggression unternahmen weder Justiz noch Polizei etwas dagegen. Auf dieselbe Weise verlief der Protest der Knessetabgeordneten Naomi Hazan von der linkszionistischen Meretz-Partei. Sie hatte ihrer Anzeige den Text dieser in den Synagogen verteilten Verwünschung beigefügt. Nach der Ermordung wandte sich die Polizei an die Abgeordnete mit der Bitte, ihr doch eine Kopie der Anzeige zuzuschicken, das Original sei abhanden gekommen. (...)

Am 5. Oktober 1995 schockierte eine überdurchschnittlich gewalttätige Demonstration ganz Israel. Sie fand auf dem Zionsplatz, einem der wichtigsten Plätze in Jerusalem, statt. Das war ein Monat vor der Ermordung Rabins. Nach Aussage seines Bruders nahm auch Yigal Amir daran teil. Die Rechte hatte über 30 000 Demonstranten aus allen Landesteilen in Bussen nach Jerusalem gebracht. In ihren Reden von erschreckender Feindseligkeit gegen den Ministerpräsidenten brandmarkten die Sprecher, einer heftiger als der andere, Rabins "illegale" Regierung, wobei sie die Worte "Verräter", "Auschwitz", "Liquidation des Staates" regelrecht auf die Menge einhämmerten; die Menschen skandierten dazu: "Mit Blut und mit Feuer verjagen wir Dich, Rabin" und: "Rabin, Mörder!"

Unter den Teilnehmern war eine Fotomontage im Umlauf. Sie zeigte Rabin in der Uniform von Himmler; es war das Werk von zwei minderjährigen Schülern einer religiösen, der faschistischen Bewegung Kahane Hai nahestehenden Schule. Vor Journalisten wiesen die Organisatoren jede Schuld an dieser Montage von sich. "Aber", fügten sie hinzu, "wenn der Ministerpräsident das Leben von Juden opfert, ist er ein Verräter, und wir verstehen die Gefühle der für die Verbreitung dieser Bilder verantwortlichen Personen." Es ist bekannt, daß die Redner auf dieser Demonstration die Fotomontage wenige Minuten vor ihrem Beginn im Fernsehen sahen. Niemand protestierte gegen diese Ungeheuerlichkeit.

Den Ton auf dieser Versammlung gab Benyamin Netanyahu, der Chef des Likud-Blocks, an: "Heute wurde der Knesset das defätistische Abkommen Oslo II vorgelegt. Die jüdische Mehrheit in Israel hat diesem Abkommen nicht zugestimmt. Wir werden dafür kämpfen, die Regierung zu stürzen. Dieser Vertrag ist ein Alptraum. Er ist eine direkte Bedrohung unserer Sicherheit. Rabin demütigte die Nation, als er das Diktat des Terroristen Arafat akzeptierte." Am gleichen Tag hatte Netanyahu in der Knesset gesagt: "Rabin liebt sein Land nicht. Er betrachtet Israel nicht als sein Vaterland: Er verkauft sein Land wie ein Krämer."

Nach diesen Reden zogen die Demonstranten, überwiegend junge Männer mit einer Kippa auf dem Kopf, mit Fackeln zur Knesset, in der gerade das Abkommen mit den Palästinensern diskutiert wurde. Es war wie ein richtiger Aufruhr: Fackeln wurden in Richtung Parlament geworfen, und der Wagen des Wohnungsbauministers wurde mit Bierflaschen angegriffen. "Beinahe wäre Blut geflossen", sagte Minister Benyamin Ben-Eliezer. "In den Augen der Demonstranten habe ich Mordlust funkeln sehen. Nie habe ich eine solche Gewalt erlebt. Obwohl ich in vielen Kriegen war (er ist General) und in unzähligen Kämpfen auch schon einmal verwundet wurde - niemals bin ich Schlimmerem begegnet." Im Knessetrestaurant traf er Benyamin Netanyahu, der gerade gut gelaunt von einem Treffen mit einigen Abgeordneten seiner Partei zurückgekehrt war. "Wenn Sie Ihre Extremisten nicht zügeln", warnte er ihn, "wird das noch mit einem Mord enden." Netanyahu reagierte nicht. Ben-Eliezer fuhr fort: "Sie haben versucht, mich zu töten. Ich rate Ihnen, Ihr Lächeln einzustellen. Ihre Anhänger sind gefährliche Irre. Sie tragen die Verantwortung für ihre Verbrechen."

Hanan Porat von der Nationalreligiösen Partei antwortete ihm: "Wenn der Ministerpräsident nicht Eretz Israel verkaufen würde, dann würden die Demonstranten sich nicht so aufführen." Der gleiche Porat hatte vor laufenden Fernsehkameras am Morgen nach Goldsteins Blutbad gerufen: "Ein schönes Fest!" Sicher, man feierte Purim (eine Art fröhlicher Karneval), aber jeder begriff, wie er diese Worte gemeint hatte.

Zwei Tage nach dieser Demonstration erhielt Benyamin Netanyahu einen Brief von Gil Samsonow, einem führenden Mitglied des Jugendflügels des Likud-Blocks; er schrieb darin, daß er über die Gewalttätigkeit der Demonstranten sowie über alles, was sich bei diesem Treffen abgespielt habe, schockiert sei. Warnend forderte er Benyamin Netanyahu auf, "den in unserem Lager um sich greifenden Wahn zu bekämpfen, die Demokratie gegen alle Gewalt zu verteidigen und einen politischen Mord zu verhindern, zu dem sich ein Schwärmer angestachelt fühlen könnte."

Der Chef des Likud-Blocks trägt zweifellos eine gewaltige Verantwortung für diese Gewalt gegen die Regierung, zu der er sowohl stillschweigend als auch offen ermutigt hat. Er selbst bezeichnete Rabin als Verräter und verurteilte niemals weder die verbalen Auswüchse noch die Hetze gegen den Ministerpräsidenten. Sein Schweigen wurde als Zustimmung ausgelegt. Nur kurz vor der Ermordung nahm Netanyahu an einer Demonstration teil, auf der die Teilnehmer einen schwarzen Sarg mit der Aufschrift trugen: "Rabin begräbt den Zionismus." In seinen aufstachelnden Reden verglich er Rabins Methoden mit denen von Ceausescu. Er trieb das Ganze schließlich auf die Spitze, als er in einem Fernsehinterview im März 1995 behauptete, die Hamas habe eine Botschaft von Rabin und Arafat erhalten, wonach diese Organisation Juden,

zwar nicht im Gazastreifen, wohl aber im Westjordanland töten dürfe, um die Räumung dieses Gebietes zu beschleunigen, so daß dort eine Palästinenserbehörde eingerichtet werden könnte.

Am Morgen des 10. Oktober 1995 blinkten bei den Sicherheitskräften alle Lichter: Rabin fuhr zu einem Treffen mit Neueinwanderern aus englischsprachigen Ländern im Wingate-Sportinstitut nördlich von Tel Aviv. Ein paar aufgeregte Menschen versuchten, sich dem Ministerpräsidenten zu nähern. Dabei stießen sie Beleidigungen und Drohungen aus: "Nieder mit Rabin!", "Hier ist der Hund!" Die Stimmung war dermaßen erregt, daß er seine Rede abbrechen mußte. Entfesselt schob sich der Rabbiner von der Hebräischen Universität in Jerusalem, Nathan Ophir, vor die Polizisten und überhäufte Rabin mit Schimpfworten. Er kam seinem Leibwächter so nahe, daß er ihn beißen konnte. Dem Sicherheitsbeamten gelang es, den Rabbiner mit der Hand zurückzustoßen. Um Rabin aus der johlenden Menschenmenge herauszuholen, brachte man seine Limousine direkt bis an die Bühne. Das Ereignis wurde von einem Journalisten der amerikanischen Fernsehgesellschaft ABC gefilmt und hat sehr viel Aufsehen erregt.

Der ehemalige stellvertretende Leiter des Shin Bet, Reuven Hazak, merkte dazu folgendes an: "Für mich hat man Rabin in Wingate praktisch ermordet. Der Angreifer näherte sich ihm, um auf ihn zu schießen." Shimon Roma, ein hoher Shin-Bet-Beamter im Ruhestand, meinte dazu: "Es besteht wirklich die Gefahr eines Anschlags auf Rabins Leben. Ich erinnere mich nicht, je eine Zeit erlebt zu haben, in der der Ministerpräsident als Verräter und Mörder bezeichnet wurde oder in der man offen zu seiner Ermordung aufrief." Am gleichen Tag erklärte Abraham Rotem, ehemaliger Leiter der Shin-Bet-Abteilung für den Schutz Prominenter: "Die Straße ist heute bereit für eine Mordtat gegen die Spitzenpolitiker des Landes. Die Parolen sind blutgetränkt." Nach der Ermordung wurde er gefragt: "Wie wußten Sie, daß sich das ereignen würde?" - "Das ist ganz einfach", erwiderte er, "ich höre, wie die Leute offen sagen, Rabin verdient nichts anderes, als beseitigt zu werden. Wenn ich das mit eigenen Ohren von zwei Personen höre, bedeutet es, daß mindestens hundert weitere es wiederholen."

Am Tag danach verkündeten die beiden großen Tageszeitungen in Israel warnend: "Der Shin Bet befürchtet extremistische Aktionen gegen Rabin und hochgestellte Persönlichkeiten", so die Abendzeitung Yediot Aharonot, und: "Beunruhigung im Büro des Ministerpräsidenten angesichts der Gewaltwelle gegen Rabin und die Minister seiner Regierung", der Maariv. Die Besorgnis griff auf die Straße über. Aber die Rechte behauptete, es handele sich um Manipulationen durch die Machthaber.

Ariel Sharon, einer der führenden Männer des Likud-Blocks, gab zur Gefahr für den Ministerpräsidenten folgende Presseerklärung ab: "Das ist nichts anderes als Provokation. Schauen Sie sich nur an, was sich in Rußland unter Stalin abgespielt hat. Mitte der dreißiger Jahre verbreiteten die Behörden Gerüchte über drohende Anschläge auf Stalin. Dies erlaubte es ihm, die Befehlshaber der Roten Armee zu liquidieren. Das gleiche Schicksal ereilte auch die jüdischen Schriftsteller und Ärzte. Ihnen warf man vor, ihn vergiften zu wollen. Hier in Israel geht die Rabin-Regierung genauso vor: dieses vorgebliche Attentat auf die Person Rabins, nichts als ein Vorwand. Das Ziel ist klar. Sehen wir aber einmal, woher diese Information stammt. Nur die Linke ist zu einer derartigen Provokation fähig. Da stelle ich mir die Frage: Sind wirklich alle Mittel erlaubt, um in den Wahlen zu siegen, das nationale Lager anzuschwärzen, Judäa, Samaria und den Gazastreifen aufzugeben, einen Bürgerkrieg anzuzetteln? Man muß es ganz laut rufen: Die Tyrannen stehen vor unserer Tür!" Sharons Erklärungen, im Organ der chassidischen Habad-Bewegung veröffentlicht, wurden am 15. Oktober 1995 in Haaretz wieder aufgenommen. Der Korrespondent der Zeitung hatte dazu Sharons Zustimmung erhalten: "Ich bestätige die Richtigkeit meiner Worte." Das war zweieinhalb Wochen vor der Ermordung. In diesem Interview verglich Sharon die Abkommen von Oslo mit denen Marschall Pétains mit den Nazis. Er forderte, Rabin und Peres vor Gericht zu stellen, denn ihm zufolge seien sie unzurechnungsfähig.

Schon lange vor dieser beispiellosen verbalen Gewalt, wie sie auf der Straße und in den Medien in den letzten beiden Monaten (vor Rabins Ermordung) zum Ausdruck kam, war man sich beim Shin Bet bewußt, daß tatsächlich die Gefahr eines Anschlags auf politische Persönlichkeiten durch die extreme Rechte bestand. Die Schutzmaßnahmen wurden verschärft, vor allem für Teilnehmer an öffentlichen Kundgebungen. Karmi Gilon, im März 1995 zum Leiter des Shin Bet ernannt, hatte schon 1990 in seiner Dissertation an der Universität Haifa auf die Gefahren einer ideologisch bedingten Kriminalität der extremen Rechten in Israel hingewiesen. Sie trug den Titel: Der Verstoß gegen das Gesetz aus ideologischen Gründen innerhalb der extremen Rechten in Israel vor dem Hintergrund des israelisch-arabischen Konflikts. Das sind seine Schlußworte: "Diese ideologisch bedingte Kriminalität stellt für den Fortbestand von Israel als Demokratie eine Gefahr dar. Indem die israelische

Gesellschaft die ideologisch bedingte Kriminalität der extremen Rechten nachsichtig duldet, legitimiert sie sie von vornherein."

Das hatte Karmi Gilon lange vor Oslo geschrieben. Er kannte das Problem. In der ersten Hälfte der achtziger Jahre führte er mit anderen die Verhöre der jüdischen terroristischen Untergrundgruppe in den besetzten Gebieten durch. Diese hatte damals Anschläge auf palästinensische Bürgermeister im Westjordanland und gegen palästinensische Studenten der islamischen Hochschule in Hebron verübt, bei denen es drei Tote gab. Dieselbe Gruppe hatte auch geplant, sechs arabische Busse in Ostjerusalem in die Luft zu sprengen, ebenso wie die Moscheen auf dem Haram esh-Sharif (Tempelberg) in Jerusalem, auf dem im Altertum der jüdische Tempel gestanden hatte.

Der Ministerpräsident unterschätzte seinerseits durchweg die ihm persönlich drohende Gefahr. Als Karmi Gilon ihm mitteilte, er habe Mittel für dreißig weitere Leibwächter erhalten, reagierte Rabin unzufrieden: "Wenn schon zusätzliche Stellen besetzt werden, dann sollen sie gegen Hamas eingesetzt werden." Trotzdem rief der Leiter des Shin Bet alle Leibwächter seiner Organisation zweimal zusammen, um sie zu ermahnen, ihre Aufmerksamkeit zu Rabins Schutz zu verdoppeln und vor einem entschlossenen, allein handelnden jüdischen Angreifer auf der Hut zu sein, der einen Anschlag planen könnte. Wütend warf Rabin ihm vor: "Der Leiter des Shin Bet ist ein Angsthase. Er besteht immer wieder auf der Notwendigkeit, die Bewachung meiner Person zu verschärfen." (...)

Auch der Rechtsberater der Regierung, Michael Ben-Yair, hatte vor der Gefahr eines politischen Mordes gewarnt. Knapp zwei Wochen vor dem Drama hatte er vor dem Polizeichef, dem Leiter des Shin Bet und dem Generalstaatsanwalt gesagt: "Ich fürchte mich vor der Tat eines Verrückten unter dem Einfluß der gewalttätigen Stimmung gegen die Regierung." Und nach dem Ereignis fügte er hinzu: "Diese Tat, die für eine Öffentlichkeit mit einer extremistischen, fanatischen und gefährlichen Weltanschauung eine psychologische Schranke abgebaut hat, wird einen weiteren Mord erleichtern. Für diese Menschen war Rabins Ermordung ein Sieg, der nach einem weiteren Verbrechen ruft."

Historiker wie Politologen sind sich einig, daß die Argumente der Rechten das Terrain vorbereiteten und sie deshalb die Hauptschuld an der Ermordung trägt. "Schon immer bin ich davon überzeugt gewesen", sagte der Historiker Zeev Sternhell, "daß nicht nur der mit dem Finger am Abzug die Schuld trägt; für mich sind die Prediger von Haß die wahren Mörder. Sie stempeln ihre ideologischen Widersacher, in den meisten Fällen die Linke, zu Verrätern ab, während sie selbst sich zu Verteidigern des nationalen Interesses und Rettern des Vaterlandes hochstilisieren. So war es vor über fünfzig Jahren in Deutschland und Italien, und so ist es heute in Israel. Wer Rabin als Verräter bezeichnet, der das heilige Land der Nation dem Feind aushändigt, trägt die Verantwortung für seinen Tod. Wer dann auf den Abzug drückte, ist nicht weiter wichtig. Die israelische Demokratie hat ein Stadium erreicht, in dem sie sich gegen die Gefahr einer Zerstörung von innen verteidigen muß. In diesem Kampf kann es keine Kompromisse geben."

"Ein Tyrann, dessen Tage gezählt sind"

Besondere Beachtung verdient die rechtsextreme Bewegung Su Artzenu ("Das ist unser Land"). Im Sommer 1995 nahm diese Bewegung nach einer Pause von fast zwei Jahren erneut ihre Tätigkeit auf und trat für eine Verstärkung der Demonstrationen gegen die Regierung ein. Su Artzenu rief offen zum bürgerlichen Ungehorsam auf. In ihrer ersten großen Protestaktion verursachte diese Bewegung gewaltige Verkehrsstaus an mehreren strategischen Punkten des Straßennetzes in Israel. Darauf war die Polizei nicht vorbereitet gewesen, und es herrschte ein beträchtliches Durcheinander. Die Demonstranten setzten Reifen in Brand und griffen die Polizisten an, von denen mehrere verletzt wurden.

Der Anführer der Bewegung, Moshe Feiglin, praktizierender Jude wie zahlreiche andere in der Führung dieser Gruppe, sprach offen von der Notwendigkeit, "sich zu weigern, sich den Gesetzen dieses Regimes zu beugen, denn es vertritt nur eine Minderheit der jüdischen Bevölkerung, liefert unser Land Fremden aus, opfert das Volk von Israel und verrät die jüdischen Werte". In ihren Veröffentlichungen pries die Bewegung zwar den gewaltlosen Ungehorsam, aber ihre Anhänger begriffen die Botschaft schnell, nämlich, daß man sich dem Gesetz widersetzen und das Regime destabilisieren müsse. (...)

Die Aktivitäten von Su Artzenu wirkten sich größtenteils indirekt aus. Die Bewegung wollte den Beweis erbringen, daß die Regierung keinen Rückhalt im Land besaß, und bemühte sich, sie zu stürzen. Schon drohte

die Gefahr, daß die öffentliche Meinung das Gesetz des Stärkeren akzeptierte. Dazu trugen zu einem nicht geringen Teil wohl auch die vielen Bilder von den unaufhörlichen Verkehrsstaus bei. Hunderte von Fahrzeugen waren an den Demonstrationen von Su Artzenu beteiligt. Darunter auch ein alter kastanienbrauner Volkswagen, das Auto der Familie des Mörders von Yitzhak Rabin. Die Polizisten erhielten Befehl, die Demonstranten zu zerstreuen. Sie wurden angegriffen und wendeten ihrerseits Gewalt an, woraufhin die Demonstranten sie als "Soldateska" beschimpften. Der Knessetabgeordnete Rehavam Zeevi, ein General im Ruhestand und Vorsitzender der ultrarechten Moledet-(Vaterland)-Partei, unterstützte die Aktionen von Su Artzenu. Nach den Zusammenstößen mit der Polizei gab er folgende Warnung ab: "Wer immer von den Polizeioffizieren Gewalt gegen rechte Demonstranten anwendet, kommt auf unsere schwarze Liste, und wir werden sie uns vorknöpfen, sobald wir wieder an die Macht gekommen sind." Und auch das: "Wenn die Polizei Gas gegen uns einsetzt, werden wir es wie eine Feuerwaffe betrachten und unverzüglich darauf antworten." (...)

Einer von Su Artzenus Anführern, Rabbi Benny Allon, ein Onkel von Yigal Amirs Freundin Margalit Harshefi, auch er Mitglied der Moledet-Partei, beschuldigte Rabin, das Land in einen Bürgerkrieg zu führen. Er riet ihm zur Vorsicht, wenn er nicht sterben wolle. Und er fuhr fort: "Unter uns gibt es viele Baruch Goldsteins. Ich bin davon überzeugt, daß bei der jetzigen Stimmung ein neuer Goldstein aufstehen und dieses Mal vierzig Linke töten wird." Diese Worte hat er kurz vor der Ermordung des Ministerpräsidenten gesagt. Von allen Su-Artzenu-Mitgliedern war jedoch Feiglin der extremste. Auf der berüchtigten Demonstration auf dem Zionsplatz in Jerusalem sagte er unter anderem: "Rabin ist ein Mörder, ein Tyrann, dessen Tage gezählt sind. Es ist eine Pflicht, seinen Wagen zu treffen. Er ist der Judenrat, der uns in die Züge steigen läßt. Ich bin ein echter Jude, Rabin dagegen ein falscher. Für mich ist Rabin heute Feind Nummer eins, und er kommt für mich noch vor der Hamas und jeder anderen (arabischen) Terrororganisation." Feiglin verbreitete seine rassistische und faschistische Ideologie in den Medien. Für ihn existierte kein palästinensisches Volk: "Es ist nur eine Gruppe Arabisch sprechender Menschen, die sich plötzlich für ein Volk halten. Es sind Parasiten, Untermenschen. Auch bei den Afrikanern gibt es keine Völker, nur Stämme."

Unvorstellbar sind seine Worte über den Nazismus in einem Interview mit der seriösen Tageszeitung Haaretz vom Dezember 1995: "Dank des Nazismus konnte Deutschland die vorherrschende Dekadenz hinter sich lassen und zu einer aus physischer und ideologischer Sicht phantastischen Zeit aufbrechen. Die Jugend, bis dahin der Ausschuß der Gesellschaft, wurde richtig angefaßt und organisiert, und Deutschland gab sich eine vorbildliche öffentliche Ordnung. Hitler liebte gute Musik, er malte. Da kann man nicht von einer Bande von Rowdies sprechen." Schon vor dem Zweiten Weltkrieg identifizierten sich bei der Rechten in der jüdischen Gemeinde in Palästina Gruppen mit den Faschisten. Der rechtsextreme Schriftsteller Abba Ahimeir beispielsweise, Chefredakteur der Wochenzeitung Die Volksfront - er verfolgte, wie bereits oben erwähnt, den Arbeiterführer Arlosoroff mit seinem unversöhnlichen Haß - zeichnete verantwortlich für die Rubrik "Notizbuch eines Faschisten". Während der Zweite Weltkrieg wütete und die Ermordung der Juden von den Nazis zum Programm erhoben und ausgeführt wurde, nahm die Terrorgruppe Stern - sie führte Aktionen gegen die Engländer in Palästina durch (während die zweite rechte Terrorgruppe Irgun unter der Leitung von Menachem Begin ihren Kampf gegen London eingestellt hatte) - Kontakte zu den Nazis auf, um sie zu unterstützen und im Gegenzug um Hilfe bei der Vertreibung der Engländer aus Palästina zu bitten.

Neueinwanderer aus den Vereinigten Staaten spielten bei den Aktivitäten von Su Artzenu, die Bewegung hat Ableger in mehreren amerikanischen Städten, eine bedeutende Rolle. Unter den Aktivisten der gegen den Friedensprozeß eingestellten israelischen Rechten waren die Einwanderer aus den Vereinigten Staaten besonders stark vertreten, obwohl es immer eine ziemlich geringe Einwanderung aus den USA nach Israel gegeben hat. Die Zahl amerikanischer Neueinwanderer in einem Jahr entspricht der in einer Woche aus der ehemaligen Sowjetunion.

Die amerikanischen Neueinwanderer machen 1,2 Prozent der israelischen Bevölkerung aus, aber von allen Gemeinden stellen sie den höchsten Anteil von rechten Extremisten. Und in den letzten Jahren war die Mehrzahl der Einwanderer religiös und stark rechtsgerichtet. Ein Viertel davon lebt in Siedlungen in den besetzten Gebieten. In Ephrat zum Beispiel, einer Siedlung bei Bethlehem, stellen die 392 Neueinwanderer 8,5 Prozent der Bewohner dar. In Siedlungen mit einem sehr hohen Anteil an militanten Rechtsextremisten ist die Zahl amerikanischer Juden noch sehr viel größer. Nicht zufällig ist einer von Yigal Amirs drei

Rechtsanwälten, Yonathan Goldberg, ein Neueinwanderer aus den Vereinigten Staaten und lebt in der Siedlung Emmanuel.

Es ist auch kein Zufall, daß die gewalttätigste Demonstration, auf der Rabin physisch bedroht wurde, im Wingate-Institut stattfand, wo amerikanische Neueinwanderer die Mehrheit bilden. Später veröffentlichte der Verband der Neueinwanderer aus den Vereinigten Staaten ein vieldeutiges Kommuniqué über diesen verpaßten Angriff auf Rabin. Dabei darf nicht vergessen werden, daß Baruch Goldstein, der Mörder von Hebron, ebenfalls aus den Vereinigten Staaten stammte. Ebenso ist der jetzige Chef der faschistischen Kach-Bewegung, Baruch Marzel, ein amerikanischer Neueinwanderer aus Boston.

Yigal Amir stieß bei den Juden in den Vereinigten Staaten auf sehr viel Sympathie, besonders unter den Orthodoxen. Er hatte den Mann getötet, der "das Vaterland an die Feinde verkaufte". Für die Finanzierung seiner Verteidigung wurde eine Spendensammlung veranstaltet. Im Internet ist ein ehemaliger Amerikaner für die Propaganda zugunsten Yigal Amirs verantwortlich. Auf der ersten Seite steht folgender Satz: "Ich habe es für Gott, Volk und Vaterland getan." Die Hetzreden amerikanischer orthodoxer Juden gegen Rabin standen jenen der extremen Rechten in Israel nicht nach. Im Oktober vertrat unter anderem Rabbi Abraham Hecht von der Synagoge Shaarei-Zion ("die Pforten Zions") in Brooklyn noch vor der Ermordung die Ansicht, Rabin habe gemäß dem jüdischen Gesetz den Tod verdient, weil er den Gojim (Nichtjuden) ganz bewußt Leben und Güter der Juden aushändige. "Nur dieses Urteil kommt für ihn in Frage." Auch weitere orthodoxe Rabbiner in den Vereinigten Staaten veröffentlichten einen ähnlichen Urteilsspruch; Rabin wurde darin abwechselnd als Verfolger und als Spitzel bezeichnet. Ebenso hieß es, er verdiene es, ohne Prozeß getötet zu werden. Die orthodoxe Wochenzeitschrift Jewish Press mit einer Auflage von rund 90.000 verglich Rabin mit Hitler. Und ähnlich bezeichnete auch die größte jiddische Wochenzeitung, das Algemaine Journal, Rabin als den "jüdischen Hitler".

Erst nach dem Attentat wurden sich die israelischen Behörden der Tatsache bewußt, daß fanatische amerikanische Juden in Israel die Reihen der extremen Rechten stärkten, indem sie ihr gesetzlich verankertes Recht auf Heimkehr nutzten, um Haß zu säen und antidemokratischen Aktivitäten nachzugehen. In der israelischen Regierung wurden daher Überlegungen laut, dieses Gesetz abzuändern. Es zeigte sich jedoch, daß die bestehenden Gesetze bei richtiger Anwendung durchaus ausreichten, um unerwünschten Elementen die Einreise nach Israel zu verwehren. Seither untersagt der Innenminister jüdischen rechtsextremen Aktivisten aus den USA die Einreise. "Wir haben schon genug mit den hier Anwesenden zu tun", erklärte ein Beamter dieses Ministeriums.

Das Recht auf Heimkehr, ein in der Welt beispielloses Gesetz, verleiht jedem Neueinwanderer automatisch die israelische Staatsangehörigkeit ohne eine Überprüfung seiner Identität und auch ohne jede Probezeit. Die Befürworter einer Änderung wünschen sich ein strengeres Einwanderungsgesetz, vereinbar mit den wahren Interessen eines Staates Israel in friedlicher Koexistenz mit seinen Nachbarn, anstelle des permanenten Kriegszustandes, wie er bis zur Unterzeichnung der Abkommen von Oslo bestand. Im Falle eines hypothetischen Pogroms würden die in Israel Zuflucht suchenden Juden Schutz finden, ohne aber automatisch eingebürgert zu werden. Sie würden die israelische Staatsangehörigkeit erst nach mehreren Jahren bekommen, vorausgesetzt, der Bewerber gefährdet nicht die Sicherheit Israels und ist nicht in Verbrechen verwickelt.

Aber auch in den Vereinigten Staaten selbst vollzog sich in der Führungsspitze der jüdischen Gemeinden angesichts der Propaganda bestimmter orthodoxer Kreise gegen die israelische Regierung und Rabin persönlich ein Wandel. Einige führende Juden in den USA sagten sogar: "Yitzhak Rabin, vergib uns unser Schweigen." Die Vorsitzenden jüdischer Gemeinden und Organisationen in den Vereinigten Staaten beriefen eine außerordentliche Versammlung ein, auf der beschlossen wurde, der israelischen Regierung aktiv zu helfen. Im Mittelpunkt stand die Veranstaltung einer Massenkundgebung im Madison Square Garden als Ausdruck ihrer Unterstützung für den Friedensprozeß. Shimon Peres und Lea Rabin gehörten zu den Gästen. Unglaublich aber wahr: Es war die erste Kundgebung der jüdischen Gemeinde in den Vereinigten Staaten für den Frieden seit dem Wahlsieg der Arbeitspartei 1992. Der Abend war religiös verbrämt, um auch die Rabin-feindlichen orthodoxen Kreise zufriedenzustellen. Zudem wurde weder der Begriff "Friedensprozeß" benutzt, noch durfte die Sängerin Miri Aloni - sie hatte das Lied für den Frieden auf der Kundgebung gesungen, auf der Rabin ermordet worden war - in New York auftreten; die Orthodoxen hatten ihr Veto eingelegt, denn für sie ist traditionsgemäß "die Stimme einer Frau unanständig".

Sicher, nach der Ermordung erlebte man keine Demonstrationen gegen die israelische Politik mehr wie jene mit 40.000 jüdischen Teilnehmern fünf Monate davor im Central Park, auf der Parolen wie "Rabin, Verräter, Mörder, Nazi!" zu hören waren. Allerdings hat auch kein einziger unter den Hunderten von amerikanischen Rabbinern seine Unterschrift von dem Erlaß zurückgezogen, in dem die Rückgabe von Teilen von Eretz Israel an die Palästinenser untersagt wurde.

Gemäß einer Umfrage im Februar 1996 trug Rabins Ermordung dazu bei, daß die Unterstützung amerikanischer Juden für den Friedensprozeß um 11 Prozent angestiegen ist. 79 Prozent waren dafür, 13 Prozent dagegen, und 8 Prozent hatten keine Meinung. Im übrigen sind 56 Prozent der orthodoxen Juden gegen diesen Prozeß, und vor allem unterstützen sie auch weiterhin die Aktivitäten der Bewegung Su Artzenu und anderer Gruppen der extremen Rechten in Israel.

Vorabdruck aus: Amnon Kapeliuk: Rabin - ein politischer Mord. Nationalismus und rechte Gewalt in Israel. Aus dem Französischen von Miriam Magall; Palmyra Verlag (Heidelberg), 240 Seiten, 34 DM

# 25. Die Lösung der Krise liegt beim israelischem Volk. Interview mit Marwan Barguti

*Interview mit Marwan Barguti (Al-Fatah)*

Autor: Al-Fatah · Rubrik: Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak402/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:402:17

Auf einer Dringlichkeitssitzung in Beit Sahur bei Betlehem diskutierte Al-Fatah, die größte Gruppe innerhalb der PLO unter ihrem Vorsitzenden Jassir Arafat, am 23. März die neuere politische Entwicklung nach dem Baubeginn der Siedlung Har Homa am Abu-Gneim-Berg. Dort verabschiedete sie eine Resolution, in der die Palästinenser aufgefordert werden, "sich direkt im Kampf gegen jüdische Siedlungen zu engagieren", "alle Umgehungsstraßen der Siedler zu blockieren" und "israelische Waren zu boykottieren".

Marwan Barguti, Generalsekretär von Al-Fatah in der Westbank und Mitglied des Palästinensischen Selbstverwaltungsrats, nimmt in diesem Interview Stellung zur gegenwärtigen Krise im Friedensprozeß und der Strategie von Al-Fatah, u.a. auch zu ihrem Verhältnis gegenüber Hamas. Das Interview führten Max Böhnel und Graham Usher.

Frage: Für wie ernst halten Sie die gegenwärtige Krise im Friedensprozeß?

Marwan Barguti: Sie ist die schlimmste Krise seit der Madrider Konferenz von 1991. Mit der letzten Regierung Rabin und Peres gab es zwar Differenzen, doch wir haben verhandelt. Jetzt stehen wir einer israelischen Regierung gegenüber, die sich in aller Offenheit gegen die Osloer Vereinbarungen sperrt. Sie ist nur an Diktaten interessiert. Schlimmer noch: sie hat beschlossen, vor allem in Jerusalem die Siedlungspolitik voranzutreiben, und das gegen die Haltung der Palästinenser, der Araber und der ganzen Welt.

Wie reagiert Al-Fatah auf die Krise?

Das Ziel der Auseinandersetzungen vom vergangenen September war, den Osloer Verhandlungsprozeß wieder anzukurbeln und Netanjahu und die öffentliche Meinung daran zu erinnern, daß das palästinensische Volk ein ernstzunehmender Faktor ist. Durch die Auseinandersetzungen und den internationalen Druck, den jene erzeugten, wurde Netanjahu gezwungen, seine Truppen aus dem größten Teil Hebrons abzuziehen. Dieser Schritt war längst vereinbart und Netanjahu hielt sich gegen seinen Willen daran. Seine augenblickliche Politik ist die Rache für Hebron. Er will den Friedensprozeß zerstören, Siedlungen bauen und sich der arabischen Welt, der UNO und der internationalen Gemeinschaft widersetzen. Aber während die USA im September zugunsten der Palästinenser intervenierten, handeln sie jetzt gegen sie.

Mit welchen Auswirkungen auf Strategie und Taktik von Al-Fatah?

Unsere Strategie - Verhandlungen auf der Grundlage der Osloer Vereinbarungen - bleibt bestehen. Aber wir müssen eine andere Taktik als im September anwenden. Auf der Konferenz in Beit Sahur plädierten einige Fatah-Kader für die Rückkehr zum bewaffneten Kampf. Wir können die Stimmen dieser Minderheit nicht einfach ignorieren. Und die Palästinenser auf der Straße waren mehrheitlich nicht gegen den Selbstmordanschlag in Tel Aviv (am 21. März, Anm. ak). Letztes Jahr hatte Al-Fatah Demonstrationen gegen Anschläge auf israelische Zivilisten organisiert. Würden wir aber heute zu solchen Protesten aufrufen, dann würde es uns entgegenschallen: "Und was ist mit dem israelischen Terrorismus am Abu-Gneim-Berg?" Kurz: Netanjahus Politik stärkt Hamas und die Opposition bei den Palästinensern.

Also befindet sich Al-Fatah in einem Dilemma?

Sicherlich. Wir sind die größte Bewegung in der palästinensischen Gesellschaft und unterstützen den Friedensprozeß. Unsere Antwort muß lauten, daß wir ihn durch die Organisation von Massenprotesten verteidigen - Streiks, Demonstrationen, Boykotte und so weiter. Wir sind uns allerdings bewußt, daß solche Proteste außer Kontrolle geraten können. Die meisten der Demonstranten, die während der vergangenen Wochen in den autonomen Gebieten Palästinas auf die Straße gingen, kamen von Al-Fatah, wenige von Hamas. Nur Netanjahu kann eine Eskalation verhindern. Er muß seine Siedlungspolitik korrigieren und sich an die Abmachungen halten. Aber das will Netanjahu nicht, und darin besteht die große Gefahr.

Was fordern Sie von der palästinensischen Selbstverwaltungsbehörde?

Die PLO muß alle Verhandlungen mit Israel aussetzen, keine Sicherheitspartnerschaft mehr zwischen unseren Behörden und Israel. Wir können und werden nicht Israels Sicherheit bedingungslos verteidigen. Übereinstimmend hatten wir Israels Sicherheit verteidigt, solange auch unsere nationale Sicherheit und unsere nationalen Rechte und Interessen gewahrt blieben. Da Israel diese aber täglich verletzt, sind wir nicht länger bereit, die Bodyguards für Netanjahus Bulldozer am Abu-Gneim-Berg zu spielen. Wenn sich Netanjahu weigert, Israels Vertragsverpflichtungen einzuhalten, kann er seinerseits nicht erwarten, daß wir die unseren einhalten.

Werden die palästinensischen Geheimdienste Ihrem Aufruf folgen?

Das weiß ich nicht. Aber Al-Fatah wird in dieser Hinsicht auf sie Druck ausüben. Dschibril Radschub beispielsweise (der wichtigste Geheimdienstchef Arafats, Anm. ak) ist nicht nur der Leiter der Preventive Security in der Westbank. Er ist auch Mitglied des höchsten Fatah-Rates, und in dieser Eigenschaft nahm er auch an der Konferenz in Beit Sahur teil.

Wie verhält sich Al-Fatah nach dem Anschlag von Tel Aviv gegenüber Hamas?

Ein Jahr lang bewiesen wir, daß wir die Sicherheit der Israelis gewährleisten können. Ein Jahr lang hatte es keine Terroranschläge in Israel gegeben. Wir entschieden, die bewaffneten Aktionen der Hamas zu beenden - mit Gewalt, falls nötig, und durch Dialog, falls möglich. Wir mußten das tun, um die Palästinenser davon zu überzeugen, daß Selbstmordanschläge kein Weg sind. Aber Hamas ist Teil des palästinensischen Volks, mit einer realen Anhängerschaft. Wir weigern uns, Hamas in einer Weise zu ignorieren, wie Netanjahu das gegenüber der palästinensischen Führung tut. Der Dialog mit Hamas dauerte über ein Jahr und mündete darin, daß sie die Verpflichtungen akzeptierte, die die Selbstverwaltungsbehörde unter den Osloer Vereinbarungen eingegangen ist. Wir befürworten heute die Teilnahme von Hamas am nationalen Dialog, denn wir wollen innerpalästinensische Gewalt verhindern. Aber Al-Fatah wird auf keinen Fall Terroranschläge in Israel hinnehmen, weil solche Anschläge den nationalen Interessen der Palästinenser diametral zuwiderlaufen. Außerdem haben wir gute Beziehungen zur israelischen Friedensbewegung und werden alles tun, daß die Unterstützung, die von ihr kommt, keinen Schaden nimmt.

Welche Strategie verfolgen Sie gegenüber der arabischen Welt?

Al-Fatah mobilisiert auf allen Ebenen. Netanjahu stärkt nicht nur die Extremisten bei den Palästinensern, sondern auch in den arabischen Gesellschaften. Al-Fatah hat während der letzten sechs Jahre offen gesagt, daß Frieden mit Israel möglich ist. Das war vor der Netanjahu-Regierung der arabische Konsens, der heute zu bröckeln beginnt. Die größte Verantwortung zur Lösung der Krise liegt beim israelischen Volk. Es ist höchste Zeit, daß die israelischen Friedenskräfte auf die Straße gehen, wie es 1982 nach den Massakern von Sabra und Schatila geschah. Israelische Massendemonstrationen würden eindeutige Signale in die arabische Welt aussenden - daß die Israelis nicht dasselbe sind wie Netanjahu und der Likud.

Wen konkret meinen Sie mit israelischen Friedenskräften?

"Peace Now", die Meretz-Partei und die Arbeitspartei. Mit ihnen haben wir verhandelt und Friedensvereinbarungen geschlossen. Es liegt an ihnen wie an uns zu bestimmen, ob die Friedenspolitik gerettet oder von Netanjahu zunichte gemacht wird.

# 26. Südlibanon: Guerilla-Krieg und Counter-Insurgency. Interview mit UNFIL-Sprecher Timur Göksel

*Interview mit UNIFIL-Sprecher Timur Göksel*

Rubrik: Israel / Palästina; Libanon · CD-Datei: daten/aksuche/ak402/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:402:19

UNIFIL - die United Nations Interim Force In Lebanon - ist mit 4.500 Soldaten im Libanon vertreten. In der "Sicherheitszone" im Süden des Landes leben etwa 170.000 Libanesen, davon 60 Prozent Schiiten und 25 Prozent Christen. Der Rest sind Drusen und sunnitische Muslime. Nach UNIFIL-Angaben operieren in der "Sicherheitszone" die 2.000 Mann starke israelische Armee und die Südlibanesische Armee (SLA) mit schätzungsweise 2.500 Soldaten, die unter israelischem Kommando stehen. Hisb'Allah verfügt über 300 bis 400 Militante, die vom Norden her in kleinen Gruppen zu Anschlägen eindringen. Hisb'Allah wird nach Angeben eines anderen UNIFIL-Sprechers in der Zone "von Tausenden unterstützt".

Über die Lage in der "Sicherheitszone" nach dem Waffenstillstand zwischen den Konfliktparteien und die Möglichkeiten einer friedlichen Lösung gibt UNIFIL-Sprecher Timur Göksel Auskunft.

Das Interview führte Max Böhnel.

Frage: Im April letzten Jahres kamen in der UNIFIL-Basis Kana fast 100 libanesische Flüchtlinge im Hagel israelischer Artilleriegeschosse um. Halten sich die beteiligten Seiten an den danach ausgehandelten Waffenstillstand ?

Timur Göksel: Der Waffenstillstand, den das Überwachungskomitee garantieren soll, bezieht sich nur auf die Zivilbevölkerung im Libanon und in Israel. Das Überwachungskomitee besteht aus Vertretern Israels, Syriens, Libanons, Frankreichs und der USA.

Erfolgreich ist der Waffenstillstand insofern, als es seit einem Jahr kaum mehr Todesfälle in der Zivilbevölkerung gibt. Aber die Elemente, die zu einer militärischen Eskalation führen könnten und die Zivilbevölkerung folglich mit einbeziehen würden, sind weiterhin existent: einerseits israelische Truppen, die die sogenannte Sicherheitszone kontrollieren, und andererseits die Hisb'Allah, die die israelischen Truppen mit militärischen Mitteln aus dem Libanon vertreiben will. Die Existenz des Überwachungskomitees, das alle Beteiligten recht ernst nehmen, hat gleichzeitig beide Seiten gezwungen, ihre militärische und logistische Taktik zu verändern.

Die Anzahl der Zusammenstöße zwischen Hisb'Allah-Militanten und israelischen Truppen ist seit mehreren Monaten rückläufig. Steht im Südlibanon militärische Entspannung in Aussicht, oder ist das ein Trugschluß ?

Die israelische Armee ist bemüht, durch logistische Veränderungen ihre Verluste zu reduzieren. Es gibt ihrerseits kaum mehr breit angelegte Truppenverschiebungen und keinen Artilleriebeschuß von Dörfern mehr, wo Hisb'Allah vermutet wird. Statt dessen operieren Sondereinheiten der Armee, die eine Anti-Guerilla-Ausbildung haben. Sie operieren in kleinen Gruppen über die "Sicherheitszone" hinaus.

Auch Hisb'Allah ist dabei, ihre militärische Taktik der neuen Situation anzupassen, und hat dabei noch Schwierigkeiten, militärische Ziele zu finden. Sie benötigt mehr Zeit als früher, um Angriffe zu planen und durchzuführen. In der Vergangenheit gab es drei bis vier größere Angriffe pro Tag, heute ist es ein kleinerer.

Obwohl die Anzahl direkter Kontakte zur Zeit reduziert ist, beobachten wir im Südlibanon, daß sich Hisb'Allah auf einen klassischen Guerillakrieg vorbereitet: kleinere bewaffnete Einheiten, die in die "Sicherheitszone" eindringen, Bomben plazieren und dabei immer mehr mit der heimlichen Unterstützung der einheimischen Bevölkerung rechnen können. Zur Zeit sammeln Hisb'Allah und die israelische Armee hauptsächlich Informationen übereinander. Südlibanon gerät zu einem Forschungslabor für klassischen Guerillakrieg und klassische Counter-Insurgency.

Stimmen Berichte, wonach Hisb'Allah die israelische Miliz SLA infiltriert hat ?

Ja, Hisb'Allah verfügt inzwischen über Informanten in der SLA, die ihr Berichte über Truppenbewegungen, Logistik und Kommandostrukturen der israelischen Armee und der SLA liefern.

Wie ist das möglich ?

Rein technisch ist das kein Problem. Denn die Zugänge zur Sicherheitszone sind vom Norden her für Einheimische nicht gänzlich abgeschnitten. Außerdem ist die SLA keine Christen-Miliz, wie immer wieder falsch behauptet wird, sondern sie rekrutiert sich hauptsächlich aus Schiiten, ebenso wie Hisb'Allah. Die SLA ist eine Miliz, die Israel bezahlt, unterhält, trainiert und befehligt. Wer Familienmitglieder in der SLA hat, hat gute Chancen auf eine Arbeitsgenehmigung in Israel. Das bedeutet angesichts der prekären wirtschaftlichen Situation im Süden gutes Geld, das man täglich aus dem Norden Israels mit nach Hause bringt.

Wer es sich jedoch leisten kann, entzieht sich dem Zugriff der SLA durch Flucht in den Norden. Im Sold der SLA und Israels zu stehen und Hisb'Allah gleichzeitig militärisch wichtige Informationen über den eigenen Brötchengeber zu liefern, ist bei vielen eine Notwendigkeit geworden. Israel wird nicht auf ewig im Libanon bleiben, denken mehr und mehr Südlibanesen, und deshalb sei es besser, den Status des israelischen Söldners abzustreifen und sich in Richtung Libanon zu orientieren. Nach dem israelischen Beschuß von Kana sind einige Mitglieder der SLA-Miliz zu Doppelagenten geworden oder ganz umgeschwenkt - sie hatten dort Familienangehörige verloren, die vor den israelischen Angriffen in den Norden geflohen waren.

Das waren vermutlich Schiiten, aber stehen die Christen Südlibanons angesichts der islamistischen Hisb'Allah nicht vor einem noch größeren Dilemma ?

Viele Christen befürchten, zwischen Israel und Hisb'Allah zerrieben zu werden. Sie fragen sich, was ihnen zustößt, wenn sich israelische Truppen im Rahmen von Friedensverhandlungen aus der "Sicherheitszone" zurückziehen. Wird Hisb'Allah dann gegen "christliche Kollaborateure" vorgehen ? Israel wird vermutlich darauf bestehen, daß die SLA in die reguläre libanesische Armee integriert wird. Andererseits ist Hisb'Allah bestrebt, sich als libanesische Befreiungsbewegung zu geben und Befürchtungen vor muslimisch-christlichen Spannungen möglichst auszuräumen.

Ein Problem also, das im Rahmen internationaler Verhandlungen gelöst werden müßte ?

Friedensinitiativen für die Region, besonders für den Libanon, sind wahrlich eine lange Story. Seit Beginn des Friedensprozesses ist die Libanon-Frage mit der Golan-Frage verknüpft. Der Knoten wird sich erst dann langsam entwirren, wenn Israelis und Syrer am Verhandlungstisch zu diskutieren beginnen. Bezogen auf die libanesische Bevölkerung jedenfalls fällt es schwer, die Sorgen der Menschen hier nicht zu teilen. Denn sie wissen genau, daß sie die letzten sein werden, in deren Namen ein Friedensvertrag unterzeichnet werden wird. Im Libanon werden Konflikte ausgetragen, die ursprünglich nichts mit der Bevölkerung zu tun hatten, sondern von außen hereingetragen wurden.

# 27. Zaire: Bürgerkrieg und Flächenbrand

Autor: Christopher Steinmetz · Rubrik: Zaire, Republik Kongo · CD-Datei: daten/aksuche/ak402/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:402:39

Was im Oktober 1996 als Aufstand einer ethnischen Minderheit im Osten Zaires begann, ist zu einem grenzüberschreitenden Krieg ausgewachsen. Auf der einen Seite sorgen Söldnergruppen für kolonialistisches Flair, auf der anderen Seite spielen Staaten Zentralafrikas ein zynisches Machtpoker. Ein westlicher Diplomat faßte das eigentlich offensichtliche zusammen: "Ich hätte es nicht für möglich gehalten, wie gleichgültig dieser Krieg die Welt läßt. (...) Man behandelt den Krieg immer noch als innerzairische Angelegenheit." (1) Der Beschluß des UN-Sicherheitsrats zu Zaire am 20.2.97 schien nicht vielmehr als eine Pflichtübung: Der Fünf-Punkte-Plan sieht eine sofortige Einstellung der Feindseligkeiten, den Abzug ausländischer Truppen und Söldner, Verhandlungen, spätere Neuwahlen sowie den Schutz der Flüchtlinge in den betroffenen Regionen vor. (2) Nach dreimonatigem Schweigen war der einzige ersichtliche Grund für dieses Ritual das von den Rebellen, der Alliance des Forces Democratiques pour la Liberation du Congo-Zaire (AFDL), gesetzte Verhandlungs-Ultimatum bis zum 21.2.97. (3)

Eine vorläufige Entspannung der Lage bedeutet die, unter Vermittlung von Mandela, erreichte Vereinbarung zwischen der zairischen Regierung und der AFDL am 28. März in Lomé/Togo. Dort einigten sie sich prinzipiell auf eine Waffenruhe und Verhandlungen über eine Beendigung der Kämpfe. Damit konnte sich die AFDL durchsetzen, die einen Waffenstillstand nur als Ergebnis von Gesprächen und nicht als Voraussetzung erwägen wollten. (4)

Mit dem Einmarsch der AFDL aus Ruanda in die ostzairische Provinz Süd-Kivu im Oktober 1996 begann eine fünfmonatige Offensive, bei der ein ca. 1.100 km langer Grenzstreifen entlang der Grenzen zu Uganda, Ruanda und Burundi erobert werden konnte. (1) Durch die Eroberung der Städte Kalemie im Südosten und Kisangani im Norden im letzten Monat kontrolliert die AFDL nun die wichtigsten Verkehrsknotenpunkte Ostzaires. Mit Kalemie sicherte sich die AFDL den Anschluß an das gut ausgebaute Eisenbahnnetz in Richtung der reichen Shaba-Provinz, die durch Bergbau für 40% der zairischen Exporte sorgt. Schon jetzt hat AFDL-Anführer Laurent Desire Kabila seine Fühler in diese Richtung ausgestreckt. Am 30.1.97 sprach sich die in Shaba regierende Partei UFERI (Union der Föderalisten und unabhängigen Republiken) angesichts der militärischen Erfolge Kabilas für eine Bruch mit Mobutu Sese-Seko aus. (5)

Noch mehr Beachtung, auch international, fand die Eroberung Kisanganis am 16.3.97. Die AFDL setzte ein deutliches Signal. Sie eroberte nicht nur die drittgrößte Stadt Zaires und den eigentlichen Ausgangspunkt der Gegenoffensive der Regierung (6), sondern erlangte auch die Kontrolle über den schiffbaren Abschnitt des Kongos in Richtung der Hauptstadt Kinshasa. (4) Angesichts des unwegsamen Geländes und den klimatischen Erschwernissen (Regenzeit) sowie der zerfallenden Straßen sind Flüsse und Eisenbahn die einzigen, strategisch bedeutenden, Verkehrswege.(4)

Weiterer Vormarsch?

Kabilas weitere militärische Pläne sind noch unklar. Neben Lumbumbashi im Süden könnten die Millionenstadt Mbuji-Mayi in der Provinz-Kasai oder Mobutus Ferienresidenz Gbadolite das nächste Ziel sein. (7;8) Allerdings ist es unwahrscheinlich, das Kabila, der bis Juni in Kinshasa sein will, seine Leute direkt dorthin schickt. Statt dessen setzt Kabila darauf, daß ihm die rohstoffreichen Provinzen Shaba (Kupfer, Zink etc.) und Kasai (Diamanten) zufallen werden. Zudem vermehren sich die Zeichen, daß sich beide Provinzen auf den friedlichen Übertritt vorbereiten. (4) Nach letzten Berichten haben die AFDL-Truppen schon Shaba erreicht und stehen kurz vor der Hauptstadt Lumbumbashi, der zweitgrößten Stadt Zaires. (9)

Außerdem setzt er auf den wachsenden Druck, den die politische Kaste auf Mobutu ausüben wird. AFDL-Wirtschaftsminister Mwanananga Mawapanga ist der Meinung, das dort die "Leute nur noch auf ein Signal warten". Längst hat die AFDL enge Kontakte zu den Gegnern Mobutus geknüpft. Der Anführer der Opposition im Parlament, Joseph Olenghankoy, und Mpoyo Kasavubu von der Oppositionspartei UDPS (Union für Demokratie und sozialen Fortschritt), sollen sich schon mit den Rebellen getroffen haben.(4)

Die einzige nennenswerte militärische Antwort seitens der Regierung war die Bombardierung Bukavus durch drei Militärflugzeuge am 17. März durch die elf Menschen getötet wurden. Außerdem wurden die Städte

Walikale und Shabundu angegriffen. Ein Militärsprecher: "Wir haben die militärische Option gewählt und werden sie bis zum Ende verfolgen." (10) Ansonsten verlagern sich die Aktivitäten der Regierungstruppen auf das Plündern der Städte. Selbst die eingesetzten Söldner ziehen sich zurück, z.B. nach dem Fall Kisanganis in die Stadt Mbuji-Mayi (Kasai) (4), wo sie inzwischen wieder dabei sind, die Märkte zu plündern. (11) Andere Soldaten versuchen über den Tanganjikasee nach Tansania zu flüchten. (12) Die Zeitschrift Perspectives zu der Situation: "Der Krieg ist an der Front genauso verloren wie in den Köpfen der Zairer." (11)

Internationale Reaktionen

Auch nach der Kolonialzeit blieb Zaire (ehemals Republik Kongo) aufgrund der immensen Rohstoffvorkommen und der strategischen Lage für die Industrieländer von Interesse. Am exponiertesten agieren dort gegenwärtig die USA und Frankreich. Sie versuchen direkt und über afrikanische Stellvertreter ihren Einfluß auf das Land zu sichern. Frankreich leistet verbissene koloniale Rückzugsgefechte, während die USA vornehmlich Stabilität erreichen und vor allem islamistische Militärregimes, wie den von Frankreich unterstützten Sudan, in die Knie zwingen will.

Frankreich steht dabei eindeutig auf Seiten Mobutus und versucht mit Unterstützung Belgiens im UN-Sicherheitsrat eine Resolution durchzusetzen in der Uganda, Burundi und Ruanda für ihre Aggression gegen Zaire verurteilt werden sollen. (13) Das Problem Frankreichs ist, das mit Kabila ein anti-frankophon eingestellter Anführer Auftrieb hat. (11) Wer noch zu Mobutus direkten Unterstützern zählt, ist schwer zu sagen. Mit Mobutu droht einer der letzten rechtskonservativen Dinosaurier in Afrika zu kippen. Sein Hilferuf schien nur bei der alten Garde des Neokolonialismus in Europa anzukommen. Die zu den Fahnen geeilten Unterstützer lesen sich wie das Who's Who des Rechts-konservatismus. (14) Insbesondere die katholische Rechte betreibt eine Intensive Lobbyarbeit zu seinen Gunsten, auch in Deutschland. (14)

Die USA versuchen dagegen durch einen Waffenstillstand der AFDL entgegenzukommen und Mobutus Macht einzuschränken. Gleichzeitig haben die USA, Belgien und Frankreich angesichts der ernsten Lage bereits 1.100 Soldaten in Brazzaville/Kongo stationiert um die 7.000 Europäer und Amerikaner zu evakuieren. Weitere Einheiten befinden sich in Gabun. (15)

Die zuständigen UNO-Instanzen (Vermittler und UNHCR) legen ihre Schwerpunkte eher auf die Flüchtlingsfrage. So verlangte UN-Vermittler Mohammad Sahnoun neben einem Waffenstillstand zusätzlich, Kisangani und die nahe gelegene Stadt Ubundu zu "Schutzzonen" zu erklären, obwohl sich dort noch ca.10.000 zum Teil bewaffnete Hutu-Flüchtlinge aufhalten. (8) Dies und die Halbherzigkeit der bisherigen UNO-Vermittlungsversuche veranlaßte den Anführer der AFDL, Kabila, zu der Beschuldigung, daß die UNO von Mobutu-Anhängern unterwandert sei. (16)

Das Mobutu Regime

Mobutu Sese-Seko ist durch einen vom CIA finanzierten Putsch am 25.11.1965 Präsident von Zaire geworden. Seine Diktatur beruht auf der Strategie des Teilens und Herrschens, sowie der konsequenten Demobilisierung der Armee, mit Ausnahme seiner Präsidentengarde (15.000 Soldaten) aus Angst vor einem Putsch. (11) Bisher überlebte er zwei Putschversuche und konnte verschiedene lokale Unruhen niederschlagen.

Seit Mobutu 1990 durch Druck der internationalen Gebergemeinschaft zu Einführung eines Mehrparteiensystems gezwungen wurde, führt er einen trickreichen Kampf um sein politisches Überleben. Zupaß kommt ihm dabei die Zersplitterung der Oppositionsparteien und die Tatsache, daß deren Anhängerschaft sich vor allem ethnisch und regional definiert. (17) Er hat das Land verarmen lassen, während er selber durch persönliche Beteiligung an z.B. Bergbaufirmen (12), inzwischen zu den reichsten Männern der Welt gehört. Sein Machtapparat verfügt über die einzigen außerregionalen Kommunikationsmittel (Satellitentelephone) und ist so auf seine Person zugeschnitten, daß er die meiste Zeit in der Schweiz seinen Krebs behandeln lassen kann.

Mobutus Strategie war Auslöser des gegenwärtigen Krieges. Zwar griffen die Banyamulenge als erste zur Waffe, um sich gegen die ruandischen Hutus zu wehren, denen Mobutu Ost-Zaire als Operationsbasis überließ. (11) Doch Hintergrund war Mobutus Ziel, durch Duldung der Hutu-Milizen im Osten Zaires den Konflikt an den Großen Seen (Viktoria-, Tanganyika-, Kivu-, Edward- und Albertsee) am Kochen zu halten. (17) Ferner verschärften die ruandischen Flüchtlinge den sozialen Druck und die Verteilungskonflikte zu ungunsten

der Banyamulenge, die von anderen ethnischen Gruppen, auch wegen der Regierungspropaganda, als privilegiert betrachtet wurden. (17)

Auffällig ist, das Mobutu bislang seine Präsidentengarde aus dem Konflikt herausgehalten, hat. Offenbar fürchtet er, sie in den lokalen Kämpfen zu schwächen oder zu zerreiben. Denn er weiß, daß die Entscheidung in Kinshasa fallen wird. Wahrscheinlich spekuliert er auf das Auseinanderbrechen der AFDL: Die Sezessionisten haben mit Kisangani ihr Ziel der Vereinigung der drei Kivu-Provinzen erreicht, und Shaba und Kasai waren auch schon vorher autonome Regionen. (18)

Reaktion in Kinshasa

In der Hauptstadt Kinshasa reagierte man auf den Fall Kisanganis mit Nervosität. Westliche Diplomaten in Kinshasa sprachen von einem drohenden Militärputsch. Es soll um den 16/17. März zu Gefechten zwischen AFDL-Sympathisanten und Militärs gekommen sein. (7) Schon am 10. Februar meldete sich die parlamentarische Opposition mit einem Aufruf zum Generalstreik zurück. (16)

Nach der Absetzung von Ministerpräsident Leon Kengo wa Dondo am 18. März rief Etienne Tshisekedi, Anführer der wichtigsten Oppositionspartei UDPS (Union für Demokratie und sozialen Fortschritt) dazu auf, gemeinsam mit der AFDL die "Diktatur auszulöschen" - am liebsten mit sich selbst als Nachfolger. (19) Kabila allerdings scheint mit Tshisekedi eher zu spielen. Einerseits schlägt er ihm eine gemeinsame Übergangsregierung vor, andererseits hält er ihm aber auch die eigene Vergangenheit vor: "Er hat zwanzig Jahre lang zur Regierung Mobutu gehört, langt das nicht?" (20) Tshisekedi gilt als Anführer der Radikalopposition, aber eigentlich war er bis 1980 schon Justiz-, Planungs-, Wissenschafts- und Raumordnungsminister unter Mobutu. (21) Unklar ist bislang auch die Bandbreite der Unterstützung in Bevölkerung und Militär, auf die sich die anderen Gruppen stützen können. Zwar behaupten sie, auch im Namen des Militärs zu sprechen, was dort aber verneint wird. (19) Wahrscheinlicher ist, daß die Armee Kengo nur für die militärischen Rückschläge verantwortlich machen will.

Andere Regierungsmitglieder, wie Kommunikationsminister Mende glaubten, daß alles "nur Theater" sei. (19) Jedoch: Eine Woche später bestätigte Mobutu Sese-Seko den Beschluß des Parlaments und entzog Kengo wa Dondo die Unterstützung. (9) Zu Mobuto gibt es zur Zeit kaum eine Alternative. Neben Tshisekedi wäre General Mahele Lioko Bokungu, seit Dezember Generalstabschef, der einzige Alternative. Aber bislang hat er nur militärische Mißerfolge aufzuweisen. (21) Kabaruza Hamuli, Generalsekretär des NGO-Verbandes in Zaire, glaubt nicht an einen Militärputsch: "Jeder Putsch, den General Mahele anführen würde, würde eine Konfrontation mit Kabila bedeuten. Das hieße für Mahele den sicheren politischen Tod." (20)

Söldnertruppen

Die einzige bislang praktizierte Form der europäischen Militärhilfe auf die sich Mobutu stützen kann, sind die Söldnertruppen, die vor allem in und um Kisangani eingesetzt wurden. Diese Söldner-Option wurde schon am 11.12.96 verkündet: Die Regierung sei nun bereit mit "dem Teufel" zu paktieren, um verlorenes Staatsgebiet zurückzuerobern. Als Vermittler fungiert Bob Denard über eine Firma in Togo. Die Firma soll zum südafrikanischen Söldnerunternehmen "Executive Outcome" gehören. (23) Finanziert werden diese Unternehmungen angesichts leerer Staatskassen von befreundeten Unternehmen. Der Unternehmer Bemba Saolona hat auf Leasing-Basis russische Flugzeuge gekauft, für die nun Piloten aus Polen und der Ukraine angeworben werden sollen. (24) Daneben versucht Mobutu durch Privatisierung schnell an Gelder zu kommen. Auch bei den Kupfer- und Kobaltkonzessionen in Shaba sind Verhandlungen im Gange. Die kanadische Firma Eurocan Ventures hat schon Investitionen von 1,5 Mrd. US-Dollar versprochen. (24)

In Ostzaire haben sich die mehrheitlich serbischen (5.000) und kroatischen Söldner vor allem durch willkürliche Morde an der Zivilbevölkerung hervorgetan. (4) Die von Bernard Tavernier angeführten Söldner wurden in Watsa im Nordosten eingesetzt. Über Watsa verlief die Militärkooperation zwischen Sudan und Zaire. Bis zuletzt versuchte die Regierung hier einen Zusammenschluß zwischen AFDL und SPLA (Sudanesiche Volksbefreiungsarmee) zu verhindern. Watsa wurde aber schon Anfang Februar eingenommen. Nun sind Taverniers Helden auf dem Flugfeld versammelt und warten auf die Evakuierung. Es blieb ein Rätsel was sie dort überhaupt gemacht haben. Die weißen Piloten hätten bislang keine einzige Unterstützungsmission für Bodentruppen geleistet, nur eine strategisch wichtige Brücke wurde bombardiert. AFDL-Sprecher Kazadi

Nyembwe: "Die Söldner töten Leute und rennen weg." Ein zusätzlicher Grund für die Inaktivität liefert ein CIA-Berichten wonach die meisten der Balkan-Söldner an Durchfall erkrankt sind. (5)

Laut Newsweek wurde bei Kisangani ein Massengrab mit mindestens 24 Leichen entdeckt. Andere Augenzeugen berichten von der Hinrichtung von 15 Männer die für AFDL-Sympathisanten gehalten wurden. (25) Als Kisangani fiel, haben die Söldner lediglich versucht, die zairischen Soldaten an der Flucht zu hindern. (6) Von dort haben die Söldner drei italienische Aermacchi Jagdbomber eingesetzt, sozusagen Zaires Luftwaffe. (26)

Tavernier ist ein alter Bekannter Mobutus und Kabilas, der schon in den 60er Jahren zusammen mit "Bob" Denard, "Kongo"-Müller und anderen illustren Söldnergestalten (Gerd von Blottnitz, Georg Krahl) auf Seiten des damaligen General Mobutus gegen Lumumba kämpften. (24) Tavernier ist nach seinen Worten kein Söldner, sondern ganz offiziell angestellt vom zairischen Generalstabs-Chef als "Berater zur Reorganisation" der Streitkräfte. Damit sah er sich berechtigt in einem Interview Burundi, Ruanda und Uganda mit Krieg zu drohen, wenn sie nicht ihre Truppen abziehen würden. (13)

Die potentielle militärische Bedeutung der Söldner wird also eher in Kinshasa zum Tragen kommen. Wenn dort um die Macht gekämpft wird, können sie das Zünglein an der Waage sein, zumal Söldnerführer wie Denard oder Tavernier gute Beziehungen zu Militär- und Geheimdienstkreisen in Belgien und Frankreich haben. (14)

Kabila

"Kabila, der ist wie Jesus, er bringt Licht in unsere Dunkelheit". (6) Als Kabila vor einem halben Jahr am Kivu auftrat, war er für die meisten ein Unbekannter. Aber dies ist bereits seine zweite Revolution. Nach seinem Studium der Philosophie in Frankreich unterstützte er Patrice Lumumba und schloß sich nach dessen Tod 1964/65 dem Erziehungsminister Pierre Mulele im Untergrund an. Bevor ein damals junger General Mobutu die Rebellen zerschlug, traf Kabila noch Che Guevara, der aber schnell weiterzog, frustriert von der Rebellenarmee ("Parasitenarmee"). (6) Im Anschluß soll Kabila sich als Goldschmuggler bewährt haben, und einige Zeit in Tansania gelebt haben, wo er mit Ruandas heutigem Verteidigungsminister Paul Kagame und Ugandas jetzigem Präsidenten Yoweri Museveni, sowie mit John Garang, dem Anführer der SPLA, viel Zeit verbracht hatte, und auch Julius Nyerere kennenlernte. (6) Nebenbei konnte Kabila mit seiner kleinen Parti de la Revolution Populaire (PRP), als Nachfolger der lumumbistischen Gegenregierung von 1963/64, immerhin einige "befreite Gebiete" schaffen. (14)

Seit dem 1.11.96 residiert Kabila in Goma, der neuen Hauptstadt der "Demokratischen Republik Kongo" - in der Villa seines Vorgängers. (6) Kabila ist aber kein Einzelgänger sondern Repräsentant einer Parteien-Allianz, der AFDL. Sie setzt sich aus Kabilas PRP, der Alliance Democratique des Peuples (ADP) der Banyamulenge angeführt von Bughera, dem Conseil National de Resistance (CNR) in Ost-Kasai, angeführt von Andre Kisase Ngandu, und dem Mouvement Revolutionaire pour la Liberation du Congo-Zaire (MRL) aus Zentral-Kivu, angeführt von Masasu Nindaga, zusammen. (31) Aber inzwischen zählen sich auch andere Exilparteien dazu, wie z.B. die Union Nationale Revolutionnaire Congolaise (UNRC). Für deren Präsident Lodama im Londoner Exil sind das keine Rebellen sondern Patrioten die um ihr Recht kämpfen. (27)

Politik und Programm

"Wollt ihr, daß ich dieses Land befreie?" rief Kabila vor 10.000 Zuhörern in Kalemie. Die Antwort war "Ja!" (12) Dieser Slogan "Befreiung von Zairern" ist auch Programm. "Zairer" gelten als Synonym für Anhänger Mobutus. Mobutu hatte seinem Land in den frühen 70er die Afrikanisierung verordnet. Unter anderem wurde damals das Wort Kongo systematisch durch Zaire ersetzt. Die AFDL will nun zur "demokratischen Republik Kongo" von 1971 zurück, inklusive der alten Flagge. (6)

Nach der Einnahme von Kisangani kündigte Kabila an, alle politischen Parteien bis zum Ende des Krieges zu suspendieren. Die Übergangsregierung werde ausschließlich aus der AFDL bestehen, denn "wenn wir politische Parteien akzeptieren, werden sie Lügen erzählen, um das Vorrücken des Bündnisses zu stoppen. (28) Informationsminister Mawampanga betonte, daß erst am Tage von Mobutus Rücktritt die Rebellen die Waffen niederlegen würden. (27) Kabila: "Wir werden vorrücken, bis unser Land vollständig befreit ist. Nicht einen Quadratmeter werden wir ihnen lassen."(29)

Seit Januar gibt es auch einen Exekutivrat mit sieben Ministern - die Generalkommissare. Das Schattenkabinett besteht größtenteils aus studierten Exil-Zairern. Trotzdem scheint die AFDL ein eher straff geführter Apparat zu sein, in dem die Militärs das Sagen haben und die Zivilisten wie Marionetten wirken. (11) Einerseits wird Kabila von der Bevölkerung verehrt, aber andererseits ist sein Bild in keinem AFDL-Büro zu sehen und keiner der anderen Entscheidungsträger bezieht sich auf ihn. (30)

Die Bevölkerung merkt die Veränderung bislang nur durch die Tchembe-Tchembe (Basiskomitees nach dem Modell Ugandas) in jeder Straße. Ihre Aktivisten tragen Waffen und wachen über das Kommen und Gehen. "Die soziale Kontrolle ist dichter als früher", so ein MR-Aktivist. Außerdem bietet die AFDL Schulungen über Ideologie, Geschichte und Aufbau der Basiskomitees an. Kommissionschef für Ausbildung Jose Kaganjwa: "Das Volk kann gegen bestimmte Leute sein, aber nicht gegen den Weg." (30) Es scheint, daß in den "befreiten Gebieten" die Soldaten nicht marodieren und die Rebellenführer bewegen sich ohne Pomp, keiner hat Bodyguards dabei. Eine der wenigen repressiven Maßnahmen war die Beschlagnahmung sämtlicher Satellitentelefone, um die Kommunikation nach Westen zu unterbinden. (30)

Ökonomisch ist nur langsam eine Belebung Gomas zu spüren. Ein Großteil der beim Einmarsch geflüchteten Großhändler wartet noch ab. Dazu Mawapanga: Die Banken sind "theoretisch" offen und die Staatsbeamten "werden bezahlt werden", wenn klar ist, wer sie sind. (30)

AFDL-Militär

Seit Beginn der Kämpfe sind die Truppen der AFDL schätzungsweise von 6.000 auf 15.000 Soldaten angewachsen. Speerspitze des bewaffneten Kampfes der AFDL waren und sind die zairischen Tutsi - die Banyamulenge aus der Region Mulenge westlich von Bukavu, und die Banyamasisi aus der Region Masisi westlich von Goma. Letztere wurden seit 1994 von Soldaten und Hutu-Milizen nach Ruanda vertrieben. Die Banyamulenge traten im Sommer 1996 in den Aufstand, als ihnen die Staatsbürgerschaft aberkannt wurde. Die AFDL entstand also aus einem Zweckbündnis zwischen dem politischen Prestige der Lumumba-Veteranen (Kabila) und der militärischen Stärke der Banyamulenge (Ngandu und Bughera). (30)

Damit birgt das schnelle Wachstum der Truppen das Risiko späterer Spaltungen, zumal ethnische Integration außer beim gemeinsamen Oberkommando, nicht zu existieren scheint. (14) Eine Stammesmiliz hat sich schon gegen die AFDL gewandt.

Die Abwendung der Mayi-Mayi Miliz war die erste Belastungsprobe für die AFDL. Sie wurde 1995 in Kivu als eine Art Landwehr der Nyanga und Bahunde Völker gegen die ruandischen Hutu-Milizen gegründet. Nach Einmarsch der AFDL bekamen auch die lokalen Anführer in der Nande-Region Angst vor einer möglichen Dominanz der Tutsi. Die lokale Widerstandsbewegung Mayi-Mayi, ehemals Verbündete der AFDL, erschienen ihnen als ein probates Mittel eine Gegenmacht aufzubauen. (30) Mitte Januar übernahm die Miliz die Kontrolle über den Flughafen Butembo und erlaubte dort Landungen der zairischen Armee und der Söldner, die einen Vorstoß nach Norden zur Stadt Beni versuchten. (24) Die AFDL verlangte die Auflösung der Mayi-Mayi. Seitdem versucht die AFDL mit einigem Erfolg Angehörige der Mayi-Mayi zum Übertritt zu bewegen - wer freiwillig kommt wird in die Armee aufgenommen und erhält eine Ausbildung. (30) Trotzdem wird es in der Nande-Region nur einen Frieden auf Distanz geben.

Es stellt sich die Frage, ob angesichts der zu beobachtenden Differenzen bzw. mangelnden Übereinstimmungen innerhalb der AFDL ein gemeinsamer Feind ausreicht, um eine gemeinsame Zukunft zu bauen. Innerhalb der AFDL ist das Gewicht der zairischen Tutsis deutlich spürbar. Drei der sieben Mitglieder des Exekutivrats sind Banyamulenge, sowie Moise Nyarugabo, der Kabinettschef von Kabila. (30) Außerdem scheint die AFDL ihr kurzfristiges, konsensfähiges Ziel erreicht zu haben. Die AFDL kontrolliert mit Bukavu, Goma, Uvira, Beni, Bunia, Watsa und Kalemie, sowie Kisangani exakt jenes Gebiet, daß von den Hutu-Milizen benutzt wurde.

Regionales Machtpoker in Zaire

Die 40-jährigen Wirren in Zentralafrika haben zu einem vielschichtigen Allianzsystem unter den benachbarten Staaten geführt, die nun die Gelegenheit ergreifen wollen, die Geschicke zu ihren Gunsten zu lenken.

Seit den 70er Jahren betreibt der Sudan eine aktive Destabilisierungspolitik an der Südgrenze, z.B. via militärischer Unterstützung der Hutu-Milizen. (14) Mobutu unterstützte den Sudan dafür bei der Bekämpfung

der südsudanesischen Aufständischen der SPLA. Auch durften, wie im Fall der ruandischen Hutu-Milizen die Allied Democratic Front (muslimische Fundamentalisten) und die Reste der National Army for the Liberation of Uganda (NALU) von Nordzaire aus in Uganda einfallen. (31)

Außerhalb Zentralafrikas scheint Mobutu aber zunehmend isoliert zu agieren. Seine Behauptung, daß Marokko, Togo und der Tschad Soldaten schicken würden, wurde umgehend von allen drei Staaten verneint: "Solche Anfragen hat es nie gegeben" oder "Wir haben schon vor Monaten abgelehnt". Auch China und Israel dementierten die ihnen unterstellte Absicht, Berater in das Land zu entsenden. (5;13)

Trotzdem versucht Mobutu die "Mächte des Bösen" (AFDL-Sympathisanten (13)) zu teilen. Nach Angaben der burundischen Hutu-Opposition sind Verhandlungen zwischen Mobutu und der Militärregierung und Major Pierre Buyova im Gange. Dieser soll der zairischen Armee den Flughafen von Bujumbara für Luftangriffe auf die AFDL zur Verfügung stellen. Im Gegenzug würde Zaire das Embargo beenden. (24) Dabei hat Mobutu bislang die 1993 vom Ex-Innenminister gegründete Conseil National pour la Defense de la Democratie (CNDD) unterstützt, die den Nordwesten Burundis mit Krieg überzog. (31)

Auf der anderen Seite stehen vor allem Uganda und Ruanda. Die Grenzregion im Osten Zaires war für beide Staaten eine Hauptquelle der politischen Destabilisierung. Die Hutu-Miliz Interahamwe und die ehemalige Regierungsarmee unter Führung des Rassemblements pour la Retour de Refugies au Rwanda (RDR) haben immer mehr Vorstöße nach Ruanda unternommen, u.a. zur Einschüchterung der Zeugen des Genozids. (31) Die Milizen benutzten die Flüchtlinge als lebende Schutzschilder, und die Lager als Rückzugsbasen sowie Versorgungszentren. Deswegen erhofft sich Ruanda durch Unterstützung der AFDL Ruhe an der Ostseite um sich innenpolitischen Problemen zu widmen. Uganda will durch Ausschaltung der ADF die Möglichkeit haben sich gegen den Sudan zu schützen. (14)

Immer mehr scheint auch Angola in den Krieg verwickelt zu werden. Nach Angaben der AFDL stehen 2.000 angolanische UNITA-Truppen auf Seiten Mobutus. (4) Am 20. März wurde über Truppenverschiebungen der UNITA in die Shaba Provinz berichtet, wo die zairische Armee das Feld in Erwartung eines AFDL-Einmarsches schon geräumt hat. (32) Auf der anderen Seite, so berichtet das US-Außenministerium, hat Angolas Regierung auf Umweg über Ruanda ca. 2.000 bewaffnete zairische Exilanten der AFDL bereitgestellt. Daneben kursieren Gerüchte über eine Mobilmachung in der angolanischen Exklave Cabinda. Dort kämpft General Boma gegen eine von Mobutu unterstützte Sezessionsbewegung. Auch der AFDL-Sympathisant Jacques Matanda soll einen Einmarsch aus dem Norden Angolas vorbereiten, via der Provinz Bas-Zaire. (32)

Unter den kämpfenden Einheiten (AFDL, Hutu, Armee, und einheimische Milizen) hat die AFDL die beste Position. Ihre Gegner sind weitgehend von ihren Nachschubquellen abgeschnitten, schlecht ausgebildet und undiszipliniert. Da aber die Stärke vor allem auf Unterstützung der Banyamulenge und Ruandas sowie Ugandas beruht, scheint ein konzentrierter Vorstoß Richtung Kinshasa unwahrscheinlich zu sein. Gerade die Banyamulenge haben ihr Ziel erreicht, den Grenzstreifen unter Kontrolle zu bringen und die Flüchtlinge zu vertreiben. Uganda dagegen ist eher an einem Vorstoß der AFDL nach Norden interessiert, um die letzten Reste der ADF zu zerstören. (27)

Flüchtlinge

Ob sich nach dem Krieg etwas für die Zivilbevölkerung verbessert, bleibt abzuwarten. Gegenwärtig wird sie, besonders die ruandischen und zairischen Flüchtlinge, als Spielball benutzt. Über die Zahl der Toten gibt es nicht einmal Schätzungen, ebenso unbekannt ist die Zahl der zairischen Flüchtlinge.

Egal ob für ruandische oder zairische Opfer designiert, bestand die Regierung darauf, über Uganda kommende Hilfsgüter für die Flüchtlinge erst 2.000 km westlich nach Kinshasa zu fliegen und dort auf zairische Maschinen umzuladen. (33) Die Unterernährung und Erkrankung bezeichnet der zuständige Direktor des UN-Welternährungsprogramms, Mohammed Zeijari zurückhaltend als: "Engpässe bei der Logistik und der Sicherheit." (33)

Die geleistete bzw. nicht geleistete humanitäre Hilfe war zu einem gewissen Maß Auslöser des Kriegs. Die gute Versorgung der Hutu-Flüchtlinge rief zum einen Neid hervor, und zum anderen erleichterte sie den Hutu-Milizen die Versorgung der eigenen Truppen. Gleichzeitig konnten sich diese durch Erpressung in den Lagern neue Einkommensquellen erschließen. Die Flüchtlinge verspürten so keinen Druck bzw. konnten nicht

nach Ruanda zurückzukehren - sie dienten weiter als Schutzschild. (34) Auch UNHCR Hochkommissarin Sadako Ogata mußte einräumen, daß sie nicht wisse, woher die Flugzeuge kommen, die seit Tagen die ruandischen Hutu-Milizen im Flüchtlingslager Tingi-Tingi mit Waffen beliefern. Ogata forderte Zaire und Hutus auf, die Militarisierung des Lagers einzustellen. (10)

Die AFDL, vor allem die Banyamulenge, verfolgte rigoros ihr Ziel, die Präsenz der Hutu-Flüchtlinge in Ostzaire zu bekämpfen, d.h. die Flüchtlingslager mit allen Mitteln aufzulösen. In diesem Sinne war auch die Eroberung Kisanganis wichtig, bedeutete dies doch die Beendigung der humanitären Hilfe. Bis dahin diente die Stadt als Drehscheibe der Nothilfe für Ostzaire. (7) Schon im Vorfeld war die AFDL bestrebt, die Flüchtlingslager in Ostzaire aufzulösen. Mitte Februar wurden in kurzer Zeit die Flüchtlingslager Shabunda und Misi, in der Nähe von Lubutu, eingenommen. Im letzteren lebten 40.000 ruandische Hutu-Flüchtlinge unter Kontrolle einiger Hutu-Milizen. (35) Die AFDL treibt also auf ihrem Vormarsch die Reste der ruandischen Hutu-Milizen samt den von ihnen kontrollierten Flüchtlingen vor sich her. Allein das größte Flüchtlingslager östliche von Kisangani, Tingi-Tingi mit 120.000 Menschen ist noch nicht in Rebellenhand, aber seit Mitte März umstellt. Die AFDL hat die meisten der LagerbewohnerInnen zurückgeschickt - zuweilen gegen den heftigen Widerstand der Hutu-Milizen. In den verlassenen Lagern um Goma z.B. hat der UNHCR 5.300 Leichen identifiziert - Opfer der Kämpfe vom November 1996. (30)

Christopher Steinmetz

Quellen:

1) Die Zeit Nr.11., 7.3.97.

2) taz, 10.3.97.

3) taz, 20.2.97.

4) taz, 17.3.97.

5) taz, 5.2.97.

6) Frankfurter Rundschau (FR), 17.3.97.

7) FR, 18.3.97.

8) taz, 19.3.97.

9) taz, 25.3.97.

10) taz, 19.2.97.

11) Spiegel 13/97, S.142.

12) taz, 17.2.97.

13) Freitag, 14.2.97.

14) Kommune 3/97, S.10.

15) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.3.1997.

16) taz, 11.2.97.

17) Stefan Mair: Konflikte an Ostafrikas Großen Seen; in: Epd-Dokumentation 4/97, S. d1.

18) Stefan Mair, S. d4. Shaba konnte sich bislang zweimal von Kinshasa emanzipieren. Als "Katanga" wurde ihre einige Jahre währende Unabhängigkeit erst durch den Einsatz von französischen, belgischen und marokkanischen Truppen beendet (12).

19) taz, 20.3.97.

20) FR, 21.3.97.

21) FR, 18.2.97.

22) taz, 26.3.97.

23) Executive Outcomes ist Teil der Holding "Strategic Ressources" mit zwanzig Filialen, z.B. Capricorn Air, Ibis Air, der Energiefirma Heritage Oil&Gas, die Politikberatung GJW Government Relations und die Bergbaugesellschaft "Branch Mining" und Branch Energy" (24).

24) taz 27.1.97; (25) FR 25.3.97; (26) FR 1.3.97; 27) Stefan Mair, S. d3; FR 22.3.97.

28) taz, 24.3.97.

29) taz, 8/9.3.97.

30) taz, 12.3.97.

31) Stefan Mair, S. d2.

32) taz, 21.3.97.

33) taz, 10.2.97.

34) Stefan Mair, S. d5.

35) taz, 10.2.97.

Christopher Steinmetz, Dipl.-Pol., ist Redakteur des ami-Kollektivs und Mitarbeiter der Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär in Berlin. Der Artikel ist der Aprilausgabe 1997 der antimilitarismus-information/ami entnommen

# 28. "Ich kämpfe um meinen Freispruch." Interview mit Monika Haas

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak402/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:402:36

Katja Leyrer: Du bist nach knapp zweieinhalb Jahren Untersuchungshaft wieder frei. Herzlichen Glückwunsch! Wie schätzt du deine Haftentlassung ein - ist das eine Schlappe für die Karlsruher Ankläger?

Monika Haas: Nein, leider nicht. Es ist durchaus noch möglich, daß ich verurteilt werde. Das Gericht hat mit der Aussetzung des Haftbefehls nur die Ebene der Konfrontation heruntergeschraubt. Der verhandelnde Senat geht also nicht mehr von Mittäterschaft, sondern von Beihilfe aus.

Beihilfe wozu?

Ich bin angeklagt, 1977 die Waffen für die Entführung der Lufthansa-Maschine "Landshut" nach Mallorca überbracht zu haben. Die Bundesanwaltschaft unterstellt Mittäterschaft, das bedeutet, ich hätte in Kenntnis des gesamten Tatplanes gehandelt. Der jetzt verhandelnde Senat des Oberlandesgerichts Frankfurt nimmt an, daß mir der Tatplan nicht bekannt gewesen sei, und unterstellt Beihilfe, nicht mehr Mittäterschaft. Obwohl der Prozeß ja noch nicht zu Ende ist. Und die zu erwartende Strafe dafür habe ich nun mit der langen Untersuchungshaft teilweise abgesessen.

Du hast immer gesagt, du warst nie in Mallorca.

Richtig.

Trotzdem hast du jetzt lange im Knast gesessen. Bist du nicht wütend?

Selbstverständlich habe ich eine ziemliche Wut. Aber es hat mich auch nicht besonders erstaunt. Es paßt irgendwie in mein Leben, das nun mal so war, wie es war. Von daher sehe ich mich nicht nur als Opfer.

Du bist knapp 50 Jahre alt, kommst aus einer Zeit, in der auch viele Frauen sich politisch rationalisiert hatten. Hast du - wie so viele in den 70er Jahren - revolutionäre Träume gehabt?

Träume von einer besseren Welt, ja.

Du hast dich damals auch für die politischen Gefangenen in den Knästen eingesetzt. Dazu gehörten vor allem die der RAF. Damit stieß man selbstverständlich sehr schnell auch an die Grenzen des Erlaubten in diesem Staat.

Meine Rolle war immer sehr bescheiden. Sie ist jetzt überdimensional hochgespielt worden. Meine reale Rolle damals in der Bewegung hat nichts mit den Vorwürfen zu tun, die mir heute vor Gericht gemacht werden. Ich war nie in der RAF und auch nicht Mitglied der PFLP. Das sind Klischees der Presse und der Bundesanwaltschaft vor denen stehe ich bisweilen immer noch fassungslos.

Du hast ab Ende der Siebziger einige Jahre im Ausland verbracht.

Ja, im Jemen. Ich war dort verheiratet. Ich bin endgültig im April 1982 nach Deutschland zurückgekommen, mit meinen drei Kindern.

Und hast dann hier ganz normal gelebt?

Ich stand hier mit drei Kindern und zwei Koffern, hatte keine vernünftige Schulausbildung und auch keine Berufsausbildung. Nachdem die Kinder ein bißchen älter waren, bin ich nachts Taxi gefahren und habe mich wieder ins Erwerbsleben hineingearbeitet, war dann auf dem Abendgymnasium, um meine Schulausbildung zu verbessern, und habe ein paar Semester Sozialarbeit studiert. Diese Jahre waren sehr mühsam und arbeitsreich, aber ich habe es geschafft, eine Existenz für mich und die Kinder aufzubauen.

Aus der du jäh wieder herausgerissen wurdest mit der Verhaftung und dem Vorwurf, an dieser Flugzeugentführung beteiligt gewesen zu sein.

Ja, ich muß jetzt nicht ganz von vorne, aber wieder von vorne anfangen, weil diese zweieinhalb Jahre Haft mir vieles von dem zerstört haben, was ich in den letzten Jahren aufgebaut hatte.

Es ist ja nicht ganz von Pappe, wenn plötzlich in der Zeitung steht, jemand sei RAF-Frau oder Terroristen-Anführerin. Wie hat deine Umgebung darauf reagiert?

Da habe ich sehr positive Erfahrungen gemacht. Alle Leute, mit denen ich zu tun hatte, Nachbarn, Arbeitskollegen, bis auf ganz wenige Ausnahmen, haben sich an der Monika Haas orientiert, die sie kannten, und nicht an der, von der in manchen Zeitungen die Rede war. Das ging so weit, daß viele Leute mir gesagt haben: "Wissen Sie, Frau Haas, ganz egal, was Sie früher gemacht haben, die sollen Sie in Ruhe lassen!" Die Mehrzahl der Leute, die mich kannten, fanden sehr unverständlich, was mit mir gemacht wurde, und haben mich wirklich unterstützt. Das hat mich selber sehr überrascht.

Du hast dich geweigert, Kronzeugin zu werden. Auch im weitesten Sinne - du hast es abgelehnt zu sagen: Ich schwöre meinem alten Leben, meinen damaligen Freunden oder dem, woran wir damals geglaubt haben, ab.

Die Kronzeugenregelung hätte für mich bedeutet, daß ich etwas hätte sagen müssen, was ich nicht weiß oder was nicht stimmt.

Das machen andere Kronzeugen auch.

Ich weiß. Das gilt auch für die Kronzeugen, die gegen mich aufgebaut worden sind und die sich dem Staatsschutz unterworfen haben. Dieses Verhalten widerspricht meinem politischen Selbstverständnis. Bei aller Kritik auch an der Ebene des bewaffneten Kampfes - ich sehe heute manches anders und auch sehr kritisch. Aber ich finde nach wie vor, so kann ein Mensch nicht mit seiner Geschichte umgehen. Das ist für mich keine Frage.

Es ist zu vermuten, daß genau diese Haltung zumindest mit dazu geführt hat, daß man dir mal eben zweieinhalb Jahre Knast verordnet hat, obwohl du minderjährige Kinder hast.

Ich gehe davon aus, daß das ursprüngliche Ziel war, mich als Kronzeugin zu gewinnen, allerdings hat sich das Verfahren dann verselbständigt. Es entwickelte sich zu einem Machtspiel, und die Bundesanwaltschaft hat auch gerade hinsichtlich der Schlappen, die sie in letzter Zeit einstecken mußte, dafür gesorgt und alles dafür getan, in meinem Falle recht behalten zu wollen. Einer solchen Machtebene ist man relativ hilflos ausgeliefert.

Wie war das, als der Prozeß sich so endlos in die Länge zog?

Sehr zermürbend, wirklich zermürbend. Das ging so weit, daß es mir streckenweise egal war, was dabei herauskommt, wenn es nur endlich irgendwann zu Ende ist. Daß eine Entscheidung kommt, egal welche. Insgesamt sind es nun fünf Jahre, in denen ich so massiv verfolgt wurde ... irgendwann wird es einem dann zu viel, und man will einfach nicht mehr. Das ist eine Erfahrung, der ich mich nicht immer entziehen konnte. Aber das sind Phasen, die auch vorübergehen. Mein Ziel ist jetzt nicht, ein schnelles Prozeßende herbeizuführen. Ich werde weiter für einen Freispruch kämpfen.

Du hast dich immer gewehrt, auch im Gefängnis. Du hast auch selber eingegriffen, Anträge im Verfahren gestellt, hast das alles nicht nur den Anwälten überlassen.

Ich gehöre nicht zu den Menschen, die ihr Schicksal in andere Hände legen, auch wenn es sehr kompetente Rechtsanwaltshände sind. Ich sehe zu, daß ich selber auch handlungsfähig bin. Ich habe mein ganzes Leben lang meine Probleme selber gelöst. Und warum soll ich dies jetzt ändern?

Wie habt ihr das geregelt, daß die Kinder versorgt sind während der Zeit, als du im Gefängnis warst?

Ich bekam sowohl von meinen Freundinnen und Freunden als auch von Behörden große Unterstützung. Das Jugendamt Frankfurt hat sich wirklich vorbildlich verhalten. Sie haben den Kindern in jeder Beziehung geholfen, zum Beispiel in Form des betreuten Wohnens. Viermal in der Woche kam eine Sozialpädagogin, die sich um die Kinder gekümmert hat.

Würdest du sagen, daß es dir speziell in diesem Zusammenhang vielleicht sogar besser ging als den meisten anderen Gefangenen?

Mit Sicherheit. Ich war schon allein durch das soziale Umfeld und die vielen Freunde, die ich habe, bessergestellt. Das haben die meisten gefangenen Frauen ja leider überhaupt nicht. Im Gegenteil, die wenigen sozialen Kontakte, die sie haben, werden durch die Situation Knast endgültig zerstört.

Noch ist dein Prozeß nicht zu Ende. Wie lange kann das alles noch dauern?

Ich schätze, der Prozeß wird sich bis Sommer, spätestens Herbst hinziehen. Im Falle einer Verurteilung werde ich in die Revision gehen und möglicherweise auch vor das Verfassungsgericht, je nachdem, wie die rechtliche Lage dann aussieht. Ich hatte für mich immer im Kopf, daß ich alle Instanzen, einschließlich des Europäischen Gerichtshofes, ausschöpfen werde.

Warst du eine politische Gefangene?

Ich denke schon. Meine Geschichte ist ja nicht gerade unpolitisch. Es wäre auch falsch zu sagen, nur die Ebene des bewaffneten Kampfes, gegen die ich mich 1976 entschieden habe, sei es wert, politisch genannt zu werden. Das ist eine Hierarchisierung, die ich ablehne.

Die sechs noch inhaftierten RAF-Mitglieder haben sich im November 1995 aus den Gefängnissen heraus zu deinem Verfahren geäußert.

Ich habe mich darüber sehr gefreut und fand das schön.

Was ist das Wichtigste für jemanden mit politischem Hintergrund im Knast?

Darüber muß ich nachdenken ... Das Wichtigste ist wohl, daß es Signale und Anzeichen gibt, die einem zeigen, daß man von der Politik draußen nicht vergessen wird. Ich hatte öfter dieses Gefühl - und das geht insbesondere an die Adresse der Grünen. Ich finde es angebracht, daß sie sich wieder mehr an ihre Wurzeln erinnern und nicht so tun, als seien die Gefangenen die Schmuddelkinder der Bewegung.

Die Prozeßerklärung ist zu erhalten über das Forum für Monika Haas, Postfach Bodo Lube 180 148, 60082 Frankfurt. Tel/Fax: 069-461720.

Das Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V. hat eine Broschüre zum Prozeß gegen Monika Haas herausgegeben. Bezug über: Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V., Bismarckstr. 40, 50672 Köln. Einzelpreis DM 8,- plus Porto.

Nach zweieinhalb Jahren U-Haft wurde die Frankfurterin Monika Haas Ende März aus dem Knast entlassen. Der Haftbefehl gegen sie wurde am 19. März aufgehoben. Ihr wird vorgeworfen an den Vorbereitungen für die Entführung der Lufthansa-Maschine Landshut im Oktober 1977 beteiligt gewesen zu sein. Mit dieser Entführung sollte die Freilassung der Stammheimer RAF-Gefangenen Andreas Baader, Jan-Karl Raspe, Gudrun Ensslin und Irmgard Möller erreicht werden. Das entführte Flugzeug wurde gestürmt; die einzige Überlebende der Entführer, Souhaila Andrawes, ist später zur Kronzeugin gegen Monika Haas geworden. Am 18. Oktober 1977 wurden die Stammheimer RAF-Gefangenen tot beziehungsweise schwerverletzt in ihren Zellen aufgefunden.

Die Vorwürfe gegen Monika Haas beziehen sich auf einen Zeitpunkt, zu dem sie im Südjemen gelebt hat und mit einem führenden Mitglied der PFLP (Volksfront zur Befreiung Palästinas) verheiratet war. Sie selber kann diesen Zeitpunkt so genau rekonstruieren, weil ihr drei Monate altes Kind lebensgefährlich erkrankt war. Trotzdem schließt der Bundesgerichtshof (BGH) nicht aus, daß sie zu diesem Zeitpunkt nach Palma de Mallorca geflogen sein kann, um Waffen dorthin zu schmuggeln. Außer fragwürdigen Kronzeugen gibt es für die Anschuldigungen der Bundesanwaltschaft gegen Monika Haas keinerlei Beweise.

Während der letzten fünf Jahre, in denen gegen Monika Haas ermittelt worden ist - sie war 1992 das erste Mal verhaftet worden - wurden immer wieder Anschuldigungen laut, in denen Monika Haas die Tätigkeit für verschiedene Geheimdienste vorgeworfen wurde. Sie selber weist diese Vorwürfe in aller Schärfe zurück und erklärt in ihrer Prozeßerklärung vom 31.10.1996, welche Verleumdungsstrategie hinter diesen Vorwürfen steckt. Am Beispiel der behaupteten Mossadmitarbeit: Darüber, daß ihr eine Tätigkeit für den Mossad vorgeworfen wird, wird innerhalb der PFLP ihr Ehemann diskreditiert. Das nützt im innerparteilichen Machtpoker dessen Kontrahenten. Viele Punkte in der Prozeßerklärung sind nicht leicht nachvollziebar. In sich schlüssig sind sie allemal.

Wie auch schon bei den Geheimdiensttätigkeiten, so war der Spiegel auch vorneweg bei der Medienkampagne, die Monika Haas als Top-Terroristin aufbaute. Sie sollte abgestraft werden, entspricht sie doch so gar nicht dem, wie eine Frau zu sein hat. So schreibt Brigitte Klaß in ihrem Beitrag "Ein feministischer

Blick auf die Kampagne gegen Monika Haas": Sie war nicht nett. Sie hat einen Mann des Feindes geheiratet. Sie war keine "gute" Mutter. Sie hat nie "bereut". Sie ist das unerwünschte Beispiel für ein unabhängiges und erfolgreiches Frauenleben.

Das Interview führte Katja Leyrer. Es war zuerst in der jungen Welt vom 5.4.1997 abgedruckt.

# 29. Rebellion der Habenichtse. Rezension des Buches von Kanzleiter/Pesara

Autor: kuk · Rubrik: Mexiko; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak402/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:402:35

ak-LeserInnen erinnern sich vielleicht: Vor anderthalb Jahren (ak 383) veröffentlichten wir eine Reportage über deutsche Kaffeeplantagenbesitzer in Chiapas. Unser Autor Boris Kanzleiter hat nun gemeinsam mit Dirk Pesara ein kleines Büchlein ("Die Rebellion der Habenichtse") vorgelegt, in dem ein spannendes Porträt dieses mexikanischen Bundesstaates gezeichnet wird. Dabei geht es nur am Rande um die EZLN, auch wenn ihr Aufstand Auslöser für eine weitere Bewegung war: Landarbeiter nutzten den Aufruhr, um mit eigener Kraft die alte Forderung nach Land durchzusetzen. Sie besetzten Kaffeeplantagen, die sich seit Jahrzehnten im Besitz deutschstämmiger Großgrundbesitzer befanden.

Die Reportage beginnt im Dorf Nueva Palestina, dessen BewohnerInnen sich in der Unión Campesina Popular Francisco Villa (UCPFV) zusammengeschlossen haben. Am 4. August 1994 besetzt die UCPFV die Kaffeeplantage Liquidambar, die sich im Besitz der Familie Schimpf-Hudler befindet. Die Vorgeschichte der Besetzung, die Inbesitznahme von Boden und Produktionsmitteln durch die Campesinos und die gewaltsame Restauration bilden den roten Faden des spannend geschriebenen Büchleins. Exkursionen in andere Gebiete ermöglichen es den LeserInnen, das Geschehen in einen größeren Rahmen einzuordnen: die Geschichte der (unterbliebenen) Landreformen seit der Mexikanischen Revolution, die Entwicklung des Kaffeeweltmarktes und seine Auswirkungen auf den Kaffeeanbau in Chiapas, der Aufstand des EZLN, die Auswirkungen der landesweiten und regionalen Wahlergebnisse, die Geschichte der deutschen Landnahme in Chiapas, die Verquickung von Großgrundbesitz und Politik und anderes mehr.

Leider gibt es am Ende kein Happy-End. Großgrundbesitzer, unterstützt von Militär und Weißen Garden (eine Art Privatarmee der Reichen) drängen die Campesinos zurück. Bedrückend am Ende die Zeugnisse der Repressionsopfer. "Die Rebellion der Habenichtse" ist ein lesenswertes (und zugleich preiswertes) Büchlein für alle, die die Ereignisse in Chiapas/Mexiko mit Interesse verfolgen. Sie ist der gelungene Versuch, die literarische Form der Reportage mit einer großen Dichte von Informationen zu verknüpfen. Zahlreiche Fotos (leider z.T. schlecht reproduziert) veranschaulichen das Erzählte.

kuk

Die Autoren lesen aus ihrem Buch: 11.5. Stuttgart: Fra Diavolo Zentralkultur; 12.5. Schwäbisch-Hall: Club Alpha; 14.5. Zürich: Buchladen Paranoia City; 21.5. Freiburg: Strandcafe; 23.5. Karlsruhe: Buchladen Kassiopeia; 25.5. Mannheim: Juz in Selbstverwaltung; 26.5. Siegen: VEB; 27.5. Göttingen: Theaterkeller; 29.5. Paderborn: Bundeskongreß entwicklungspolitischer Gruppen

Kanzleiter, Boris/Pesara, Dirk: Die Rebellion der Habenichtse. Edition ID-Archiv, Berlin: 1997. 144 S. DM 16,-

# 30. Weltweit gegen den Neoliberalismus kämpfen. Praha: Ein Schritt auf dem Weg zum 2. Interkontinentalen Treffen

Autor: Tom Kucharz · Rubrik: Internationale Solidarität; Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak402/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:402:26

Im Sommer 1996 lud die EZLN (Zapatistische Befreiungsarmee) zum 1. Interkontinentalen Treffen für die Menschlichkeit und gegen den Neoliberalismus in den Lakandonischen Urwald ein. Es nahmen über 3.500 Menschen aus 43 Ländern an dem Treffen teil, die sich in einer 2. Erklärung von La Realidad dafür aussprachen, ein alternatives Kommunikations- und Aktionsnetz zu schaffen und zu einem 2. Interkontinentalen Treffen (IT) im Jahr 1997 in Europa aufzurufen. Die mit der zapatistischen Rebellion solidarischen Gruppen Europas beschlossen - zunächst in Zürich (20.-22.12.1996), dann auf der europäischen Sitzung in Barcelona (2./3.2.1997) -, das 2. IT im Spanischen Staat (1) zu organisieren.

Um Durchführung und Organisation möglichst demokratisch zu gestalten, wurde eine weltweite Befragung durchgeführt. Darin ging es hauptsächlich um Ziele und Inhalte des Treffens, um das Thema "Gleichberechtigung zwischen Frau und Mann" und um die technische Aufteilung der Themen. Die Befragung konnte jedoch nur insofern weltweit durchgeführt werden, wie Kontakte in die jeweiligen Länder geknüpft worden waren. Bisher sind in Barcelona Antworten aus über 40 Ländern eingegangen.

Osteuropa kennenlernen und einbeziehen

Um Gruppen Zentral- und Osteuropas kennenzulernen, die Lust haben, an der Vorbereitung mitzutun, entschied man sich in Zürich, eine europäische Sitzung in Praha zu organisieren. Dazu erklärte sich eine Gruppe von Anarchosyndikalisten aus der tschechischen Hauptstadt bereit. Zu spät mußte man aber feststellen, daß diese Gruppe dazu nicht in der Lage war. (2) Als sich in der letzten Märzwoche etwa 130 Menschen aus verschiedenen europäischen Gruppen in Praha trafen, war fast keine Gruppe aus dem ost- und zentraleuropäischen Raum dort. Ein Hauptanliegen der europäischen Vorbereitungssitzung war gescheitert. Dennoch scheint die politische Situation in Praha nicht aussichtslos. Es haben sich einige hoffnungsvolle Kontakte mit anderen hauptstädtischen Gruppen ergeben (3) und durch die Anwesenheit einiger JournalistInnen (sogar das tschechische Fernsehen war da) ist sogar ein kleines Zeichen des internationalen Kampfes gegen den Neoliberalismus an die Öffentlichkeit gedrungen.

Das 2. IT hat mit seiner Vorbereitung bereits begonnen. Es soll eine europaweite Vorbereitung sein, die zwar von allen europäischen Gruppen befürwortet wurde, doch bisher real nicht umgesetzt wird. Die spanischen Gruppen arbeiten seit November. Sie sind alles andere als einheitlich, weder was die Inhalte noch die Form der Vermittlung angeht. Trotzdem ist es ihnen bisher gelungen, das Treffen als eine gemeinsame Sache voranzutreiben. Je näher es rückt, desto stärker dürften sich allerdings gewisse Unterschiedlichkeiten verhärten. Dies gilt um so mehr, wenn die Kommunikation mit den anderen europäischen Gruppen nicht richtig bzw. gar nicht funktioniert.

Die theoretische und praktische Arbeit der spanischen Gruppen hat maßgeblich dazu beigetragen, daß die Kommissionen ("Kontakte", "Dokumentation", "Presse und Werbung", "Finanzen", "Inhalte") an den ersten beiden Tagen der europäischen Sitzung in Praha sehr produktiv arbeiten konnten. Dabei wurden die verschiedensten Vorschläge und die Ergebnisse der weltweiten Befragung zu einer Art Organisationsplan für das IT verarbeitet. Und hier hätte die Sitzung auch enden können. Denn von Freitag bis Sonntag begann die "Arbeit" im Plenum.

Die war äußerst nervenaufreibend und streckenweise unheimlich unproduktiv. Es wurde natürlich auch über die EZLN und die Situation in Chiapas diskutiert, aber hätten die Zapatistas gesehen, wie die meiste Zeit des Plenums für sinnlose Diskussionen verschwendet wurde, sie hätten wohl gelacht oder eher geweint. Eine geplante Demonstration zur mexikanischen Botschaft in Praha konnte nicht stattfinden, weil die Mehrheit im Plenum meinte, lieber aneinander vorbeireden zu müssen. Sicher ist, daß viele Menschen noch nicht gelernt haben, einander zuzuhören. Doch zum Glück kann man ja immer dazu lernen. Schließlich heißt es ja auch im

Aufruf zum 2. IT: "Wir wollen, daß das Treffen eine Möglichkeit darstellt, neue Formen des Politik-Machens zu entwickeln. Wir wollen die medialen, politischen und kulturellen Kreise durchbrechen, die uns trennen."

Der konkrete Ablauf

Der Kostenvoranschlag für das 2. IT beläuft sich auf 69 Mio. Pesetas (etwa DM 820.000). Die Finanzen sollen durch die Teilnehmerbeiträge und durch die an der Organisation beteiligten Gruppen aufgebracht werden. Im Plenum auf der Prager Sitzung wurde festgehalten, daß in Europa rund 130 Gruppen arbeiten, die sich mit dem Aufstand in Chiapas solidarisieren und die Idee des Interkontinentalen Austausches durch die Realisierung des Treffens im Spanischen Staat mehr oder weniger unterstützen. Die Gruppen aus der BRD haben einen Betrag von etwa DM 38.000 zugesichert.

Das Treffen wird im Spanischen Staat in fünf verschiedenen Gebieten ("Sedes") stattfinden: Madrid, Ruesta (Aragón), Katalonien, Almuñecar und El Indiano (Andalusien). Diese Regionen wurden auf Grundlage verschiedener Kriterien (Kontakt zur Natur, besetzte Häuser und Ländereien, Aufstandsgebiete, etc.) und ihrer Kapazität für ein Fest gegen den Neoliberalismus ausgewählt. Am 25. und 26.7. werden alle Menschen in Madrid erwartet, um sich anzumelden und an den bunten Festivitäten teilzunehmen, solange wie der Körper mitspielt. Am Sonntag, dem 27.7., wird es vormittags eine große Demonstration durch Madrid geben, danach setzen sich die Märsche in Richtung der verschiedenen "Sedes" in Bewegung. Dort kann vom 28. bis 31.7. in den Arbeitsgruppen gearbeitet werden, kombiniert mit kulturellen Aktionen. Am 1./ 2.8. wird es dann eine gemeinsame Abschlußveranstaltung mit Resolutionen und Abschiedsfest auf dem besetzten Gebiet "El Indiano" geben. Mit etwa 4.000 Menschen wird gerechnet. Die Anmeldungen laufen vom 15.-30.6. über regionale bzw. überregionale Akkreditierungsbüros in mehreren Ländern.

Die europäische Vorbereitungskommission "Inhalte" hat folgende zentrale Themen für das IT erarbeitet: I. Die neoliberale Ökonomie gegen die Menschheit? - Unser Leben ist mehr als die Ökonomie. II. Unsere Welten und ihre Welt. III. Die Kämpfe für die Kultur, für die Bildung und die Information. IV. Die Frauen und ihre Kämpfe oder der Kampf gegen das Patriarchat. V. Die Kämpfe für die Erde und die Ökologie. VI. Gegen jegliche Formen der Ausgrenzung

Das Themenspektrum der Arbeitsgruppen wird weitgefächert sein. Jede Gruppe oder Organisation wird die gleichen Voraussetzungen zur aktiven Mitgestaltung bekommen, nur soll sich niemand in den Vordergrund rücken können! Zu jedem der zentralen Themen wird es zahlreiche Unterthemen geben. Anmeldungen für Arbeitsgruppen können noch bis zum 31.5. eingereicht werden.

Eurozentrierung überwinden

Die Gefahr, daß das 2. IT kein internationales sondern ein europäisches wird, deutet sich schon im Vorbereitungsprozeß an. Die europäische Kommission "Kontakte" hat nun die schwierige Aufgabe, nicht nur weltweit den Aufruf für das Treffen zu verbreiten, sondern darüber hinaus dafür zu sorgen, daß auch die Möglichkeiten bestehen, aus so vielen Ländern wie möglich anzureisen. Dazu gehört beispielsweise, daß 20% aller Finanzen dem "Reisefond" zur Verfügung stehen sollen. Dieser wird nach bestimmten Kriterien (Frauengruppen, Migranten, politische oder soziale Strukturen, die gegen den Neoliberalismus Widerstand leisten, etc.) Menschen außerhalb Europas, deren finanzielle Mittel beschränkt sind, die Reise zum Treffen ermöglichen. Das Einreisen in die "Festung Europa" wird für viele Menschen ein Problem darstellen. Auch das soll gelöst werden.

Die Gruppen aus der BRD haben die Aufgabe übernommen, Kontakte nach Osteuropa und in die ehemaligen Sowjetrepubliken aufzubauen und für die Reise in den spanischen Staat finanzielle Mittel zu organisieren. Wer hierbei noch helfen kann, melde sich bitte bei den unten angegebenen Adressen. Das 2. IT ist nicht die einzige internationale Zusammenkunft in diesem Sommer. Viele meinen, das sei ein Nachteil. Doch gleichzeitig stattfindende Projekte sind eher eine Bereicherung für die internationalen Bewegungen für Freiheit, Gerechtigkeit und wirkliche Demokratie. Es muß dafür gesorgt werden, daß untereinander ein praktischer, gleichberechtigter Austausch betrieben wird. So bestehen Kontakte zu den Euromärschen, dem Anti-Maastricht-Kongreß in Amsterdam, zu den Jugendweltfestspielen in Cuba und zu dem internationalen Indigena-Kongreß in Genf. Wir als Vorbereitungsgruppen möchten auf allen Ebenen Kontakte mit anderen internationalen Bewegungen aufnehmen, um die begonnene Arbeit für ein alternatives Aktions- und Kommunikationsnetz für die Menschlichkeit und gegen den Neoliberalismus fortzusetzen.

Es handelt sich nicht zuletzt auch darum, durch die von den Zapatistas geöffnete Tür zu treten, auf die andere Seite des Spiegels, dorthin, wo es nicht nur eine Art zu leben gibt und wo sich die Ablehnung des aktuellen Systems mit dem Wunsch nach einer Welt vereint, einer Welt, in die viele Welten passen - die Humanität, von der wir sprechen. Überall auf der Welt fühlen sich viele Menschen nicht einverstanden. Viele spüren die Notwendigkeit sich zu treffen, Räume zu schaffen, um frei das Leben auszuprobieren und Verbündete zu finden, gemeinsam eine würdige Zukunft zu errichten, die nichts mit den Werten zu tun hat, die heute dominieren. Deshalb ist es so wichtig, das in Chiapas Begonnene fortzusetzen und ein weltweites Widerstandsnetz Realität werden zu lassen - ein Netz ohne Zentrum, ohne Hierarchien, sondern ein Netz, das uns gegenseitig stützt. Alle, die Lust haben, mitzutun, sind herzlich eingeladen.

tom kucharz, für die europäische Kommission "Kontakte"

(Dresden, Ende April)

Anmerkungen:

1) Die Bezeichnung "Spanischer Staat" geht auf die Gewohnheit baskischer, katalanischer und anderer regionalen Unterstützergruppen zurück, die ihre Heimat nicht als Teil von Spanien betrachten, sondern statt dessen vom estato español (Spanischer Staat) sprechen.

2) Die anarchistische Bewegung in Zentral- und Osteuropa umfaßt etwa 60 Gruppen. Es handelt sich jedoch meist um kleine Theoriezirkel, die kaum Kontakte zu politischen oder sozialen Gruppen und Bewegungen in ihrer Umgebung (eine wichtige Voraussetzung um z.B. solch ein Treffen zu organisieren) haben. Die Anarchosyndikalisten bauen um sich herum Mauern auf, die sie daran hindern, für andere politischen, kulturellen oder sozialen Gedanken offen zu sein. Die "Anarchoszene" in Praha, wenn man überhaupt von einer "Szene" sprechen kann, ist zudem sehr zerstritten. Unsaubere Absprachen und Fehleinschätzungen der realen Situation brachten ein organisatorisches Chaos mit sich.

3) Ein Mitglied der Gruppe INEX, die internationale Jugendworkcamps organisiert, hat kürzlich geschrieben, daß sie in Praha jetzt gemeinsam mit einigen Mexikanern und einer Frau aus der Slovakei eine Ausstellung über Chiapas erstellen. Sie wird auch in der Slovakei sowie auf dem IT gezeigt werden. 10 Leute aus Tschechien und der Slovakei möchten zum Kongreß fahren.

Für die fünf europäischen Kommissionen sind folgende Kontaktadressen angegeben: "Kontakte" - Mexicogruppe Dresden (Tel.: 0171-3251367, Fax: 0351-4935984120, e-mail: tk7@rcs. urz.tu-dresden.de); "Inhalte" - Mexicogruppe Bremen

(e-mail: chiapas@uni-bremen.de);

"Presse und Werbung" - Mexicogruppe im FDCL Berlin (Tel.:030-6934029, Fax: 030-6926590, e-mail: la_nachricht@ link-b36. berlinet.de); "Dokumentation" - ökum. Büro München (Tel.:089-4485945, Fax:089-4487 673, e-mail: oeku-buero@link-m.de); "Finanzen" - Gruppe WIR Ffm (Tel./Fax: 069-774670) und Penumbra (Tel.: 069-7894846, Fax: 069-78960399, e-mail: u.brand@soz.uni-frankurt.de). Das nächste Bundestreffen findet vom 23.-25.5.1997 in Hannover statt.

# 31. "... ein anderes Leben konkret vorstellen". Ein Gespräch über Zapatismus, Neoliberalismus und Widerstand

Rubrik: Internationale Solidarität; Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak402/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:402:13

In der Diskussion: Brigitte Asdonk (ehemalige Gefangene aus der RAF), Christiane (Mexiko-Gruppe im FDCL), Sol (Für eine linke Strömung, FelS) und Wolfgang Rüddenklau (Umweltbibliothek Ost-Berlin).

Wie stehen soziale Ausgrenzung, Individualisierung und die Krise der Linken in Verbindung? Was bedeutet Neoliberalismus, und wie kann eine Gesellschaft ohne Ausbeutungs- und Machtverhältnisse erkämpft werden? Diese Fragen stehen für viele, die auf einem "Ersten Interkontinentalen Treffen für eine menschliche Gesellschaft und gegen den Neoliberalismus" im August vergangenen Jahres in Chiapas (Mexiko) diskutiert wurden.

Eingeladen hatte die Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung (EZLN), eine mehrheitlich von indianischen Kleinbauern aufgebaute politisch-militärische Organisation, deren Rebellion in Südmexiko seit über drei Jahren ungebrochen anhält. Gekommen sind rund 3.000 Menschen aus allen Kontinenten der Erde, die meisten von ihnen aus einem sehr breiten Spektrum von Organisationen der Linken oder aus internationalistischen Gruppen. Vom 26. Juli bis 2. August soll nun ein "Zweites Interkontinentales Treffen für eine menschliche Gesellschaft und gegen den Neoliberalismus" im Spanischen Staat stattfinden. Im folgenden Gespräch diskutieren vier TeilnehmerInnen des Treffens in Chiapas und seinem europäischen Vorbereitungstreffen, das Anfang Juni 1996 mit 1.200 Personen in Berlin stattgefunden hat, über Zapatismus, Neoliberalismus und Widerstand.

Wolfgang, Du kommst aus Ost- Berlin und arbeitest in der Umweltbibliothek, einem "behörden- und unternehmerunfreundlichen" oppositionellen Projekt, das es schon vor der Wende gab. Wie bist Du auf die Zapatistas aufmerksam geworden und was hat Dich veranlaßt, an den Treffen in Berlin und Chiapas teilzunehmen?

Wolfgang: Die Informationen sind aus verschiedenen Ecken gekommen, aus den normalen Nachrichten, dann über Freunde, die sich über die Entwicklung in Mexiko informiert haben. Mit denen habe ich ein Interview für unsere Zeitschrift telegraph gemacht. Mir ist aufgefallen, daß die Situation in Mexiko sehr viel mit der in der ehemaligen DDR gemeinsam hat. Auch in Mexiko gibt es eine Einheitspartei, die früher mal eine revolutionäre war und seit Jahrzehnten regiert. Dabei ist sie vollständig im eigenen Fett erstickt, korrumpiert und nicht mehr in der Lage, die Lebensnotwendigkeiten des Landes zu regulieren. Gefallen haben mir natürlich auch die demokratischen, anarchistischen Anschauungen der Zapatistas.

Sol, Du kommst aus einer politischen Strömung, die schon seit Jahren versucht, vom West-Berliner Autonomenspektrum ausgehend ein neues politisches Projekt zu entwickeln. Was hat Dich motiviert, am Treffen und seiner Vorbereitung in Berlin teilzunehmen?

Sol: Motiviert hat mich, daß ein sehr breites Spektrum in irgendeiner Form auf die Zapatistas Bezug nimmt. Auch wenn sich das toll anhört, ist es natürlich trotzdem nur ein minimaler Teil der Gesellschaft. Aber es kommt eine große Bandbreite politischer Gruppen und Organisationen zusammen, die sich mit den Zapatistas auseinandersetzen. Das haben wir als Möglichkeit oder Chance gesehen, daraus etwas zu entwickeln.

Brigitte, hat Dich eher das "Ya-Basta", d.h., daß Leute einen neuen, radikalen Vorstoß gegen den Neoliberalismus wagen, zur Teilnahme am Treffen in Chiapas motiviert oder eher das, was als neue Ideen von den Zapatistas kam?

Brigitte: Mit dem Aufstand der Zapatistas ist von weither etwas signalisiert worden: Ein neuer revolutionärer Versuch, mit dem hier in Berlin, im neu entstandenen Großdeutschland, ein Impuls gegeben wurde, Widerstand zu leisten. Auch hier müssen wir wieder mit Leuten zusammenkommen und überlegen, was sich an den Bedingungen verändert hat, was wir damit zu tun haben und wie wir uns einen gemeinsamen Weg vorstellen können.

Hierzu ist der Aufstand der Zapatistas eine ganz große Ermutigung. Und dann ist es interessant mitzubekommen, wie sich die EZLN auf die Geschichte bezieht. Daß es für sie darum geht, aus allen Kämpfen, in Lateinamerika und anderswo, zu lernen und nicht so zu tun, als sei da nichts gewesen. Darin sehe ich eine ganz wichtige Verbindung zu mir und auch zur gesamten Linken.

Auf den Treffen war die Diskussion über "Neoliberalismus" ein wichtiges Thema. Was bedeutet dieser Begriff für Euch eigentlich?

Christiane: Die Diskussion über Neoliberalismus heißt für mich, theoretisch zu begreifen, was praktisch durch die Politik der großen imperialistischen Staaten auf dieser Welt passiert. ... Im Neoliberalismus werden das Kapital und die Ländergrenzen auf eine bestimmte Art benutzt: Wachsende Kapitaltransfers einerseits und Einreisebeschränkungen für die Menschen andererseits. Neoliberalismus unterdrückt die Mehrzahl der Menschen und festigt die klassischen Ausbeutungsmechanismen. Ich sehe das nicht nur ökonomisch: Sexismus, Rassismus, ökologische und soziale Ausbeutung gehören zusammen. Die Auswirkungen sind in den einzelnen Ländern unterschiedlich. Die Verelendung in den ohnehin ausgesaugten Ländern schreitet schneller voran, während es hier zu einer Zerrüttung von kollektiven Strukturen, einer Zerstörung von Freiräumen und sozialen Einrichtungen kommt. Es geht soweit, daß die Betroffenen gegeneinander ausgespielt werden, um die Vereinzelung immer weiter voranzutreiben. Das sehe ich als neoliberale Politik, wobei ich den Begriff eher vermeide und lieber von Machtstrukturen rede.

Sol: Für uns ist Neoliberalismus keine Ideologie. Er ersetzt die Begriffe Kapitalismus oder Imperialismus nicht. Wir definieren Neoliberalismus als ein Kampf-Projekt des Kapitals zur Durchsetzung bestimmter ökonomischer und gesellschaftlicher Verhältnisse, die bestimmte Ausbeutungsprozesse in zugespitzter Form möglich machen. Bei der Diskussion muß man unterscheiden: Das eine ist Neoliberalismus, das ist das konkrete Projekt, das im Zusammenhang mit der Umstrukturierung der ganzen Arbeitsverhältnisse, der Produktionsmechanismen und so weiter steht. Diese Umstrukturierung läßt sich aber nicht unter dem Begriff Neoliberalismus fassen, man kann das zum Beispiel Postfordismus nennen. Der Neoliberalismus ist das momentane Projekt des Kapitals, um diese Veränderungen durchzusetzen.

Wolfgang: Ich habe das so verstanden, daß wir den Begriff Neoliberalismus aufnehmen, der ein Zeitbegriff ist, und unter diesem Begriff alle Erscheinungsformen der gegenwärtigen Entwicklung der Weltgesellschaft zusammenzufassen versuchen. Wir sollten versuchen, die Gemeinsamkeiten herauszukriegen, was sich in der Tat als ziemlich fruchtbar erweist, da in den verschiedenen Ländern eine Anzahl gleicher Tendenzen feststellbar ist.

Eine Parole der Zapatistas lautet "Land und Freiheit". Hat diese Forderung für die Linke in der BRD eine Bedeutung?

Sol: Wir müssen hier eine eigene Basis finden, die ein Äquivalent zu "Land und Freiheit" darstellt und einen breiten Bezug auf bestimmte gemeinsame Punkte bieten kann. Wir müssen Forderungen entwickeln, die perspektivisch schon eine andere Gesellschaft aufzeigen. Was anderes ist "Land und Freiheit" in Mexiko auch nicht.

Christiane: Ich denke, daß "Land und Freiheit" selbst in Mexiko nicht überall eine so große Rolle spielt. Es gibt da ja auch gesellschaftliche Unterschiede, und "Land und Freiheit" ist in erster Linie die Forderung der Menschen, die tatsächlich auf dem Land leben, zum Beispiel in Chiapas. In Mexiko gibt es große Schwierigkeiten, die verschiedenen Strömungen der Linken aus allen Teilen der Gesellschaft - Bauern, Indígenas, Intellektuelle, ArbeiterInnen usw. - zusammenzuführen. Das zeigte sich beispielsweise beim Nationalen Konvent (CND) 1994. Diese Schwierigkeiten sind sicher ähnlich wie bei uns. "Land und Freiheit" kann ein Symbol sein. Die Identifizierung mit den Indígenas halte ich für unmöglich. Wir leben nicht in Dorfgemeinschaften.

Sol: Hier bedeutet die Forderung nach "Land und Freiheit", daß wir unser Leben selbst gestalten wollen, daß ein menschenwürdiges Leben möglich sein muß. Und die Frage, wie wir unsere Reproduktion, unser Leben menschenwürdig gestalten, ist keine Frage, die uns von der Ökonomie aufdiktiert werden kann. Es gibt bestimmte Mindestforderungen an ein menschenwürdiges Leben, und die hat eine Gesellschaft zu erfüllen, und dabei ist es völlig egal, ob sie sich in Einklang mit den Wünschen der Kapitalisten befinden oder nicht.

Würde hier beispielsweise die Forderung nach 1.500 DM Grundsicherung plus Miete der Forderung nach "Land und Freiheit" gleichkommen?

Sol: Es wäre zumindest eine Überlegung, aber sie müßte noch ergänzt werden um die Abschaffung aller Diskriminierungsgesetze, Arbeitszeitverkürzung und noch weitere Forderungen. Das könnte in der BRD ein Äquivalent zur Forderung nach "Land und Freiheit" sein.

"Land" heißt für die Kleinbauern in Mexiko in erster Linie aber auch, daß sie in Besitz ihrer Produktionsmittel bleiben wollen oder diesen einfordern. Das macht das Problem bei der Übertragung deutlich, weil wir in einer Gesellschaft leben, in der wir überhaupt nicht mehr über Produktionsmittel verfügen.

Sol: Wer sind denn die "selbständig" Beschäftigten? Die Leute, die als freie Journalisten arbeiten oder als Computer-Reparateure usw. Das ist doch der Arbeitsbereich, der rasant wächst und in dem die Leute nur formal selbständig sind, aber über ihre eigenen Produktionsmittel verfügen. Sie sind im Prinzip abhängige Beschäftigte, auch wenn sie formal selbständig sind.

Aber für einen viel größeren Teil der Bevölkerung trifft etwas ganz anderes zu. Sie werden durch die Arbeitslosigkeit von der Erwerbstätigkeit völlig ausgeschlossen.

Wolfgang: "Land und Freiheit" heißt, daß die Leute wieder Produktionsmittel in die Hand bekommen müssen. Und das ist möglich: Die technische Entwicklung macht alternative kleinteilige, dezentrale Produktionsmechanismen vor Ort möglich. Voraussetzung für eine solche Produktionsform ist allerdings die Zerschlagung der internationalen Konzernstrukturen.

Christiane: Es ist wichtig, daß erst einmal ein politischer Dialog darüber in Gang kommt, wer welche Forderungen stellt, und daß keine StellvertreterInnenpolitik gemacht wird. Wir reden hier beispielsweise von einer Masse von Arbeitslosen, die sich meist überhaupt nicht selbständig artikulieren. Außerdem ist es fatal, nur möglichst viele Leute zusammenzubringen, um einen "gemeinsamen Feind" zu bekämpfen, ohne sich darüber auseinanderzusetzen, wie wir uns ein anderes Lebens eigentlich konkret vorstellen.

Könnten die Treffen gegen Neoliberalismus beispielsweise so ein Ort sein? Nicht in dem Sinn, daß einmal im Jahr so ein Treffen organisiert wird, sondern daß beispielsweise auf Stadtteilebene Gruppen entstehen, die den Diskussionsprozeß permanent führen?

Christiane: Das ist auf jeden Fall der richtige Ansatz, der aber ja auch ständig versucht wird. In Berlin beispielsweise gibt es das "Bündnis gegen Sozialkürzungen", und das ist ein solcher Ort. Das Problem ist aber, daß solche Treffen keine große Attraktivität ausüben. Das Manko des Sozialbündnisses ist die Gefahr der StellvertreterInnenpolitik, wenn die Beteiligung von den Betroffenen selbst ausbleibt.

Sol: Ein weiteres Problem ist auch, daß zwar zeitweise 120 bis 130 Gruppen im Sozialbündnis aktiv waren, aber niemals das Bewußtsein entstanden ist, daß man an einem gemeinsamen Strang zieht. Viele Gruppen sind nur dann aktiv geworden, wenn gerade bei ihnen Kürzungen anstanden. Es gab den Versuch, gemeinsame Forderung aufzustellen, aber das ist letztlich gescheitert. Es muß erst einmal gelingen, ein Bewußtsein auszubilden, daß die verschiedenen von Sozialkürzung betroffenen Gruppen gemeinsame Interessen haben und eine gemeinsame Bewegung bilden müssen. Es muß darum gehen, deutlich zu machen, was der Zusammenhang zwischen beispielsweise Ausweisungen und Mittelkürzungen oder zwischen der Umstrukturierung der Lehre an den Universitäten und den Umstrukturierungen in der Wirtschaft ist. Daß dies alles zusammenhängt, darüber gibt es kaum Bewußtsein. Ein weiteres Problem des Sozialbündnisses war, daß viele Linke sich als "Bewegungsmanager" aufgespielt haben, ohne zur Kenntnis zu nehmen, daß die Basis für die Bewegung erst von unten aufgebaut werden muß. Die Zapatistas haben sich erst über ein Jahrzehnt lang verwurzelt, bis sie den Aufstand wagen konnten.

Die Frage ist doch, wie das Eingreifen in die Verhältnisse vor Ort aussehen kann. Analysen können nur weiter kommen, wenn gleichzeitig praktische politische Widerstandsarbeit geleistet wird, ansonsten hängen sie in der Luft.

Sol: Aktive Basisarbeit heißt für mich heute nicht mehr, das Schlagwort der Selbstorganisierung hochzuhalten, wie das in den 80er Jahren gefordert wurde, weil das nicht funktioniert. Es ist immer notwendig, daß ein bewußterer Teil Anstöße gibt, Initiativen startet und Möglichkeiten bereitstellt. Das kann natürlich nicht nach

dem Motto laufen "Wir haben die blauen Bände gelesen und haben alles klar", sondern schließt das gegenseitige Lernen mit ein. Es geht darum, in bestimmten Situationen Strukturen bereitzustellen, um gemeinsame Aktionen möglich zu machen, Diskussionen und Initiativen zu entwickeln etc.

Christiane: Der Wunsch, das Avantgarde-Konzept abzulegen, scheint mir in der Linken schon vorhanden zu sein. Aber das Problem ist, daß viele Aktive mit politischer Erfahrung es nicht fertigbringen, sich mal hinzusetzen und sich anzuhören, was andere zu sagen haben, die nicht so ausgereift und gewandt reden können. Auch innerhalb der Gruppen reden die Leute oft aneinander vorbei, ohne sich aufeinander zu beziehen.

Brigitte: Avantgardekonzepte, wie sie von K-Gruppen und anderen Linken verfolgt wurden, sind vollkommen gescheitert. Aber wir haben als eine minoritäre Gruppe dieser Gesellschaft eine Verantwortung, Vorstellungen von Alternativen zu diesem System zu entwickeln. Ohne Pläne aktiv und massiv vorzuschlagen, wird sich hier nichts ändern.

Sol: Das glaube ich auch. Eine Gruppe muß natürlich klare Vorstellung davon haben, wo sie lang will. Das heißt aber nicht, daß sie ihre Vorstellungen oder Aktionsformen automatisch auf alle übertragen kann. Wir haben beispielsweise unsere Funktion im Sozialbündnis darin gesehen, in diese Struktur verstärkt antirassistische Inhalte hineinzutragen, damit das Bündnis nicht in eine "Standort Deutschland" Richtung abkippt. Aber dabei ist klar, daß die Vorstellungen nicht aufoktroyiert werden können, sonst landet man tatsächlich im Kreml oder schlimmer noch in Nordkorea. Gleichzeitig kann man aber die Selbstorganisation nicht der völligen Beliebigkeit überlassen. Das grundsätzliche Problem ist, daß revolutionäre Veränderungen nur durchführbar sind, wenn große Teile der Bevölkerung davon überzeugt sind. Anders geht es nicht. ... Wie man da hinkommt, ist die Frage.

Fragen: Boris Kanzleiter

und Felix Gärtner

# 32. Innenstadt-Aktionen. Kampagne gegen Privatisierung, Sicherheitswahn und Ausgrenzung

Autor: Innenstadt AG, Frankfurt · Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; Sozialbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak402/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:402:37

Maßnahmen wie die Zerschlagung offener Drogenszenen, die Aussetzung von Obdachlosen an den Stadtrand oder die Schikanierung von jugendlichen MigrantInnen deuten darauf hin, daß zentrale Bereiche der Stadt marginalisierten Gruppen streitig gemacht werden. Im Wechselspiel zwischen medialer Aufbereitung und ordnungspolitischer Intervention werden bestimmte Submilieus zum Feind der Gesellschaft erklärt.

"Sicherheit" scheint sich zum neuen Konsens zu entwickeln. Aus der Sicht der Mehrheitsgesellschaft formieren sich Obdachlose, Alks, DealerInnen, KonsumentInnen illegaler Drogen oder junge MigrantInnen zu "unerwünschten" oder sogar zu "gefährlichen Gruppen". Solche Wahrnehmungsweisen und Ausgrenzungsmechanismen vollziehen sich im Zusammenhang der Erosion des "national-sozialen" Wohlfahrtsstaates. Das Ende des wohlfahrtsstaatlichen Kompromisses verstärkt Bestrebungen, die Krise mit ordnungspolitischen Mitteln und Normalisierungskonzepten zu bearbeiten. Einerseits fallen im Zuge kapitalistischer Modernisierung zunehmend mehr Menschen und soziale Gruppen aus dem Produktionsprozeß heraus, andererseits wächst die Bereitschaft, Gruppen und soziale Praktiken zu disziplinieren, zu stigmatisieren und auszuschließen. (Aus dem Einleitungspapier zum Innenstadttreffen im Januar)

Überregionale Kampagne

Seit dem Sommer 1996 diskutieren verschiedene Leute aus der Schweiz und der BRD darüber, die oben beschriebenen Tendenzen in einer städteübergreifenden Kampagne zu thematisieren. Ein Motiv dabei war, daß zwar in vielen Städten Aktionen gegen diese Entwicklungen stattfanden (z.B. gegen rassistische Polizeikontrollen oder gegen die Vertreibung von Obdachlosen), diese aber ob der Marginalität der eigenen Position kaum eine größere Aufmerksamkeit erreichten. Gleichzeitig soll mit einer solchen Aktionswoche dem Einverständnis großer Teile der Bevölkerung gegenüber diesen Kontroll- und Vertreibungsmaßnahmen die eigene dissidente Position entgegengesetzt werden.

Ein erster Austausch im größeren Rahmen zu diesen Vorstellungen fand im Herbst während des minus 96 - Treffen in Berlin statt. Berichte über die Entwicklungen in den verschiedenen Städte und über Aktionen im Innenstadtbereich ermöglichten erste Gemeinsamkeiten und Unterschiede herauszufinden. Es wurde beschlossen, im Januar ein weiteres Treffen (in Frankfurt) folgen zu lassen, bei dem es um die weitergehende inhaltliche Diskussion und die Koordination der Kampagne gehen sollte. Vorgeschlagen wurde, die Kampagne inhaltlich an den Schwerpunkten Sicherheitsdiskurs, Restrukturierung des städtischen Raums, Drogenpaniken und Rassismus zu orientieren.

Es zeigte sich jedoch, daß unterschiedliche politische Einschätzungen und Herangehensweisen eine gemeinsame Positionierung in der Kampagne erstmal schwierig machen. Auch auf der praktischen Ebene der Kampagnenkoordination blieb bei dem Treffen in Frankfurt vieles unklar. Generell konnten aber neben den regionalen Unterschieden, mit denen die Gruppen konfrontiert sind, auch ähnliche Entwicklungen festgestellt werden. So z.B. in Bezug auf die Umstrukturierungen der Bahnhöfe durch die Bahn AG, die Vertreibungsmaßnahmen gegen als "störend" definierte Menschen aus den Konsummeilen oder die räumliche und soziale Segmentierung der Städte.

Stand der Dinge

An den Innenstadt-Aktionen sind (nach den momentanen Informationen) Gruppen aus den Städten Berlin, Zürich, Frankfurt, Hamburg, Bremen, Köln, Wuppertal, Düsseldorf, Kassel, Göttingen, Hannover, München, Nürnberg, Erlangen, Fürth, Bern und evtl. Rostock beteiligt. In anderen Städten gibt es großes Interesse an der Thematik, allerdings ist unklar, ob es dort bis zur ersten Juni-Woche gelingen wird, sich praktisch in die Kampagne einzuklinken. Zur Zeit wird auf überregionaler Ebene versucht, ein gemeinsames Plakat für die Woche zu machen und es sind Zeitungsbeilagen, bzw. ein Reader in Arbeit. Einige Leute sind dabei, kurze Kino-Spots zu den Themen Rassismus, Kontrollen, Vertreibung und städtische Umstrukturierung herzustellen, die in möglichst vielen Kinos laufen sollen.

Welche Aktionen und Veranstaltungen in der ersten Juniwoche konkret in den einzelnen Städten stattfinden, ist zur Zeit noch nicht völlig klar. Eventuell wird es in den nächsten Wochen einen gemeinsamen Aktionskalender geben.

Orte der Ausgrenzung

Die gegenwärtigen sozialräumlichen Entwicklungen weisen Tendenzen auf, die für die Umstrukturierung der gesamten Gesellschaft von Bedeutung sind und in den Innenstädten in einer sehr dichten und konzentrierten Form zum Ausdruck kommen. Zugespitzt ausgedrückt, scheint sich nach dem weitgehenden Abbau des Sozialstaats "Sicherheitspolitik" zur zentralen gemeinschafts- und konsensstiftenden gesellschaftlichen Identität zu mausern - eine Identität mit wesentlich verschärften Ausschlußkonsequenzen.

Beispiele aus Frankfurt können verdeutlichen, wie sich an Orten wie dem Bahnhof und dem Bahnhofsviertel oder der Konsummeile Zeil diverse Kontroll- und Vertreibungspraktiken - veranlaßt von unterschiedlichen Akteuren - mit der Rede über Stadt, Drogen, "Sicherheit" und dem strukturellen Rassismus überschneiden.

So ist die Zeil - zwischen Hauptwache und Konstablerwache gelegen - in den letzten Jahrzehnten funktional auf den Massenkonsum der Mittelschicht ausgerichtet worden. Die Zeil ist aber auch für Obdachlose, Jugendliche oder MigrantInnen ein zentraler (Re-)Produktions- bzw. Freizeitraum. Jobs finden z.B. illegale MigrantInnen am ehesten hier, illegale Drogen lassen sich hier am ehesten kaufen und verkaufen.

Diese Gruppen, die ohnehin teilweise von den Konsummöglichkeiten der Geschäfte auf der Zeil materiell ausgeschlossen sind, sind in jüngster Zeit verschärften Schikanen und Repressionen ausgesetzt. Kaufhaus- und Bankenchefs, die sich zu dem Verein "Zeil Aktiv" zusammengeschlossen haben, und städtische Behörden betreiben gezielt eine Politik, bestimmte Nutzungsweisen des städtischen Raums in der und um die Zeil zunehmend zu verhindern. Manifester Ausdruck davon ist die geplante Gefahrenabwehrverordnung, in der "Bedrohungen" konstruiert werden, um bestimmte Personengruppen von diesen Orten auszuschließen.

Ordnungswahn und Umgestaltung

Seit einigen Jahren gibt es ein starkes Interesse seitens der Stadtentwickler, Banken und privaten Geschäftsleuten das Frankfurter Bahnhofsviertel "aufzuwerten". Dies geht u.a. einher mit Vertreibungen von DrogekonsumentInnen. Neben der gefeierten "Zerschlagung" der offenen Drogenszene wurden gleichzeitig Modelle der "akzeptierenden Drogenarbeit" entwickelt, deren Effekt auch als umfassendere Kontrolle interpretiert werden könnte. Repression pur gilt allerdings gegenüber DrogendealerInnen. Dabei besitzt dieses unterschiedliche Vorgehen sowohl in der stadtpolitischen Diskussion als auch in der Medienberichterstattung noch eine rassistische Konnotation durch die Zuordnung Junkies = Deutsche, Dealer = Ausländer. Für "ausländische Straftäter" ist die Internierung in neuentstandenen Abschiebeknästen und eine möglichst zügige Abschiebung vorgesehen.

Kennzeichnend für das Bahnhofsviertel ist darüber hinaus, daß die Sperrgebietsverordnung (Verbot der Prostitution in bestimmten Stadtgebieten) als Moment der Umstrukturierung eingesetzt wurde. Gegenwärtig ist nur ein sehr kleiner Teil des Bahnhofsviertels als Toleranzzone ausgewiesen, in der das Berufsverbot für SexarbeiterInnen nicht gilt. Über die komplizierten politischen Konflikte um die genaue Ausgestaltung der Sperrgebietsverordnung hinweg läßt sich sagen, daß sich die (rechtliche) Situation für die mehrheitlich ausländischen Prostituierten im Bahnhofsviertel und deren Arbeitsbedingungen permanent verschlechtert haben.

Zentral in der konzeptionellen Neuplanung der Innenstadt ist, wie in vielen anderen Großstädten auch, die Umgestaltung des Hauptbahnhofes, der gerade in Frankfurt für die städtische Ökonomie eine herausragende infrastrukturelle Bedeutung hat. Bis dato versucht die Bahn AG, den Bahnhof sicherheitspolitisch "aufzurüsten". So wurden 1992 im Rahmen des Konzepts BAVIS (Bahnhof als Visitenkarte) in einer gemeinsamen Aktion von Bundesgrenzschutz, der Polizei, dem Ordnungsamt und privaten Sicherheitsdiensten alle als unerwünscht deklarierten Personen vertrieben, darunter DrogenkonsumentInnen und Obdachlose. Eine Sicherheitskanzel in der B-Ebene, lückenlose Videoüberwachung, zunehmende Verschärfung des Hausrechts und fortwährende Schikanen gegen Leute, die nicht als Kundschaft und deswegen als "störend" angesehen werden, sind Bestandteile des bis heute andauernden Unterfangens, den Bahnhof einer systematischen Kontrolle zu unterziehen.

Die beschriebenen Szenarien sind nicht als lückenlose Kontroll- und Ausschlußverfahren zu verstehen. Sie funktionieren (noch?) nicht derart, daß die jeweils als "unerwünscht" definierten Personen oder Gruppen sich tatsächlich nicht mehr in den Innenstadtbereichen aufhalten. Produziert wird aber zumindest eine Atmosphäre an solchen öffentlichen Orten, die es vielen Leuten fast unmöglich macht, in der Stadt zu agieren.

In der Stadt als Ort der Auseinandersetzung mit wachsender sozialer Polarisierung äußern sich diese Konzepte von Kontrolle und Ausschluß auch in neuen sozialstaatlichen Praktiken. Ein weiteres Beispiel dafür, wie das Verhältnis des Einzelnen zum Staat modifiziert wird, ist, daß der Anspruch auf Unterstützung (in Form von Geld oder Dienstleistungen) vermehrt an Bedingungen geknüpft wird. Insbesondere die Verbindung von verschärften Zumutbarkeits- und Verfügbarkeitsregelungen an sozialen Leistungen für Erwerbslose können angesichts der aktuellen Arbeitsmarktsituation nurmehr als zynische Form der Disziplinierung gesehen werden. Maßnahmen der "Hilfe zur Arbeit" (mit der Begründung der Motivationsprüfung) werden auch in Frankfurt angewendet. Hier verknüpfen sich Disziplinierung, Ausbeutung und städtische Einsparungen, wenn die Kommune beispielsweise von Erwerbslosen kostengünstig die Parkanlagen pflegen läßt.

Linke Aneignungen

"Ausschluß" als Mittel der Politik ist dabei kein neues Phänomen. Trotz des Versprechens der Integration, der Chancengleichheit und des Wohlstands für alle existierte auch im Fordismus Ausschluß als Herrschaftsmechanismus. Ausgeschlossen aus dem fordistischen Modell waren vor allem Frauen und MigrantInnen. Für Linke, FeministInnen und MigrantInnenorganisationen ergaben sich so zwei unterschiedliche politische Strategien: Einerseits wurde die Integration und Emanzipation innerhalb der bestehenden Gesellschaft gefordert, andererseits wurden Selbstmarginalisierung und die Schaffung von Gegenkultur als politische Praxis begriffen, die eine radikale Kritik der gesellschaftlichen Verhältnisse zum Ziel hatte.

Wenn jetzt zunehmend weitere gesellschaftliche Gruppen ausgegrenzt werden, so darf die Kritik daran nicht allein die Forderung nach Integration nach sich ziehen. Dies würde weit hinter die linksradikalen Positionen der 80er zurückfallen. Allerdings wird mit der Erosion des wohlfahrtsstaatlichen Kompromisses die "selbstbestimmte" Entscheidung sich aus der Gesellschaft herauszustellen (um sich gegen sie zu stellen) größtenteils unmöglich. Für Leute, die gar keine Chance haben ins System integriert zu werden (z.B. Illegale oder MigrantInnen), bildet die Forderung nach Integration eine Basis dafür, sich überhaupt entscheiden zu können.

Große Teile der Linken glaubten die Innenstädte schon lange an den Konsum verloren und hatten den Raum aufgegeben. In den Innenstädten fanden Demonstrationen statt, sie wurden zur Herstellung von Gegenöffentlichkeit genutzt. Stadt als "eigener" Raum schien längst abgeschrieben. In den letzten Jahren gab es nun mehrere Aktionen von linksradikaler Seite (z.T. motiviert durch die nach der Wiedervereinigung sich aufdrängende Auseinandersetzung mit dem Thema Rassismus), die sich gegen Kontrollen, Vertreibungen und verschiedene städtische und private Akteure richteten. Es stellt sich die Frage, inwieweit durch diese Aktionen die Innenstadt auch für Linksradikale wieder zum relevanten Raum wird.

Daß Teile der Linken in den 80er Jahren den Aufbau und Erhalt von Gegenkultur in eigenen Zentren, besetzten Häusern und bestimmten Stadtvierteln in den Mittelpunkt stellten, war eine wichtige Praxis gegen die Normalisierungsstrategien des Staates. Keine regelmäßige Arbeit zu wollen, keine Rente zu zahlen, sich nicht am normierten Massenkonsum zu beteiligen waren zentrale Punkte darin. Ebenso war die Kritik am normierten Leben, an der Kleinfamilie, an der (sexistischen) Arbeitsteilung berechtigt und es gibt auch jetzt keinen Grund diese zurückzunehmen. Angesichts dessen, daß sich im heutigen Kapitalismus Partikularismus - unter Stichworten wie Flexibilität, Individualität oder Ungebundenheit - gegen das (oder genauer: zusätzlich zum) fordistischen Modell der angepaßten Kleinfamilie als Herrschaftsmittel etablieren, stellt sich jedoch die Frage, ob an diesem Politikkonzept, sich den öffentlichen Räumen zu entziehen und im wesentlichen die "eigenen" Räume in den Mittelpunkt zu stellen, festgehalten werden soll.

In und mit der Innenstadtaktionen-Kampagne sollte es deshalb auch darum gehen, Kontakte herzustellen, verschiedene Formen von sozialer Realität und Widerstand wahrzunehmen und mit den eigenen Erfahrungen in Verbindung zu setzen.

Einige aus der Frankfurter

Vorbereitungsgruppe (Innenstadt AG)

Initiativen aus dem antirassistischen und "Politkunstspektrum" (ZAG Nr. 22) aus der BRD und der Schweiz planen vom 1. bis 8. Juni 1997 eine Aktionswoche gegen Ausgrenzung, Privatisierung des öffentlichen Raums, Drogenhysterie und Sicherheitswahn. In verschiedenen Städten soll so durch dezentral organisierte Aktionen und Veranstaltungen auf die Folgen städtischer Umstrukturierungsprozesse aufmerksam gemacht werden.

Auf dieser und der nächsten Seite geben wir zwei Gruppen, die sich an der Innenstadt-Aktionen Kampagne beteiligen, Raum, die Initiative selbst und die zugrundeliegenden politischen und theoretischen Überlegungen vorzustellen. Der Artikel auf dieser Seite wurde von Leuten aus Frankfurt/Main geschreiben. Im ersten Teil skizzieren sie kurz die Kampagne und berichten vom gegenwärtigen Stand der Vorbereitungen. Im zweiten Teil versuchen sie die allgemeine Diskussion über die gegenwärtige Stadtentwicklung auf die Frankfurter Verhältnisse zu übertragen.

Mit dem Artikel "Von der Ausbeutung zur Ausgrenzung" des sozialwissenschaftlichen Autorenkollektivs "spaceLab" wollen wir die Debatte um die sozialen und räumlichen Veränderungen im städtischen Raum und den daraus resultierenden politischen Aufgaben fortsetzen, wie sie mit den Beiträgen "Ideologie und Praxis der Vertreibungspolitik in Hamburg" (ak 398) und dem Artikel "Die drohende Unwirtlichkeit der SPD" (ak 401) in dieser Zeitung begonnen wurde.

# 33. Von der Ausbeutung zur Ausgrenzung. Die Innenstadt als Ort neuer sozialer Konflikte

Autor: spaceLab · Rubrik: Sozialpolitik; Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak402/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:402:38

Seit den 80er Jahren erfahren die westlichen Industrienationen massive Umstrukturierungsprozesse, die den Ort und die Zusammensetzung der AkteurInnen sowie die Möglichkeiten politischer Praxis verändern. Die im Kontext der Globalisierung stattfindende Erosion des fordistischen Klassenkompromisses (Modell Deutschland) und mit ihm des Sozial- und Wohlfahrtsstaates, führt dazu, daß in zunehmenden Masse Ausbeutung von Ausgrenzung überlagert wird.

Damit ist keineswegs ein Ende des industriellen Kapitalismus beschrieben, sondern eine zunehmend brüchiger werdende Grenze zwischen Normalarbeitsverhältnis, prekärer Beschäftigung und Ausgrenzung. Für progressive Politik verändert bzw. erweitert sich damit der Ort der Auseinandersetzungen von der Produktions- hin zur Reproduktionssphäre. Immer stärker ins Blickfeld gerät der städtische Raum, der sowohl hinsichtlich seiner räumlichen als auch seiner gesellschaftlichen und ökonomischen Struktur von neuen Urbanisierungsprozessen transformiert wird.

Diese neuen Urbanisierungsprozesse sind aber keineswegs objektive Zwangsläufigkeiten einer globalisierten Ökonomie, sondern Produkte politischen und sozialen Handelns. Globalisierung beschreibt nicht zwingende Notwendigkeiten, sondern eine politische Strategie, mit Hilfe derer Anpassungsleistung abgefordert und legitimiert wird. In ihrer konkreten Ausgestaltung und Umsetzung sind die neuen Urbanisierungsprozesse selber umkämpftes Terrain - Ansatzpunkt von widerstreitenden Interessen, für neue Koalitionen und soziale Auseinandersetzungen. Dabei geht es um Chancen der politischen Partizipation, um Zugangsmöglichkeiten zum Arbeits- und Wohnungsmarkt, zu Bildung, Öffentlichkeit usw..

Unternehmen Stadt

Mit der Deregulierung der Finanzmärkte und angesichts schwindender Renditechancen in den westlichen Kernländern im industriellen Sektor, war es seit Mitte der 70er Jahre attraktiv geworden, in den Bodenmarkt der Innenstädte zu investieren. Dies entzog den Städten nicht nur ihre industrielle Basis und sorgte damit für massenhafte Arbeitslosigkeit. Ihre Umstrukturierung zu Dienstleistungsmetropolen führte auch zur der kapitalintensiven Umwandlung der innerstädtischen baulichen Umwelt. Die Städte fungieren nun als Orte, in denen das Investitions- und Risikokapital in den zweiten Kapitalkreislauf des Bodenmarktes geschleust wird. Banken, Versicherungsfonds und Konzerne legen einen Teil ihres überschüssigen Kapitals in Immobilienbesitz an. Die Grundstücksmärkte verwandeln sich in eine Anlagesphäre, in der Grund und Boden wie Aktien oder Wertpapiere gehandelt werden.

Gleichzeitig führt die Tatsache, daß Nationengrenzen für das Kapital durchlässiger werden, supranationale Wirtschaftsräume (wie die EU) den Fluß von Kapital, Informationen und Arbeit erleichtern, dazu, daß die Städte zunehmend als eigenständige wirtschaftliche Akteurinnen auftreten.

Der lokale Staat mutiert dabei von einer autoritär paternalistischen Verteilungsagentur hin zum Unternehmen Stadt, das nach quasi betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten agiert. Vor diesem Hintergrund kommt es zu massiven Eingriffen in die bestehende Raumstruktur. Dies geschieht etwa durch den Ausbau der Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur, eine angebotsorientierte Flächenpolitik und durch verschiedene Formen der direkten und indirekten Subventionierung.

Nicht weniger wichtig ist die zunehmende Berücksichtigung der sogenannten "weichen Standortfaktoren" durch die Städte. Dabei wird der städtische Raum auf die Reproduktionsbedürfnisse der neuen einkommensstarken Dienstleistungsklasse zugeschnitten. Das betrifft die verdrängungswirksame Aufwertung innerstädtischer Wohnquartiere bei gleichzeitiger Förderung der Eigentumsbildung ebenso wie die Schaffung exklusiver Konsummöglichkeiten oder die Inszenierung spektakulärer Kulturereignisse.

Derartige Räume separieren sich von ihrer direkten Umgebung. Sie erhalten ihre Funktion aus ihrer jeweiligen Bedeutung für das Unternehmen Stadt und beziehen ihren symbolischen Wert aus der Konstruktion spezifischer Images. Die zwischen diesen umgewerteten Quartieren liegenden Räume - etwa altindustrielle

Gewerbegebiete oder Wohnquartiere der subalternen Klassen - werden dagegen vernachlässigt oder sich selbst überlassen, nicht ohne einer ständigen Kontrolle bzw. einem Verwertungsdruck ausgesetzt zu sein. Die "Dienstleistungsstadt" offeriert so den städtischen Raum als exklusives Angebot.

Ausgrenzung und städtischer Raum

Die Verschlankung des Staates führt unter der Bedingung einer immer stärker fragmentierten Gesellschaft zur organisierten Ausgrenzung: Immer weniger soziale Gruppen haben die Chance auf gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft. Gleichzeitig wirken die eskalierenden Ausgrenzungsprozesse verstärkt disziplinierend - nach innen wie nach außen. Der Anpassungsdruck produziert so die imaginären Mehrheitskollektive, ohne sie langfristig institutionell zu stabilisieren. Ausgrenzung ist dabei eine dynamische Strategie politischer Eliten und keine statische Kategorie sozialer Verhältnisse.

Die Funktion der Marginalisierung als Mittel zur Herstellung sozialen Zusammenhalts artikuliert den Ausstieg aus dem fordistischen Klassenkompromiß und markiert eine Transformationsphase, in der Ausgrenzung und nicht Ausbeutung die sozialen Konflikte strukturiert. Legitimiert als Anpassungsleistungen an eine globalisierte Ökonomie und innenpolitisch getragen durch einen rassistischen Grundkonsens ist die Formation einer veritablen Unterklasse kein konjunkturelles Krisenphänomen, sondern Strukturmerkmal eines postfordistischen Kapitalismus. Die mediale Repräsentation dieser Unterklasse als gefährliches und bedrohliches Kollektiv macht Sicherheit und soziale Kontrolle zum zentralen Element kommunaler und nationaler Politik.

Gleichzeitig erschöpft sich die angebotsorientierte Standortpolitik des lokalen Staates zumeist in der Kürzung sozialer Leistungen und in Zuwendungen für InvestorInnen und sogenannte Stadtbürger (so der neue Berliner Terminus für die Subjekte der Stadtentwicklungspolitik: Weiße Mittelschichtshaushalte ohne Kinder, die ihre Einkommen in den qualifizierten Dienstleistungssektoren erwirtschaften), wodurch weiterhin Marginalität produziert und reproduziert wird.

Sowohl die ökonomische Restrukturierung mit ihren sozialen Folgen als auch die veränderte politische Regulation materialisieren sich im sozialen Raum und in der baulichen Umwelt der Städte. Vor allem in den zentralen städtischen Lagen werden durch das Handeln der ökonomischen, administrativen und politischen Eliten zum einen die öffentlichen Räume verändert, zum anderen neue Raumtypen erzeugt. Zugeschnitten auf das neue Subjekt der städtischen Politik, den besitzenden Stadtbürgern, wird ein Raumtypus geschaffen, in dem öffentlicher und privater Raum ineinander übergehen und verschiedene kommerzielle und nichtmarktförmige Aktivitäten vermischt werden. Erzeugt werden soll dabei eine Art von Öffentlichkeit, die als "cleane" Erlebniswelt von den Widrigkeiten und Gefahren der Großstadt wie Gewalt und Kleinkriminalität, Drogen, Bettler und Obdachlose befreit ist.

Zentrale öffentliche Räume

Die Innenstädte werden zunehmend alleine für die Dienstleistungsökonomie und den Konsum funktionalisiert. Häufig gelten die innerstädtischen Zentren wie die Zeil in Frankfurt oder der Ku'damm in Berlin nur noch als reine "Einkaufsmeilen". Damit ist man dem herrschenden Diskurs bereits erlegen: Die Innenstädte sind zum einen immer auch zentrale Demonstrations-Räume einer kritischen Gegenöffentlichkeit, wie sie zum anderen die wichtigsten Aufenthaltsräume der zunehmend ausgegrenzten Gruppen sind. Sie sind Arbeitsorte der Bad-Job-Beschäftigten (Reinigungsdienste, BotInnen, usw.) der innerstädtischen Dienstleistungsökonomie und dienen als Aufenthaltsräume für MigrantInnen und Jugendliche, als Lebensräume für Obdachlose sowie als Wirtschaftsräume für Teile der Schattenökonomie wie Straßenhandel, Straßenmusik, Betteln o. ä. Neben Büros und Geschäften gibt es dort immer auch ein dichtes Netz an sozialen Angeboten für ausgegrenzte Bevölkerungsgruppen, wie akzeptierende Drogenhilfe, Gesundheitsversorgung, psycho-soziale Beratung, Nahrung, Kleidung, Unterkunft.

Gegen diese Formen der sozialen Aneignung entfaltet sich seit Beginn der 90er Jahre ein verstärktes Repressionsprogramm. Eine profitable Immobilienverwertung und die Steigerung des Warenumsatzes werden nun in direkte Beziehung zu Sicherheit und Ordnung gesetzt. Zentrale Bereiche der Städte geraten so unter privatwirtschaftliche Kontrolle und damit auch unter die Aufsicht privater Sicherheitsdienste. Unerwünschte Gruppen sollen ferngehalten und "konsumabträgliche" Situationen vermieden werden. Da sich die Präventionsstrategie der Geschäftsleute vor allem an der Optimierung von Betriebssicherheit und

Umsatzzahlen orientiert, operieren die privaten Sicherheitskonzepte mit einer Vorstellung, bei der bereits die Möglichkeit abweichenden Verhaltens unterbunden werden soll.

In Berlin versucht beispielsweise die Allianz der Händler im Bereich des Ku'dammes, die AG City, laut ihrer Satzung mit der "Einflußnahme auf die Entscheidung über Demonstrationen" sowie die Verhinderung von Großveranstaltungen mit Erfolg, konsumptive von öffentlichen Nutzungen zu trennen. Ihr eigener Sicherheitsdienst patrouilliert mit der Aufgabe der "Bekämpfung von Müllentsorgungsproblemen, Straßenkriminalität, Drogenhandel, Bettelei, illegalem Straßenhandel und Hütchenspielerei" die Straßen.

Die kommunale Politik nimmt dabei eine aktive Hilfestellung ein. Dies zeigt sich zum einen in der Ausweisung "gefährlicher Orte" (Berlin) oder den Versuch, eine Gefahrenabwehrverordnung zu erlassen (Frankfurt/ Main), womit die Polizei in die Lage versetzt wird, willkürliche Personenkontrollen vorzunehmen und Platzverweise auszusprechen, die durch "Verbringungsgewahrsam", d. h. dem "Verbringen" und Aussetzen unerwünschter Personen an den Stadtrand durchgesetzt werden. Gleichzeitig kommt es zu einer tatsächlichen Privatisierung öffentlicher Räume durch den Verkauf an private Unternehmen mit der Folge, daß diese dort Hausrecht haben und unerwünschte Nutzungen verbieten können (so geschehen in Berlin mit dem Ku'damm-nahen Los-Angeles-Platz auf dem nach seiner Privatisierung unter Strafandrohung etwa Essen und Trinken verboten sind und der nach Einbruch der Dunkelheit nicht mehr betreten werden darf).

Bahnhöfe und ihr Umfeld

Die Bahnhofe sind zusammen mit ihrem Umfeld (Bahnhofsviertel) traditionell bedeutsame Rückzugs- und Reproduktionsräume ausgegrenzter Gruppen. Als zentrale Bestandteile des Sicherheitsdiskurses werden gerade sie in den vergangenen Jahren immer mit Bedrohungsszenarien ("Verbrechernest", "Krebsgeschwür der Stadt") überzogen. Die Bahnhöfe sollen der DB AG zufolge gemeinsam mit Shopping-Malls und Business-Centers, die sie satellitenartig umgeben, als zentrale Orte der Stadt des 21. Jahrhunderts umstrukturiert werden.

Dieser "städtebauliche Wertewandel" erfolgt mit Hilfe des baulichen und imagemäßigen Umbaus der Bahnhöfe zu gemischtgenutzten Hybridräumen und der Konstruktion einer "qualitätvollen Corporate-Identity" für eine "qualifizierte Öffentlichkeit", beispielgebend für das Urbanisierungsprogramm der Stadt des 21. Jahrhunderts. Die Erstellung der "qualifizierten Öffentlichkeit" wird begleitet von Vertreibungsexzessen sowohl in den Bahnhofsvierteln (Taunusanlage Frankfurt) als auch in den Bahnhöfen selbst, wo die Bahn ihr Hausrecht dadurch ausübt, daß sie Tausende von Hausverboten ausspricht (laut Berliner Zeitung allein im Bahnhof Zoo 5.800 im Monat Januar 1997!) und stolz darauf verweist: "Wir haben die Drogenszene verdrängt, unser Image ist besser geworden" (Bahnhofsmanagerin des Bahnhof Zoo).

Malls

Zusätzlich zur Veränderung bestehender öffentlicher Räume werden sowohl in den Innenstädten als auch in den städtischen Peripherien neue Raumtypen geschaffen, sogenannte Malls, die als neuartige halb-öffentliche Räume Shopping, Kulturkonsum und Spektakel in einer künstlichen, von der Außenwelt abgeschirmten Umwelt verbinden. Allen gemeinsam ist, daß sie als räumlich privatisiertes, mit kontrolliertem Zugang versehenes und von privaten Sicherheitsdiensten überwachtes Gesamtkonzept eine Art der Öffentlichkeit schaffen, die sich am Mythos der heilen Kleinstadt orientiert, in der es die "Widrigkeiten" der Großstädte und die sichtbaren Folgen der sozialen Ausgrenzung nicht gibt.

Im Unterschied zu öffentlichen Räumen liegt hier das Hausrecht bei den privaten Betreibern, womit die Verdrängung unerwünschter Gruppen per Hausverbot geregelt werden kann. Als größtes Beispiel entsteht gerade in Berlin mit dem Potsdamer Platz ein gigantisches innerstädtisches Disneyland, das in seinen wesentlichen Teilen nach dem Mall-Prinzip funktioniert. Kleinere Versionen dieses Raumtyps gibt es mittlerweile als Passagen, Einkaufszentren oder regelrechten Einkaufserlebnisparks (z.B. in Oberhausen) in allen Stadtzentren.

Entscheidend dabei ist, daß diese neuartigen Räume von Anfang an durch ihre Konstruktion auf dem Prinzip der Ausschließung basieren und somit die Politik der gesellschaftlichen Spaltung baulich-räumlich in die Städte einzementieren. Zudem werden sie zunehmend zum Vorbild für die ganze Stadtentwicklung, was sich durch die Umrüstung der bestehenden öffentlichen Räume nach dem Mall-Modell zeigt.

Lohnt ein Kampf um die Innenstadt?

Der Umwertung und Umgestaltung der innerstädtischen Räume kommt also nicht nur eine zentrale Bedeutung für die sozio-ökonomische Restrukturierung der Gesellschaft zu, sondern sie hat auch Modellcharakter für die Regulation der gesellschaftlichen Konflikte.

Die Innenstädte sind die Arbeitsorte für die neuen Dienstleistungsklasse ebenso wie für die VerliererInnen der neuen gespaltenen Arbeitsmärkte. Aller Rhetorik ungezügelter Kapitalmobilität zum Trotz, unterliegt auch der postfordistische Kapitalismus territorialen Zwängen und bleibt an bestimmte Räume und die lokalen Reproduktionsverhältnisse gebunden. So diffus und schwer greifbar das differenzierte Netz aus Ausbeutung, Integration und Ausschluß auch sein mag, seine Fäden laufen in den Kommandozentralen der Innenstädte zusammen. In dieser Funktion sind die Innenstädte die sensibelsten und am stärksten überwachten Räume der Zitadellenökonomie.

Gleichzeitig sind die Innenstädte mit ihrer neuen Zeichensprache aus Architektur, Urbanität und Sicherheitsdiskurs als aufpolierte "Visitenkarten" die zentralen Orte für die diskursive und materielle Umrüstung der Städte zu Unternehmen. Als cleane Konsum- und Erlebniswelten prägen sie das Image dieser neuen Städte. Die Erfahrungen aus den Kämpfen gegen städtische Großereignisse, wie die olympischen Spiele in Amsterdam oder Berlin, zeigen, daß es sich durchaus lohnen kann, diese Images zu attackieren.

Der Versuch, die Innenstädte zu Orten des Konsums und der gesäuberten Dienstleistungsstadt umzubauen, zerstört nicht nur Lebens-, Aufenthalts- und Wirtschaftsräume ausgegrenzter Gruppen. Gleichzeitig erhalten die dort entstehenden neuen privatisierten und überwachten Raumtypen eine Vorbildfunktion für die sozialräumliche Umrüstung der ganzen Stadt. Widerstand gegen Ausgrenzung und Verdrängung in der Innenstadt ist damit der Widerstand gegen die Verankerung und - im Wortsinne - Zementierung der gesellschaftlichen Spaltung in der gesamten Stadt.

spaceLab

# 34. Subjektiv ehrenhaft und tapfer. Bundestag gegen "Pauschalverurteilung" der Wehrmacht

Autor: Js. · Rubrik: Militarismus; CDU/CSU; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak402/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:402:14

Von einem "neuem Konsens" war die Rede, als der Bundestag in einer "epochemachenden Sitzung" (Hannes Heer) am 13. März über die Rolle der Wehrmacht debattierte. (vgl. ak 401, S.6) Nach dem ungewöhnlichen Verlauf der Debatte - mit mehreren persönlich gehaltenen Beiträgen und nachdenklichen Tönen auch bei Politikern der Regierungsparteien - waren alle Fraktionen überein gekommen, auf eine Abstimmung der vier vorliegenden Anträge vorerst zu verzichten. Das war vor allem eine "Stimmungsentscheidung"; in der Sache hatte es keinerlei Annäherung der Standpunkte gegeben, wie sich im Protokoll nachlesen läßt.

Die Hoffnungen auf einen "neuen Konsens" in der Beurteilung der Wehrmacht haben sich nur wenige Wochen später als Illusion herausgestellt. Der Versuch von Regierungsparteien, SPD und Bündnisgrünen, sich auf einen gemeinsamen Text zu verständigen, scheiterte. Die Grünen seien schuld, daß es zu keiner Einigung gekommen sei, behauptete die CDU. Keineswegs, so deren Erwiderung - die Union habe sich geweigert, die verbrecherische Rolle der Wehrmacht anzuerkennen. Daß sie das auch in Zukunft nicht tun will, ging aus ihrem Antrag, der auch von der FDP mitgetragen wurde, klar hervor. Zugestanden wird darin allein, daß "Teile der Wehrmacht" an Kriegsverbrechen "beteiligt" gewesen seien; "die meisten Soldaten der Wehrmacht" dagegen hätten "subjektiv ehrenhaften und tapferen Dienst" geleistet. (siehe nebenstehende Dokumentation)

CDU/CSU und FDP fanden es geboten, in der Wehrmachtsfrage keinen Fußbreit Boden aufzugeben. Selbst die beliebte - und ebenso dümmliche wie verharmlosende - Redewendung von der "schuldhaften Verstrickung" (so auch Roman Herzog in seinem Grußwort an die BewohnerInnen von Gernika) kommt in dem Antrag, der am 24. April vom Bundestag beschlossen wurde, nicht vor. Ebenfalls keine Chance hatte das vermeintlich blitzgescheite Ansinnen der SPD, eine Sentenz des Oberbefehlshabers Rühe beschließen zu lassen: "Die Wehrmacht war als Organisation des Dritten Reiches, in ihrer Spitze, mit Truppenteilen und mit Soldaten in Verbrechen des Nationalsozialismus verstrickt. Als Institution kann sie deshalb keine Tradition begründen." Das schien den Regierungsparteien offensichtlich zu defensiv. Den BefürworterInnen der "Hetzausstellung" (CDU-MdB Erika Steinbach) mußte die Stirn geboten werden - schon aus Prinzip.

Über weitergehende Motive sind in der Linken diverse Spekulationen im Umlauf. Arg konstruiert scheint mir die These von Micha Brumlik (taz, 14.3.), der Union ginge es "darum, in einer Zeit, in der ältere Menschen durch die in Bonn betriebene Rentendiskussion verunsichert werden, ihre treuesten Wähler bei der Stange zu halten" - indem sie ihnen als Ausgleich für materielle Einbußen Ideologie bietet. Eher ist Gremliza (konkret 4/97) zuzustimmen, der den Verteidigern der "Ehre der Nazi-Großväter" zukunftweisende außenpolitische Überlegungen zuschreibt. Ihnen gehe es darum, "die Enkel zu lehren, ‚was deutsche Soldaten dürfen und was nicht`, daß ‚eine historische Belastung' für sie keine Bedeutung hat, und Taten, die sie für Deutschland tun, recht getan sind, mag der Rest der Welt sie auch Verbrechen nennen. Das gibt die Zuversicht, die bei künftigen ‚Kommandoaktionen` gebraucht wird, auf daß sie ‚glänzend gelingen` mögen." Diese Vermutung dürfte - abzüglich der simplen Gegenüberstellung "Deutschland" gegen den "Rest der Welt" - der Wahrheit nahe kommen.

Js.

Dokumentation

Ausstellung "Vernichtungskrieg.

Verbrechen der Wehrmacht 1941 - 1944"

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Der Zweite Weltkrieg gehört zu den furchtbarsten Tragödien der deutschen und europäischen Geschichte. Ihr fielen Millionen auch deutscher Soldaten und Zivilisten zum Opfer. Verantwortlich für diese Tragödie ist das verbrecherische Regime des Nationalsozialismus, das - auch über die Führung eines völkerrechtswidrigen Angriffskrieges - viele Angehörige der Wehrmacht in tiefe Gewissensnöte brachte - konfrontiert mit der Frage,

ob sie einem totalitären Unrechtssystem dienen durften oder ob sie nicht zunächst ihrem Vaterland, ihren Familien, ihren Freunden zu dienen hatten. Daß der subjektiv ehrenhafte und tapfere Dienst objektiv in Tateinheit mit dem Einsatz für ein verbrecherisches Regime geschah, kennzeichnet die Tragik vieler Soldaten.

2. Das nationalsozialistische Regime hat zahllose und schwerste Verbrechen während des Zweiten Weltkrieges zu verantworten. An solchen Kriegsverbrechen waren auch Teile der Wehrmacht beteiligt. Für die meisten Soldaten der Wehrmacht sind solche Vorwürfe jedoch nicht begründet. Diese Feststellung ist das Gebot historischer Wahrheit wie Gerechtigkeit - verbunden mit dem Respekt und dem Mitgefühl für die zahllosen Opfer des Zweiten Weltkrieges und ihrer Angehörigen sowie der Würdigung des Widerstandes innerhalb der Wehrmacht gegen das nationalsozialistische Unrechtsregime.

3. Der Deutsche Bundestag verwahrt sich mit Entschiedenheit gegen die einseitige oder pauschale Verurteilung der Angehörigen der Wehrmacht. Er begrüßt jeden Versuch zur historisch wahrhaftigen und gerechten Aufarbeitung der Geschichte des Zweiten Weltkrieges, wie das schon früher wiederholt geschehen ist. Dazu können auch Ausstellungen und sonstige Initiativen von privater Seite gehören. Den Grundsätzen von individueller Meinungsfreiheit und öffentlicher Toleranz gemäß ist es aber nicht Aufgabe des Deutschen Bundestages, private Initiativen inhaltlich zu beurteilen oder zu bewerten. Dies gilt auch für die Wanderausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 - 1944."

Aus diesem Grunde unterstützt der Deutsche Bundestag die Entscheidung seines Präsidiums, die genannte Wanderausstellung nicht im Deutschen Bundestag aufzunehmen.

4. Der Deutsche Bundestag verurteilt jede Form links- oder rechtsextremistischer Ausschreitungen in Zusammenhang mit der vorgenannten Wanderausstellung.

Bonn, den 11.03.1997

Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion

Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion

# 35. Volkstumspolitik mit Tradition. Alfred Toepfer und die deutsch-französische Freundschaft

Autor: Peter Nowak · Rubrik: Geschichte der BRD; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak402/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:402:23

In ak 401 (S.32 f.) verteidigte Henning Nielsen das in Flensburg ansässige "European Centre for Minority Issues" (ECMI) und die ebenfalls dort beheimatete Föderation europäischer Volksgruppen (FUEV) gegen eine "Kampagne unter Federführung der Zeitung junge Welt und einiger ihrer Anhängerinnen". Nicht nur diese beiden Organisationen sind als Instrumente deutscher Volkstumspolitik in die Schlagzeilen geraten; im Dezember letzten Jahres brach eine Diskussion um die in Hamburg ansässige Alfred-Toepfer-Stiftung aus.

Anlaß war der Beschluß von Stadt und Universität Straßburg, die Beziehungen zu der von Alfred Toepfer gegründeten Freiherr-vom-Stein-Stiftung (FVS) abzubrechen, nachdem ein Dossier von sieben französischen WissenschaftlerInnen über das Wirken dieser Stiftung und die Person ihres Gründers veröffentlicht wurde. Dieses Dossier warf einen Schatten auf das hohe Ansehen, daß der 1993 verstorbene Hamburger Großkaufmann in weiten Kreisen der Gesellschaft genossen hatte: "Einen der größten und verdienstvollsten Europäer unserer Zeit" nannte ihn das Europäische Parlament, und in Teilen Frankreichs galt er als Vorkämpfer der deutsch-französischen Freundschaft. Im sozialdemokratisch regierten Hamburg wurde er als Ehrenbürger mit Preisen überhäuft. Seine Beerdigung glich einem Staatsbegräbnis, bei dem selbst die GAL nicht abseits stehen wollte. Die FVS-Stiftung Alfred Toepfers gilt als größte gemeinnützige Stiftung Deutschlands und vergibt jährlich zahlreiche Preise innerhalb ganz Europas. Doch Historiker gewannen nach ausführlichen Recherchen ein ganz anders Bild von der Stiftung und ihrem Mäzen.

Vom Freikorpsoffizier zum vorbildlichen Europäer

Wesentlichen Anteil an diesen Forschungen hat der Hamburger Historiker Karl Heinz Roth, der Toepfers Biographie bis an den Beginn der Weimarer Republik zurückverfolgte. Großbürgerlicher Faschist besonderer Prägung nennt er den Hamburger Großkaufmann, der als Freikorpsoffizier Anfang der 20er Jahre gegen Linke kämpfte. In seinem Getreideunternehmen beschäftigte er alte Freikorpskameraden und profitierte von der Hyperinflation in den 20er Jahren. Von den Profiten finanzierte er seine eigene Volkstumspolitik. Bereits in den 20er Jahren kümmerte sich der Anhänger der Wandervogelbewegung um den Bau und Erhalt von Jugendherbergen in den deutschen "Grenzlanden", damals hauptsächlich an der Grenze zu Dänemark. Auf diese Weise sollte die ständige Präsenz junger Deutscher gewährleistet werden. Auf Gutshöfen in der Lüneburger Heide wurden die Jugendlichen im völkischen Sinne geschult.

Ab 1931 konzentrierte Toepfer seine volkstumspolitischen Bestrebungen in der FVS, die er geschickt in das NS-Regime integrierte. Nach 1945 trat die aggressive Volkstumspolitik in den Hintergrund. Kultur-, Wissenschafts- und sprachpolitische Instrumente, wie z.B. die Konzeption der Zweisprachigkeit, traten in den Vordergrund. Erklärtes Ziel der Stiftung war nun die Förderung der deutsch-französischen Freundschaft.

Der Straßburger Historiker Lionell Boissou, Mitverfasser des oben genannten Dossiers, widerspricht dem energisch. Die Stiftung habe zwar zwei Preise - den "Straßburg-Preis" und den "Joseph-Rey-Preis" - der deutsch-französischen Freundschaft gewidmet. Boissou sieht darin jedoch Aushängeschilder der Toepfer-Stiftung, die von den übrigen völkischen Preisen ablenken sollen, z.B. von dem "Oberrheinischen Kulturpreis", dessen Zweck es noch immer ist, ein künstlerisches Alemanien ins Leben zu rufen. Dieser Preis wird nur an ElsässerInnen, Deutsch-SchweizerInnen, BadenerInnen und VoralbergerInnen vergeben. Für Literaten aus dem Oberelsaß, der Nordwest-Schweiz, Südbaden und Südtirol ist der "Mozart-Preis" vorgesehen, und der Jakob-Burchhardt-Preis wird in den Ausstrahlungsbereich der Baseler Universität vergeben. Boissou und seine KollegInnen sehen in dieser Politik der Preisvergabe den Versuch, Teile vom französischen Staatsgebiet zunächst kulturell und später, wenn der Augenblick günstig ist, auch politisch loszutrennen. Anhaltspunkte für diesen Verdacht sehen sie in der Biographie des Stifters.

Toepfers Traditionen

Der Name Toepfer tauchte in den 30er Jahren in den geheimen Berichten der französischen Gegenspionage auf. Er stand damals in Verbindung mit namhaften elsässischen und lothringischen Autonomisten und

finanzierte sie. In den Nachkriegsprozessen einiger elsässischer Separatisten und Kollaborateure, die mit Hilfe der deutschen Besatzer den französischen Staat zerschlagen wollten, wurde diese Unterstützung aktenkundig. Toepfers Vergangenheit sorgte in Frankreich mehrmals für einen Skandal: Als er 1972 für seine Goethe-Stiftung ein Schloß im oberelsässischen Weinbaugebiet kaufen wollte, starteten die französischen Medien eine erfolgreiche Kampagne gegen ihn. Toepfer mußte auf den Erwerb des Schlosses verzichten. 1979 wollte er den "Europäischen Preis für Staatskunst" an Premier Raymund Barre und Kanzler Helmut Schmidt vergeben. Dies führte in Frankreich zu einem in der BRD nicht zur Kenntnis genommenen riesigen Skandal. Barre mußte die Hälfte der Preissumme - DM 40.000 - karitativen Organisationen schenken.

Im selben Jahr wollte Toepfer bei Nantes, wenige Kilometer von dem Steinbruch entfernt, wo 50 französische Widerstandskämpfer durch die deutsche Besatzungsmacht erschossen worden waren, eine Sitzung der "Vereinigung der Europäischen Naturparks", deren Vorsitzender er war, leiten. Toepfers Anwesenheit führte zu heftigen Unruhen, sogar die Polizei mußte eingreifen. 1995 erschien Boissous Artikel "Alfred Toepfer - ein Freund des Elsaß" in der Straßburger Zeitschrift "Saisons d` Alsace", der die Debatte abermals anheizte.

Die Alfred-Toepfer-Stiftung kündigte auf einer Pressekonferenz eine wissenschaftliche Studie an, in der das Lebenswerks ihres Mäzen aufgearbeitet und bewertet werden sollte. Seitdem war von dieser "Studie" allerdings keine Rede mehr. Für die Toepfer-Stiftung sind die Vorwürfe Sabotageversuche an der deutsch-französischen Freundschaft. Sie läßt auf ihren Gründer nichts kommen. Zwar sei er nie ein Widerstandskämpfer, wohl aber ein Mann mit unabhängigen Ansichten gewesen, der seine Ideale beharrlich verfolgt habe und dadurch sogar gelegentlich mit den Nazis in Konflikt gekommen sei. Natürlich durfte auch ein jüdischer Makler nicht unerwähnt bleiben, für den sich Toepfer seit 1933 einsetzte. Der Druck auf ihn sei schließlich so stark geworden, daß er sich bei Kriegsausbruch freiwillig zur Wehrmacht meldete, obwohl er nicht mehr wehrpflichtig war

Karl Heinz Roth ist davon überzeugt, daß sich die Stiftung in nächster Zeit von der braunen Vergangenheit ihres Gründers distanzieren werde, um ihre Arbeit ungestört fortsetzen zu können. Ob dies die Kritik in Frankreich, wo Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Kultur und Politik sowie die prodeutschen AutonomistInnen um die Hochglanzzeitung "Rot und Wiss" (rot und weiß sind die Farben des Elsaß) zu den eifrigsten VerteidigerInnen von Toepfer und seiner Stiftung gehören, zum Verstummen bringen wird, darf bezweifelt werden. Die zuletzt genannte Zeitung sorgte vor kurzem für schlechte Schlagzeilen. Ein Redakteur ist vor wenigen Wochen wegen der Leugnung der Gaskammern des KZ Struthof zu einer hohen Geldstrafe verurteilt worden.

Peter Nowak

# 36. Krise an der Grenze. Die "Grenzland-Filmtage" zeigen Probleme Osteuropas und haben selber welche

Autor: Angela Martin · Rubrik: Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak402/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:402:01

Zum 20. Jubiläum waren auf den "Internationalen Grenzland-Filmtagen" in Selb neue, herausragende Filme aus Kroatien und Rußland über das Thema Krieg zu sehen. Doch leider konnte das Festival an der tschechischen Grenze nicht nur Highlights präsentieren, es dokumentierte auch Krisenerscheinungen des osteuropäischen Films.

Begeistert war das Publikum in Selb von dem russisch-kasachischen Film Gefangen im Kaukasus (1996, Regie Sergej Bodrov, 95 Min., Farbe). Der Film ist gerade in den deutschen Kinos angelaufen. Hintergrund dieser in jeder Minute spannenden Parabel über die Eskalation von Gewalt ist der aktuelle russisch-tschetschenische Konflikt.

Sergej Bodrov führt die Zuschauer in ein abgelegenes Gebirgsdorf. Kein Auto, kein Traktor, keine Maschine weit und breit. Das Dreschen besorgen Frauen und Esel. Frauen sind es auch, die Holz und Stroh ins Dorf schleppen. Gäbe es keine Strommasten, man würde sich ins Mittelalter zurückversetzt fühlen. Mittelalterlich wirken auch die Fußketten, mit denen die beiden russischen Soldaten aneinander gefesselt sind, die hier als Geiseln gefangengehalten werden. Ihre Abhängigkeit von einander ist eine Tortur. Sie müssen immer gleichzeitig auf ihre Strohsäcke kriechen, sich gegenseitig beim Waschen helfen und stets zusammen austreten. Auch miteinander reden zu müssen ist für sie anfangs eine Qual.

Trotzdem werden diese völlig verschiedenen Männer, ein zynischer Söldner und ein völlig unerfahrener dummer Junge, zu Freunden. Eine eigenartige Freundschaft entwickelt sich auch zwischen den beiden Soldaten und der Tochter des Mannes, der sie gefangenhält. Das etwa 15jährige Mädchen bringt ihnen heimlich Extra-Rationen und erklärt ihnen die Sitten des Dorfes. Ihr Vater, ein alter Partisan, will die russischen Geiseln gegen seinen Sohn austauschen. Der wiederum ist von der russischen Armee gefaßt worden. Doch immer neue Probleme verhindern den Austausch der Gefangenen.

Die Konflikte sind nicht ethnisch

Bodrov erklärt die Ursachen der Auseinandersetzungen zwischen den Partisanen und der russischen Armee nicht. Der verbreiteten Tendenz, Konflikte zu ethnifizieren, verweigert er sich. Er zeigt zwar krasse kulturelle Unterschiede, doch die gibt es nicht nur zwischen den Russen und den Kaukasiern, sie trennen auch die beiden gefangenen Russen. Die sind so unterschiedlich sozialisiert, daß zunächst keine gemeinsame Sprache zwischen ihnen möglich scheint. Trotzdem lernen sie sich langsam kennen und verstehen, gleichzeitig beginnen sie auch, die Motive ihrer "Gegner" zu begreifen - und umgekehrt. Zeitweilig scheint es, als könnte die Eskalation der Gewalt im Namen von Volkszugehörigkeit und Vergeltung unterbrochen werden ... "Die Handlung ist einfach", sagt Bodrov über seinen Film, der auf einer Erzählung für Kinder von Leo Tolstoj beruht. "Es ist auch einfach, einen Krieg zu beginnen, und schwer, ihn zu beenden."

Kroatischer "film noir"

Selbst wenn ein Krieg durch ein Friedensabkommen beendet wird - für die Bevölkerung geht er trotzdem oft noch weiter. Den deprimierenden Alltag in einem vom Krieg zerstörten Land zeigt Zrinko Ogresta in Die Ausgelaugten (Kroatien 1995, 92 Min., Farbe ). Es ist die neueste und beste Arbeit des 39jährigen Zagreber Regisseurs, dem die Werkschau der diesjährigen "Grenzland-Filmtage" gewidmet war.

Die Ausgelaugten ist ein kroatischer "film noir". Die Studentin und ihr Freund Zlatko, der gerade von der Front zurückgekehrt ist, suchen nach einem Ort, an dem sie sich ungestört lieben können. Die Wohnungsnot ist groß: Jagoda muß mit ihren Eltern, dem Bruder und einem einquartierten Soldaten eine Einraum-Wohnung teilen, Zlatko wohnt in der Kaserne. Auf der Suche nach einem Platz für ihre Liebe ist das Paar mit Trümmern und Schmutz konfrontiert, mit verrohten, brutalen Jugendlichen, mit Zynismus, Resignation und Verzweiflung.

Historische und im engeren Sinne politische Fragen schneidet Ogresta in seinem Film Die Ausgelaugten nicht an. Dazu bedürfe es einer zeitlichen Distanz, sagte der Regisseur. Auch in Deutschland seien erst etwa 15 Jahre nach Kriegsende Filme produziert worden, die in der Lage waren, die Kriegsereignisse aufzuarbeiten.

Trotzdem zeigt Ogresta in seinem Film Die Ausgelaugten mit präzisen, realistischen Bildern die Blessuren, die der Krieg in der kroatischen Gesellschaft hinterlassen hat. Die kroatische Führung versucht konsequent und weitgehend mit Erfolg, diese Auswirkungen ihrer nationalistischen Politik zu vertuschen. Ogresta ist daher nicht überall wohlgelitten. Obwohl Die Ausgelaugten auf dem nationalen Festival in Pula mehrere Preise erhalten hat, wurde der Film des öfteren als "anti-kroatisch" bezeichnet.

In seinem ersten langen Spielfilm Splitter - Chronik eines Verschwindens (Kroatien 1991, 106 Min., Farbe) versucht Ogresta eine Auseinandersetzung mit der faschistischen und sozialistischen Geschichte seines Landes. Doch er verliert sich in melodramatischen Szenen über Angst und Schuldgefühle. Von der kroatischen Geschichte vermittelt er nur Splitter - und selbst die werden allenfalls für Zuschauer verständlich, die ohnehin schon einiges über die widerspruchsvolle Entwicklung Kroatiens seit Beginn des Zweiten Weltkrieges wissen.

Straße führt nach Vikovar

Aus Kroatien kommt auch Man sieht sich (1995, 65 Min., Farbe). Es ist der erste Spielfilm von Ivan Salaj (Jahrgang 1969), der bisher vor allem Dokumentarfilme für das kroatische Fernsehen gedreht hat. Die Geschichte ist einfach und gut: Fünf Freunde haben sich als Kinder ewige Treue geschworen. Alle sollen an ihrem Treffpunkt in einem Wald begraben werden, das gehört zu dem Eid. Inzwischen sind die Knaben junge Erwachsene. Borna, einer von ihnen, ist im Bürgerkrieg gefallen. Seine Freunde exhumieren die Leiche und bestatten sie am verabredeten Ort.

Salaj inszeniert den makabren Raub der Leiche und ihren Abtransport in das Wäldchen als tragikomischen Krimi und nimmt so der Angst vor dem Tod die Spitze. Doch die Angst vorm Sterben bleibt. Davor fürchten sich alle: Kruno, der nach Ausbruch des Krieges nach Deutschland desertiert ist. Der drogenabhängige Mislaw. André, der sich schuldig fühlt, weil er kein Soldat ist; und vor allem Maks, der in einer rechtsradikalen Miliz kämpft.

Bevor sie Bornas Leiche ausgraben, berichten die Freunde einander von ihrem Leben im Krieg. Keiner äußert politische Gründe für seine Entscheidung, den Kämpfen fernzubleiben. Auch Maks erklärt seine Rückkehr zu den Milizen nicht mit politischen Zielen. Er will zurück an die Front, weil er die Normalität des Lebens jenseits der Kampflinien nicht ertragen kann, an denen seine Kameraden von Granaten zerfetzt oder zu Krüppeln geschossen werden. Sie zu rächen ist sein einziges Motiv.

Salaj urteilt und wertet nicht. Die Freunde, die sich bei Bornas Begräbnis treffen, sind alle verstört. Das verstehen selbst die Polizeibeamten, die nach ihnen fahnden, weil Maks während der Fahrt mit der gestohlenen Leiche auf einen Polizisten geschossen hat. Als die drei anderen bei einer Straßenkontrolle gefaßt werden, lassen die Beamten sie wieder laufen. "Die Hälfte von ihnen kommt sowieso nicht zurück", sagt ein Polizist. - Die Straße, auf der die jungen Männer weiterfahren, führt nach Vukovar.

Geburtstag ohne Feierstimmung

Obwohl die "Grenzland-Filmtage" einige Highlights zeigen konnten, fehlte auf dem Jubiläumsfestival die Geburtstagsstimmung. Zuviele zweit- und drittklassige Filme standen auf dem Programm. Es gab viel heiße Luft und wilde Herzen, und die ZuschauerInnen konnten sich stundenlang die Leiden unglücklicher, passiver Frauen ansehen, die, wenn überhaupt, angeblich nur durch die Kraft der Liebe zu retten sind.

So siegt z.B. in Jaseks Traum von Eduard Grecner (Slowakische Republik, 87 Min., Farbe) die Liebe über alles Böse. Der kitschige Kostümfilm ist der einzige Spielfilm, der 1996 in der Slowakei produziert wurde. Auch für Kati, die Heldin in Judit Eleks Erwachen (Ungarn 1995, 110 Min., Farbe), ist die Liebe die Erlösung. Kati überwindet die Traumata des stalinistischen Terrors erst, als sie sich in einen älteren Buchhändler verliebt. Slowenien war in Selb mit Carmen (von Metod Pevev, 1996, 106 Min., Farbe) vertreten, einem Streifen über eine drogenabhängige Prostituierte. Alkohol- und Tablettensucht, Künstler- und Junkiemilieu werden hier farbenprächtig als Widerständigkeit inszeniert - allerdings ohne Happy-End.

Die Mitarbeiter der Filmtage sind nach 1989 ihrer Ost-Orientierung treu geblieben und müssen daher auch die Krise des osteuropäischen Films dokumentieren. Anläßlich des 20. Geburtstages hätten sie allerdings mehr Filme aus "realsozialistischen" Tagen vorführen und dadurch die Qualität der diesjährigen Filmtage verbessern können. Doch das "Classics-Programm" war eher westlich orientiert. Unter anderem wurden einige frühe Filme von Aki Kaurismäki wiederaufgeführt, der durch das Festival bekannt geworden ist.

Die "Grenzland-Filmtage" können auf eine stolze Leistung zurückblicken. Als das Festival 1977 von einigen Jugendlichen aus Wunsiedel ins Leben gerufen wurde, glaubte niemand, daß es sich bald zu einem der wichtigsten Festivals für den osteuropäischen Film entwickeln würde. In Selb konnte das BRD-Publikum Filme aus den "realsozialistischen" Ländern sehen, die im Westen sonst nur selten aufgeführt wurden. Und auch dieses Jahr konnte man, wie immer in Selb, viel über die Lage in den osteuropäischen Ländern erfahren - auch durch die nicht ganz so guten Filme.

Angela Martin

# 37. Quelldatei 15.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak402/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:402:15

Leserbrief

Kopfgeburt

Betr.: Leserbrief von H. S. in ak 401

"... Das war ein heimtückisches Projekt, das Stalin entwickelte; im Grunde schon ein antisemitisches Projekt. Aber natürlich maskiert als ein Projekt, die Juden seßhaft zu machen, ihnen eine Art Palästina im sowjetischen Gebiet zu geben, um damit den Zionismus unschädlich zu machen. Aber gleichzeitig auch, um Juden aus Europa wegzuführen an die Grenze zur Mandschurei. Aber die jüdische Bevölkerung in Birobidschan wurde dann im Zuge der sogenannten Säuberung fast völlig aufgerieben ..."

Dieses Zitat Nathan Steinbergers aus dem von mir vorgestellten Buch (Seite 73f) spricht für sich. Ich bin in meiner Rezension lediglich aus Platz- und Übersichtsgründen nicht darauf eingegangen. Aus anderen Quellen war mir auch schon bekannt, daß sich in der Jüdischen ASSR nie ein wesentlicher Teil der jüdischen Sowjetbürger angesiedelt hat und diese in "ihrer" autonomen Region stets eine Minderheit blieben.

Den von H. S. angestellten Vergleich mit Palästina halte ich schon aus den Gründen für fragwürdig, als es durchaus (im wesentlichen historische und religiöse) Argumente für die Ansiedlung der über alle Welt verstreuten jüdischen Bevölkerungsgruppen in Palästina gab. Natürlich ist eine Kritik an den Folgen dieser modernen Art von Landnahme durchaus legitim. Der Versuch, ein jüdisches Siedlungsgebiet in der fernöstlichen Taiga zu schaffen, war jedoch ausschließlich eine bürokratische Kopfgeburt, die weder den Interessen der jüdischen Bevölkerung noch der sibirischen Völkerschaften Rechnung trug.

Gerd Bedszent

# 38. Quelldatei 27.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak402/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:402:27

Kalender

Goldhagen I

"Die Goldhagen-Debatte: Konturen eines Streits" - unter diesem Titel veranstaltet der KB Nürnberg ein Seminar, bei dem es 1. um Goldhagen und seine Kritiker, 2. die Frage nach Elementen eines spezifischen deutschen Antisemitismus, 3. einen Vergleich zwischen Historikerstreit und Goldhagendebatte geht.

Termin: Samstag, 21. Juni, 10.30 - 19.00 h, Sonntag, 22. Juni, 10.00 - 15.00 h.; Ort: Nürnberg, Auststr. 8, Seminarbeitrag DM 15,-; Anmeldung bis 5. Juni bei: Uli Dahlinger, Mühlhofer Hauptstr. 7b, Tel./Fax: 0911/6350-21/22.

Goldhagen II

"Hitlers willige Vollstrecker?" Ein Jahr nach der Goldhagen-Debatte - so der Titel eines Wochenendseminares in der Rhein-Main-Region, daß von der Frankfurter Sozialschule in Kooperation mit dem Frank Bauer Institut veranstaltet wird.

Termin: 6.-8. Juni; Ort: Wilhelm-Kempf-Haus, Wiesbaden; Info: Frankfurter Sozialschule, Kath.-soziales Bildungswerk, Wilhelm-Kempf-Haus 1, 65207 Wiesbaden, Tel./Fax: 06127-77-290/297.

Täterschaft und Verleugnung

Über Tabus und Tradierung zwischen den Generationen diskutieren Prof. Dr. Elisabeth Domansky, Dr. Norbert Frei, Dr. Volkhard Knigge, Dr. Christian Schneider und Prof. Dr. Micha Brumlik, Moderation: Dr. Werner Bohleber.

Frankfurt/Main, Mittwoch, 14.5., 20 h, Haus Dornbusch, Eschersheimer Landstraße 248. Veranstalter u.a. Hamburger Institut für Sozialforschung, Fritz Bauer Institut.

Wehrmachtsausstellung

Nachdem die Ausstellung nach München in Frankfurt/Main Station gemacht hat, wird sie in Bremen zu sehen sein.

28. Mai - 3. Juli, 9.00 - 18.00 h, Untere Rathaushalle.

"Nie wieder wehrlos"

- wie sich wehren gegen die zunehmende rassistische Gewalt? Eröffnung einer Veranstaltungsreihe, die sich bis in den November hineinziehen wird, mit Flora und Rudi Neumann, sowie Rocco Giordano (Angefragt).

Hamburg, 22. Mai, 19.30 h, Kölibri, Hein-Köllisch-Platz.

Spiel ohne Grenzen

Dem Thema Globalisierung widmet sich eine Veranstaltungsreihe in Hamburg:

13. Mai: Neoliberalismus. Denn sie wissen, was sie tun oder: der "Wettlauf der Besessenen"; Referent: Georg Lutz (iz3w)

21. Mai: Weltmarktfabriken und Freie Produktionszonen; Referentin: Edith Laudowicz (Clean Clothes Campaign)

28. Mai: Weltstädte im kapitalistischen Weltsystem: das Beispiel der Metropolenregion Hamburg; Referent: Lutz Mättig (Uni HH)

3. Juni: Internationale Finanzmärkte und Weltmarktkrise; Referent: Norbert Trenkle (Krisis)

17. Juni: Globalisierung und die Perspektive internationaler Solidarität; Referent: Michael Ramminger (Institut für Theologie und Politik, Münster)

Ort: Werkstatt 3, Nernstweg 32, Beginn: 19.30 h.

Wachstumsfalle

Auf ihre eigene Art nähert sich die bündnisgrüne Heinrich-Böll-Stiftung dem Thema Ökonomie. In Kooperation mit dem BUND lädt sie zu einer Tagung in Hamburg ein, bei der es um "Wege aus der Wachstumsfalle", also um nachhaltige Entwicklung und zukunftsfähige Lebens- und Produktionsweise gehen soll.

Hamburg, Handwerkskammer; Termin: 30. - 31. Mai; Anmeldung und Information: Frauen-Anstiftung, Paula Assubuji, Tel.: 040-8509005.

Stadt, Arbeit, Ökonomie

Im Rahmen der Ausstellung "Faktor Arbeit" (siehe auch ak 401) veranstaltet die "Neue Gesellschaft für bildende Kunst" mehrere Runde Tische, u.a. am

Dienstag, 20. Mai, 19.30 h: Wem gehört die Stadt(-Mitte)? Neue Stadtökonomie, Stadtökologie und lokale Ökonomie;

Montag, 26. Mai, 19.30 h: Schöne Aussichten? Die Zukunft der Arbeit, die Arbeit der Zukunft.

Berlin, NGBK, Oranienstr. 25.

Kommunikations-Guerilla

... geht auf Welt-Tournee. Versprochen wird eine Theorie-Praxis-Darbietung in zehn Posaunen und mit einem Videotape. Das Buch zur Tournee: Handbuch der Kommunikationsguerilla. Wir sind alle gespannt! Die Tourdaten:

Konstanz, 13.5., Infokneipe im Zebrakino, Kassel, 13.5., Infoladen Bazille, Marburg, 15.5., Havanna oder Cafe im Grün, Göttingen, 20.5., Roter Buchladen, Hamburg, 21.5., Buchhandlung im Schanzenviertel, Bremen, 22.5., missing link Versandbuchhandlung, Berlin, 23.5., Buchladen Schwarze Risse, Köln, 12.6., Der Andere Buchladen: im Lotta, Essen, 13.6., Zeche Carl, Plauen, 14.6., Infoladen im Schuldenberg, Zürich, 21.6., Rote Fabrik Shedhalle, Oberhausen, 4.7., Druckluft.

Lotta Continua

In Frankfurt erinnert man sich alter internationalistischer Kontakte. Die Karl-Marx-Buchhaltung, das Palais Jalta und die "Kommune" laden zur Diskussion des Falls Adriano Sofri ein. Der ehemalige Chef von LC wurde vor einigen Monaten für 22 Jahre hinter Gittern geschickt. Gelegenheit sich über alte Zeiten - nicht nur in Italien - zu unterhalten. Mit Carlo Ginzburg, Thomas Schmid und Gustav Seibt.

Frankfurt, 28. Mai, 20.00 h, Ökohaus, Kassler Str. 1a

# 39. Quelldatei 33.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak402/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:402:33

PartisanInnen

Die Medien- und Verlagswerkstatt Querblick läßt in ihrem Buch über den antifaschistischen Widerstand in Nordwestitalien sieben ZeitzeugInnen zu Wort kommen. Sie erzählen nicht nur ihre Erlebnisse, sondern äußern sich auch zu aktuellen Fragen wie dem deutschen Historikerstreit und dem Wiedererstarken der italienischen Neofaschisten. Die einzige Frau unter den Interviewten, Anna Maria Follo, rühmt die Zusammenarbeit von Männern und Frauen in der Resistenza und hebt die besondere Rolle der Partisaninnen hervor. Zwar kämpften nur wenige Frauen mit der Waffe; ihr Beitrag bei der Nachrichtenübermittlung und der Versorgung der kämpfenden Einheiten war aber von größter Wichtigkeit. Eingeleitet wird das Buch, Begleittext zu einem zweisprachigen Videofilm, mit einem kurzen historischen Beitrag, der sich auf Friedrich Andraes Standardwerk "Auch gegen Frauen und Kinder" stützt.

PartisanInnen im Piemont. Antifaschistischer Widerstand in Nordwestitalien; herausgegeben von Jürgen Weber; Querblick Medien- und Verlagswerkstatt, Macairestr. 3, 78467 Konstanz; Tel. 07531/65002, Fax. 07531/54929; 141 Seiten, 24 DM

Imperialismus

"Ist Lenins Schrift ‚Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus`, lange Jahre zu den ‚klassischen Werken' der marxistischen Theorie gerechnet, 80 Jahre nach ihrer Fertigstellung ein ‚alter Hut`?" Die Frage, Gegenstand einer Tagung der Wuppertaler Marx-Engels-Stiftung im September 1996, wird schon in der Vorbemerkung zu dem im Pahl-Rugenstein-Verlag erschienenen Dokumentenbandes klipp und klar beantwortet: "Lenins Imperialismuskritik bleibt der Schlüssel zum Verständnis der Welt von heute." Damit ist zwar dem Buch die Spannung genommen; eine Auseinandersetzung mit den in zehn Beiträgen zusammengetragenen Fakten und Argumenten ist dennoch lohnend. Es geht darin auch um aktuelle Fragen zur deutschen Großmachtpolitik, u.a. um die Bundeswehr, die "als ihr Instrument keine bloß ausführende, sondern auch eine bestimmende Funktion inne hat" (Gerd Deumlich).

Großmacht- und Kriegspolitik heute. 80 Jahre nach Lenins Imperialismuskritik; Schriftenreihe der Marx-Engels-Stiftung 27, Pahl-Rugenstein Verlag Nachfolger, Breite Str. 47, 53111 Bonn; Tel. 0228/632306, Fax. 0228/634968; 173 Seiten, 28 DM

Internet I

Ist das Internet eine Chance für die Dritte Welt? Theoretisch ja. Auch die Zapatisten und andere Gruppen, mit denen die Informationsstelle Lateinamerika (ila) zusammenarbeitet, nutzen das Netz. Die Meinungen über Möglichkeiten, Grenzen und Gefahren des Internets gehen allerdings in Lateinamerika ebenso auseinander wie hierzulande. In der ila-Redaktion, die der Internet-Diskussion ein Schwerpunktheft gewidmet hat, tummelt sich "alles, von fundamentalistischen KritikerInnen über differenzierte BetrachterInnen bis hin zu Computerfreaks". In den Beiträgen geht es um eine Einführung in den Umgang mit dem Internet, um Machtstrukturen und ökonomische Kontrolle und um die Möglichkeiten einer "subversiven" Nutzung des Netzes am Beispiel der EZLN und der von der Bundesanwaltschaft illegalisierten Zeitschrift radikal. Am Schluß des Schwerpunktteils steht die amüsante Erzählung des in Schweden lebenden argentinischen Schriftstellers Oscar A. Prado: "Bekenntnisse eines Internetsüchtigen".

ila. Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika, Nr. 204 (April 97); ila, Oscar-Romero-Haus, Heerstr. 205, 53111 Bonn; Tel. 0228/658613, Fax. 0228/631226; 60 Seiten, 8 DM

Internet II

Um "Innenansichten aus der Netzelektronik-Arbeitswelt" geht es in Heft 165/169 der Aktion. Am Anfang steht die Frage, wie die Arbeit jener Software-ArbeiterInnen eigentlich aussieht, die von einigen linken Politologen als "vollkommen neue Figur der produktiven Arbeit" gesehen werden. Die meisten der in dem Heft abgedruckten Beiträge sind Übersetzungen aus dem Amerikanischen. Ellen Ullmann vergleicht in ihrem Aufsatz "Reflexionen aus dem Programmiererleben" das Programmieren mit "einer Krankheit, einem Fieber,

einer Besessenheit": "Programmieren bedeutet, aus dem Chaos menschlichen Lebens in die zeilenorientierte Welt der Computersprachen zu übersetzen. Es ist, als ob man von seinem eigenen Verstand zum Diktat gerufen wird." Mit Beispielen zeigt Ellen Ullmann, wie diese Arbeit sie und ihre Kollegen verändert hat. Als extremer Fall einer deformierten Persönlichkeit erwies sich ein neuer Kollege, der darauf bestand, ausschließlich per e-mail eingearbeitet zu werden. Sein Problem: "Ich kann das nicht machen mit Reden." Mit der Ausbreitung der "interaktiven" Medien, warnt Ullmann, könnten bald Millionen Menschen das "Programmiererleben" führen.

Die Aktion. Zeitschrift für Politik, Literatur, Kunst; Heft 165/169; Edition Nautilus, Am Brink 10, 21029 Hamburg; Tel. 040/7213536, Fax. 040/7218399; 98 Seiten, 12 DM

New Labour

Schwerpunktthema des Aprilhefts von Sozialismus ist die britische New Labour Party. Auf einem einführenden Artikel zu "Blairs Visionen" folgt ein Überblick über die britischen Gewerkschaften. Neben Erwerbslosenzahlen und Organisationsgrad werden auch wesentliche Aussagen der antigewerkschaftlichen Arbeitsgesetze referiert, die von den Konservativen ab 1980 erlassen wurden und die Labour nach einem Wahlsieg beibehalten will. In Joachim Bischoffs und Richard Detjes Artikel "Renaissance der Sozialdemokratie?" geht es auch um strategische Fragen an die Linke. Im Schlußabschnitt, überschrieben "Die britische Herausforderung", fordern die Autoren zur Erarbeitung einer "realistischen Alternative" auf. Denn: "Bislang leben die linkssozialistischen Parteien von der einfachen Abgrenzung gegenüber dem sozialdemokratischen Revisionismus. Dies mag zur Sicherung der politischen Existenz ausreichen, eine tragfähige gesellschaftspolitische Reformalternative ist dies nicht."

Sozialismus 4-97, Klaus-Groth-Str. 33e, 20535 Hamburg, Tel. und Fax 040/ 2501011; 57 Seiten, 9,50 DM

Mumia Abu-Jamal

AnhängerInnen ruhiger und beschaulicher Musik sind nicht unbedingt Zielpublikum des gerade erschienenen Soli-CD-Samplers "Free Mumia Abu-Jamal" - Für das Leben und die Freiheit von Mumia. 20 Bands mit 20 Songs finden sich auf der CD, eingerahmt von Auszügen aus einem Interview mit Mumia, das 1992 im Knast aufgenommen wurde. Mit den Erlösen aus dem Verkauf der CD soll ein Teil der Prozeßkosten eingefahren werden. Allein die Kosten für eine Wiederaufnahme des Todesstrafenverfahrens belaufen sich auf eine bis drei Millionen Dollar. Dafür haben bekannte und (zumindest dem Rezensenten) weniger bekannte Gruppen kostenlos Titel zur Verfügung gestellt, so daß weit über die Hälfte des Verkaufspreises auf das Solikonto fließen wird. Neben bekannteren Bands wie Die Goldenen Zitronen, Die Toten Hosen, Einstürzende Neubauten, Blumfeld, Tod & Mordschlag oder Scattergun sind auch P.N.E.T. 95. H.A.F., House of Suffering u.v.a. mit dabei. Reinhören lohnt sich allemal; AnhängerInnen von Popschnulzen könnten zumindest antesten, ob es nicht auch anders geht. Da es die CD bisher nur in ausgewählten Läden in Berlin und Hamburg gibt, kommt mensch am besten über den Postweg an die Scheibe.

Die CD kann gegen Vorkasse geordert werden bei: Free Mumia Abu-Jamal Sampler, Weisestr 53, 12049 Berlin, 20 DM + 4 DM für Porto und Verpackung